

B E I T R Ä G E

Z U R

JURISTISCHEN PRAXIS.

HERAUSGEGEBEN

V O N

CHRISTIAN LUDWIG PAALZOW

CRIMINALRATH.

ZWEITER BAND.

B E R L I N, 1804.

BEI CHRISTIAN GOTTFRIED SCHÖNE.

CHR. LUD. STENGELS,
KÖNIGL. PREUSS. JUSTIZRATHS, HOFFISCALS
UND JUSTIZCOMMISSARIUS,

PRAKTISCH - JURISTISCHE
AUSARBEITUNGEN.

FORTGESETZT

VON

CHRISTIAN LUDWIG PAALZOW

CRIMINALRATH.

VIERTER BAND.

BERLIN, 1804.

BEI CHRISTIAN GOTTFRIED SCHÖNE.

I n h a l t.

I.

Rechtsstreit die Trennung des Lehns vom Erbe betreffend S. 1

- 1) *Deduction in Sachen der Allodial-
Erben des Geheimen Ober-Finanz-
raths v. Arnim wider den Lehns-
vormund der Söhne des Major
v. Arnim - - -* S. 14
- 2) *Urtel der ersten Instanz* S. 48
- 3) *Appellations-Erkenntniß* S. 82

VI

4) *Deductio in Revisorio für die*
Kläger - - - S. 101

5) *Deductions - Schrift für die Be-*
klagten - - - S. 116

6) *Das Revisions-Erkenntnis* S. 123

II. a.

Ein Zweikampf. Erkenntnis der
Criminal-Deputation des Kam-
mergerichts - - S. 126

II. b.

Urteil der Criminal-Deputation des Kam-
mergerichts wider die Nordmannsche
Eheleute und den Gastwirth Schmidt S. 192

II. c.

Weitere Vertheidigung des Stadtgerichts-
Auscultator Hirsch wegen des Ver-
dachts eines intendirten Secundirens
u. s. w. - - - S. 210

VII

II. d.

*Ulterior Defensio für die Studiosos Kahmann, Gibson, Oppen und Henke in
pcto Duelli - - - S. 226*

II. e.

*Vertheidigungsschrift des Studiosus der
Rechte F. E. T. Puppel u. s. w. S. 252*

II. f.

*Weitere Vertheidigungsschrift des Studiosus der Rechte Johann Heinrich
Dunker in Untersuchungssachen der
zwischen Leipziger und hiesigen Studenten am 13ten März 1803. vorgefallenen Duelle - - S. 272*

II. g.

*Vertheidigung und Straf - Milderungsgesuch für den achtzehnjährigen Jüngling
Carl Georg Heinrich Westphal, welcher Medizin studiert - S. 293*

VIII

II. h.

*Anderweitige Vertheidigungsschrift für
den Gnstwirth Zacharias Schmidt zu
Reudeburg wegen beschuldigter Beför-
derung eines Duells - - - S. 304*

I. Rechts-

I.

*Rechtsstreit die Trennung des Lehns vom
Erbe betreffend.*

Der Geheime - Ober - Finanzrath Bernhard Jacob v. Arnim Besitzer der Lehngüter Hohenwalde und Götschkendorff, ging am 15ten October 1797 mit Tode ab, und hinterließ zu Erben im Allodio,

1) den Major Abraham Christoph v. Arnim auf Alt-Temmen, den Bruder des Erblassers,

2) die Kinder der vor dem Erblasser verstorbenen Schwester desselben Tugendreich v. Arnim, gebohrne v. Arnim nemlich,

a) den Hauptmann Friedrich v. Arnim zu Danzig,

- b) den Major August Abraham v. Arnim auf Hilmersdorff,
 - c) den Hauptmann Eduard v. Arnim zu Potsdam,
- 3) seine Schwester Maria v. Arnim verehl. v. Dorgitz modo deren Kinder, da sie nun auch verstorben war,
- in Feudo aber den ad 1, genannten Major v. Arnim auf Alt-Temmen.

Ueber den einen Theil des Nachlasses vereinigten sich die Erben; über einen andern Theil aber konnten sie nicht einig werden. Der Lehns-Successor, der gedachte Major v. Arnim ward indessen mit Vorbehalt ihrer Rechte in den Besitz der Lehngüter gesetzt. Dieser verstarb inzwischen und hinterliefs zu Erben in das Lehu seine drei Söhne, welchen der v. Düringshofen auf Primen zum Lehnscurator bestellt ward. Nach einem erledigten Editionsverfahren wurden die gedachten Allodial-Erben gegen den Lehnsvormund den v. Düringshofen wegen Separation des feudi ab allodio klagbar. Die am 1sten August 1800. von den Allodial-Erben eingereichte Klage bestand aus verschiedenen Punkten, welche von einander unabhängig sind.

Bei dem Klagepunkte ad. I. waren beide Theile darinnen einig, dafs dem

Erblasser der verklagten Curanden bei der Tradition der Lehngüter, welche am 1sten Februar 1798 erfolgte, folgende Vieh- Feld- und Wirthschafts- Inventaria mit übergeben worden, als:

- 1) bei dem Gute Götschkendorff an Pferden, Ochsen, Kühen, Kälbern und Schweinen der Werth von 681 Thl. 12 gr. nach der davon aufgenommenen Taxe,
- 2) an Schaafen in allen 502 Stück,
- 3) an Ackergeräth der Werth von 28 Thl. 18 Gr.
- 4) an Saaten.

a) Weitzen 1 fahrig	- Wfpl.	2 Schfl.	- Mtz.
b) Roggen 2 fahrig	4 —	16 —	- —
c) Roggen 1 fahrig	8 —	1 —	4 —
d) Gerste 3 fahrig	5 —	13 —	4 —
e) Hafer 2 fahrig	3 —	18 —	6 —
f) dito — —	1 —	12 —	- —
g) Leinsaamen 3 fahrig	- —	1 —	- —
h) Hanfkörner 3 fahrig	- —	- —	4 —
i) Buchweitzen 2 fahrig	- —	9 —	- —
k) — — 1 fahrig	- —	4 —	- —

- 5) bei Hohenwalde an Aussaat

a) Rog. halb 3, u. halb 2 fahrig	4 Wfpl.	11 Schfl.	8 Mtz.
b) Weitzen 3 fahrig	- —	4 —	- —
c) Hafer 3 fahrig	5 —	4 —	- —

d) Gerste 3 fahrig 1 Wfpl. 18 Schfl. - Mtz.

e) Buchweitz. 2 fahrig - — 6 — - —

Beide Theile hatten auch gegen die nach dem Traditions - Protokoll vom 1sten Februar 1798. verschiedenen dieser Stücke beigelegte Taxe nichts zu erinnern, und ließen sich gefallen, daß der Werth der noch nicht taxirten Stücke durch Sachverständige ausgemittelt würde. Eben so war auch der verklagte Curator bereit den Werth der Kühe, Kälber, Schweine und Schaafte nach der davon vorhandenen Taxe zur Allodial-Masse zu conferiren. In Absicht der Schaafte ward jedoch bemerkt, daß bei der davon aufzunehmenden Taxe, zugleich ausgemittelt werden müsse, ob die Schäferei in Götschkendorff im Gemenge sey, und daher des Schäfers Antheil unter der angegebenen Zahl mit begriffen sey, oder nicht, womit beide Theile zufrieden waren.

Streitig waren sie aber in folgenden:

Kläger verlangten, daß sämtliche oben angegebene Inventaria ohne Ausnahme zur Allodial-Masse conferirt würden. Verklagte bestritten dieses und behaupteten, daß

a) das Zugvieh,

b) das Ackergeräthe,

c) die Saaten.

gesetzlich zum Lehne gehörten, und daher eine Col-
lation dieser Stücke nicht verlangt werden könnte.

In Rücksicht des Ackergeräthes und des Zugviehes bezog sich Verkl. zur Unterstützung seiner Behauptung, daß solches Lehnpertinenzien seyn, auf die Lehnsconstitution von 1718 und 1723 mit der Anzeige, daß diesen Gesetzen gemäß, auch schon, besage Erbrecesses vom 30sten October 1748. bei der Theilung des Nachlasses, des Großvaters der verkl. Curanden des Obrist-Lieutenant Behrend Ludwig v. Arnim verfahren und von der Allodial-Masse,

- 1) der Werth der 7 Stück Zugpferde mit 109 Thl.-gr.
- 2) der Werth der 24 Stück Zugochsen mit 363 - - -
- 3) der Werth des Ackergeräthes mit 28 - 18 -

Summa 500 Thl. 18 gr.

abgezogen und der Lehnsmasse beigerechnet worden sey. Verkl. verlangte daher auch, daß jetzt ein gleiches beobachtet und der Werth dieser Stücken mit 500 Thl. 18 gr. an den beiden Forderungen der resp. 681 Thl. 12 gr. ad 1, und 28 Thl. 18 gr. ad 3, abgezogen werden müßte.

Hiezu wollten sich Kl. nicht verstehen und verlangten vielmehr die Collation derselben. Sie recognoscirten den erwähnten Erbrecess von 1748, bestritten aber, daß aus demselben sowohl als aus der erwähnten Lehnsconstitution die Richtigkeit dieses Verlangens hervorginge.

Es war mithin hierbei streitig,

- a) Ob nach den allegirten Lehnsconstitutionen

das Zugvieh und Ackergeräth zum Allodial-Nachlasse gehöre?

b) Ob auch schon nach dem Erbrecesse von 1748 der Werth dieser Inventarien von der Allodial-Masse abgezogen und der Lehns-Masse beigerechnet worden sey?

In Ansehung der Saaten berief sich Verkl. auf den Erbrecess vom 23sten Juni 1713. woraus er herleitete, daß zu dieser Zeit die Saaten bei den Gütern Götschkendorff und Hohenwalde zum Lehn gerechnet und mit dem Lehn zugleich taxirt worden. Aus diesem Umstande folgerte er, daß ursprünglich ein Lehns-Inventarium vorhanden gewesen seyn müsse und die Saaten nach demselben zum Lehne gehört hätten, indem die Allodial-Erben es sonst nicht zugegeben haben würden, daß die Saaten als Pertinenzien der Güter von der Allodial-Masse in Abzug gebracht wären. Verkl. räumte jedoch ein, daß auch nach dem Erbrecesse von 1748 Saaten zum Allodio gerechnet worden; er behauptete aber, daß nicht alle Saaten, sondern nur ein Theil davon als Allodium angesehen worden sey. Diesen Theil konnte er jedoch nicht genau bestimmen und submittirte daher auf dasjenige was sich aus den ältern aufzusuchenden und unten näher zu gedenkenden Verhandlungen ergeben würde. Sollte daraus gar nichts entnommen

würden können, so vermeinte er, daß die durch den Erbceß 1713 begründete Vermuthung der Lehnspertinenz der Saaten schon einen hinlänglichen Grund zur Abweisung der Kl. mit dieser Forderung abgäbe.

Die Kl. recognoscirten den Erbceß von 1713 bestritten jedoch die Rechtlichkeit, der sowohl aus diesem, als aus dem Erbceß von 1748 hergeleiteten Folgerungen, und daß im Jahr 1748 nur ein Theil der Saaten zum Allodio gerechnet worden.

Hiernach war in facto streitig,
ob zur Zeit der Errichtung des Erbceßes von 1748 alle Saaten, oder nur ein Theil davon, und wieviel als Allodium angesehen worden?

Uebrigens verlangten Kl. bei diesem Klagepunkte noch die Zinsen à 5 pro Cent vom 1sten Februar 1798.

Der Klagepunkt ad II. bestand aus 11 verschiedenen Punkten. Nach dem Erbceße von 1748 hatte der Erblasser bei der Theilung des Lehn- und Allodial-Nachlasses seines Vaters an Passivis 13952 Thl. 6 gr. übernommen. Diese Schuld hat er in der Folge theils baar bezahlt, theils dadurch getilgt, daß er nach dem Tode seiner Schwester und seiner Mutter einen Theil davon ererbt und consolidirt hat. Die Löschung

dieser sämmtlichen auf den Lehngütern Götschendorff und Hohenwalde eingetragenen Posten ist hiedurch bewirkt worden.

Kl. vermeinten nun, daß diese sämmtliche die Summe von 13932 Thl. 6 gr. betragende Posten nach Abzug von 1559 Thl. 20 gr. 6 pf. mit 12372 Thl. 9 gr. 6 pf. von dem Lehnsfolger zur Allodial-Masse conferirt werden müßten.

Hiezu wollte sich Verkl. nicht verstehen, weil er nicht alle diese Schulden für Lehnschulden hielt. Diese von dem Kl. in Anrechnung gebrachten Posten bestanden in folgenden:

1) der Wittwe Ehegeld	2500 Thl.	- gr.	- pf.
2) deren Gegenvermächtniß	1250 --	--	--
3) Morgengabe	200 --	--	--
4) Paraphernalia	1500 --	--	--
5) das zu den Alimenten- und Wohnungsgeldern ausgesetzte Capital à	2400 --	--	--
6) die Lehns- und Allodial-Abfindung der Fräul. Maria v. Arnim	415 --	22 --	6 --
7) die Abfindung der Fräul. Charlotte	1120 --	22 --	--
8) Die dem Abraham v. Arnim auf seine Lehnspportion noch zukommende	2845 --	9 -	6 --

9) An Passivis	1000Thl. - gr. - pf.
	400 -- - -- - --
	300 -- - -- - --

Summa 13932Thl. 6gr. - pf.

wovon sie jedoch selbst die oben bereits angegebenen an den Erblasser geständlich ins Lehn zurückgefallenen

1559Thl. 20gr. 6pf.

in Abzug brachten, so daß ein

Rückstand verblieb von 12372 -- 9 -- 6 --

Auf diese angebliche Lehnschulden gestand Verkl. jedoch nur überhaupt eine Summe von 7253 Thl. 14 gr. 6 $\frac{1}{3}$ pf. diese Qualität zu, indem er 6678 Thl. 15 gr. 6 $\frac{3}{4}$ pf. für nicht collationsfähig hielt.

Ferner wollte Verkl. annoch 113 Thl. 9 gr. 8 pf. von den bezahlten Lehnschulden in Abzug bringen, weil die Lehnsabfindung der verstorbenen Charlotten v. Arnim mit 226Thl. 18gr. 4 pf. in das Lehn hätte zurückfallen müssen, aber unter sämtlichen Geschwistern getheilt worden. Verkl., welcher den Kl. auf diese Lehnschulden gar kein Recht einräumen wollte, wie sich nachher ergeben wird, verlangte daher auch falls Kl. mit allen ihren Forderungen abgewiesen würden, die Erstattung dieser 113 Thl. 9 gr. 8 pf. nebst Zinsen von dem Tage, da sie solche erhalten.

Die Kl. beriefen sich dagegen auf den Erbrecels von 1748 woraus hervorgehen soll, daß

diese sämmtlich von 1-9 aufgeführte Schulden damals vom Betrage der Lehnssubstanz abgezogen worden.

Ad Pctum 10.

Das Gut Hohenwalde war zusammen mit dem Gute Alt-Temmen in Concurs eines Friedrich Erdmann v. Arnim gekommen und beide Güter wurden nach dem Adjudicationsbescheide vom 10ten März 1773 dem Erblasser der Kl. und dem Vater der verklagten Curanden zusammen für 21000 Thl. in Courant mit der Bedingung zugeschlagen,

dafs die Substanz der Güter Lehn und den Agnaten ihr Recht zur Succession davon vorbehalten bliebe.

Durch den am 30sten Juni 1777 errichteten Vergleich theilten dieselben sich in die gemeinschaftlich erstandene Güter dergestalt, dafs der Erblasser der Kl. Hohenwalde für 6000 Thl. und der Vater der Verkl. Curanden Alt-Temmen für 15000 Thl. erhielt. Jeder berichtigte auch seinen Antheil am Kaufgelde theils baar, theils per Compensationen.

Kl. behaupteten nun, dafs dieses Geld der 6000 Thl. Allodial gewesen, und verlangten daher dessen Erstattung von dem Lehnsfolger.

Ad Pctum II.

Nach dem Erbrecesse vom 30sten October

1748 wurde §. 4. die Lehnportion eines jeden Bruders auf 3314 Thl. 4 gr. festgesetzt, im §. 7. aber von sämtlichen Brüdern bestimmt, daß in eines jeden Bruders Portion 1500 Thl. als Lehnstamm betrachtet werden und diese Summe die Art und Eigenschaft eines Lehnstamms behalten sollte.

Kl. behaupteten nun, daß hiernach die übrigen in des Erblassers Portion begriffen gewesen 1814 Thl. 5 gr. 4 pf. Allodium wären mithin conferirt werden müßten.

Verkl. meinten dagegen, daß aus diesem Vertrage weiter nichts hergeleitet werden könnte als daß ein jeder der Brüder befugt gewesen über seine Lehnportion bis auf 1500 Thl. ohne Consens der andern Brüder zu disponiren, keinesweges aber daraus folge, daß falls er darüber nicht disponirt haben sollte der Ueberschuß der 1814 Thl. 5 gr. 4 pf. zu dessen Allodial-Erbchaftsmasse gezogen werden könnte.

Der Klagepunkt ad III.

betrifft die vom Erblasser der Kl. auf den Gütern vorgenommenen Meliorationen.

1) Im Jahr 1778 brannten das herrschaftliche Wohnhaus, mehrere Wirthschaftsgebäude und einige andere Wohnungen zu Götschken-dorff ab und der Erblasser der Kläger ließ solche aus eigenen Mitteln wieder aufbauen.

Kl. gaben auſſer dem auch an, daß des Verwalters Haus und die Schäferei abgebrannt ſey, welches Verkl. weder bestritten noch einräumten, ſondern auf Beſichtigung ſubmittirten.

Kl. gaben die Koſten auf 8000 Thl. an und forderten ſolche zur Allodial-Maſſe zu conferiren. Bekl. behaupteten, daß da der Erblasser den Consens der Agnaten nicht gefordert, ſie auch dieſe Koſten zu bezahlen nicht ſchuldig wären.

2) Im Jahr 1776 wurde die Communion mit welcher die Hütung in den ſogenannten Teufelpäſſen biſ dahin mit mehrern Gütern geſtanden hatte, aufgehoben; und bei dieſer Gelegenheit wurden die Teufelpäſſe, welche ſtark verwachſen waren, gerodet, abgegraben und urbar gemacht. Das Gut Hohenwalde, zu welchem die Teufelpäſſe zu $\frac{1}{3}$ gehörten, concurrirte daher bei dieſer Verbeſſerung und der Erblasser der Kl. verwandte dazu auf ſeinen Antheil 436 Thl. 8 gr. 8 pf. als das Drittel der überhaupt 1308 Thl. 5 gr. betragenden Koſten.

Kl. verlangten dieſe 436 Thl. 1 gr. 8 pf. als Allodium zu conferiren.

Verkl. behaupteten, daß dieſe Verbeſſerung auf Koſten des Königs geſchehen.

3) Kl. brachten bei dieſem Punkte den Verkl. verſchiedene Bau- und Reparaturkoſten

in Anrechnung, die der Erblasser auf das Gut Hohenwalde verwandt haben sollte. Dies ward von den Beklagten bestritten. Kl. beriefen sich auf die eigenhändige Annotation des Erblassers.

Der Klagepunkt ad IV.

Beide Theile waren darin einig, daß unter denen dem Vater der jetzigen Bekl. am 1sten Februar 1798. salvo jure überlassenen Immobilien, sich ein Bauerhof zu Schönenwerder befindet, den Bekl. noch gegenwärtig besitzen.

Kl. behaupten, daß der gemeinschaftliche Erblasser solchen am 27sten Decemher 1762. als ein Allodialstück aus seinen eigenen Mitteln erkaufte habe, und daß also solcher zur Allodial-Masse gehöre.

Verkl. leugneten, daß dieser Hof 1762 erkaufte sey und bestritten auch die angebliche Qualität; im härtesten Falle könnten sie doch nur zu dem Relutions Quanto so wie solches in dem Contrakt bestimmt sey angekalten werden. Der Bauerhof sey als ein Lehnspertinenzstück in dem Recesse von 1748 aufgeführt und könne also davon nicht abgerissen werden.

Deductio

in Sachen der Allodial - Erben des Geheimen Ober - Finanzrathes Bernhard Jacob v. Arnim Kl. wider den Lehnsvormund der Söhne des Major Abraham Christoph v. Arnim als Lehnserben des Geheimen Ober - Finanzraths v. Arnim.

Nach der in der Klage auch im Statu causae et Controversiae enthaltenen Erzählung und Uebersicht des Hergangs und der Lage dieser Sache, deren Wiederholung unnöthig ist, kommt es darauf an, zu bestimmen, was und wieviel die Bekl. aus der an sich habenden Substanz der vom gemeinschaftlichen Erblasser hinterlassenen Immobilien als Allodium zur Allodial-Masse herauszugeben haben.

Ad Punct: I.

ist nun außer Streit, daß dem Vater und Erblasser der Bekl. bei der Uebergabe des Gutes Götschkendorf folgende Vieh- Feld- und Wirthschaftsinventaria mit übergeben worden sind, als:

- 1) An Pferden, Ochsen, Kühen, Kälbern und Schweinen, der Werth nach der Taxe von 681 Thl. 12 gr. - pf.
- 2) 502 Stück Schaafe, welche der Ausmittlung ad Proto-

collum vom 7ten Mai a. c.
sämmtlich herrschaftlich wa-
ren und deren Werth durch
die aufgenommene Taxe auf 713Th. 2ogr. - pf.
bestimmt ist.

3) An Ackergeräthe der taxmäs-
sige Werth von 28 -- 18 -- --

4) Die Aussaaten deren Werth im
Protokolle vom 7ten Mai a.
c. auf 693 -- 13 -- 2 --
ausgemittelt ist, und

5) Die Bestellungskoston betra-
gen nach eben dem Proto-
kolle 177 -- 23 -- --

Ferner sind dem Erblasser
der Becl.

Bei dem Gute Hohenwalde

6) Die Aussaaten überliefert, wel-
che nach dem obgedachten
Protokolle 292 -- 13 -- 3 --
an Werth betragen, wozu

7) Die Bestellungskosten kommen
deren Betrag in dem Proto-
koll auf 111 -- 3 -- --
ausgemittelt ist.

Dies alles macht also in Summa 2699Thl. 6gr. 5pf.

Dafs dsr Werth von dem allen als Allodium
vom Lehnsfolger den Allodial-Erben zu erstatten

ist, ist unbedenklich. Nach der Lehnconstitution vom 1sten Juni 1723. §. 26. soll zwar, wenn Abkömmlinge des Lehnsfolgers zur Succession gelangen, das Zugvieh, imgleichen das Ackergeräthe als Pertinens des Lehns angesehen werden; in eben dem §. ist aber ausdrücklich verordnet, dafs, wenn Vettern zur Succession kommen, dies alles dem Allodio erstattet werden mufs. Hieraus und da nach §. 27. subordinirte Lehnsvettern alle *Meliorationes exstantes* vergüten müssen, folgt von selbst, dafs auch der Werth der vorhandenen Aussaaten nebst den Bestellungskosten von den Becl. zu erstatten sind. Dies folgt auch analogisch aus denen im 5ten §. enthaltenen Vorschriften,

wieviel bei Reluition eines veräufesrt gewesenen Lehngutes für die Aussaat und Bestellungskosten zu vergüten sey.

Nach gemeinen Lehnrechten müssen ebenfalls den Allodial-Erben die Saaten und Bestellungskosten vergütet werden, wenn der Lehnsfolger die Erndte erhält,

Hommel. Rhapsod. Observ. 300. N. 22.

und es kann um so weniger angenommen werden, dafs die Lehnconstitution hier abweiche, als aus der Analogie eben das folgt.

Wenn nun nach gesetzlichen Principiis der Werth des Vieh- und Feldinventarii, der Saaten
und

und Bestellungskosten den Allodial-Erben zu vergüten ist, so berufen sich die Bekl. dagegen vergeblich auf ältere Recesses. Von einem Lehnsinventario steht nirgends etwas, und aus dem Recess vom 23sten Juni 1713. geht eben so wenig als aus dem Reces vom 3osten October 1748 hervor, daß die Saaten zum Lehn gerechnet worden, vielmehr sind in letzterem Recess die Saaten ausdrücklich zum Allodio gerechnet; indessen kommt hierauf offenbar nichts an, da beide Recesses über Theilungen zwischen Brüdern und Schwestern abgeschlossen sind. Von dem was hierbei Rechtens, oder vielleicht gar nur de facto vergleichsweise geschehen ist, kann keine Consequenz auf das gelten, was beim Lehnsanfall an einen Vetter Rechtens ist, und eben so wenig kann, wenn bei Theilungen unter Geschwistern dies oder jenes dem Allodio nicht zu Gute gerechnet worden ist, daraus folgen, daß das ein ursprünglich zum Lehn gehörig gewesenes Inventarium sey.

Uebrigens ist von selbst klar, daß die Bekl. den Betrag des mit den Lehngütern erhaltenen, den Allodial-Erben herauszugebenden Allodii seit dem Tage der Tradition der Güter, also seit dem 1sten Februar 1798. landüblich zu verzinsen schuldig sind. Denn das ist der Tag an dem sie das Allodium herausge-

ben oder vergüten mußten, also der gesetzlich bestimmte Dies solutionis, von welchem die Zinsen zu laufen anfangen; und die Bekl. würden auch sonst rem et pretium zugleich nutzen, welches nach bekannten Rechten nicht zulässig ist. Die Kl. tragen also bei diesem Punkte dahin an,

die Bekl. schuldig zu erkennen, den ausgemittelten Werth des Vieh- Feld- und Wirthschaftsinventarii, der Saaten und Bestellungskosten mit 2699 Thl. 6 gr. 5 pf. nebst Zinsen à 5 pro Cent seit dem 1sten Februar 1798. zur Allodial - Erbmasse heraus zu zahlen.

Ad Punct. II.
ist völlig ausgemittelt, daß der Erblasser der Kläger im Recesse vom 30sten October 1748. die in der Klage specificirten Schulden zusammen mit 13932 Thl. 6 gr. aus dem Lehn zu bezahlen übernommen hat, daß sie auf das Lehngut Götschendorf eingetragen gewesen, und daß sie sämmtlich von ihm aus seinem eigenen Vermögen bezahlt worden sind. Beides letztere ergibt ins besondere der beigebrachte Hypothekenschein; und hiernach ist ohne weiteres klar, daß dies eine Melioration des Lehns ist, deren Bertrag die Bekl.

als succedirende Lehnsvettern von einer andern Linie, den Allodial-Erben zu erstatten haben, wogegen jenen nur die zur Zeit des vorigen Lehnbesitzers ins Lehn zurückgefallenen Lehnabfindungen mit 1559 Thl. 20 gr. 6 pf. wieder zu Gute zu rechnen sind, so daß die von ihnen für bezahlte Lehnschulden zu erstattende Summe 12372 Thl. 9 gr. 6 pf. bleibt.

Die ganze Summe der 13932 Thl. 6 gr. war, in Absicht des Obrist-Lieutenant Berend Ludwig v. Arnim und seiner Söhne, die sich durch den Reces vom 30sten October 1748. in das Lehn theilten, Lehnschuld: denn die Söhne waren, in so weit ihres Vaters Allodium dazu nicht hinreichte, schuldig, solche aus dem Lehne zu bezahlen. Diese Schulden sind auch bis auf die in der Klage sub. Litt. c. bemerkten 246 Thl. 11 gr. 4 pf. welche der Erblasser der Kl. mehr als seine Allodial-Portion ex Allodio erhalten hatte, und welche daher auch von der Summa der ex propriis von ihm bezahlten Lehnschuldern abgerechnet sind, aus dem Lehne bezahlt, oder, welches gleich viel ist,

von dem Betrage der Lehnssubstanz abgerechnet worden,

so, daß nach Bezahlung dieser Schulden die Lehnssubstanz um 12372 Thl. 9 gr. 6 pf. mehr beträgt, als sie bei der im Jahr 1748. geschehe-

nen Theilung nach Abzug der damals vom Lehne abgerechneten und ex post vom Erblasser der Kl. bezahlten Schulden betrug. Um dies deutlicher zu machen, darf man nur die Probe der in der Klage angelegten Berechnung machen, oder nachrechnen, wieviel der Erblasser der Kl. an Lehnssubstanz wirklich erhalten hat. Er erhielt nemlich an Lehnssubstanz das Gut Götschkendorf für 17000 Thl. An Lehnsantheil sollte er aber nur haben,

a) Die nach Abzug der Schulden auf ihn fallende Lehnsportion von 3314 Thl. 5 gr. 11 pf.

b) Die nachher ins Lehn

zurückgefallene resp. 1200 -- -- --

und 113 -- 9 -- 2 --

zusammen also 4627 Thl. 14 gr. 1 pf.

mithin hatte er an Lehnschulden

noch übernommen — — 12372 Thl. 9 gr.

6 pf. welche nach dem Übereinkommenen sämtlicher Brüder und Lehnsfolger aus der Substanz des Lehns bezahlt und dadurch wirkliche Lehnschulden geworden sind, daher sie denn auch deshalb auf das Lehnsgut Götschkendorf eingetragen wurden.

Hiernach ergibt sich von selbst, daß nichts auf die ursprüngliche Qualität und die Entstehungart dieser Schulden ankömmt. Jede Schuld welche Söhne bei dem Mangel des Allodiums

aus dem Lehne bezahlen müssen, und welche mit Consens derselben aus dem Lehne bezahlt ist, wird in Anfehung dieser Person und ihrer Descendenten Lehnschuld, und das war hier der Fall. Im Jahr 1748 mußten alle vorhandene Schulden, in so fern die Allodial Erbmasse dazu nicht reichte, aus der Lehns-Masse bezahlt werden, und die specificirte Schulden sind wirklich von der Lehns-Masse abgerechnet, also vom Annehmer des Gutes als Lehnsschulden, die auf dessen Substanz haften, übernommen worden. Er hätte das Gut mit diesen Schulden seinem Lehnfolger hinterlassen können, und da er solche bezahlt hat; so hat er dadurch die Lehns-Masse,

gegen den Zustand, in welchem er sie erhielt,

um so weit vermehrt.

Hier ist also der Fall, welcher in dem Tribunals-Gutachten vom 18ten December 1767.

Beiträge zur Juristischen Litteratur 3te Sammlung S. 18. N. 4.

angeführt ist, in Terminis vorhanden und nach dieser zur Observanz gewordenen Entscheidung ist ganz klar, daß der Betrag aller dieser Lehn-schulden,

ohne daß es deshalb einmal einer Protestation bedarf,

vom Lehnsfolger den Allodial-Erben des Lehnlassers, der diese Schulden bezahlt hat, erstattet werden muß.

Die Bekl. welche Descendenten des etc. Berendt Ludwig v. Arnim sind, müssen das Lehn mit denen nach dessen Ableben in Gemäßheit des Recesses vom 30sten October 1748 darauf gehafteten Schulden übernehmen, und was von dem Erblasser der Kl.,

dessen Linie nunmehr abgegangen ist, von diesen Lehnschulden bezahlt ist, muß nach den Grundsätzen des oben allegirten Gutachtens seinen Allodial-Erben erstattet werden,

weil der Erblasser der Kl. den Bekl. nicht mehr Lehnssubstanz zu hinterlassen schuldig ist, als er nach seines Vaters Absterben, besage des Recesses vom 30sten October 1748. erhalten hatte,

welches, wie oben berechnet ist, um 4627 Thl. 9gr. 6pf. vermehret und meliorirt ist.

Die Einwendungen der Bekl. erledigen sich hieraus von selbst. Als der etc. Berendt Ludwig v. Arnim verstarb, theilten sich die Lehnsfolger in mehrere Linien. Der Erblasser der Kl. dessen Linie nun ausgestorben ist, übernahm die in der Klage specifirten aus dem Lehne zu bezahlende Schulden. Er bezahlte sie und nun kommt eine andere Linie zur Lehnsuccession,

welche also auch diese Schulden übernehmen, folglich solche in so weit sie von dem, dessen Linie nun abgegangen ist bezahlt sind den Allodial-Erben desselben vergüten muß. Eben deshalb weil diese Schulden, als die jetzt abgegangene Linie zur Lehnssuccession kam, erst vom Lehne abgezogen und vom Erblasser der Kl. übernommen wurden, muß die jetzt succedirende Linie, welcher der Erblasser der Kl. nicht mehr Lehnssubstanz als er erhalten hat, hinterlassen darf, diese Schulden übernehmen und die von der abgegangenen Linie bezahlen, den Allodial-Erben erstatten, wie in dem angeführten Tribunals-Gutachten auseinander gesetzt ist.

Dafs die in Rede stehende Schulden sämmtlich auf das Lehnsgut eingetragen waren, hat sich aus den Hypothekenscheinen, ergeben, wiewohl es, nach dem oben angeführten, darauf nicht einmal ankam: denn auch ohne diese Eintragung waren es immer Schulden, die den Werth und Betrag der Lehnssubstanz um so viel verminderten. Der Erblasser der Kl. hat 12372 Thl. 9 gr. 6 pf. weniger Lehnssubstanz erhalten, als er den Lehnssolgern von einer andern Linie hinterläßt und das allein ist hinreichend, um die Bekl. zur Erstattung dieser aus dem Allodial-Vermögen des Erblassers der Kl. gemachten Me-

lioration zu verpflichten. Deshalb bedurfte es auch weder einer Protestation noch einer Cession der bezahlten Creditoren an den Erblasser der Kl. als welcher nur denn, wenn er Lehn-

schulden, welche nach der Zeit des an ihn geschehenen Lehnsanfalls entstanden wären, ohne Protestation oder Cession bezahlte, solche praesumtive zum besten des Lehns bezahlt hätte,

Beitr. zur Jur. Litt. 3te Samml. S. 21. 22. 23. N. 5 u. 6.

und hier kommt also auf alles, was die Bekl. gegen die vom Erblasser der Bekl. eingelegte und im Hypothekenbuche eingetragene Protestation angeführt haben, gar nichts an.

Die nach Ableben der Fräulein Eva Charlotte v. Arnim ins Lehn zurückgefallene 113 Thl. 9 gr. 2 pf., welche die Bekl. besonders abgerechnet wissen wollen, sind übrigens schon in der Klage vom Betrage der für bezahlte Lehnschulden zu erstattenden Summe abgerechnet und diese Summe kann daher nicht anders, als sie in der Klage berechnet ist, angenommen werden.

Ad num. 10. folgt aus dem in Statu Controversiae erzählten unstreitigen Hergange der Sache von selbst, daß dem Allodio des Erblas-

sers der Kl. diejenigen 6000 Thl. für welche er ein Lehn gut,

welches zur Zeit, da ihm das Lehn anfiel, ganz verschuldet war, und dieser Schulden wegen veräußert werden mußte,

acquirirte, rstattet werden müssen: denn die Aquisition eines solchen Lehnstücks ist eine offsnbare Melioration. Hätte der Erblasser der Kl. das Gut nicht erstanden: so hätte es, da der Kaufpreis zur Tilgung der darauf haftenden Schulden nicht hinreichte, an einen Fremden *jure allodii* überlassen werden müssen.

Hier tritt der in der Lehnconstitution von 1723. §. 27. und in den Beitr. zur Jur. Litt. 3te Samml. S. 19. No. 6. angeführte Fall ein; und das Kaufgeld, welches der Lehnsbesitzer *ex propriis* verwendet hat, um das Gut Hohenwalde der Familie als Lehn zu erhalten, ist demnach unbedenklich seinen Allodial-Erben zu erstatten, ohne dafs es einer *Cessionis Jurium* oder einer Protestation bedurfte, obwohl der Adjudicationsbescheid ergiebt, dafs es eine ausdrückliche Bedingung des *Liciti* und der Adjudication gewesen ist,

dafs die Kaufgelder an die Creditores gegen *jura cessa* bezahlt worden, und alles, was dieserhalb von den Bekl. einge-

wandt ist, bedarf daher keiner weiteren Widerlegung.

Wenn übrigens die Bekl. behaupten, daß die nach dem Reces vom 30sten Juni 1777. per compensationem auf einen Lehnstamm auf das Kaufgeld der 6000 Thl. abgetragene 3799 Thl. von der zu erstattenden Summa abgezogen werden müßten und nur die übrigen 2201 Thl. erstattet werden dürften; so könnte, wie von selbst klar ist, diese Behauptung nur denn erheblich seyn, wenn nachgewiesen wäre,

daß der qu. Lehnstamm von 3799 Thl. ein Lehngeld gewesen sey, welches der Erblasser der Kl. außer der Substanz der jetzt den Bekl. zurückgefallenen Lehngüter, besessen habe und daß dieses jetzt ebenfalls den Bekl. zugefallen sey.

Dies ist aber mit nichts nachgewiesen und die bloße Erwähnung eines abgerechneten Lehnstammes, von dessen Bewandniß nichts constet, kann in der Sache keinen Unterschied machen; sondern, da ausgemacht ist, daß der Erblasser der Kl. die Acquisition von Alt-Hohenwalde mit 6000 Thl. bezahlt hat und es ganz gleich ist, ob die Bezahlung baar, oder durch Compensation geschehen ist: so muß auch das ganze Capital der 6000 Thl. erstattet werden.

Endlich

ad num. 11. besagt der Reces vom 30sten October 1748. ausdrücklich,

dass vom Erbtheile jedes Bruders nur 1500 Thl. als Lehnstamm betrachtet werden sollen, und nur diese Summe die Art und Eigenschaft eines Lehns behalten solle.

Hiernach ist offenbar durch einen Vertrag festgesetzt, dass nur dieser Betrag von einem auf den andern als Lehn devolvirt werden sollte. Es bedarf keiner Ausführung, dass ein solcher Vertrag für die Paciscenten und deren Descendenten verbindlich sey, und hieraus folgt, dass der mehrere Betrag dessen, was der Erblasser der Kl. erhalten hatte, seinen Allodial-Erben gehört, folglich ihnen von den Bekl. welche diesen mehreren Betrag im Werthe der Güter wirklich haben, erstattet werden muss.

Ob diese Allodification den Schwestern zu Gute verordnet sey, darauf kommt es nicht an: denn jetzt wird die Erstattung von den Kindern der Schwestern nicht *ex jure et persona* ihrer Mütter, sondern in der Qualität,

als Allodial-Erben des Geheim. Ober-Finanzraths v. Arnim, in dessen Rechte sie treten, gefordert.

Ob andere Agnaten, wenn solche dereinst zur Succesion kommen sollten diese Allodification anerkennen dürften, ist eine Frage die gar nicht hierher gehöret; und jetzt und so lange nicht ein Lehnsanfall an andere Lehnsvettern, die keine Descendenten derer sind, welche den Reces von 1748. geschlossen haben, geschiehet, kann diese Frage gar nicht zur Sprache kommen. Jetzt ist es genug, daß im Jahre 1748. alle Brüder nur den Betrag von 1500Thl. für Lehn erklärt und sich also nur auf so hoch die Lehnssuccesion wechselseitig vorbehalten haben.

In Ansehung dieser Paciscenten und deren Nachkommen ist demnach alles übrige Allodium und es ist in effectu eben so gut, als ob sie sich wechselseitig eine Lehnschuld consentirt hätten, welche jeder Descendent der Paciscenten übernehmen müßte, ohne Rücksicht, ob ein künftig succedirender anderer Agnat oder Gesamthänder solche ebenfalls zu übernehmen haben werde.

Die Gegenforderungen, welche Bekl. wegen Lehngelder, welche der Erblasser der Kl. an sich gehabt haben soll, formirt haben, widerlegen sich aus dem Hergange und Zusammenhange der Sache von selbst: denn Theils haben diese Lehngelder in der Substanz

der Güter gesteckt, welche die Bekl. mithin dadurch eo ipso auf diese Lehngelder oder Lehnportionen erhalten haben, theils sind sie schon in der Klage von der für bezahlte Lehnschulden zu erstattenden Summe abgerechnet.

Die dem Erblasser der Kl. zugefallene Lehnportion von 1500 Thl. und die Lehnportion seiner vor ihm verstorbenen Brüder sind in der Substanz der Lehngüter consolidirt und begriffen: denn die letzten Portionen sind den gedachten Brüdern nicht ausgezahlt und deshalb ist vom Werthe der Lehngüter und als ausgezahlte Abfindung nichts abgerechnet,

welches sonst, wenn diese Lehnportionen ausgezahlt worden wären, hätte geschehen müssen,

und es würde daher ein Duplum seyn, wenn die Lehnfolger diese in der Substanz der Güter verbliebene Lehnportionen noch besonders erstattet erhielten.

Die an den Erblasser der Kl. zurückgefallenen resp. 1200 Thl. und 113 Thl. 9 gr. 6 pf. sind schon in der Klage abgerechnet und die in Anrechnung gebrachten 3799 Thl. gehören gar nicht hierher: denn ad. N. 10. ist bereits die Frage vorgekommen,

ob diese 3799 Thl. von denen 6000 Thl.

welche der Erblasser der Kl. für Alt-Hohenwalde bezahlt hat, abzurechnen seyn?

Kann das nicht geschehen: so ist auch überhaupt kein Grund vorhanden, aus dem die Bekl. diese Summe von den Kl. fordern könnten. Wäre aber jene Abrechnung zulässig: so würden die Bekl. eben dadurch die Erstattung dieser 3799 Thl. erhalten und könnten also solche nicht noch einmal fordern.

Solchemnach wird es bei der in der Klage berechneten Summe des zu erstattenden Allodii verbleiben müssen und die Kl. wiederholen den Antrag,

die Bekl. schuldig zu erkennen, 20186 Thl. 14 gr. 10 pf. nebst 5 pro Cent Zinsen seit dem 1sten Februar zur Allodial-Erbmasse herauszuzahlen.

Ad Pctum III.

ist es eine ausgemachte Sache, dafs von succedirenden Lehnsvettern alle Maliorationen ohne Unterschied erstattet werden müssen, da die Lehnconstitution von 1723. dieses im §. 27. ausdrücklich vorschreibt. Nach den Principien des Gutachtens des Tribunals vom 18ten December 1767. S. 17. der Beitr. zur Jur. Litt. ist dasjenige Quantum für ein vom Lehn zu erstattende Melioration zu achten, um was der Werth des Lehns zur Zeit, da der succedirende

Lehnsvetter dies Lehn erhält gegen den Werth, den das Lehn, zur Zeit des Lehnsanfalls an die abgegangene Linie hatte, vergrößert ist. Außerdem können aber, nach eben dem Tribunals-Gutachten S. 22. N. 1 u. 2. der angeführten Beiträge, die Allodial-Erben eines abgegangenen Lehnsbesitzers die Erstattung dessen, was zwar nicht als eigentliche Melioration,

nehmlich als Verbesserung des Werthes gegen den Werth zur Zeit des Lehnsanfalls, jedoch als eine das Lehn afficirende Schuld zu betrachten ist, alsdenn fordern, wenn der Lehnsbesitzer Protestation eingelegt, daß die von ihm *ex propriis* geschehene Zahlung nicht dem Lehne, sondern seinem Allodio zu Gute kommen soll.

Wendet man diese Grundsätze auf den vorliegenden Fall an: so rechtfertigen sich alle bei diesem Punkte formirten Forderungen.

Ad 1, ist außer Streit, daß die Wohn- und Wirthschaftsgebäude in Götschkendorf abgebrannt sind, und der Erblasser der Kl. solche auf seine Kosten wider hergestellt hat; und der Werth, den diese wiederhergestellten Gebäude noch zur Zeit des Lehnsanfalls an den Vater der Bekl. gehabt, ist durch die in Gemälsheit der Verhand-

lungen ad Protocollum commissionis vom 7ten Mai a. c. aufgenommene Taxe, exclus. der Holzmaterialien und ohne Rücksicht auf Baudienste und Führen der Unterthanen auf 9600 Thl. ausgemittelt. Hätte der Erblasser der Kl. zur Bestreitung dieser Baukosten ein Capital aufnehmen wollen: so hätten die Agnaten

nach §. 3. No. 7. der Lehnsconstitution und dem mehr allegirten Tribunals-Gutachten pag. 20. Litt. D.

eine solche zur nothwendigen Zustandsetzung und Herstellung des Lehnsgutes contrahirte Schuld unbedenklich consentiren, und, wenn sie bei den Lehnsanfall noch nicht getilget war, solche übernehmen müssen. Nun hat zwar der Erblasser der Kl. den Vorschuss aus eigenen Mitteln gethan; er hat aber besage des Hypothekenscheins vom 3ten October 1781. eine Protestation eingelegt und eintragen lassen,

dafs er seinen Allodial-Erben alles, was ihnen nur irgend zukommen könne, zugewandt wissen wolle und deshalb alle bezahlten Schulden, auch die wegen des im Jahre 1778. ihn betroffenen grossen Brandes verwandte Baukosten für Allodium ausdrücklich erkläre.

Er

Er hat also die Baukosten als fremder Creditor vorgeschossen, seinem Allodio diese Forderung reservirt und solche für dasselbe eintragen lassen, und nach den oben erwähnten Grundsätzen ist das also eine Schuld des Lehns, die der Lehnsfolger übernehmen und den Allodial-Erben desjenigen, dessen Allodium wegen der eingelegten Protestation Creditor dafür war, erstatten muß.

Es kann hierbei nicht darauf ankommen, ob die Protestation vor oder nach der Zeit der gemachten Ausgabe eingelegt ist; denn die Gesetze bestimmen nirgends,

dafs die Protestation zugleich oder noch vorher eingelegt werden müsse,

und da erst zur Zeit des Lehnsanfalls an eine andere Linie die Frage entstehen kann, ob eine vom abgegangenen Lehnsbesitzer geschehene Zahlung zum Besten des Lehns und seines Allodii gemacht sey, so ist es nach der Natur der Sache hinreichend, wenn der Lehnsbesitzer nur vor Eintritt dieses Falles seinen Willen darüber erklärt. So lange er das Lehn noch besitzt, hängt es theils von seinem Willen ab, ob er die *ex propriis* gemachten Zahlungen dem Lehn oder seinem Allodio zu Gute kommen lassen will, theils nützt es noch nichts, dafs er seine hierüber gefafste Entschliessung verlaublich, da diese erst

beim Lehnsanfälle an eine andere Linie wirksam wird. Die Protestation ist ihrer Natur nach nichts anders, als eine Erklärung des Lehnsbesitzers,

zu wessen Vorthail er etwas gegeben habe, und hieraus folgt von selbst, daß die Abgabe solcher Erklärung an keine Zeit gebunden seyn kann. Hiermit stimmen auch die Vorschriften des A. L. R. Th. I. Tit. XVIII. §. 594 und 595.

überein, nach welchen die Protestation im vorliegenden Falle um so mehr von Wirkung ist, als der Erblasser der Kl., besage des Hypothekenscheins, die bezahlten Lehnschulden vom Lehngute nicht eher hat ablöschen lassen, als an eben dem Tage, wo er die Protestation eingelegt hat, welche daher in Absicht der bezahlten Schulden die Stelle einer Cession, so wie in Absicht der Baukosten die Stelle eine Eintragung der Forderung vertritt, welche noch immer geschehen konnte, so lange noch nicht der Fall eingetreten war, daß die Zahlung, wegen nicht geschehener Deklaration als zum Besten des Lehns anzusehen war,

als welches erst nach Abgang dessen, der die Zahlung geleistet hatte, der Fall hätte seyn können.

Der Einwand, welchen die Bekl. aus der pro-

jectirten Majoratsstiftung gegen die rechtliche Wirkung der Protestation herleiten wollen, widerlegt sich von selbst. Denn es fällt in die Augen, daß ein nicht zu Stande gekommenes Project nichts releviren und nichts wirken können, und daß der Erblasser der Kl. nur in dem Falle,

wenn die Majoratsstiftung zu Stande kommen würde,

das Bezahlte und Verwendete dem Lehne zu Gute kommen lassen wollte. Da nun aber die projectirte Majoratsstiftung nicht zu Stande gekommen ist, sondern ganz nichtig und *pro non scripto* zu achten ist: so kann auch ein solches nichtiges Scriptum in den Verhältnissen, Rechten und Verpflichtungen beider Theile gegen einander nichts ändern, sondern diese bleiben so, wie sie ohne Rücksicht auf das nicht zu Stande noch zur rechtlichen Gültigkeit gekommene Project sind.

Der gerühmte Contract mit den Agnaten ist ungültig und nichtig, und es wäre also ein wahrer Widerspruch, daraus eine Verpflichtung für die Erben des Geheimen Ober - Finanzraths v. Arnim herleiten zu wollen, die er ihnen doch in keinem andern Falle auflegen wollte, als wenn die Majoratsstiftung in Ausübung gebracht würde. Dies ergibt der Sinn des ganzen

Schreibens vom 29sten Juni 1780. deutlich genug, auch ist die Protestation ungelöscht bis an den Tod des Erblassers der Kl. stehen geblieben, und sie kam daher durch bloße Traktaten über eine nicht zu Stande gekommene Einrichtung nicht aufgehoben noch unwirksam geworden seyn.

Endlich wollen zwar die Bekl. den Erblasser der Kl. einen Vorwurf daraus machen, daß er die im Jahr 1778. abgebrannten Gebäude nicht bei der Feuer-Societät habe versichern lassen; allein hierin kann keine Verschuldung desselben liegen, durch welche er verpflichtet worden wäre, den Schaden aus eigenen Mitteln zu tragen: denn Culpa wird nur durch Unterlassung desjenigen begangen, wozu jemand perfecte verpflichtet ist.

Hellfeldt. Jurispru. Forens. §. 321.

A. L. R. Th. I. Tit. VI. §. 9 und §. 11.

Es existirte aber keine vollkommene Verbindlichkeit die Gebäude bei der Feuer-Societät versichern zu lassen, und die Unterlassung kann also nicht als ein Versehen betrachtet werden, am wenigsten als ein solches, welches den Lehn-
gutsbesitzer zur Tragung des Schadens ex propriis verpflichtet, und das Recht desselben seinen Allodial-Erben die Erstattung der verwendeten Baukosten zu reserviren, aufgehoben hätte.

Ad. 2. ist zwar kein Streit darüber, daß die

Urbarmachung der Teufelspässe eine Melioration sey, so wie auch das Quantum der dazu verwendeten Kosten ausser Streit ist; und es ist nur streitig geblieben, ob der Erblasser der Kl. die Kosten dieser Melioration erstattet erhalten habe.

Aus den Kammerverordnungen vom 26ten Februar und 12ten Mai 1787. geht nun zwar hervor, daß die Kammer die Kosten der Grabenarbeiten nach dem Anschlage mit 486 Thl. 1 gr. aus einer Königl. Kasse vergütet hat. Diese 486 Thl. 1 gr. hat aber nicht der Erblasser der Kl. allein für seinen Antheil erhalten, sondern sie sind, wie der Anschlag und das Anschreiben der Kammer vom 19ten Mai c. a. ergiebt, für die Grabarbeiten des ganzen Teufelspasses gezahlt, mithin allen dreien Interessenten dieses Reviers zu Statten gekommen.

Da nun die Urbarmachung des ganzen Teufelspasses incl. der Grabenarbeiten 1308Thl 5gr. gekostet hat: so bleiben nach Ab-

zug der obgedachten	486 -- 1 --
noch	822Thl. 4gr.

übrig, welche aus keiner Königl. Kasse vergütet sind, und wovon daher der Erblasser der Kl. $\frac{1}{3}$ 274 Thl. 1 gr. 4 pf. ex propriis hat tragen müssen, und diese Summe ist daher seinen Allodial-Erben noch zu vergüten.

Ad 5. ist, nach dem oben ad Punct. II. ausgeführten jede Anstalt durch welche der Werth der Lehngüter zur Zeit des Anfalls an den Vater der Bekl. gegen den Zustand derselben zur Zeit des Lehnsanfalls an den Erblasser der Kl. vermehrt ist, eine Melioration, deren Betrag vom succedirenden Lehnsvetter den Allo-dial-Erben des abgegangenen Lehnsbesitzers zu vergüten ist. Sind demnach Gebäude, welche der Erblasser der Kl. in nicht brauchbaren und schlechten Zustande erhielt, von ihm in den jetzt unbestrittenermaßen guten und brauchbaren Zustand versetzt worden; so ist das unstreitig eine Melioration, und der dadurch beschafte mehrere Werth der Gebäude muß den Kl. von den Bekl. erstattet werden.

Nun haben zwar die Kl. den Werth oder vielmehr den Unwerth der Hohenwaldschen Gebäude, die ihr Erblasser in desolaten Umständen erhalten hat, bis jetzt nicht ganz bestimmt angeben und nachweisen können, sondern nur das Quantum angezeigt, welches ihr Erblasser zur Reparatur und Instandsetzung verwendet hat, und an sich ist es richtig, daß es nicht auf das Quantum der zur Reparatur verwendeten Kosten, sondern auf den dadurch bewirkten, zur Zeit des jetzigen Lehnsanfalls noch vorhandenen mehrern Werth der Gebäude ankommt. In ge-

gerwärtigem Falle aber läßt sich aus dem Betrage der Kosten, welche der Erblasser der Kl. anwenden mußte, um die Gebäude in brauchbaren Stand, wie sie noch sind, zu setzen, der Betrag der Melioration, welche dadurch bewirkt ist und des höhern Werthes, denn die Gebäude im Jahre 1798. gegen den Zustand, in dem der Erblasser der Kl. solche überliefert erhielt, durch die Reparatur erhalten habe, mit Gründe folgern.

Die Alt-Temmenschen Subhastationsakten ergeben, daß schon in der zuerst aufgenommenen Taxe die Hohenwaldschen Gebäude ziemlich geringe taxirt waren, und ins besondere ist in Absicht eines alten Familienhauses dessen schlechte Qualität ausdrücklich bemerkt. Diese Taxe ward aber, da sie zu hoch befunden worden, nochmals revidirt, und nach den deshalb vom etc. Stilke verhandelten unfoliirten Acten ist die Taxe der sämtlichen Hohenwaldschen Gebäude von 1112 Thl. 19 gr. auf 519 Thl. 9 gr. heruntergesetzt worden, und es ist einleuchtend in welcher Verfassung ein Wohnhaus, eine Scheune ein Viehstall, ein Schaafstall und zwei Familienhäuser gewesen seyn müssen, wenn sie alle zusammen nur 519 Thl. 9 gr. werth waren.

Da nun auch nach den beigebrachten Anschlägen anzunehmen und gegenseitig nicht bestritten ist, daß die veranschlagten Reparaturen

nothwendig gewesen sind, um die Gebäude in brauchbaren Stand zu setzen, — da nicht bestritten ist, daß sie jetzt in brauchbarem Stande überliefert sind, so ist moralisch gewiß, daß der Werth der Gebäude jetzt wenigstens um so viel als die angegebenen Reparaturkosten betragen haben, höher seyn muß, als er zu der Zeit war, da der Erblasser der Kl. diese Gebäude in desolatem Zustand erhielt.

Ja, die Melioration muß nothwendig höher seyn als der Betrag der Reparaturkosten: denn Theils haben die Kl. nicht alle von ihrem Erblasser verwandte Kosten angeben können, Theils ist unter den veranschlagten kein Arbeitslohn und keine Fuhre mit aufgeführt, sondern sie enthalten bloß den Geldbetrag der angekauften Materialien. Wäre der nun angelegte Stall und Brunnen jetzt taxirt worden, so würde sich gewiß ergeben haben, daß dessen Werth auch ohne Holz und Stroh zu rechnen, mehr als die veranschlagten 222 Thl. 12 gr. beträgt; wenigstens ist das, da gegenseitig der Werth ohne Taxe auf 200 Thl. zugegeben ist, höchst wahrscheinlich; und man kann sicher annehmen, daß auch die Reparaturen eine mehrere Erhöhung des Werths der reparirten Gebäude bewirkt haben, als das Quantum der von den Kl. nur unvollständig berechneten Kosten dieser Reparaturen.

Dies vorausgesetzt kann also nur dies noch Frage seyn,

ob genugsam nachgewiesen sey, daß der Erblasser der Kl. die in der Klage angegebene Summen zur Instandsetzung der alten Gebäude und Anlegung neuer verwendet habe?

und das läßt sich denn wohl mit Grunde nicht bezweifeln. Ad a. et b. sind zwar nur eigene Aufsätze des Erblassers der Kl. vorhanden; aber nicht zu gedenken, daß auch die Bekl. dessen Erben sind, und daher seine Angaben eben so anerkennen müssen, als sie seine sonstige facta zu prästiren gehalten sind: so stimmen auch die Annotationen des Erblassers mit den edirten Pachtberechnungen im allgemeinen dahin überein,

daß der Erblasser schon in den ersten Jahren und ehe er die veranschlagete Hauptreparaturen des Wohnhauses und Schaafstalls vornahm, viele Bau- und Reparaturkosten hat anwenden müssen.

Hier ist also eine unverdächtige mit allen Umständen übereinstimmende Annotation des gemeinschaftlichen Erblassers beider Theile vorhanden und diese muß nach der Gerichtsordnung Tb. I. Tit. X. §. 158. a. et b. um so mehr Beweis-

kraft haben, als hier die Wahrheit sich auf andere Art nicht mehr ausmitteln läßt.

Ad c. und f. ist aus den Anschlägen, welche die Nothwendigkeit der Reparatur zeigen und aus dem jetzigen Zustande der Gebäude, nach welchen die Reparatur nothwendig geschehen seyn muß, klar, daß wenigstens die veranschlagte Summe verwendet seyn muß, und wie oben gedacht, sind demnach die Gebäude wenigstens so viel als das Anschlagsquantum betrifft, mehr werth als vorher.

Ad d. und e. ist der Werth des neuen Stalls und Brunnens in Termino den 7ten Mai a. c. auf 200 Thl. angenommen und hierbei kann es gar keine Frage seyn, ob diese vorher gar nicht vorhandene und offenbar nützliche Anlagen eine Melioration seyn.

Bei dieser Nummer des dritten Punkts kann demnach nur die Summe der Meliorationskosten wegen der ad d. und e. in Termino den 7ten Mai a. c. getroffenen Vereinigung sich um 22 Thl. 12 gr. verringern, daher solche statt 971 Thl. 7 gr. 6 pf. nur auf 948 Thl. 19 gr. 6 pf. anzunehmen ist, und die Kl. wiederholen ihren Klageantrag dahin,

die Bekl. schuldig zu erkennen ad 1. 9600 Thl. ad 2. 274 Thl. 1 gr. 6 pf. und ad 3. 948 Thl. 19 gr. 6 pf. nebst Zinsen zu 5 pro Cent seit

den 1sten Februar 1798. zur Allodial - Erbmasse des gemeinschaftlichen Erblassers herauszuzahlen.

Ad Punct: IV.

mufs eine bloße Erzählung des Herganges und Zusammenhanges der Sache den in der Klage formirten Antrag rechtfertigen. Durch den Contract vom 2ten März 1706. verkaufte Berendt Gottfried v. Arnim, ein Ascendent der Bekl. den Bauerhof in Schönwerder an den Magistrat zu Prenzlau erb- und eigenhümlich ohne alle Bedingung. Es scheint zwar, daß dieser Bauerhof damals zum Lehn gehöret habe; allein nach dem Contract hat Gottfried v. Arnim den Bauerhof mit Consens seiner nächsten Agnaten verkauft, und es kann nicht vermuthet werden, daß diese Angabe falsch gewesen sey, und der Magistrat den Kauf abgeschlossen haben würde, wenn ihm nicht der Consens der Agnaten nachgewiesen worden wäre. Auf den damals reservirten Consens des Lehnsherrn aber kommt, nach dem alle märkische Lehne quoad dominum directum allodificirt sind, jetzt nichts mehr an. Ueberdem würde dieser Verkauf für die Bekl. als Descendenten des Verkäufers in jedem Falle völlig gültig seyn,

Hommel. Rhapsod. Observ. 237. P. 284.
welches auch der bekannten märkischen Obser-
vanz und Praxis gemäß ist.

Durch diesen Verkauf war daher der qu.
Bauerhof vom Lehne ganz abgenommen und
freies Eigenthum des Besitzers geworden. Im
Jahre 1726. kaufte zwar Berendt Ludwig v.
Arnim den Bauerhof wieder; aber Theils wird
ein unbedingt veräußertes Lehnspertinenz da-
durch, daß ein nachheriger Besitzer des Lehns
solches vom freien Eigenthümer acquirirt, nicht
wieder Lehnspertinenz, vielmehr folgt aus der
Natur der Sache, daß ein Grundstück, welches
einmal freies Gut geworden war, solches für je-
den nachfolgenden Besitzer bleibt, — Theils aber
ist der Schönwerdersche Bauerhof auch noch
1706. nicht mehr als Lehn betrachtet worden:
denn Hans Carl v. Arnim, dem er in der
väterlichen Theilung zugefallen war, verkaufte ihn
mittelst Contrakts vom 17ten Juni 1760. als ein
freies Bauergut ohne alle Bedingung noch Ein-
schränkung an den Major Friedrich Wilhelm
v. Arnim zu dessen freiem Eigenthum. Von
diesem erbte dessen Wittwe den Bauerhof und
von dieser erkaufte der Erblasser der Kl. solchen
mittelst Contrakts vom 27sten December 1762
für 995 Thl. ebenfalls ohne alle Einschränkung
des Eigenthums. Nach diesem allen läßt sich

eine Wiederherstellung der schon seit 1706. aufgehobenen Lehnsqualität des qu. Bauerhofes nicht gedenken. Wenn daher gleich im Reces von 1748. dieser Bauerhof unter den Lehnspertinenzien mit aufgeführt ist; so ist dies doch irrig gewesen. Durch solche unrichtige Voraussetzung konnte ein Grundstück, welches Berendt Ludwig v. Arnim nicht als Lehn, sondern als erkaufte freies Gut erworben und besessen hatte, nicht Lehn werden, und dessen Erben und Nachkommen, haben solches auch nicht als Lehn behandelt, sondern als ein Grundstück, welches Hans Carl v. Arnim von seinem Vater als freies Erbgut ererbt hat.

Ein einmal rechtsgültig veräußertes Lehn wird für den Erwerber und alle Nachfolger desselben freies Allodium, wie auch das Allgem. L. R. Th. I. Tit. XVIII. §. 339. verordnet, und eben das ist hier der Fall, da dies ehemalige Lehnspertinenz mit Bewilligung des nächsten Agnaten von einem Ascendenten der jetzigen Lehnsfolger,

und zwar besage Contrakts von 1707. zur Bezahlung einer auf das Lehngut Götschkendorff gehafteten Schuld, unwiederruflich verkauft worden ist.

Mit Recht fordern also die Allodial-Erben des etc. Bernhard Jacob v. Arnim die Rück-

gabe der Substanz dieses ihrem Erblasser jure allodii gehörigen Gutes und die Erstattung der davon seit dem 1sten Februar 1798. erhaltenen Nutzungen von den Bekl. Es bedarf keiner Erörterung der Frage, ob die Kl. falls der Bauerhof noch jetzt für ein Lehnpertinenz geachtet würde, die Erstattung des von ihrem Erblasser dafür bezahlten Kaufgeldes der 995 Thl. fordern könnten, als welches ihnen die Bekl. auch nur eventualiter einräumen wollen. Wenn aber der Fall eintreten könnte, daß die Substanz des Bauerhofes für Lehn erachtet würde; so würde den Kl. unbedenklich das Kaufgeld nebst Zinsen seit den 1sten Februar 1798. erstattet werden müssen; denn nachdem Berendt Ludwig v. Arnim den Bauerhof acquirirt hatte, hat ihn weder der Erblasser der Kl. noch einer seiner Ascendenten verkauft, sondern ein anderer Besitzer, der Hans Carl v. Arnim. Von denen, die das Grundstück von diesem wiederum an sich gebracht hatten, hat es der Erblasser der Kl. wieder erkaufte. Wäre es eine Lehnspertinenz so würde der Fall eintreten,

daß der abgegangene Lehnbesitzer ein von einem andern veräußertes Lehnspertinenz reluiert hätte,

in welchem Falle,

nach dem mehr gedachten Tribunals - Gutachten S. 19. N. 6.

das Relutionspretium den Allodial-Erben erstattet werden muß, wobei beiläufig zu bemerken ist, daß die zu erstattende Kaufsumme der 995 Thl. nicht in schlechtem 62 jäh. Gelde, sondern in gutem Courant zu rechnen und zu erstatten seyn würde, weil

besage des Scheins vom 27sten December 1762.

die Wittwe v. Arnim das qu. Bauergut für 995 Thl.

welche ihr Erblasser in altem guten Gelde schuldig war,

in solutum gegeben, der Erblasser der Kl. ihm also cempensando mit 995 Thl. in gutem Gelde bezahlt hat.

Doch dies alles ist nur beiläufig bemerkt; denn hauptsächlich wiederholen die Kl. den Antrag ihrer Klage,

den Bauerhof zu Schönenwerder für Allodial zu achten, die Bekl. demnach schuldig zu erkennen, solchen zur Theilung unter den Allodial-Erben zu bringen und dessen Subhastation Theilungshalber geschehen zu lassen, auch über die seit den 1sten Februar 1798. davon gezogenen Nutzungen den Kl. Rechnung abzulegen und deren Betrag zur

Allodial-Erbmasse zu bezahlen, so wie die Kl. auch endlich dem Antrage die Bekl. in die Kosten zu verurtheilen, inhäriren.

U r t e i l.

In Sachen der Fol. 21. und 22. in Actis benannten Geschwister-Kinder und Allodial-Erben des Geheimen Ober- Finanzraths Bernhardt Jacob v. Arnim auf Hohenwalde und Götschkendorff Kl. wider dessen Bruder und Lehnsfolger den Major Abraham Christoph v. Arnim auf Alt-Temmen, jetzt dessen minderjährige Söhne Ludwig Bernhard, Carl Abraham und Friedrich Wilhelm Gebrüder von Arnim, im Beistande ihres Curatoris des von Düringshofen auf Pinnow, Verkl.

erkennt der Instuctionssenat des Kammergerichts den verhandelten Akten gemäß für Recht,

dafs zuvörderst dem Justizrath Uhden obliege, binnen 14 Tagen bei 2 Thl. Strafe zu der Vollmacht der Editionsakten, auch noch die Vollmacht des mitklagenden Hauptmanns Nicolaus Erdmann v. Arnim zu Potsdam, beizubringen, in der Sache selbst aber,

bei dem ersten Klagepunkte Verkl. Einwendens ungeachtet schuldig,

die bei den Lehngütern Götschkendorff und Hohen-

Hohenwalde ihm übergebenen Inventarium an Vieh, Fahrniß und bestellter Saat nach ihrem taxirten Werth zur gemeinschaftlichen Allodial - Masse, mit Zinsen zu 5 pro Cent seit dem 1sten Februar 1798., als dem Tage der Tradition zu conferiren, und der Betrag sothaner Inventarien

1) bei Götschkendorff

a) an Pferden, Ochsen, Kühen, Kälbern und Schweinen auf 681 Thl. 12 gr. - pf.

b) an 502 Stück Schaafe incl. des Schäfers Antheil 713 -- 20 -- ---

c) an Ackergeräth 28 -- 18 -- ---

d) an Saaten 693 -- 13 -- 2 --

e) an Bestellungskosten 177 -- 23 -- ---

1) bei Hohenwalde

a) an Saaten 292 -- 13 -- 3 --

b) an Bestellungskosten 111 -- 3 -- ---

festzusetzen

 2699 Thl. 6 gr. 5 pf.

Gründe.

Nach gemeinen Lehnrechten gehören die Inventarien oder Beilafsstücke eines Lehnguts zum Allodio. In der Lehnsconstitution vom 1sten Juni 1723. §. 26. ist diese Regel des gemeinen Rechts nur darin abgeändert, daß das Zugvieh und das Ackergeräth beim Lehn verbleiben sollen, wenn Brüder und Schwe-

stern den väterlichen Lehns-Nachlaß theilen, dahingegen, wenn Vettern und Expectivati succediren, selbst diese Stücken zum Allodio vergütigt oder dem Allodial-Erben ver-
abfolgt werden sollen.

Von den Saaten und Bestellungskosten wird dergleichen Ausnahme in der gedachten Lehnsconstitution nicht gedacht; sie müssen also schon darum dem Allodio verbleiben. Die Neu-
märksche Lehnsconstitution von 1724., welche zur Erklärung der hiesigen jederzeit benutzt worden ist, hat aber im §. 75. den Grundsatz ausdrücklich festgesetzt, daß, wenn der Lehns-
folger die Früchte genießt, er auch die Saat
samt den Bestellungskosten dem Allodio ver-
gütigen müsse. Dies folgt auch schon daraus,
daß der Lehnlasser wirklicher Eigenthümer des
Saamens war, und während seiner Besitzzeit die
Arbeit und die damit verknüpften Kosten her-
gegeben hatte; und die diesfallige Observanz in
der Mittelmark bezeuget eben dieses.

Benckendorff in Oecon. Forens. B. IV. S.

48. 49.

Da im vorliegenden Falle nicht ein väterlicher
Nachlaß getheilt wird; sondern ein Bruder dem
andern, als seinem nächsten Lehnsvetter succedirt;
so müssen auch die sämtliche vorhandenen
Inventarien zum Allodio gezogen werden. Der

Einwand, daß bei den Gütern ursprünglich ein Lehninventarium gewesen sey, ist nicht erwiesen. Die beiden in Bezug genommenen Recesse vom 23sten Juni 1713. und vom 30sten October 1748. sind schon darum hier nicht anwendbar, weil in beiden Fällen die Kinder des letzten Besitzers, Berendt Gottfried und Berendt Ludwig sich getheilt haben; hier aber ein Bruder und Agnat dem andern succedirt. In dem Fall wenn Bruder und Schwester sich den väterlichen Nachlaß theilen, hat die Lehnconstitution §. 26. das Zugvieh und Ackergeräth zum Lehn gerechnet, daher im Recess von 1748. ad II. Litt. a. b. c für Zugpferde, Zugochsen und Ackergeräth die Summe von 500 Thl. 18 gr. zum Lehn gerechnet worden ist. In dem frühern, vor der Lehnconstitution geschlossenen Recess von 1713. wird aber S. 3. das Inventarium bei Götschkendorff nach der Taxe, ohne alle Ausnahme, mit 1012 Thl. zum Allodio berechnet, ungeachtet hier, wie in jenem Recess Brüder oder Schwestern den väterlichen Nachlaß theilten. Das Inventarium vom 26sten bis 29sten August 1748., worauf der Recess von demselbigen Jahre Bezug nimmt, hat weder in der Prenzlowschen Obergerichts-Registratur, noch bei dem hiesigen Pupillen-Collegium aufgefunden werden können. Es fehlt daher an dem

Beweise, daß bei den Gütern ein ursprüngliches Lehninventarium gewesen sey, gänzlich.

So wie hieraus die Verurtheilung des Verklagten, den ausgemittelten und eingeräumten Betrag der Inventarien zur Allodial-Masse zu conferiren, von selbst folgt; so ergiebt sich auch seine Verbindlichkeit zur landüblichen Verzinsung, des Betrages a die traditionis von selbst, weil der Verkl. sonst rem et pretium zugleich nutzen würde, überdies aber seit der Tradition in mora war.

Bei dem 2ten Klagepunkt und zwar ad N. 1 bis 9. incl. Verkl. schuldig, die mit 7253 Thl. 14 gr. $6\frac{2}{3}$ pf. eingeräumte aus Götschkendorff bezahlte Lehnschulden nebst Zinsen zu 5 pro Cent seit dem 1sten Februar 1798. jedoch nach Abzug von 113 Thl. 9gr. 2pf. sammt gleichmäßigen Zinsen zur gemeinschaftlichen Erbmasse des Geheimen Ober- Finanzraths v. Arnim herauszugeben, im übrigen aber die Kl. mtt ihren Forderungen für bezahlte Lehnschulden abzuweisen.

Gründe.

Bei diesem Punkt kommt es praejudicialiter auf den Einwand des verklagten Curatoris

an, daß die bezahlten Lehnsschulden per confusionen erloschen wären.

Es ergiebt sich nun aus dem von der Uckermärkischen Ritterschafts-Registratur eingesandten Folio des Hypothekenbuchs sowohl, als aus dem Anerkenntniß der Partheien, daß der Lehnsbesitzer von den hier liquidirten Forderungen 13932 Thl. 6 gr. 12632 Thl. 6 gr. bereits vor dem Jahre 1778. ohne Vorbehalt, und ohne sich Jura cessa ertheilen zu lassen, bezahlt, aber die Documente zur Löschung nicht präsentirt hat, sondern erst, nach dem im Jahr 1778. die Originalien verbrannt waren, auf die besondere Agnition und Consens der Creditorum am 3ten October 1781. die Löschung im Hypothekenbuche gesucht und erhalten hat, und

2) daß in Ansehung der per Confusionem in der Person des Besitzers erloschenen Posten, so unter dem obigen Quanto mit begriffen sind, ebenmäßig allererst am 3ten October 1781. die Löschung im Hypothekenbuche gesucht und erhalten sey, daß dagegen

3) nur die einzige für den Obrist-Lieutenant Alexander v. Arnim eingetragene Schuld von 1000 Thl. bereits am 22sten September 1750. bezahlt und gelöscht worden sey, und endlich

4) daß der Lehnsbesitzer allererst bei der am 3ten October 1781. bewirkten Löschung aller übrigen vorgedachten Posten zugleich die Protestation auf Götschkendorff hat eintragen lassen, wonach er, seinen Allodial-Erben alles das, was ihnen nach der Lehnsconstitution nur irgend zukommen könne, zugewendet wissen wolle, wie er denn deshalb, alle bezahlte Shulden, auch die, wegen des im Jahre 1778. ihn betroffenen großen Brandes verwandten Baukosten für Allodium ausdrücklich erkläre.

Nach dem Tribunals-Gutachten vom 18ten December 1767.

Beitr. zur Jur. Litt. 3te Samml. S. 21. 22.
ist nun zwar angenommen, daß die Allodial-Erben nur für solche vom Lehnsbesitzer ex propriis gezahlte Lehnschulden Erstattung fordern können, welche zur Zeit des von der Linie des Lehnsfolgers acquirirten Successionsrechts schon existirt haben, keinesweges aber für diejenigen, welche nach solchem von der Linie des Lehnsfolgers acquirirten Successionsrechts erst von der Linie des verstorbenen Vasallen contrahirt worden sind.

Es ist aber hierdurch keinesweges festgesetzt, daß der Lehnsfolger zu dergleichen Erstattungen

ipso jure verbunden seyn solle; es ist im Gegentheil, ungeachtet des vorgedachtermaassen angenommenen Rechtsgrundsatzes in dem Gutachten selbst. S. 22. N. 2. gesagt:

2. Bleibt es auch nach diesem Vorschlage dabei: dafs wenn der Vasall bei einer ex propriis vorhabenden Zahlung einer solchen Lehnschuld, mehr für seine Allodial-Erben als für seine Lehnsfolger sorgen will, er sich durch ausdrückliche Protestationes, Declarationes, oder seinen Allodial-Erben von dem Creditore zu ertheilende jura cessa prospiciren könne.

Es kommt daher allerdings darauf an, ob der Erblasser bei Bezahlung der Lehnschulden aus eigenen Mitteln, seinen Allodial-Erben auf diese Weise prospicirt habe? indem sonst durch die Bezahlung der Schulden abseiten des schuldigen Lehnsbesitzers, und durch die abseiten der Gläubiger ihm ertheilte Quittungen eine Confusio juriurum entstanden wäre, welche die beiderseitige Rechte aufhebt.

Cf. Behmer. in Jur. Nov. Contr. Obs. 165. Wenn die Rechte des Gläubigers und die Verbindlichkeiten des Schuldners in einer Person zusammentreffen: so werden beide durch diese Vereinigung aufgehoben.

A. L. R. Th. I. Tit. XVIII. §. 476.

Durch die am 3ten October 1781. bei dem Löschungsgesuche wegen der 12632 Thl. 6 gr. zugleich eingelegte Protestation hat indessen der Lehnsbesitzer seinen Allodial-Erben zureichend prospicirt. Bis zur wirklichen Löschung der eigentlichen Lehnschulden waren die Güter noch immer nicht von dem Hypothekarischen nexu befreiet. Dieser war noch conservirt, und es bedurfte nur einer Protestation oder Declaration des Besitzers, ob er die Zahlung in favorem des Lehns oder des Allodii geleistet haben wolle? Diese ist am 3ten October 1781. zugleich bei dem Löschungsgesuch zum Vortheil der Allodial-Erben erfolgt. Es ist also alles geschehen, was nach dem Tribunals-Gutachten zur Erhaltung der Rechte der Allodial-Erben nur nöthig war. Subjectiv dingliche Rechte, das ist solche, welche in Beziehung auf das Subject, denen sie zukommen, dinglich sind,

A. L. R. Th. I. Tit. II. §. 128.

dergleichen das Besitzrecht des Vasalli Possessoris sowohl, als das Recht seine Meliorationen und impensas aus dem Lehne zurücknehmen zu können, ohne Zweifel ist, können erhalten werden, wenn der Verpflichtete (oder der Schuldner der Besitzer) während seiner Besitzzeit gegen die Vereinigung ausdrücklich

protestirt und diese Protestation in das Hypothekenbuch eintragen läßt.

A. L. R. Th. I. Tit. XVI. §. 484.

Durch die bei dem Löschungsgesuche zugleich erklärte und eingetragene Protestation ist daher alles geschehen, was zur Erhaltung der Rechte des Besitzers und seiner Allodial-Erben nöthig war.

Der Einwand, daß diese Protestation bloß gegen den, der Majoratsstiftung widersprechenden Lehnsvetter, den v. Arnim auf Neu-Storkow gerichtet gewesen sey, widerlegt sich aus der ganz allgemeinen Fassung der Protestation von selbst.

Hiernach kann sich daher der verkl. Curator nicht entbrechen, die von dem Geheimen Ober-Finanzrathe v. Arnim bezahlten wirklichen debita feudalia als wahre Meliorationes feudi zu erstatten.

Zu diesen das Lehn schlechterdings afficirenden und daraus zu bezahlenden Schulden gehören nun aber die von dem verklagten Curatore monirte 6678 Thl. 15gr. 6 $\frac{1}{4}$ pf. offenbar nicht. Es sind nemlich nach Inhalt des Recesses vom 30sten October 1748.

a) 200 Thl. Morgengabe, und 1500 Thl. an Paraphernalien, welche nach dem §. 3. der Lehnconstitution resp. sub. N. 3. und

sub. N. 6. nur deficiente allodio ex feudo bezahlt werden dürfen, wenn sie gleich consentiret sind.

An dem zureichenden Allodio, hat es aber nach dem Inhalt des Recesses von 1748. so wenig gefehlt, daß vielmehr noch 9123 Thl. 3 gr. 5½ pf. zu bezahlen übrig geblieben sind, und die eben gedachten beiden Posten sind überdem schon nach dem §. 3. des Recesses als Allodial-Schulden von dem Allodio in Abzug gebracht worden. Eben so richtig ist es

b) nach dem gedachten Recess von 1748. daß die Lehnsabfindung einer jeden der beiden Schwestern nur 226 Thl. 18 gr. 4 pf. betrug. Daraus folgt, daß nicht die für diese beiden Schwestern eingetragen gewesene 415 Thl. 22 gr. 6 pf. und 11204 Thl. 22 gr., sondern nur die vorgedachten Lehnsabfindungen (der Ueberschuß aber von resp. 189 Thl. 4 gr. 2 pf. und 893 Thl. 23 gr. 8 pf. als Allodial-Erbtheile gar nicht) ex feudo bezahlt werden konnten und durften. Eben so verhält es sich.

c) mit dem für den Vater und Erblasser der verklagten Curanden aus dem Recesse von 1748. eingetragen gewesenen 2845 Thl. 9 gr. 6 pf. Dies sind nach dem gedachten Recess §. 6. (N. 11. ad. 4. und N. 3. ad 15.

und 18.) zwar solche Exsolvenda, die der Besitzer der Götschkendorffer Cavel an den Abraham Christoph v. Arnim auszuzahlen übernahm; allein seine ganze Lehnportion betrug nach dem Reces von 1748.

nur 3314 Thl. 5 gr. 4 pf.

und seine Allodialpor-

tion war 1140 -- 9 -- 5 --

so daß er im Ganzen

nur zusammen 4454 Thl. 14 gr. 9 pf.

ex feudo et allodio zu fordern hatte.

Darauf erhielt er an Mobilien, Naturalien, u. s. w. 182 Thl. 16 gr. 6 pf. ausgehändigt,

hatte also noch 4271 Thl. 22 gr. 3 pf. zu

fordern. Von diesen übernahm die Götsch-

kendorffer Cavel 2845 Thl. 9 gr. 6 pf.

die Zemsdorffer Cavel 1426 -- 12 -- 9 --

macht 4271 Thl. 22 gr. 3 pf.

Rechnet man nun von seinem Allodial-Erb-

theil 1140 Thl. 9 gr. 5 pf.

ab, die in natura em-

pfangenen: 182 - 16 -- 6 --

so stecken unter den ein-

getragenen Summen an

Allodium noch 957 - 16 - 11 --

welche proportionirlich ohngefähr zu $\frac{2}{6}$ mit

638 Thl. 11 gr. $3\frac{1}{3}$ pf. als Allodium von der

mit 2844 Thl. 9 gr. 6 pf. auf die Götschken-

dotffer Cavel übernommene Schuld abgehen, und daher man nur 2206 Thl. 22 gr. $2\frac{2}{3}$ pf. als bezahlte Lehnschulden rechnen könnte. Der Verkl. hat indessen 2209 Thl. 18 gr. $2\frac{2}{3}$ pf. anerkannt, und nur das Residuum auf 635 Thl. 15 gr. $2\frac{1}{3}$ pf. als Allodium in Abzug gebracht.

- d) die auf Götschkendorff übernommenen 3 Passiva von resp. 1000 Thl. 400 Thl. und 300 Thl. sind nach dem §. 3. des Recesses von 1748. schon als Allodial-Schuld von allen theilenden Interessenten namentlich anerkannt, deren Erstattung kann also von den Allodial-Erben gar nicht gefordert werden, da sie unbedenklich nur allein aus dem Allodio bezahlt werden müssen.

Ausser diesen Posten hat aber der Verkl. selbst diejenigen Quanta von seinen Forderungen in Abzug gebracht, welche von den eingetragenen Posten ins Lehn zurückgefallen sind, nämlich,

- a) die halben Wohnungsgelder der Mutter
à 1200 Thl. - gr. - pf.

- b) die halbe Lehnscompetenz der unverheirathet verstorbenen Eva Charlotta v. Arnim
im gleichen

113 -- 9 -- 2 --

c) noch 246 Thl. 11 gr. 4 pf.

die der Geheime Ober-

Finanzrath ex allodio

zu viel erhalten hatte 1559 Thl. 20 gr. 6 pf.

Alle diese Summen zusammen genommen machen diejenigen 6678 Thl. 15 gr. $6\frac{2}{3}$ pf. aus, welche der Verkl. mit Recht von den Ingrossatis auf Götschkendorff abziehet, und nach deren Abrechnung nur die von ihm agnoscirte Summe der 7253 Thl. 14 gr. 6 pf. an bezahlten Lehn-schulden übrig bleibt.

Ausser dieser Summe hat aber der Verkl. auch noch die zweite Hälfte der Lehnscompetenz der unverheirathet verstorbenen Eva Charlotta v. Arnim mit 113 Thl. 9 gr. 2 pf. deswegen von den Kl. cum usuris seit dem Tage der Auszahlung abgerechnet wissen wollen, weil der Erblasser diese ins Lehn zurückfallende Hälfte indebite an die Erblasserin der Kl. ausgezahlt hat.

Abseiten der Kl. ist das Factum bei der Instruction nicht ausdrücklich geleugnet, und nur das Fundament der Rückforderung aus dem Grunde bestritten, weil nach der Meinung der Kl. alle Ingrossata ohne Unterschied aus dem Lehne erstattet werden müssen. Es muß also auf allen Fall in facto als zugestanden angenommen werden, daß der Geheime Oher- Fi-

nanzrath v. Arnim die halbe Lehnscompetenz der Erblasserin der Kl. als ein Allodium ausbezahlt hat. Unter dieser Voraussetzung ist aber die Forderung des Verkl. nach dem §. 17. der Lehnsconstitution keinem rechtlichen Zweifel unterworfen, indem der Fall, daß die Ausstattung loco legitimae zu nehmen gewesen wäre, nicht vorhanden war; vielmehr die Töchter fast 5 mal mehr ex allodio erhielten, als ihre ausgemittelte Lehnscompetenz betrug; daher denn auch diese 113 Thl. 9 gr. 2 pf. cum usuris, jedoch nur a die traditionis des Guts, in Abzug verstattet werden müssen, weil die Kl.: die den Betrag dieser Forderung an sich haben, seit dem erst ihre Forderungen verzinset erhalten.

Es kommt nach dieser Auseinandersetzung nur noch auf den Einwand des Verkl. an, wonach er die geforderte Erstattung des eingeräumten Betrages der Lehnsschulden darum bestreitet, weil sie noch nicht existirt hätten, als die Linie des abgegangenen Lehnsbesitzers zur Succession gekommen sey, vielmehr erst im Reces von 1748. contrahirt worden wären. Dieser Einwand ist indessen ohne Grund.

Nach dem Tribunals-Gutachten vom 18ten December 1767. beruhet der Unterschied der be-

zahlten Lehnschulden, deren Erstattung von den Allodial-Erben des abgegangenen Besitzers gefordert werden kann, allein darin;

dafs sie zur Zeit des von der Linie des Lehnsfolgers, acquirirten Juris succedendi schon existirt haben.

Dies ist der Fall in Ansehung aller nach der obigen Auseinandersetzung auf Götschkendorff ex Recessu de 1748. eingetragen gewesenen Lehnschulden. Die sämmtlichen Gebrüder von Arnim acquirirten ihr Jus succendi an den väterlichen Gütern schon durch den Tod ihres Vaters, und sie kamen zum Besitz durch den Recess von 1748. Sie hatten aber die darauf haftende Last der Abfindung ihrer Mutter, Schwestern, und der Brüder schon als onera per se feudalia zugleich mit acquirirt, und mit diesem Onere ward das Lehn nur auf sie devolvirt.

Der abgegangene Lehnsbesitzer hat auch wirklich nicht mehr an Lehn erhalten, als was nach Abzug der daraus praestirten Abfindungen der Mutter, des Bruders, und der Schwestern übrig blieb. Von ihm konnte also auch der succedirende Lehnsfolger mehr nicht fordern, und in dem angezogenen Tribunals-Gutachten ist ad 11. sub. N. 3 und 4. ausdrücklich dasjenige, was der Vasallus posses-

vor zur Abfindung der Wittwe und Töchter des vorigen Besitzers, so wie zur Abfindung seiner Brüder *ex feudo* aufgenommen hat, unter die zu erstattenden Lehnschulden gerechnet, die der zur Succession kommende vorher mit Geld abgefundenen Bruder, seines Bruders Allodial-Erben ersetzen muß, wenn deren Erblasser durch seine Declaration, Protestation, oder acquirirte Cession seinen Allodial-Erben *prospicirt* hat.

ad. n. 10.

Der Verklagte Einwendens ohngeachtet schuldig sey, die von dem Geheimen Finanzrath v. Arnim zum Ankauf des Gutes Alt-Hohenwalde *ex propriis* verwandten 2201 Thl. Courant nebst Zinsen vom 1sten Februar 1798. à 6 pro Cent zur Allodial-Masse zu conferiren, im übrigen aber die Kl. mit ihrer Forderung abzuweisen.

Gründe.

Mehr als der Besitzer *ex propriis* zum Ankauf des Gutes Hohenwalde verwendet hat, können die Kl. auf keinen Fall fordern. Das was er aus seinen Lehngelder verwendet hat, können die Allodial-Erben, denen dadurch gar nichts entgangen ist, aus keinem Grunde in Anspruch nehmen. Es ergiebt sich nun aus dem

dem v. Arnim Temmenschen Distributiosurtel vom 27sten Juni 1774. daß die Gebrüder v. Arnim beide 7597 Thl. 23 gr. die sie aus Temmen zu fordern hatten, auf das Kaufgeld compensirt habe. Nach dem Hypothekenschein von Alt-Temmen vom 28sten April 1773. erhellet, daß die hier compensirte Forderung wirkliche Lehnsabfindungen waren, welche die Gebrüder v. Arnim aus dem Hause Götschkendorff ex Transactu vom 4ten Februar 1765 noch in Alt-Temmen zu stehen hatten. Zu diesen Geldern, wenn sie nicht zum Gutsankauf verwendet wären, hätten der Verkl. Vater und jetzt sie selbst jure feudali succediren müssen. Sie gehörten den Gebrüdern v. Arnim nicht jure proprio uneingeschränkt, und das Gut Hohenwalde, in so fern es mit diesen Geldern bezahlt ist, ist nur Surrogat derselben. Nur in so fern als der Lehnsbesitzer zur Reluition eines Guts aus eigenen Mitteln etwas verwendet hat, ist das feudum meliorirt.

Lehns Const. §. 3. N. 8. und §. 27.

Gutachten des Tribunals A. L. S. 19.

Dies hat in dem vorliegenden Falle um so weniger Bedenken, als der Erblasser der Kl. schon selbst in dem brüderlichen Vergleich vom 30sten Juni 1777. ad n. 3. ognoscirt hat: daß er dies Kaufpretium von Hohenwalde à 6000 Thl. durch

Compensation seines (Lehns) Erbtheils à 3799 Thl. berichtigt und nur auf den Rest von 2201 Thl. jura cessa von den bezahlten Creditoren erhalten habe. Diese Cessiones sind nun zwar nicht beigebracht; und wenn gleich der Adjudicationsbescheid den Gebrüdern v. Arnim zur Bedingung machte, daß sie den Gläubigern das Kaufpretium gegen jura cessa zahlen sollten: so erhellet doch aus den v. Arnim Temmenschen Distributionsakten, daß sie vielmehr 8500 Thl. ad depositum gezahlt haben, dagegen 9089 Thl. 15 gr. 10 pf. compensirt haben, mithin 17589 Thl. 15 gr. 10 gr. von dem Pretio der 21000 Thl. dem Anschein nach, nicht an sie cedirt seyn und sie höchstens nur auf 3410 Thl. 8 gr. 2 pf. jura cessa erhalten haben könnten, wovon pro rata nämlich 621 Thl. nur Hohenwalde zu rechnen seyn würden.

Allein ungeachtet der vorläufigen baaren Deposition der 8500 Thl. können nachher die bezahlten Creditores darüber jura cessa ertheilt haben, wie der Erblasser versichert hat. Es bedarf indessen dieser Cession gar nicht nothwendig, da die Lehnschulden, so ein Vasall abträgt, seinen Erben ersetzt werden müssen, wenn auch keine jura cessa der bezahlten Gläubiger aufgefunden worden.

Stengels Repertor. 2te Lief. S. 57. N. 87.

Es bedarf derselben hier um so weniger, als die Gebrüder v. Arnim Theils bei der Licitacion durch obgedachte Bedingung, Theils aber auch durch ihre Deklaration in dem brüderlichen Vergleiche vom 30sten Juni 1777. ihre Intention schon deutlich genug geäußert haben, daß sie die zu diesem Ankauf von Hohenwalde ex propriis verwendeten Gelder nicht mit dem Lehne consolidirt wissen wollten, sondern daß solche ihnen und ihren Erben eigenthümlich verbleiben sollten.

Ueberdies wird aber in dem Hypothekenscheine von Hohenwalde sogar versichert, daß der Besitzer sich auf 2201 Thl. habe Jura cessa ertheilen lassen.

Alle diese Erklärungen enthalten virtualiter eine wahre Protestation gegen alle Consolidation, daher der Verkl. sich nicht entbrechen kann, die 2207 Thl. zu erstatten.
ad. n. 11.

Die Kl. mit dem geforderten Antheil von der Lehnspportion des Geheimen Finanzraths v. Arnim auf 1814 Thl. 5gr. 4pf. abzuweisen.

Gründe.

Dieser Forderung fehlt es an allem rechtlichen Grunde. Wenn der Erblasser der Kl. mit

mit seinem Bruder im §. 8. des Recesses vom 30sten October 1748. pasciscirt hat;

in Ansehung der Geld-Cavel so Herr Abraham Christoph v. Arnim erhalten, bleibt es bei der Lehnconstitution; und behält solche bis auf 1500 Thl. (als so hoch die Herrn Brüder den Lehnstamm in einer jeden Portion zu determiniren gut gefunden,) die Art und Eigenschaft eines Lehns;

so folgt daraus keineswegen die gänzliche Allodification der Lehnportionen jede à 33 $\frac{1}{4}$ Thl. 5gr. 4pf. bis auf 1500 Thl., sondern die Bestimmung eines solchen Lehnstammes wirkt weiter nichts, als daß der Besitzer das Lehn ohne Consens der Agnaten bis auf den Lehnstamm verschulden kann. Das Recht der gesamten Hand, welches alle theilende Brüder sich ein jeder an des andern Güterportion in eben diesem §. 8. kurz vor der angeführten Stelle ausdrücklich enthalten haben, gewährt den Lehnsvettern die Succession in die gesamte Substanz des Lehns dennoch, selbst in dem Falle, wenn ein gewisser Lehnstamm bei der Familie festgesetzt worden ist. Die geschehene Allodification eines Lehns muß mit Gewissheit constiren, wenn der Lehnfolger nur in dem mit dem verstorbenen Vasallen festgesetzten Lehn-

stamm succediren soll, und aus dem gebrauchten Ausdruck eines Lehnstammes allein, kann die Allodification der übrigen Substanz nicht geschlossen werden. Alle diese Grundsätze sind vom Kammergericht jederzeit als unzweifelhaft in judicando angenommen.

S. Repertorium für praktische Juristen.
Zweite Lieferung. S. 57. No. 90. S. 58.
No. 92.

Stengels Beiträge. B. VI. S. 69.

Daraus folgt die Abweisung der Kl. mit die^{ser} ungegründeten Forderung von selbst.

Bei dem dritten Klagepunkt und zwar
ad 1. Der Verklagte Einwendens ungeachtet der Allodial-Masse des Geheimen Ober-Finanzraths v. Arnim an Besserungskosten bei den Gebäuden in Götschken-dorff 2500 Thl., als so hoch dieselben hierdurch ex aequo et bono festgesetzt werden, sammt Zinsen zu 5 pro Cent seit dem 1sten Februar 1798. zu erstatten, im übrigen die Kl. abzuweisen.

Gründe.

Dafs die Meliorationes an Gebäuden den Allodial-Erben ex feudo erstattet werden müssen, leidet nach der Lehnconstitution §. 3. No. 7. und §. 27. kein Bedenken. Es ist indessen nach dem Tribunals - Gutachten vom

18ten December 1767. A. a. O. S. 20. keine wahre vom Lehnfolger zu erstattende Melioration, wenn der Besitzer zur Wiedererbauung abgebrannter Gebäude ein Capital aufgenommen und dasselbe bei seinem Leben wieder bezahlt, oder welches einerlei ist, die Baukosten aus eigenen Mitteln bestritten hat. Es bleibt indessen seinen Allodial-Erben frei, im Fall die Gebäude nützlich, und bei seinem Abgange noch von gröfserem Werthe sind, als die dem Stammvater ihrer Linie in der Theilung zugefallen, oder von ihm beim Antritt der Güter übernommen gewesen sind, den mehrern Werth der Gebäude als Melioration zu fordern.

Vergl. Stengels Repertorium. 2te Lieferung S. 57. No. 89.

Im vorliegenden Falle können also nicht die Baukosten der im Jahre 1778. aufgeführten, oder wiederhergestellten Gebäude, sondern nur der im Jahre 1798. bei der Rückgabe gewesene gröfsere Werth der Gebäude, als derjenige, den der Geheime Ober - Finanzrath v. Arnim im Jahre 1748. übernommen hat, gefordert werden. Der Gebäudewerth im Jahr 1748. constirt mit Zuverlässigkeit nicht. Es ist indessen nach der Vereinigung der Partheien so viel gewiss, dafs vor dem Brande, das Schäferhaus, das Tagelöhnerhaus, zwei Schaafställe, ein Verwalterhaus und

sämmtliche zur Hoflage gehörige Gebäude, also das herrschaftliche Wohnhaus, die Scheunen und die Ställe existirt haben, und dafs an deren Statt nach dem Brande im Jahr 1778. successive ein Schaafstall, ein Schäferhaus, nebst Einligerhaus von zweien Stuben, noch ein Schaafstall, ein Pächterhaus, nebst Pferde- und Kuhstall, ein Schwein- und Klein-Viehstall, ein Schweinekoven, eine Scheune von 3 Fluren, ein Ochsen- und Pferdestall, der herrschaftliche Kuhstall, ein Taubenhaus und das herrschaftliche Wohnhaus wiederum aufgebauet sind.

Der Betrag der Baukosten im Jahr 1778. hat auch nicht nachgewiesen werden können, daher sich beide Theile schon von selbst dahin geeinigt haben, dafs nur der jetzige Werth von dem Conducteur Rehfeldt abgeschätzt, dabei aber die Materialien an Holz und Stroh, als die einzigen, so nur aus dem Gute genommen werden können, besonders zu estimiren wäre, wobei sie auch zugegeben haben, dafs seit 1798. keine Bauten vorgenommen sind. Nach diesen Grundsätzen ist der im Jahr 1798. bei der Uebergabe vorhanden gewesene Werth der Gebäude, exclusive Holz und Stroh, auf 5000 Thl. gewürdigt, wohingegen dieselben mit Hinzurechnung des Holzes und Strohes 9600 Thl. geschätzt sind.

Da der Besitzer die aus dem Lehne genommene

Materialien an Holz und Stroh nicht ex propriis hergegeben hat; so folgt daraus schon, daß sie bei der Schätzung des Werths der Meliorationen gar nicht in Betracht kommen können. Das Lehn ist dadurch realiter nicht verbessert.

A. L. R. Th. I. Tit. VII. §. 209.

Beitr. zur Jur. Literatur. 7te Samml. S. 87.
No. 28.

mithin kann der Gebäudewerth, wie er 1798. bei der Rückgabe des Lehns war, immer nur auf 5000 Thl. gerechnet werden. Es kömmt also nur noch darauf an, wie der Werth der Gebäude 1798. gewesen sey? um darnach den eigentlichen Betrag der dem Lehnsfolger übergebenen Melioration zu bestimmen.

Nach dem Reces von 1748. §. 3. No. 10 und 7. ist schon damals ein Angebäude am Wohnhause, eine kleine Scheune, die Schmiede, und 4 Einliegerhäuser zusammen auf 206 Thl. taxirt worden. Außer dem haben noch vor dem Brande das Schäferhaus, zwei Schaafställe, ein Verwalterhaus, das herrschaftliche Wohnhaus, eine Scheune und die Ställe existirt. Diese Gebäude müssen seit 1723., wenigstens also 55 Jahre gestanden haben, weil Anno 1748. keine Meliorationes außer den obigen berechnet sind. Weitere Nachrichten über den Zustand der Gebäude im Jahre 1748. giebt es nicht. Indessen

ist die Melioration schon daraus offenbar, daß der Lehnsfolger eben die Zahl und Arten von Gebäuden erhalten hat, die dem Erblasser im Jahr 1748. übergeben worden sind, und daß alle diese Gebäude nur etwa 17 Jahre alt waren, anstatt die ihm übergebene Gebäude, welche seit 1723 bis 1748. gestanden hatten, wenigstens 25 Jahre alt waren, und überdies 1723. schon als vorhanden übernommen worden sind. Es muß daher hier ein billiges Arbitrium eintreten, und diesem gemäß ist *ex aequo et bono* die Hälfte desjenigen Werths für den im Jahr 1748. vorhanden gewesene Werth der Gebäude angenommen, und solchergestalt die jetzt zu erstattende Besserung in Ansehung der Gebäude bei Götschendorff auf 2500 Thl. arbitriret worden. Anders als durch ein billiges Arbitrium ist in diesem Falle nicht aus der Sache zu kommen, da auf der einen Seite nach den Umständen nicht zu bezweifeln ist, daß die Gebäude verbessert seyn müssen, und auf der andern Seite der Beweis des Zustandes und Werths der Gebäude im Jahr 1748. bei der Länge der Zeit füglich nicht zu beschaffen ist. Hiernach ist der Verkl. zum Ersatz verurtheilet, indem der Geheime Ober-Finanzrath v. Arnim bei dem am 29sten Juni 1780. gesuchten Consens zur Majoratsstiftung angezeigt hat, daß er (damals) noch nicht

mit dem Bau fertig sey, vor dem Ende desselben der Betrag nicht genau zu bestimmen war, und er in seiner Declaration vom 3ten October 1781. ausdrücklich seinen Allodial-Erben wegen dieses Baues die Zurückforderung der Melioration protestando reservirt hat, übrigens ihm aber nicht zur Last gelegt werden kann, dafs er sich durch Versicherung der Gebäude bei der Feuer-Societät nicht prospiscirt hat, weil kein Gesetz diese Association bei Verlust der Meliorationsforderungen vorgeschrieben hat, dies auch ohne die ihm lästigen Beiträge nicht hätte geschehen können, und er nicht verpflichtet war, Kosten zu übernehmen, um seine Lehnfolger dadurch den schuldigen Ersatz der Unglücksfälle an der Substanz zu ersparen.

ad. 2. Dafs die Kl. mit der Forderung für die Rohdung und Urbarmachung des Hütungsreviers, die Teufelspässe genannt, angebrachtermaassen abzuweisen.

Gründe.

Wenn gleich die Richtigkeit dieser ausgeführten Melioration so wenig als der aus den vorgelegten Privatakten, betreffend die Abgrabung der Teufelspässe nachgewiesene Kostenbetrag resp. von 1286 Thl. 1 gr. und 22 Thl. 4 gr. bestritten ist: so ist die Verbindlichkeit des

Verkl. zur Erstattung dessen, so der Geheime Ober-Einanzrath v Arnim ex propriis darauf verwendet hat, doch noch nicht ausgemacht: denn die Meliorationskosten können,

- 1) nur in weit gefordert werden, als sie den, nach dem erhöhten Betrage landüblich zu bestimmenden Capitalwerth der Verbesserung nicht übersteigen.

A. L. R. Th. I. Tit. VII. §. 200.

- 2) Ferner, Si impensae superant meliorationes, tunc hae non illae restituntur.

Beitr. zur Jur. Litt. B. VII. S. 88.

- 3) In so fern der fundus durch die verwendete Kosten wirklich einen höhern Ertrag gewonnen hat: so wird nicht der erhöhte Capitalwerth, sondern grade dem bei den Gebäuden statt findenden Principio entgegen, nur der verwendete Kostenbetrag erstattet. Diesen Beweis haben die Kl. überall nicht beigebracht, und darum müssen sie angebrachtermaassen abgewiesen werden.

- 4) Aus dem Schreiben der Kammer ergiebt sich, dafs zur Urbarmachung der Teufelspässe 485 Thl. 1 gr. Königl. Gelder hergegeben sind, welche von dem obigen Betrage in Abzug kommen müssen. Hiernach blieben eigentlich um die auf 800 Thl. ver-

anschlagte Radungskosten und die Gebühren des Conducteurs mit 22 Thl. 4 gr. zum dritten Theil von Hohenwalde zu verwenden.

5) Ob die Radungskosten wirklich so viel betragen haben, als Rehfeldt sie veranschlagt hat, constirt aus den oben gedachten Privatakten nicht. Aus dem Anschlage selbst erhellt indessen schon; dafs das Bruch stark mit Elsen und Bülden verwachsen gewesen, daher denn der Ertrag der abgehauenen Elsen und des Gebüsches von den Radungskosten abzuziehen seyn würde.

6) Der Geheime Ober-Finanzrath v. Arnim hat diese Wiesen seit der Melioration, die 1781. ganz ausgeführt war, fast 17 Jahre schon genossen, und nach der Lehnsconstitution §. 5. kann wenigstens ein wiederkäuflicher Besitzer keine solche Melioration fordern, wenn er sie drei Jahre genutzt hatte. Der succedirende Lehnsvetter muß dem Allodio zwar alle Meliorationes existentes nach dem §. 27. der Lehnsconstitution vergütigen; indessen so lange der Beweis nicht, wie ad 1. 2. 3. gedacht, geführt ist, läßt sich selbst von der Existenz einer ex propriis bewirkten Melioration nicht ur-

theilen, daher denn die Kl. zur Zeit noch abgewiesen werden müssen.

ad 3. Dafs die Kl. mit den in Hohenwalde verwendeten auf 971 Thl. 7 gr. 6 pf. angegebenen Bau - und Reparaturkosten, wie hiermit geschieht, abzuweisen.

Gründe.

Die sub. Litt. a. b. c. liquidirten Kosten betreffen, a) die bei dem Antritt des Gutes verwendeten Reparaturkosten mit 363 Thl. 13 gr. b) Die Reparaturen des folgendes Jahres mit 106 Thl. c) die Reparatur des Wohnhauses mit 215 Thl. 20 gr. f) für Reparatur des Schaafstalles mit 63 Thl. 16 gr. Solche Reparaturen alter Gebäude ist der Lehnsfolger zu ersetzen nicht schuldig, und sie treffen den Besitzer der sie ex fructibus tragen muß.

Oecon. Forens. B. IV. S. 257. B. III. S. 372.

Die sub. Litt. d. liquidirten 205 Thl. 20 gr. für einen neu erbauten Schaafstall und 16 Thl. 16 gr. für einen Brunnen sind zwar neue Bauten, deren jetziger Werth unter den Partheien eventualiter auf 200 Thl. verglichen ist. Allein obgleich die Kosten, da deren Nützlichkeit einleuchtend auch gar nicht bestritten ist, ex feudo erstattet werden müssen: so stehet hier doch

den Kl. entgegen, daß ihr Erblasser solche ex propriis bestritten und ihnen durch eine Declaration oder Protestation bei Hohenwalde gar nicht prospicirt hat, so daß solche Verwendungen ins Lehn eo ipso Pertinenzien des Lehns geworden sind. Die auf Götschkendorff eingetragene Declaration vom 3ten October 1781. wornach der Erblasser der Kl. ihnen wegen der Meliorationen in Götschkendorff Competentia vorbehalten hat, kann auf diese in das besondere Gut Hohenwalde geschehene Kosten nicht gezogen werden, da sie der letztern gar nicht gedenkt; gleichwohl eine bestimmte Erklärung abseiten des Vasalli Possessoris erfordert wird, wenn er die Consolidation solcher Kosten mit dem Lehn verhindern und seinen Allodial-Erben den Ersatz vorbehalten will. Es bedarf in dieser Rücksicht auch nicht die weitere Instruction dieses Punkts, ungeachtet der sub. e. f. benannten Reparaturen, deren Betrag durch die von den Kläger verlangte Abschätzung nicht ausgemittelt worden ist, und solche weder durch die Privatannotation und Pachtrechnung, noch durch die bloße Kostenanschläge erwiesen, noch weniger ihre jetzige Existenz, und ihr jetziger, oder vielmehr am 1sten Februar 1798. gewesene höhere Werth, worauf es doch eventualiter nur allein ankommt, nachgewiesen ist, dazu auch nicht

hinreicht, dafs die Gebäude im allgemeinen beim Ankauf des Gutes nur auf resp. 1422 Thl. 19gr. oder gar nur auf 519 Thl. 9gr. taxirt gewesen sind.

Bei dem vierten Klagepunkt.

Dafs die Kl. mit der geforderten Tax- und Subhastation des Bauernhofes in Schönwerder so wie mit der verlangten Berechnung der Früchte desselben, seit dem 1sten Februar 1798. abzuweisen, dagegen aber der Verkl. Einwendens ungeachtet schuldig sey, das zur Wiedereinlösung dieses Lehnstücks von dem Erblasser verwendete Capital der 995Thi. modo reducto zu $44\frac{2}{3}$ pro Cent in jetzigem Cour. mit 444 Thl. 10gr. 6pf. nebst Zinsen zu 5 pro Cent seit dem 1sten Februar 1798. zu erstatten; die Kosten des Processes aber zu compensiren und die Instructionsgebühren auf 21 Thl. Stempel auf 2 Thl. 2gr. die Botenmeistergebühren aber auf 1 Thl. 12gr. festzusetzen.

V. R. W.

Gründe.

Da der gemeinschaftliche Vater der im Jahr 1748. theilenden Geschwister den Bauerhof in

Schönwerder schon 1726. wieder eingelöset hat, und seine Kinder und Erben der Kl. und der Verkl. Vorfahren bereits in dem Theilungsrecess 1748. dessen Lehnsqualität ipso facto eingeräumt haben, so können die Kl. ihres Erblasers factis entgegen, um so weniger den Bauerhof als Allodium in Anspruch nehmen, wenn er auch, wie nicht einmal nachgewiesen ist, consensu agnotorum veräußert worden wäre, indem dies im Cessionscontract vom Jahr 1708. nur behauptet wird. Ihr Vater Berend Ludwig mußte indessen facta patris alienantis prästiren, und daher den Hof vom Magistrat in Prenzlau 1726. für baares Geld einlösen. Seine Descendenz hat ihn im Jahr 1748. zum Lehn gerechnet und sein Sohn Hans Carl hat ihn 1748 zu seiner Abfindung erhalten. Dieser durfte dies Lehnstück ohne Consens der Agnaten nicht veräußern. Aber der kaufende Bruder Friedrich Wilhelm sowohl, als der Verkäufer Hans Carl sind von dem Geheimen Ober-Finanzrath, der es 1762. wieder einlösete, und von des Verkl. Vater Abraham Christoph beerbt worden, daher diese Alienation von der Verkl. Vater nicht angefochten werden konnte, sondern er mußte dasjenige, was der Geheime Ober-Finanzrath verwendet hat, um dies von ihrem Bruder erblich verkaufte, und an dessen

Allo-

Allodial-Erben, also extra Familiam gediehene Lehnstück, wieder in den Lehngang zu bringen, als eine wahre Melioration nach der Lehnconstitution §. 27. den Allodial-Erben erstatten.

Cf. das Tribunals - Gutachten. A. a. O. S.

21. 22.

Dies hat um so weniger Bedenken, als die am 3ten October 1781. auf Götschkendorff ingrossirte Protestation des Geheimen Ober- Finanzraths seinen Allodial-Erben ganz allgemein wegen aller Meliorationen, also auch wegen dieses, zu dem Götschkendorffschen Gute zurückgebrachten Bauerhofes, jura reservirt hat. Mehr als der Geheime Oher- Finanzrath v. Arnim für diesen Bauerhof an Relutions- oder Widerkaufsgeldern bezahlt hat, darf indessen der Verkl. nicht geben. Er hat die Relution erst im October oder December 1762. bewirkt und damals die Zahlung geleistet. Die von ihm geleistete Zahlung ist also nach dem Münzdict vom 29ten März 1764. §. 10. N. 10. Litt. e., nur im Sächsischen $\frac{2}{3}$ à $44\frac{2}{3}$ pro Cent gegen jetziges Courant zu rechnen, geschehen, indem keine Münzsorte, worin die Zahlung geschehen ist, ausgedrückt worden ist. Die Wittve des Friedrich Wilhelm v. Arnim, Henriette Wilhelmine geborne v. Stanz hat ihrer Schwiegermutter und ihrer Schwägerinn den Bauerhof nur für den Preis

von 995 Thl. ohne Benennung einer Münzsorte in Zahlung zurückgegeben. Die Gläubiger hatten nun zwar aus den Wechsell von 1753 und 1754. bessere Münzsorten zu fordern; allein der Bauerhof ward nur auf die höhere Schuld von 1130 Thl. in solutum gegeben, ohne weitere Bestimmung der Münzsorte; also kann nur auf die zur Zeit der Zahlung im Cours gewesene Münzsorte erkannt werden, und es versteht sich von selbst, daß der Verkl. diese Gelder seit der Uebergabe des Gutes landüblich verzinsen muß.

Die Kosten des Processes sind bei der wechselseitigen Plus petition nach der A. G. O. Th. I. Tit. XXIII. §. 3. zu compensiren.

Beide Theile appellirten gegen dieses ihnen am 29ten März 1802. publicirte Erkenntniß, worauf nach eingereichten Deductionsschriften folgendes Urtheil erfolgte.

In Sachen der Allodial-Erben des Geheimen Ober- Finanzraths v. Arnim auf Hohenwalde und Götschkendorff Kl. wider den Major Abraham Christoph v. Arnim modo den v. Dü-

ringshofen auf Pinnow als Curator der Söhne des verstorbenen Major. Verkl., beiderseits resp. Appellanten und Appellaten, erkennt der Ober - Appellationssenat des Kammergerichts den Akten gemäß hiermit für Recht.

Dafs der Justizrath Uhden gehalten binnen 14 Tagen bei 4 Thl. Strafe mit Vorbehalt der zwei Thaler verwirkten Strafe gehörige Vollmacht von dem Hauptmann Nicolaus Erdmann v. Arnim zu den Akten zu bringen; in der Sache selbst.

Ad Punct. I. Der Verkl. nicht 2699 Thl. 6 gr. 5 gr. sondern nur 2198 Thl. 12 gr. 5 pf. in Courant mit 5 pro Cent Zinsen seit dem 1sten Februar 1798. zur Allodial - Masse zu bezahlen gehalten.

Ad Punct. III. N. 2. Kl. nicht abzuweisen, vielmehr der Verkl. für schuldig zu achten, den Kl. die zur Radung und Urbarmachung der Teufelspässe von dem Erblasser aus eigenen Mitteln verwendete in separato näher auszumittelnden Kosten in so weit sie den nach dem erhöhten Ertrage zu berechnenden Capitals Werth der Verbesserung nicht übersteigen, nebst Verzugszinsen zu 5 pro Cent seit dem 1sten Februar 1798. zu erstatten.

Ad Punct. III. N. 3. Verkl. verbunden

Kl. 200 Thl. nebst Zinsen à 5 pro Cent seit dem 1sten Februar 1798. zu vergüten.

Ad Punct. IV. Verkl. die erkannten 995 Thl. nicht nach der Reduction zu $44\frac{2}{3}$ pro Cent, sondern für voll mit 995 Thl. in jetzigem Courant nebst 5 pro Cent Zinsen seit dem 1sten Februar den Kl. zu erstatten gehalten; hiernach das Erkenntniß vom 29sten März vorigen Jahres abzuändern, im übrigen aber dasselbe bei den wechselseitigen Beschwerden zu bestätigen und die Kosten der jetzigen Instanz zu vergleichen.

Für die Instruction des Appeilatorii werden 9 Thl. 12 gr. Gebühren, 14 gr. Stempel und 12 gr. Aufwartungsgebühren angesetzt.

Dem etc. Uhden und etc. Seelmann liegt ob, die Berechnung ihrer Gebühren und Auslagen binnen 8 Tagen zur Festsetzung einzureichen.

V. R. W.

Gründe.

Ad Punct. I. Dafs die Kühe, Kälber, Schweine und Schaafte nicht zum Lehn gehören, sondern deren taxirter Werth der Allodial-Masse vergütet werden müssen, dies ist an sich unbedenklich und auch von dem Verkl. eingeräumt. In Absicht der Saaten und Bestellungskosten folgt diese Vergütung daraus, weil der Erblas-

ser am 18ten October 1797. verstorben ist und die Lehngüter am 1sten Fehruar 1798. dem Verkl. übergeben sind. Dieser hat die Erndte gezogen und würde sich also mit dem Schaden der Kl. bereichern, wenn er diesen die Saat und die Bestellungskosten nicht erstatten sollte. Auch ergiebt der Recess vom 30sten October 1748, daß dem Erblasser das Vieh und die Saat bei Götschkendorff nach Abzug dessen, so beim Lehn frei bleibt, angerechnet worden, und er dafür 1103 Thl. 13 gr. 11 pf. auf seine Erbportion sich hat in Abzug bringen lassen müssen.

Dadurch wird dasjenige, was der Bekl. von einem besondern Lehnsinventario behauptet, hinreichend widerlegt. Bei der zu Anfang des gedachten Recesses enthaltenen Lehnstaxe des Gutes Götschkendorff wird von einem besondern Inventario nichts bemerkt, welches sonst hätte geschehen müssen; und es ergiebt sich aus allen Umständen, daß unter den Stücken, welche bei dem Lehne frei geblieben sind, nur das Zugvieh und Ackergeräth verstanden worden.

In der Absicht des Zugviehes und Ackergeräths aber dessen Werth nach der Taxe zusammen 500 Thl. 18 gr. beträgt, ist dem Bekl. durch die erkannte Bezahlung des Werths zu nahe ge-

schehen. Die Lehnconstitution vom 1sten Juni 1723. setzt §. 26. ausdrücklich fest:

dafs die Pferde und Ochsen, so zum Pflügen gebraucht werden, imgleichen das Ackergeräth, als Pertinenzien bei den gewesenen Lehngütern verbleiben, und in keine Theilung kommen sollen.

Sie fügt hinzu;

jedoch ist dieser §. nur zu verstehen rationale Brüder und Schwester. Wenn aber Vettern oder Expectativi zur Succession kommen, müssen oben specificirte Stücke baar bezahlt, oder den Allodial-Erben abgefolget werden.

Der letzte Fall ist gegenwärtig offenbar nicht vorhanden. Bei dem Absterben des Geheimen Ober-Finanzraths v. Arnim fiel das Lehn an seinen Bruder, den Major Abraham Christian v. Arnim und dieser mit seiner Schwester Maria Salome v. Arnim verehl. v. Dargitz, imgleichen den Kindern seiner vor dem Erblasser verstorbenen Schwester waren zugleich die Allodial-Erben. Dafs nachher sowohl der Major v. Arnim als die verehl. v. Dargitz gestorben sind, dies verändert die Sache nicht, weil der Zustand beim Ableben des Geheimen Ober-Einanzraths v. Arnim zur Richtschnur genommen werden muß. Es sind also weder

Vettern noch Expectivati zur Lehnssuccession gekommen, sondern das Lehn ist an den Bruder gefallen und die gedachte Ausnahme der Constitution findet keine Anwendung, vielmehr tritt der darin aufgestellte Grundsatz ein, daß Zugvieh und Ackergeräth als Pertinenzen bei den Lehngütern verbleiben und in keine Theilung kommen. Das vorige Urtheil will diesen Grundsatz auf den Fall einschränken, wenn Brüder und Schwestern den väterlichen Nachlaß theilen. Dies ist aber dem ausdrücklichen Inhalte der Lehnconstitution zuwider. Sie stellt den Grundsatz ganz allgemein auf, will denselben überhaupt bei Brüdern und Schwestern angewendet wissen, und macht davon nur die einzige Ausnahme,

wenn Vettern oder Expectivati zur Succession kommen.

So lange daher diese Ausnahmen nicht eintreten, muß die Regel ohne Einschränkung gelten.

Rechnet man den taxirten Werth des Zugviehes und Ackergeräthes mit 500 Thl. 18 gr. von den im vorigen Urtheil erkannten 2699 Thl. 6 gr. 5 pf. ab; so bleiben nur 2198 Thl. 12 gr. 5 pf. welche Verkl. zur Allodial-Masse bezahlen muß. Die Verzinsung zu 5 pro Cent seit dem 1sten Februar 1798. folgt daraus, weil dem Verkl. damals die Inventarienstücke mit den Gütern

übergeben worden und er *rem et pretium* nicht zugleich nützen kann.

Ad Punct. II. N. 1 bis 4. Dafs der Verkl. die von dem Erblasser bezahlten Lehnschulden als eine Verbesserung des Lehns der Allodial-Masse vergütigen müfste, dies hat an sich keinen rechtlichen Zweifel. Kann gleich nicht bewiesen werden, dafs die Bezahlung gegen *Jura cessa* geschehen sey, weil die Quittungen und Documente bei dem Brande in Götschkendorff vom Feuer verzehrt sind: so hat doch der Erblasser, als er am 3ten October 1781. die Löschung im Land- und Hypothekenbuche bewirkte, dabei ausdrücklich erklärt:

dafs er seinen Allodial-Erben alles was ihnen nach der Lehnsconstitution nur irgend zukommen könne, zugewendet wissen wolle, und alle bezahlte Schulden für Allodium ausdrücklich erkläre.

Durch diese Protestation hat er den Folgen, welche zum Nachtheil seiner Allodial-Erben aus der geschehenen Zahlung entstehen könnten, hinreichend vorgebeugt.

Beiträge zur Juristischen Litteratur 3te Sammlung S. 18.

A. L. R. Th. I. Tit. XVI. §. 484.

Dafs er vorher während der Unterhandlungen über das zu errichtende Majorat die Absicht ge-

habt hat, alles dasjenige, was er aus seinem Vermögen in die Güter verwandt hatte, dabei zu lassen, ohne daß seine Allodial-Erben irgend eine Vergütung fordern könnten, — daraus kann jetzt zum Vortheil der Lehnsfolger nichts hergeleitet werden. Das zu errichtende Majorat ist wegen des Widerspruchs nicht zu Stande gekommen. Die Bedingung unter welcher der Erblasser jene Erklärung machte, existirt also nicht, und damit zerfallen alle rechtliche Wirkungen derselben, vielmehr hat der Erblasser durch die nachherige Protestation seinen Allodial-Erben die gesetzmäßige Vergütung wegen der Verbesserung des Lehns ausdrücklich vorbehalten.

In dieser Voraussetzung kommt es nur noch darauf an, welche von den eingeklagten Posten, die zusammen 12372 Thl. 9 gr. 6 pf. betragen als eine Verbesserung des Lehns zu betrachten sind? Die im vorigen Urtheil erkannten 7253 Thl. 14 gr. 6 $\frac{2}{3}$ pf. nach Abzug der 113 Thl. 9 gr. 2 pf. hat der Verkl. selbst eingeräumt, auch in dieser Instanz dagegen nichts erinnert, mithin steht in so weit die Summe fest. Die übrigen von den Kl. geforderten Posten hingegen sind offenbar bloße Allodial-Schulden, deren Bezahlung der Erblasser in dem Recesse vom 30sten Octbr. 1748. übernommen hat, wofür daher aus

dem Lehn keine Vergütung gefordert werden kann. Dafs diese Posten bei der Erbtheilung im Jahr 1748. wirklich als Allodial-Schulden betrachtet und als solche von dem Allodial-Nachlasse in Abzug gebracht sind, dies ergiebt der gedachte Reces ganz deutlich, und es kommt übrigens gegenwärtig nicht darauf an, ob die damals angenommene Berechnung und Theilung dem Verhältnisse der Lehn- und Allodial-Masse angemessen gewesen sey, da die Erbinteressenten mehr als 50 Jahre hindurch sich dabei beruhigt haben. Doch erledigt alles dasjenige, was die Kl. in ihrer Deduction dagegen anführen, sich dadurch, dafs nach dem mehr gedachten Reces die Lehnportion eines jeden der 4 Söhne nur 3314 Thl. 5 gr. 4 pf. und die Portion aus dem Allodio nur 1140 Thl. 9 gr. 6 pf. betragen hat, mithin der Erblasser, indem er Götschkendorff für 17000 Thl. annahm und ausserdem noch 1386 Thl. 20 gr. 9 pf. an Allodial-Stücken für die Taxe erhielt, nothwendig den Ueberrest herausgeben, oder einen verhältnismässigen Betrag an Schulden übernehmen mußte. Die dem Erblasser gebührende Lehnssubstanz machte nicht mehr aus als 3314 Thl. 5 gr. 4 pf. Ihm ward aber das auf 17000 Thl. taxirte Gut Götschkendorff übergeben. Er übernahm dagegen 13233 Thl. 6 gr. Schulden, und erfüllte durch

Bezahlung der darunter begriffenen Allodial-Schulden nur das, wozu er sich verbindlich gemacht hatte. Die noch streitigen Posten gehören sämmtlich zu den übernommenen Allodial-Schulden, und es kann daher aus dem Lehn dafür nichts gefordert werden. Deshalb kommt es auch hier auf die in dem Tribunals-Gutachten vom 18ten December 1766. enthaltene Grundsätze gar nicht an. Sie setzen ausdrücklich voraus, daß durch die bezahlte Schulden der Zustand des Lehns verbessert sey, und eine solche Verbesserung ist bei den streitigen Allodial-Schulden gar nicht denkbar. Die Kl. können also dafür von dem Lehnsfolger nichts fordern.

Uebrigens wird der Zweifel, ob die halbe Lehnscompetenz der unverheirathet verstorbenen Eve Charlotte v. Arnim, welche nach dem vorigen Urtel den Allodial-Erben in Abzug gebracht werden soll, von dem Erblasser oder von seinem Bruder Abraham Christoph bezahlt sey, dadurch hinreichend widerlegt, daß nach dem Recesse vom 30sten October 1748. der Erblasser die ganze Portion des Fräulein Eve Charlotte mit 1120 Thl. 22 gr., worunter deren volle Lehnscompetenz begriffen war, weil sie außerdem 246 Thl. 5 gr. 9 pf. an Effecten für die Taxe erhalten hatte, übernommen, und nach der Quittung vom 18ten October 1780. ausge-

zahlt hat. Seine Allodial-Erben müssen also für den ganzen Betrag dieser indebite geschehenen Zahlung haften.

Ad Punct. II. N. 10. Die Kl. gehen zu weit, wenn sie den ganzen Betrag des Kaufgeldes für das Gut Hohenwalde mit 6000 Thl. als eine Verbesserung des Lehns fordern. Nach dem Hypothekenscheine von Alt-Temmen und nach dem v. Arnim Temmenschen Distributionsurteil vom 27sten Juni 1744. hatten der Erblasser und sein Bruder Abraham Christoph 7597 Thl. 23 gr. 5 pf. aus dem Gute Temmen zu fordern, welche sie von dem Kaufgelde abgerechnet haben. Damit stimmt auch die zwischen beiden unter dem 30sten Juni 1777. angelegte Berechnung überein, und sie ergiebt zugleich deutlich, daß diese Gelder ein Lehnstamm gewesen sind.

Hieraus folgt von selbst, daß die klagenden Allodial-Erben auf diese Gelder keinen Anspruch machen können, und daß ihnen an dem Kaufgelde der 6000 Thl. für Hohenwalde nur die im vorigen Urteil erkannten 2101 Thl. zukommen, weil der Erblasser nicht mehr als diese Summen zum Ankauf für Hohenwalde aus seinem Allodial-Vermögen verwendet hat.

An wen der in Abzug gebrachte Lehnstamm jetzt gefallen sey? Dies ist für die Kl. eine

ganz gleichgültige Frage. Sie als Allodial-Erben können darauf in keinem Falle Anspruch machen; aus der Berechnung vom 30sten Juni 1777. erhellet aber auch hinreichend, daß nach dem Absterben des Erblassers diese Lehngelder an seinen Bruder Abraham Christoph und dessen Lehnfähige Nachkommen gefallen sind.

Ad Punct. II. N. 11. Die Bestimmung im §. 7. des Recesses vom 30sten October 1748.

daß in der auf 3314 Thl. 5gr. 4pf. bestimmten Lehnportion eines jeden der drei Brüder der Lehnstamm auf 1500 Thl. festgesetzt seyn solle,

kann ihrer Natur nach keinen andern Sinn haben, als daß einem jeden frei stehe, diese Lehnportion bis auf 1500 Thl. zu verschulden oder zu verzehren. Es folgt aber nicht, daß wenn weder das eine, noch das andere geschehen ist, der Betrag über 1500 Thl. als ein Allodium zu betrachten und zu vererben sey. Dies kann um so weniger angenommen werden, weil zu einer Allodification die Einwilligung der Agnaten erforderlich gewesen wäre. Auch ist in dem gedachten Recesse ausdrücklich festgesetzt, daß in Ansehung der Geld-Cavel, es bei der Lehnconstitution verbleibe, und daß an den Gütern selbst die Gesammtehand vorbehalten werde. Der Erblasser hat von dem Vorbehalt wegen des

Lehnstamms der 1500 Thl. keinen Gebrauch gemacht; seine Lehnportion ist noch unvermindert vorhanden und die Allodial-Erben können darauf keinen Anspruch machen.

Ad Punct. III. N. 1. Es ist keine wahre Melioration, noch der Lehnsfolger zu einer Wiedererstattung gehalten, wenn der verstorbene Vasall zu Wiederaufbauung eines abgebrannten Gebäudes ein Capital aufgenommen, und dasselbe bei seinem Leben wieder bezahlt hat. Es bleibt aber dagegen seinen Allodial-Erben frei, im Fall das wieder aufgeführte Gebäude nützlich und noch jetzo von größerem Werthe ist, als das dem Stammvater ihrer Linie in der Theilung zugefallene Gebäude gewesen, den mehrern Werth des jetzigen Gebäudes, als eine Melioration zu fordern.

Beiträge zur Juristischen Litter. 3te Sammlung. S. 20.

Nach diesem in dem Tribunals-Gutachten vom 18ten December 1767. aufgestellten Grundsatz muß die Sache hier entschieden werden. Die Kl. können offenbar nicht das ganze zur Wiederaufbauung der abgebrannten Gebäude verwendete Capital, sondern nur den mehrern Werth der jetzigen Gebäude als eine Melioration fordern. Es kommt also nur auf den Betrag dieser Melioration an, und hier ist kein anderer

Ausweg übrig, als ein billiges Arbitrium, da keine hinreichende Nachrichten über den Werth der abgebrannten Gebäude vorhanden sind. Nach dem Zusammenhange aller Umstände ist der im vorigen Urtel auf 2500 Thl. bestimmte Werth der Melioration der Sache völlig angemessen. Der Bauconducteur Rehfeldt hat den Werth der jetzt vorhandenen Gebäude überhaupt auf 9600 Thl. und nach Abrechnung der Holzmaterialien auf 6000 Thl. geschätzt. Es ist ein Irrthum wenn die Kl. glauben, daß die Taxe zusammen 14600 Thl. betrage. Ferner muß angenommen werden, daß vor dem Brande das Gut mit hinreichenden Gebäuden versehen gewesen ist. Bei der brüderlichen Theilung im Jahr 1748. ward nur eine Verbesserung der Gebäude von 206 Thl. ausgemittelt, und wenn gleich der Erblasser zur Zeit des Brandes das Gut schon dreißig Jahre im Besitz hatte; so muß doch vorausgesetzt werden, daß er seiner Pflicht gemäß die Gebäude im gehörigen Stande erhalten habe. Diese Bemerkungen sind hinreichend um sich zu überzeugen, daß die Kl. keinen Grund haben, über die ihnen als Melioration zuerkannte Summe von 2500 Thl. sich zu beschweren. Macht sie gleich kaum den fünften Theil der Baukosten aus, so ist doch nicht zu übersehen, daß die Kl. nur den Betrag der

wirklichen Melioration fordern können, und daß ihr Erblasser weniger Kosten gehabt haben würde, wenn er nicht unterlassen hätte, die Gebäude bei der Feuerkasse zu versichern.

Aber auch dem Verkl. gereicht die erkannte Summe nicht zum Nachtheil. Die Nützlichkeit der neuen Gebäude ergibt sich aus der Taxe selbst und ist von dem Verkl. nicht bestritten; sie sind neu und nach einem bessern Plane eingerichtet, und es läßt sich übersehen, daß sie noch jetzt 2500 Thl. mehr werth sind, als die vormaligen Gebäude, welche meist ein Jahrhundert hindurch gestanden hatten und woran keine erhebliche Verbesserungen gemacht worden. Es ist auch nicht richtig, daß die Holzmaterialien in Abzug gebracht werden müßten. Sie betragen nach der Taxe des Rehfeldt 4600 Thl. In der Taxe von Götschkendorff ist keine erhebliche Waldung veranschlagt; und man kann daher annehmen, daß der größte Theil des Bauholzes für baar Geld angekauft werden müssen. Wäre aber auch dies nicht der Fall gewesen: so steht durch das Tribunals-Gutachten fest, daß der mehrere Werth der jetzigen Gebäude als Melioration vergütet werden soll, ohne auf das dazu aus dem Gute selbst genommene Bauholz Rücksicht zu nehmen. Es ist daher kein hinreichender Grund vorhanden, das

das Arbitrium des vorigen Urteils bei diesem Punkte abzuändern.

Ad Punct. III. N. 2. Dafs die Urbarmachung der sogenannten Teufelspässe, welche vormals ein mit Strauchwerk bewachsenes Hütungsrevier waren und jetzt in Wiesen umgeschaffen sind, für eine wirkliche Verbesserung geachtet werden muß; dies ergiebt sich von selbst, ist auch von dem Verkl. eingeräumt.

Hieraus folgt, dafs die Kosten, welche der Erblasser zu dieser Urbarmachung aus eigenen Mitteln verwendet hat, seinen Allodial - Erben vergütet werden müssen, so weit sie den nach dem erhöhten Ertrage zu berechnenden Capitalswerth der Verbesserung nicht überschreiten.

Leyser. Spec. 447. M. 2.

Puffendorf. Tom. I. Obs. 183.

A. L. R. Th. I. Tit. VII. §. 206.

Die Abrechnung der aus der Königl. Casse zu dieser Urbarmachung gezahlten Gelder, versteht sich hiernach von selbst, weil die Kl. nur das fordern können, was ihr Erblasser aus eigenen Mitteln hergeschossen hat. Dagegen werden die aus dem Verkaufe des gedachten Holzes gelöseten Gelder nicht in Abzug kommen können. Zur Benutzung dieses Holzes war der Erblasser als Lehnbesitzer befugt, und der Ertrag davon kommt schon in Anschlag, weil nur der Capi-

talswerth nach dem erhöhten Ertrage vergütet wird. Sollte nun noch das verkaufte Holz abgerechnet werden, so würde offenbar ein Error Dupli entstehen.

Ad Punct. III. N. 3. Das vorige Urtel gründet die Abweisung der Kl. bei diesem Punkte darauf, weil nur bei dem Gute Götschkendorff nicht aber bei Hohenwalde die Protestation wegen der den Allodial-Erben vorbehaltenen Vergütung eingetragen ist. Dieser Umstand kann jedoch auf die Entscheidung keinen Einfluss haben. Aus der Protestation erhellt überhaupt die Absicht des Erblassers, daß er seinen Allodial-Erben nichts habe vergeben wollen. Es bedurfte aber auch nach dem Tribunals-Gutachten vom 18ten December 1767. gar keiner Protestation, wenn von wahren Meliorationen des Lehns die Rede ist, und dies gilt besonders von Meliorationen der Gebäude. In dieser Voraussetzung kommt es nur darauf an, in wie fern die hier streitige Baukosten als Meliorationen betrachtet werden können? Die unter A. B. C. und F. geforderten Summen sind bloß für Reparaturen verwandt, und gehören offenbar nicht zu den Meliorationen, weil der Erblasser als Lehnsbesitzer zu den Reparaturen verbunden war auch dagegen die Nutzungen gezogen hat. Anders verhält es sich mit den Kosten sub. D. und E.

für einen neuen Schaafstall und für einen Brunnen. Die Nützlichkeit dieser neuen Anlagen ist nicht bestritten, und in Absicht des jetzigen Werths derselben haben beide Theile sich auf 200Thl. verglichen. Diese Summe ist daher unstreitig als eine Melioration zu betrachten, welche Verkl. vom Tage der Uebergabe mit Zinsen erstatten müssen.

Ad Punct. IV. Der Reces vom 30sten October 1748. ergiebt ganz klar, daß der Bauerhof in Schönwerder ein Lehnstück ist. Er muß also auch beim Lehn bleiben und Kl. können nur die zu dessen Einlösung vom Erblasser verwendete Summe fordern. Diese beträgt aber nach der Quittung vom 29sten December 1762. 995Thl. in gutem Gelde. Es wird darin ausdrücklich bemerkt, daß die Bezahlung in der Art geschehen sey, daß drei Wechselposten von 600Thl. 300 Thl. und 230 Thl. darauf angerechnet worden. Diese Wechselschulden waren nach den Datis der Wechsel in dem Jahre 1753. und 1757. entstanden: sie müssen also im guten Gelde berechnet werden, und daraus folgt, daß auch die 995Thl. in gleicher Münzsorte gewesen sind. Dies wird noch dadurch bestätigt, daß in dem Recesse vom 30sten October 1748. S. 18. der Bauerhof in Schönwerder dem Hans Carl v. Arnim für 700Thl. zugeschlagen ist.

Hat der streitige Bauerhof schon bei der brüderlichen Theilung im Jahre 1748. den Werth von 700 Thl. gehabt; so läßt sich nicht annehmen, daß er für 995 Thl. in Sächsischem Gelde veräußert und wieder eingelöset sey.

In Absicht der Prozeßkosten wird die im vorigen Urtheil erkannte Compensation dadurch hinreichend gerechtfertigt, daß die Kl. bei verschiedenen Punkten mehr gefordert haben, als ihnen nach den Gesetzen zukömmt. Die Kosten der jetzigen Instanz sind wegen zweifelhafter Beshaffenheit der Sache, und da auf die beiderseitigen Apellationen eine Abänderung erfolgt ebenfalls zu vergleichen gewesen.

v. Wyckersloot.

Beide Theile wandten gegen dieses Erkenntnis, das am 8ten Juli 1803. publicirt ward, die Revision ein.

Deductio in Revisorio.

in Sachen der Allodial-Erben des Geheimen Ober-Finanzraths v. Arnim Kl. und Revidenten wider den Lehnsvormund der minorennen Söhne des Major Abraham Christoph v. Arnim Becl. und Revisen.

Die Rechtfertigung der ersten Beschwerde ergibt sich ganz deutlich aus der im vorigen Urtheil angeführten Vorschrift der Lehnconstitution §. 26. Hierin ist keinesweges der Satz, daß das Zugvieh und Ackergeräthe beim Lehne bleibe, als Regel aufgestellt, wovon nur in einem bestimmten Falle eine Ausnahme Statt finde; vielmehr ist die nach den allgemeinen Lehnrechten feststehende Regel, daß das Zugvieh und Ackergeräthe den Allodial-Erben zu vergüten sey, in der Lehnconstitution eben dadurch bestätigt, daß hiervon nur in dem einen Falle, wenn Brüder und Schwestern das Lehn unter sich theilen, also,

wenn das Lehn vom Vater auf seine Kinder fällt, in Rücksicht der Theilung unter diesen

eine Ausnahme Statt finde, und nur in diesem Falle der Werth des Zugviehes und Ackergeräths

nicht zum Allodio gerechnet werden, sondern beim Lehn bleiben solle.

Eine Abweichung vom gemeinen Lehnrechte kann nicht vermuthet, und schon hienach muß angenommen werden, daß die Lehnconstitution ebenfalls als Regel bestimme, daß der Werth des Zugviehes und Ackergeräthes dem Allodio zu vergüten sey. Eben das ergibt aber auch der §. 26.: denn wenn es darin heißt,

die Vorschrift, daß Zugvieh und Ackergeräthe beim Lehne bleiben sollen; versteht sich nur vom Falle einer Theilung unter Brüdern und Schwestern;

so ist eben dadurch dieser eine Fall als Ausnahme bestimmt, wodurch im übrigen die Regel bestimmt wird.

Außer diesem einen Fall, muß es bei der Regel bleiben. Die Ausnahme geht aber keinesweges auf den Fall wenn das Lehn von einem Bruder auf den andern kommt, sondern nur auf den,

wenn Brüder unter sich, oder mit ihren Schwestern theilen, also, wenn das Lehn vom Vater auf seine Kinder gekommen und von der Theilung unter den letztern die Rede ist.

Wenn man die Ausnahme auch auf den Fall,

wenn das Lehn von einem Bruder auf den andern fällt, anwenden wollte; so würde das eine (wie das vorige Urtheil selbst sagt) unstatthafte extensive Interpretation seyn, durch welche eine Abweichung von der Regel *ad casum in lege non expressum* gezogen würde. Der Inhalt des §. 26. der Lehnsconstitution zeigt auch deutlich, daß die Verordnung daß Zugvieh und Ackergeräthe beim Lehne bleiben sollen, nur auf den Fall gehen soll, wenn Brüder und Schwestern unter sich theilen, also dieser Grundsatz nur bei der Theilung zwischen Brüdern und Schwestern gilt, nicht bei der Devolution von einem Bruder auf den andern. Der Nachsatz, wenn Vettern oder Expectivati zur Succession gelangen, ist der Gegensatz des vorher bestimmten Falls der Ausnahme, wodurch dem Zusammenhange nach also angedeutet werden sollte, daß in jedem andern Falle, außer dem einer Theilung zwischen Brüdern und Schwestern es bei der Regel der Erstattung an die Allodial-Erben bleiben soll, dahin sind unter Vettern und Expectivati alle Agnaten welche

außer dem Falle einer Devolution vom Vater auf seine Kinder, zur Succession gelangen, verstanden; und wenn das auch nicht bestimmt genug ausgedrückt ist:

so ist doch der Sinn des Gesetzes aus dem vorhergehenden klar, da dort deutlich gesagt war, in welchem Falle nur die Ausnahme Statt finden sollte, woraus von selbst folgt, daß es übrigens bei der Regel bleibe, welches auch die Lehnconstitution dadurch deutlich zu erkennen giebt, daß sie als Gegensatz des vorher angenommenen Falles einer Theilung zwischen Brüdern und Schwestern sagt,

wenn aber Vettern oder Expectativi zur Succession kommen etc.

welches offenbar eben so viel ist, als wenn gesagt wäre, wenn nicht eine Theilung zwischen Brüdern und Schwestern geschiehet, und hier ist einleuchtend der Ausdruck Vettern im weitern Verstande genommen, womit alle Lehnfolger gemeinet sind, welche nicht Söhne des vorigen Lehnbesitzers sind.

Bei diesem Punkte war demnach die Entscheidung des Urteils erster Instanz ganz rechtlich.

Ad Grav. 2. welches die Entscheidung ad Punct. 3. N. 3. betrifft, ist im Appellationsurteil ausgeführt und angenommen, daß alle Meliorationen wodurch der Werth der Lehnssubstanz gegen den Werth zur Zeit des Lehnsanfalls verbessert ist, ohne daß es deshalb einer Protestation bedarf, erstattet werden müssen, und es bedarf

also keiner Wiederholung desjenigen, was hierüber in der Deduction erster Instanz und in der Appellations-Deduction angeführt ist.

Das Appellationsurteil nimmt nun an, die Posten sub. a, b, c, und f. wären keine eigentliche Meliorationen: aber das ist nach den richtigen Begriffen, die das Tribunals-Gutachten vom 18ten December 1767. aufstellt, irrig. Auch Reparaturen können Meliorationen seyn, in so fern ein Lehnsbesitzer den Werth des Lehns dadurch, gegen den Werth, worin er solches erhalten, vermehrt hat, und derselbe ist nur verpflichtet, die Gebäude durch Reparaturen in dem Zustande, worin sie ihm übergeben sind, also in der Voraussetzung, daß er solche in wohn- und nutzbarem Stande bekommen habe, in eben diesem Zustande zu erhalten. Gebäude, die er ganz unbrauchbar erhalten hat, erst auf Kosten seines Allodial - Vermögens in nutzbaren Stand zu setzen, dazu ist er nicht verpflichtet, sondern das ist eine wirkliche Melioration, die seinem Allodio erstattet werden muß. Dies ist schon in der Appellations - Deduction hinlänglich ausgeführt und da das Urteil zweiter Instanz diese Ausführung nicht widerlegt hat, so wird darauf lediglich Bezug genommen. In eben dieser Deduction ist rationel des Quanti dieser zu vergütenden Meliorationen das Nöthige

ausgeführt und gezeigt, daß nach rechtlichen Grundsätzen der Werth oder Betrag der Meliorationen auf das Quantum der zu den Bauten und Reparaturen verwendeten Kosten und also zum wenigsten auf die liquidirten Summen von resp. 363 Thl. 13 gr. 6 pf. 106 Thl. 215 Thl. 14 gr., und 63 Thl. 16 gr., als welche noch lange nicht die ganze Summe der verwendeten Kosten seyn können, anzunehmen ist, die ganze ad Punct. 3. N. 3. incl. der jetzt zuerkannten 200 Thl. zu bestimmende Melioration also auf 948 Thl. 14 gr. 6 pf. festzusetzen sey, welches ebenfalls, da hier gegen im vorigen Urtheil nichts gesagt ist, keiner Widerlegung bedarf.

Die vierte Beschwerde geht im allgemeinen auf diejenigen Punkte, bei welchen ad Appellationem der jetzigen Revidenten das Urtheil erster Instanz pure bestätigt worden ist.

Ad Punct. II. N. 1 bis 9. gründet die Entscheidung des Appellationsurtheils sich wieder auf den Grundsatz:

daß der Erblasser der Revidenten die über die Summen von 7140 Thl. 5 gr. $4\frac{2}{3}$ pf. bezahlte auf Götschkendorff eingetragen gewesene Schulden für Allodial-Schulden bezahlt habe.

Dieser Satz ist aber, wie schon in der Appellations-Deduction umständlich gezeigt ist, nicht

nur unerheblich sondern auch unrichtig. Wenn an Allodial-Vermögen überhaupt nach dem Recesse vom 30sten Octbr. 1748. §. 3. 13023 Thl. 3gr. 5½ pf. berechnet waren, so bestand dieses ausser 3413 Thl. 2gr. 1½ pf. für das Mobiliare noch in 9600 Thl. 1gr. 4 pf., welche aus dem Lehn an das Allodium zu bezahlen waren; mithin mußten die Brüder, welche die Lehngüter übernahmen, ausserdem, an andere Gläubiger zu bezahlenden Lehnschulden und ausser denen zu den Lehnschulden gehörigen Lehnsabfindungen noch jene 9600 Thl. 1gr. 4 pf., welche das Lehn an das Allodium schuldig war, bezahlen. Dies geschah dadurch, daß sie so viel Allodial-Schulden auf das Lehn übernahmen, wodurch diese übernommene Allodial-Schulden durch deren Bezahlung mittelbar Schulden des Lehns getilget wurden respectu derer, die sie übernahmen und bezahlten, wirkliche Lehnschulden geworden sind, indem es gleich viel war, ob die Brüder das, was das Lehn dem Allodio schuldig war, an das Allodium zahlten und von diesem die Allodial-Schulden bezahlt wurden, oder ob die Schuld des Lehns an das Allodium durch Abrechnung von Allodial-Schulden berichtigt wurde.

Selbst der Umstand, daß im Allodio noch etwas zu erben übrig blieb, zeigt unwieder-

sprechlich, daß das Allodium nach Abzug seiner an das Lehn habenden Forderungen nichts schuldig geblieben seyn kann, folglich so viel als die gesammte Summe der auf das Lehn übernommenen Schulden betrug, wirkliche Lehn-schulden da gewesen seyn müssen.

Es kommt aber auch gar nicht darauf an, ob die vom Erblasser der Revidenten übernommene und aus seinem Allodial-Vermögen bezahlte Schulden ihrem Ursprunge nach Lehns-schulden waren, oder nicht, sondern bloß darauf,

ob selbige auf das Lehn übernommen sind, und der Betrag derselben dem Erblasser der Revidenten von seiner Lehnspportion abgerechnet worden ist,

oder welches gleich viel ist,

ob der Erblasser der Revidenten so viel, als diese gesammte Schulden betrugen, an Lehnssubstanz weniger erhalten hat, als seine Erben jetzt den Lehnsfolgern überliefern.

Dies ist der Fall: denn der Erblasser der Revidenten bekam nicht mehr als 3314 Thl. 5 gr. 4 pf. Lehnssubstanz und nachher sind ihm noch 1313 Thl. 9 gr. 2 pf. ins Lehn zurückgefallen, daher er in allem nicht mehr als 4627 Thl. 14 gr. 6 pf. erhalten hat. Der übrige Betrag des auf 17000 Thl. angenommenen Werths des Gutes

Gätschkendorff mit 12372 Thl. 9 gr. 6 pf. war durch die aus dem Lehne zu bezahlende Schulden absorbirt. Diese ganzen 12372 Thl. 9 gr. 6 pf. hätte der Erblasser der Revidenten auf das Lehn stehen lassen können; die Revisen hätten solche als Lehnschuld jetzt übernehmen und zufrieden seyn müssen, wenn ihnen der Betrag von 4527 Thl. 14 gr. 6 pf. als so viel der Revidenten Erblasser an schuldenfreier Lehnssubstanz nur erhalten hatte, überlassen worden wäre. Da aber der Erblasser der Revidenten ihnen den ganzen Werth von 17000 Thl. schuldenfrei hinterlassen, den Werth der Lehnssubstanz also dadurch

dafs er 12372 Thl. 9 gr. 6 pf. Schulden, die er darauf übernommen hatte, aus seinem Vermögen bezahlt,

und diese ganze Summe vermehrt hat; so muß auch diese ganze Summe seinen Allodial-Erben (ohne dafs es deshalb einer Protestation bedurfte) vergütet werden.

Dies ist in den Deductionen der Revidenten in erster und zweiter Instanz aus den Grundsätzen des Tribunals - Gutachtens vom 18ten December 1767. ausgeführt, und alles in den Entscheidungsgründen des Appelationsurtels gesagt, kann diese Ausführung nicht widerlegen.

Oben ist gezeigt, dafs nichts darauf anköm-

me, ob die auf das Lehn übernommene und nachher aus dem eigenen Vermögen des Erblassers der Revidenten bezahlte Schulden ihrem Ursprunge nach Lehnschulden gewesen seyn; dafs aber auch allerdings der ganze Betrag eine wirkliche Schuld des Lehns gewesen ist. Dafs die Berechnung des Recesses vom 30sten October 1748. von allen damaligen Interessenten anerkannt ist, kann kein Argument seyn: denn noch jetzt will Niemand diese Berechnung anfechten, sondern die Rede ist nur davon, wieviel nach eben dieser Berechnung von Schulden auf das Lehn übernommen sey, und die Frage ist nicht von der Richtigkeit und Gültigkeit des Recesses, als welche Niemand bezweifelt, sondern von der jetzt, nachdem eine andere Linie zur Lehnsuccession gekommen ist, daraus

dafs der Erblasser der Revidenten so viele Lehnschulden, die er übernommen hatte, ex propriis bezahlt hat, entstehenden rechtlichen Folge.

Dafs der Erblasser der Revidenten nicht mehr als 3314 Thl. 5 gr. 4 pf. Lehnssubstanz erhalten und noch 1140 Thl. 9 gr. 5 pf. ex allodio bekommen hat, macht es, wie oben gedacht noch deutlicher, dafs er den ganzen Betrag von 12372 Thl. 9 gr. 6 pf. an Lehnschulden, die auf das Lehn hafteten, und daraus zu bezahlen wa-

ren, bezahlt hat, und eben deshalb, weil er diese Summe an Lehnssubstanz mehr als er bekommen, seinen Nachfolgern hinterlassen hat, muß diese ganze Summe seinen Landerben vergütet werden.

Er hatte keinesweges die Verpflichtung diese Schulden aus seinem Vermögen zu bezahlen, sondern er hätte sie auf das Lehnsgut stehen lassen oder zu deren Bezahlung eben so viel anderweit auf das Lehn aufnehmen können; und wenn gleich die Gläubiger von ihm Bezahlung verlangen konnten, ohne sich darum zu bekümmern, woher er solche nehme; so hatte er doch keine Verpflichtung, durch diese Bezahlung die Substanz des Lehns aus seinem freien Vermögen für seine Lehnssuccessores zu vermehren, sondern diese, welche nicht mehr Lehnssubstanz verlangen können, als er erhalten hatte, sind verbunden diese aus dem Allodial-Vermögen ihres Vorgängers bewirkte Vermehrung der Lehnssubstanz dem Allodio desselben zu vergüten, daher klar ist, daß die Revisen nicht bloß 7140 Thl. 5gr. $4\frac{2}{3}$ pf. sondern die ganzen 12372 Thl. 9gr. 6pf. nebst Zinsen seit dem 1ten Februar 1798. den Revidenten zu vergüten haben.

Daß der nochmalige Abzug der zurückgefallenen Lehnscompetenz der Eva Charlotte

v. Arnim à 113 Thl. 9 gr. 9 pf. ein Duplum ist, ergiebt sich hiernach, wie auch schon in der Appellations - Deduction hinlänglich gezeigt ist, per calculum von selbst. Der Erblasser der Revidenten hatte zwar unter dem an gedachte Charlotte v. Arnim nach dem Recesse zu zahlenden 1120 Thl. 22 gr. auch deren Lehnsporation à 226 Thl. 18 gr. 4 pf. mit übernommen; die hiervon dem Erblasser der Revidenten ins Lehn zurückgefallene Hälfte à 113 Thl. 9 gr. 2 pf. ist aber oben schon in Anrechnung gebracht, daher selbige nicht noch einmal von der im Allodio zu vergütenden Summe der bezahlten Lehnschulden abgerechnet werden kann. Dafs aber diese 113 Thl. 9 gr. 2 pf. an die Allodial-Erben der Charlotte v. Arnim ausgezahlt wären, ist ganz unrichtig; und es ist gar nicht abzusehen, woraus ein Beweis dieses factischen Praesuppositi entnommen seyn soll: denn die Quittung vom 18ten October 1780. besagt nichts weniger als das, sondern,

dafs die 1120 Thl. 22 gr. richtig vertheilet seyn,

also jeder davon das erhalten habe, was ihm zukomme, welchem nach klar ist, dafs nach Inhalt dieser Quittung der Erblasser der Revidenten die eine Hälfte der Lehnsabfindung von 226 Thl. 18 gr. 4 pf. als ihm zurückgefallen behal-

behalten , die andere Hälfte seinem Bruder, die übrigen 894 Thl. 12 gr. 8 pf. aber den Allodial-Erben der Charlotta v. Arnim, denen diese zum Allodial-Vermögen derselben gehörige Summe zukam, ausgezahlt hat.

Ad Punct. II. N. 10. wird bloß auf das in der Appellations - Deduction ausgeführte Bezug genommen, und

Ad Punct. II. N. 11. nur bemerkt, daß kein Grund vorhanden ist, die Bestimmung des Recesses, daß der Lehnstamm jedes Bruders nur auf 1500 Thl. festgesetzt worden, dahin zu verstehen,

daß jeder seine Lehnportion bis auf 1500 Thl. verschulden könne,

und daß die Einwilligung der Agnaten in die Allodification des mehrern Lehnbetrages allerdings und im Recesse selbst declarirt ist, welchem nach denn aus dem in der Appellations-Deduction ausgeführten der rechtliche Grund des Antrages der Revidenten von selbst folgt, und das dagegen gesagte sich erlediget.

Ad Punct. III. N. 1. würde der Grundsatz, daß nur der Betrag um welchen der Werth der Gebäude jetzt vermehrt ist, zu vergüten sey, an sich richtig seyn, wenn nicht die vom Erblasser der Revidenten eingelegte Protestatin die Sache veränderte. Nach dem mehrgedach-

ten Tribunals - Gutachten S. 22. No. 1 und 2 kann, wenn deshalb Protestation eingelegt ist, auch Vergütung desjenigen gefordert werden, was nicht als eine eigentliche, den Werth der Lehnssubstanz vermehrende Melioration anzusehen ist, ausser dem Falle einer eingelegten Protestation also nicht vergütet wird. Das Appellationsurteil hat, eben so wie das Urteil erster Instanz die Sache nur so, wie sie ohne die eingelegte Protestation seyn würde genommen und die die Sache verändernde Wirkung der Protestation ausser Acht gelassen. Sobald man dies erwägt, wird es klar, dass der Betrag der sämtlichen Baukosten erstattet werden muss, weil dieser ganze Betrag eine Schuld war, welche vermöge der eingelegten Protestation, das Allodium des abgegangenen Lehnsbesitzers vom Lehne rechtlich zu fordern hat. Es sind daher im vorliegenden Falle den Revidenten wenigstens 9600 Thl. zu erstatten; denn so viel beträgt allerdings die Taxe, excl. der Holzmaterien. Wenn im Appellationsurteil ohne weiteres gesagt ist,

es sey ein Irrthum, dass die Taxe in allen (also incl. der Holzmaterien) 14600 Thl. betrage:

so lässt sich gegen diese blofs hingeworfene Assertion nichts weiter entgegenen, als dass das kei-

nesweges ein Irrthum ist, da die Taxe, ohne die Holzmaterialien 9600 Thl., die Taxe des Holzes aber 5000 Thl., beides zusammen also 14600 Thl. beträgt. Eine genaue Durchsicht der Taxe entscheidet diese Differenzen selbst.

Es ist daher auch für sich einleuchtend, daß nach den eigenen, obwohl keinesweges richtigen Grundsätzen des vorigen Urteils das vergütende Quantum nicht auf 2500 Thl. sondern wenigstens auf 4800 Thl. festzusetzen seyn würde, wiewohl nach dem vorangeführten offenbar der ganze Betrag der verwendeten Baukosten, also, wenn man auch die Holzmaterialien nicht in Anschlag bringen will, wenigstens die Summe von 9600 Thl. vergütet werden muß.

Uebrigens wird der Kosten wegen ad legalia submittirt und die Revidenten tragen dahin an,

ad Punct. I. das Urtheil erster Instanz wieder herzustellen, ad Punct. II. No. 1 bis 9. ad Punct. II. No. 10 und 11. und ad Punct. III. No. 1, 2, 3. die Urtheile erster und zweiter Instanz nach den Anträgen ihrer Klage zu reformiren und die Kosten dieser Instanz in Absicht ihrer Revision zu compensiren.

U . .

Deductionsschrift in Revisorio
in Sachen des Major Abraham Christoph
v. Arnim modo des v. Düringshofen als
Curator der Söhne des verstorbenen
Major v. Arnim, Verkl. und jetzt Revi-
denten, wider die Allodial-Erben des
Geheimen Finanzraths v. Arnim Kl.
und Revisen.

Die Beschwerden des Verkl. gegen das Ap-
 pellationsurtei de publ. den 28ten Juli c. beste-
 hen nach der Revisionsanmeldung vom 31ten
 August darin

- 1) dafs derselbe ad Punct. I. für schuldig
 erkannt worden 2198 Thl. 12gr. 5pf.
 Courant mit 5 pro Cent Zinsen seit dem
 1sten Februar 1798. zur Allodial-Masse
 zu bezahlen.
- 2) Dafs derselbe ad Punct. III. No. 3. für
 schuldig erachtet worden, den Kl. die
 zur Radung und Urbarmachung der Teu-
 felpässe von dem Erblasser aus eigenen
 Mitteln verwendeten, in separato näher
 auszumittelnden Kosten, in so weit sie
 nach dem erhöhten Ertrage zu berech-
 nen den Capitalswerth der Verbesserung
 nicht übersteigen, nebst Verzugszinsen zu

5pro Cent seit dem 1sten Februar 1798.
zu erstatten.

3) Dafs ad Punct. III. No. 3. derselbe für
schuldig erkannt worden 200 Thl. nebst
Zinsen zu 5pro Cent seit dem 1sten Fe-
bruar 1798. zu vergüten.

4) Dafs ad Punct. IV. derselbe gehalten seyn
soll die erkannten 995 Thl. nicht nach
der Reduction zu $44\frac{2}{3}$ pro Cent, sondern
für voll mit 995 Thl. in jetzigem Cou-
rant nebst 5pro Cent Zinsen seit dem
1sten Februar 1798. den Klägern zu er-
statten.

5) Dafs das Erkenntniß der ersten Instanz
in Absicht seiner übrigen Beschwerden
bestätigt und endlich

6) Die Kosten der Appellationsinstanz com-
pensirt worden.

Was die erste Beschwerde betrifft; so ist der
Verkl. noch immer der Meinung dafs das Zug-
vieh und Ackergeräthe imgleichen die Saaten
zum Lehne gehören. In Absicht des Zugviehes
gründet derselbe seine Meinung auf die Lehns-
constitution vom 25ten August 1718. und 1sten
Juni 1723., nach welchen Pferde und Ochsen,
wie nicht minder das Ackergeräthe Lehnsperti-
nenzien sind. Diesen Lehngesetzengemäfs ist,
wie bereits vom Verkl. in erster Instanz ange-

führt worden, auch schon bei der Theilung des Nachlasses des Großvaters der Curanden des Verkl., des Obrist-Lieutenants Berendt Ludwig v. Arnim unter seinen Kindern verfahren worden. In der Appellationssentenz wird es angeführt, daß die Lehnconstitution vom 1sten Juni 1723. §. 26. ausdrücklich festsetzt, daß die Pferde und Ochsen die zum Pflügen gebraucht werden, imgleichen das Ackergeräth, als Pertinenzien bei den gewesenen Lehngütern verbleiben und in keine Theilung kommen sollen. Die Zufügung derselben, daß dieser §. jedoch nur *ratione* Brüder und Schwestern zu verstehen sey, und daß wenn Vettern oder *Expectivati* zur Succession kommen, die oben specificirte Stücke baar bezahlt, oder den Allodial-Erben verabfolgt werden müssen, kann dem Verkl. nicht nachtheilig seyn: denn die in Rede stehende Theilung geschieht zwischen einem Bruder und Schwester-Kindern. Letztere gelangen nur *jure repraesentationis* zur Erbschaft und außerdem hat der Erblasser der Kl. im Jahr 1748. das Zugvieh und Ackergeräth wirklich als Lehnspertinenzien erhalten und es haben dieselben daher als solche auch seinem Bruder, dem Vater der Curanden des Verkl., der damals kein Gut erhalten, zufallen müssen. Bei der Theilung des Nachlasses des Aeltervaters der Curan-

den des Verkl., sind wie durch den vom Verkl. in erster Instanz übergebenen Erbrecesse vom 20sten Juni 1713. nachgewiesen worden ist, die Saaten bei den Gütern Götschkendorff und Hohenwalde zum Lehn gerechnet und mit den Lehngütern zugleich taxirt worden. Hieraus entsteht offenbar die Vermuthung, daß ursprünglich ein Lehnsinventarium vorhanden gewesen, und daß nach demselben die Saaten zum Lehn gehört haben müssen, weil sonst die Allodial-Erben es nicht zugegeben haben würden, daß die Saaten bei der erwähnten Theilung den Gütern als Pertinenzen beigelegt wären.

Die zweite Beschwerde des Verkl. betreffend so ist solche eigentlich von keiner Wichtigkeit, weil nach dem Appellations-Erkenntnisse in dieser Sache die Kl. in einem Separat-Prozess doch auch nachweisen müssen, daß und welche Kosten ihr Erblasser aus eigenen Mitteln auf Melioration der Teufelspässe verwandt habe, und also der von Seiten des Verkl. schon geführte und durch die Kammerakten sich ergänzende Beweis, daß die Meliorationen qu. ganz auf Königl. Kosten bewirkt worden, ihnen entgegenstehen würde. Verkl. Curator hält aber dafür, daß eben dieser Nachweisung wegen, der, den Kl. nachgelassene Separat-Prozess unnütz, und er deshalb berechtigt sey auf die gänzliche Abweisung der Kl. anzutragen.

In Absicht der dritten Beschwerde, so den Punkt III. N. 3. betrifft wird vom Verkl. angeführt, daß die Declaration vom 3ten October 1781. wodurch der Erblasser der Kl. seinen Allodial-Erben die Vergütung der Meliorationen bei Götschkendorff hat vorbehalten wollen, auf das gar nicht erwähnte Gut Hohenwalde nicht ausgedehnt werden könne, indem diese Declaration auf Hohenwasde gar nicht im Hypothekenbuche eingetragen ist, auch in der Regel die Declarationen, durch welche Lehnbesitzer ihren Allodial-Erben prospiciren wollen, ganz bestimmt auf die Lehnschulden und bewirkte Melioration gerichtet seyn müssen, — ferner daß auf den verglichenen Werth des Schaafstalls und des Brunnens keine Rücksicht auf die davon in Abzug zu bringende aus dem Gute genommene Materialien genommen worden ist, welches doch billigermaassen hätte geschehen müssen.

Anlangend die vierte Beschwerde so wird vom Verkl. zur Unterstützung derselben bemerkt, daß aus der in der Quittung vom 29sten December 1762. enthalten seyn sollenden Nachricht, erst auf die für den Bauerhoff zu Schönwerder zu bezahlen gewesen 995 Thl. drei Wechsel von resp. 600 Thl. 300 Thl. und 200 Thl. angerechnet worden, noch nicht gefolget werden könne, daß die 995 Thl. in altem Brandenburg-

schen Gelde bezahlt worden; denn wenn auch die Wechsel über alt Brandenburgisches Geld ausgestellt seyn sollten: so bleibt es doch nicht allein möglich, sondern auch sogar wahrscheinlich, daß bei der Zusammenrechnung auf den größern Werth der Wechselposten Rücksicht genommen seyn wird, besonders, da der Betrag der Wechselschulden dem Kaufgelde für den in Rede stehenden Bauerhof nicht gleich ist. Die Vermuthung, daß man im Jahre 1762. nicht in altem Brandenburgischen Gelde handeln und zahlen wollen, ist nach dem Dafürhalten der Verkl. stärker, als die, welche der Appellationsrichter in seinem Urtheil aufstellt.

Die fünfte Beschwerde des Bekl. besteht darin, daß das Erkenntniß der ersten Instanz in Absicht seiner übrigen Beschwerden gegen dasselbe bestätigt worden ist.

Zur Unterstützung dieser Beschwerden will ich mich auf dasjenige beziehen, was von dem Verkl. bereits in den Akten in Betreff dieser Punkte an und ausgeführt worden ist, und hier nur noch bemerken, wie Verkl. dafür hält, daß die Bestimmung des zu ersetzenden Meliorations-Quantis unmöglich dem Arbitrio des Richters überlassen werden könne, sondern daß den Kl. schlechterdings der Beweis obliege, daß und wieviel die im Jahr 1798. abgelieferten Gebäude

bei Götschkendorff besser gewesen, als die welche der Erblasser im Jahr 1748. erhalten. Es behauptet derselbe, daß wenn hierbei auch nach Willkühr verfahren werden könne, doch die Voraussetzung, daß die Gebäude jetzt um die Hälfte mehr werth seyn sollten als im Jahr 1748. seinen Curanden offenbar zu nachtheilig sey, und daß solche überdem wiederum auf die irrige und von den Klägern nicht einmal angeführte Vermuthung beruhe, daß der größte Theil des Bauholzes von ihrem Erblasser gekauft sey. Es behauptet derselbe aber, daß hierbei ganz das Gegentheil Statt finde, da durch den Wiederaufbau die Heide durchaus vom Bauholze entblößt worden, und daß es daher in alle Wege eine rechtswidrige Meinung sey, daß die aus dem Gute genommenen Baumaterialien von den Meliorationskosten nicht abzuziehen seyn.

Wegen der sechsten Beschwerde, so den Kostenpunkt betrifft, submittire ich ad legalia und soll ich Namens des Verkl. darauf allerunterthänigst antragen, die ergangenen Erkenntnisse dahin allergnädigst zu reformiren, daß Kl. überall mit ihren Klagepunkten abzuweisen seyn.

Berlin, den 5ten December 1803.

S . . .

Am 26sten April 1804. ward das vom
Ober-Tribunal abgefaßte Revisions-
Erkenntniß publicirt.

In wechselseitigen Revisionssachen der in
actis benannten Allodial-Erben des verstorbenen
Geheimen Finanzraths v. Arnim auf Hohenwalde
und Götschkendorff Kl. wider den Major Abra-
ham Christoph v. Arnim jetzt den v. Dü-
ringshofen auf Pinnow als Curatorem der
Söhne des gedachten nunmehr verstorbenen Ma-
jor v. Arnim Becl. beiderseits rep. Revidenten
und Revisen

erkennen Wir Friedrich Wilhelm von Gottes
Gnaden König von Preussen etc. den Akten
gemäß hiermit für Recht.

Dafs zuvörderst der etc. Uuden annoch gehal-
ten, dem Injuncto der vorigen Erkenntnisse ge-
mäßs, auch noch von dem Hauptmann Nico-
laus Erdmann v. Arnim, innerhalb 14 Ta-
gen bei 5 Thl. Strafe Vollmacht zu diesen Akten
zu beschaffen, demnächst Formalia Revisionis
für richtig anzunehmen, auch in Ansehung der
Hauptsache so viel zu befinden, dafs Senten-
tiae resp. a qua et a quibus vom 29sten
März 1802. und 28sten Juli 1803. dahin zu än-
dern, dafs

- 1) bei dem ersten Hauptpunkt und ad Grav. Revis. 1. der Kl. betreffend das Inventarien Vieh, das Ackergeräth und die bestellten Saaten, Sententia primae instantiae vom 29ten März 1802. wieder herzustellen.
- 2) Bei dem zweiten Hauptpunkt, und in Betreff der darunter begriffenen neun ersten Posten und ad Grav. 4. der Kläger die vom Beklagten denen Klägern dieserhalb zu vergütende Summe, nicht auf 7253 Thl. 14 gr. 6 $\frac{2}{3}$ pf. einzuschränken, und darauf auch noch 113 Thl. 19 gr. 6 pf. in Abzug zu bringen, vielmehr die Beklagte Lehnsfolger gehalten, für die durch die bewerkstelligte Bezahlung und Löschung der gedachten neun Posten erfolgte Verbesserung des Lehns, den Klägern die Summe von 12372 Thl. 9 gr 6 pf. sammt Zinsen à 5 pro Cent seit dem 1sten Februar binnen vier Wochen bei Vermeidung der Execution zu vergüten.
- 3) Bei dem vierten Hauptpunkt betreffend die Vergütung des Bauerhofes in Schönwerder ad Grav. Revis. 4. der Beklagten Sententia primae Instantiae ebenfalls wieder herzustellen, im

übrigen aber mit Verwerfung der beiderseitigen Beschwerden *Sententia e resp. a qua et a quibus* zu bestätigen, *compensatis expensis* dieser Instanz.

V. R. W.

v. Koenen.

II.

Ein Zweikampf.

Auf die von den Hallenschen Universitäts Gerichten gegen die Studiosos Oppen, Gibson et Comp. geführte Untersuchung, erkennet, vermöge, Allerhöchsten Auftrages die Criminal-Deputation des Kammergerichts den Akten gemäß für Recht, daß

- 1) der Stud. Jur. Otto Heinrich Alexander Oppen,
 - 2) der Stud. theol. George Gottfried Gibson,
 - 3) der Stud. theol. Johann Heinrich Kahmann,
- jeder mit zehnjährigem Festungsarreste,
- 4) der Stud. jut. Johann Heinrich Dunker,
 - 5) der Stud. jur. Christoph August Gading,

jeder mit ein und ein halbjährigem Festungs-
arreste

6) der Auscultator bei der Regierung zu
Münster Gottfried Heinrich Jacobi
mit sechsmonatlicher Gefängnisstrafe,

7) der Stud. jur. Gottlieb Ludwig Hirsch
mit neunmonatlicher Gefängnisstrafe,

8) der Stud. theol. Christian Friedrich
Hagen
mit sechsmonatlicher Gefängnisstrafe,

9) der Auscultator beim Hofgerichte zu Brom-
berg Ferdinand Conrad
mit viermonatlicher Gefängnisstrafe,

10) der Stud. jur. Friedrich Immanuel
Theodor Puppel
mit sechsmonatlicher Gefängnisstrafe,

11) der Stud. medic. Henke
mit achtwöchentlicher Gefängnisstrafe,

12) der Stud. medic. Johann Gottfried
Sewitzer
mit achtwöchentlicher Gefängnisstrafe,

13) der Stud. medic. Carl George Hein-
rich Westphal
mit sechsmonatlicher Gefängnisstrafe,

14) der Stud. medic. Ferdinand Ludwig
Deliüs
mit dreimonatlicher Gefängnisstrafe zu belegen.

15) der Stud. theol. Hans Lamos van Ewe-

gen ab instantia zu absolviren, und zu einem Kostenbeitrage von 5 Thl. zu verurtheilen.

Die übrigen Kosten tragen die von 1 bis 14. erwähnten Complicen pro rata, eventualiter in solidum; bei ihrem etwanigen Unvermögen aber, fallen die durch Erhebung des Cotporis delicti verursachten, dem Justizamte Giebichenstein, alle übrigen aber dem foro academico zu Halle zur Last.

Geschichtserzählung und Gründe.

Am 14ten März 1803. zeigte der Ober - Berg-rath und Doct. medic. Reil den Universitäts Gerichten an; daß er am Abend des vorhergehenden Tages auf das bei Halle unter der Jurisdiction des Amtes Giebichenstein, Wirthshaus zum Posthorn genannt, zu einem in der Brust lebensgefährlich verwundeten Studenten, gerufen worden. Diese Nachricht ward sofort dem genannten Amte mitgetheilt; dies versuchte den Verwundeten, der Wiedenhoff hieß, der Gottes Gelahrheit beflissen und der Sohn eines Landpredigers aus Westphalen war, über die Veranlassung seiner Verwundung zu vernehmen. Der Ver-

Verwundete hatte aber nur die Kraft, die Worte:

Sie wissen ja wohl, wie ein junger Mensch in eine solche Lage kömmt, zu sprechen, und in der Nacht zum 15ten gab er bereits seinen Geist auf. Das Justizamt Giebichenstein, hat sich hierauf der ordnungsmäßigen Obduction des Leichnams unterzogen. — Man fand mehrere zur In- und Expiration beitragende Muskeln der linken Seite durchschnitten, auf dem Zwergfelle über ein Maafs flüssigen Blutes, einige Stücke geronnenen Blutes und mehrere ausgedehnte Stücke und die linke Lunge zeigte ihre Untauglichkeit zum respiriren durch Untersinken im Wasser. Eben so fand man eine gänzliche Entleerung der größeren Blutgefäße und andere symptome des Blutmangels. Die Aerzte sind darnach der Meinung; dafs Denatus an einer Hämoragia, die Folge der drei durchschnittenen Arter. Thorac. und der durch diese Wunden verletzten Respiration verstorben: dafs diese Verletzungen an sich tödtlich gewesen, und dafs Kunst und Zufall noch einen andern Ausgang übrig gelassen hätten.

Die Universitäts Gerichte und das Justizamt Giebichenstein bemüheten sich mehrere Tage vergeblich der Veranlassung dieser offenbaren Tödtung nachzuspüren. Endlich gelang es dem

Justizamte Giebichenstein durch Vernehmung der Ehefrau des Gastwirths Nordmann vom Posthorne, einige Spuren zu erfahren, die eine Mitwissenschaft der Studenten Henke und Schweitzer vermuthen ließen, durch deren fernere Vernehmung man endlich die Wahrheit ausmittelte. — Mit ihren Angaben stimmte im wesentlichen die Angabe der übrigen Schuldigen überein, und darnach verhält sich die Sache folgendergestalt.

Vor einiger Zeit wurden einige nach Leipzig gekommene Hallesche Studenten von dasigen Studenten insultirt und verweigerten demnächst Satisfaction zu geben. Die Hallenser thaten nunmehr die Leipziger in eine Art von Zunftbann, in den sogenannten Verschifs. Die aus diesem Zunftbanne entstandene Mißshelligkeiten bewog endlich einige verwegene Leipziger durch ein Duell den Hallensern für die vor einigen Jahren, in Leipzig erlittene Beleidigung Satisfaction zu geben. Sie setzten sich deshalb mit den Hallensern in Unterhandlungen, schickten Gesandten nach Halle, und es kam dahin eine Convention zu Stande, daß auf dem preussischen Wirthshause, das Posthorn genannt, sechs Leipziger mit so viel Halleschen Studenten einen Zweikampf eingehen sollten.

Diesem gemäß fanden sich die Leipziger

Studenten, und da man auch unpartheiische Zeugen haben wollte, mehrere Jenenser in Reudenburg bei dem berüchtigten Schenkwirth Zacharias Schmidt ein, mit welchen sie sich am 13ten März früh auf das Posthorn begaben, woselbst sich nun auch die Hallenser einfanden.

Das Duell begann in den Zimmern des Wirthshauses. Das Loos entschied die Folgeordnung. Beide streitende Theile kannten sich grösstentheils nicht, und hatten durchaus keine persönliche Feindschaft gegen einander. Drei Duelle gingen vorüber und die Duellirenden wurden nur leicht verwundet; das vierte aber, das zwischen dem getödteten Weidenhoff und einem Leipziger Studenten, den die Hallenser schlechterdings nicht dem Namen nach kannten, und der nur nach der Angabe der Leipziger, der nachher entwichene Schürer war, Statt hatte, lief so unglücklich ab, daß Wiedenhoff in der Lunge dergestalt verwundet wurde, daß er selbst seinen Tod augenblicklich voraussah. Der durch dieses unglückliche Ereigniß verbreitete Schrecken verhinderte die beiden übrigen beabsichtigten Duelle.

Die Universitäts-Gerichte zu Halle haben gegen die dasigen Urheber und Theilnehmer dieser Verbrechen die Untersuchung in Form eines Criminalprocesses eröffnet. Auf ihre Instanz

ist auch gegen die in Leipzig wohnenden Verbrecher und gegen die Jenaschen Theilnehmer eine gleiche Untersuchung eröffnet, zu deren Führung in Ansehung der Leipziger von des Churfürsten von Sachsen Durchlaucht eine eigene Commission niedergesetzt und resp. von Dresden nach Leipzig gesandt worden ist.

Die Halleschen Universitäts Gerichte haben gegen ihre Verbrecher ein Erkenntniß entworfen; *ex speciali delegatione* ist aber die Aburtelung dieser Sache der Criminal-Deputation des Kammergerichts übertragen und derselben zugleich aufgegeben worden, über eine bei der allerhöchst eigenen Person Sr. Maj. des Königs von dem Prediger Bechthold zu Halle über das Betragen des Prorector Jacob und der Universitäts Gerichte zu Halle eingereichten Denunciation gutachtlich zu berichten. Dies ist untern 18ten Juli c. durchaus rechtfertigend für die Denunciaten ausführlich geschehen, zugleich aber sind die Untersuchungsakten an dem nemlichen Tage den Universitäts Gerichten mit dem Befehle zurückgesandt worden, viere der zur Untersuchung gezogenen annoch ad articulos zu vernehmen, und mehrere wesentliche Förmlichkeiten nachzuholen. Diesem ist Folge geleistet und nachdem auch von dem Landgerichte zu Hamm und dem Westpreussischen

Hofgerichte einige rückständige Verhandlungen eingegangen, sind Acta nach dem Decret vom 17ten November c. abermals hierselbst zum Spruch vertheilet worden, und jetzt sind die Förmlichkeiten im wesentlichen soweit berichtet, daß der Definitiv Entscheidung nichts mehr im Wege steht.

Der erste Inquisit heist Otto Heinrich Alexander Oppen ist 20 Jahr alt, lutherischer Confession und der natürliche Sohn des Ritterschafts-Deputirten und Gutsbesitzers auf Gadersleben im Halberstädtchen. Er ist zuvor auf der Schule zur lieben Frauen in Magdeburg gewesen, hat mit dem Zeugnisse der Reife um Michalis 1800. die Universität Halle bezogen und auf Kosten seines natürlichen Vaters die Rechte studirt.

In der Sache selbs hat er dahin litem contestirt; vor ungefähr 2 Jahren seyen sechs Hal-lische Studenten in Leipzig gewesen und hätten daselbst im Horne logirt. Auch er sey dabei gewesen.

Eine große Menge von Leipziger Studenten habe einen Auflauf erregt, und die Hallenser durch Schimpfen und Pörschreien gemißhandelt. Er erinnere sich nicht mehr, wer sonst von Halle mit in Leipzig gewesen und wer die beleidigenden Leipziger Studenten gewesen.

Nachher seyen die Leipziger vonden Hallen-

sern, er wisse jedoch gleichfalls nicht von welchen, zum Zweikampf herausgefordert und hätten sich nicht gestellt. Hierauf seyen die Leipziger im Verschifs erklärt worden.

Bei der Generaluntersuchung hat Inquisit auch bemerkt, daß dieser Bann in einem von den Seniores der damals noch bestandenen Kränzchen gehaltenen Convente, decretirt, den Kränzchen selbst bekannt gemacht und auf den Fechtböden in Halle und Jena angeschlagen worden sey. Als nun, fährt Inquisit fort, hier aus mancherlei Näckereien entstanden und ein Student (Inquisit behauptete bei der Generaluntersuchung, daß dies der Student Schneider gewesen bei der Specialuntersuchung aber ad art. 26. will er sich dessen nicht genau erinnern,) vor ungefähr 6 bis 8 Wochen in seinen eigenen Angelegenheiten nach Leipzig gekommen, habe der in Leipzig studierende v. Oertzen geäußert, man möge es in Halle bekannt machen, daß die Leipziger Studenten nunmehr den Hallensern Satisfaction geben wollten. Dieser Student habe dies dem getödteten Wiedenhoff, und dieser ihm dem Inquisiten hinterbracht, und zwar mit dem Hinzufügen, daß, da er selbst einer von denen sey, welche ehemals in Leipzig beleidiget worden, er sich doch der zu gebenden Genugthuung unterziehen möge. Er habe sich anfänglich

nicht dazu verstehen wollen, endlich habe Wiedenhoff gesagt, man wolle darum loosen und hinterher habe Jacobi auf dessen Stube die Loosung geschehen seyn solle, ihm erzählt, daß das Loos auf ihn, den Inquisiten gefallen sey. Hierauf sey er und Jacobi nach Leipzig gereiset, um sich daselbst über die Art wie die Genugthuung geleistet werden solle, zu besprechen und die Nachricht, daß die Hallenser zum Schlagen bereit wären, zu überbringen.

Hinterher sagt Inquisit, mit dieser frühern Auslassung fast im Widerspruch, daß sie die Mißshelligkeiten gütlich beilegen wollen, sie hätten aber nichts ausgerichtet.

Bei der Generaluntersuchung bemerkt er aber, daß man damals bereits einen Tag zum Duell bestimmt habe. Indessen sey bald nachher ein Brief des v. Oertzen an ihn gekommen, mit der Nachricht, daß man den Termin nicht einhalten könne, und daß sie Bothschafter zur nähern Verabredung nach Halle senden würden. —

Bald nachher, fährt der Inquisit fort, sey auch der v. Oertzen selbst herüber nach Halle gekommen und habe die nähere Verabredung getroffen. Er Inquisit habe ihn nicht gesprochen, indem er damals und bis zum 12ten sich in Schlettau aufgehalten; Wiedenhoff habe ihm

aber nach Schlettau geschrieben, daß die Duelle am 13ten März vor sich gehen sollten. Er habe sich darauf noch am 12ten nach Reudeburg begeben und daselbst mit den von Leipzig und Jena gekommenen Studenten übernachtet; am 13ten aber sey er gleich Morgens mit ihnen auf das Posthorn gegangen, woselbst er bereits Hieber vorgefunden. Hier hätten sich nun sechs Hallenser Studenten mit soviel Leipzigern, die er den Namen nach nicht gekannt, schlagen sollen. Zuerst habe sich dem zufolge Gibson, dann Kahmann, und zum dritten er, Inquisit, mit Hiebern duellirt. Gibson und Kamann hätten den Leipzigern leichte Wunden zugefügt, er, Inquisit, sey aber von seinem Gegner, im Gesicht verwundet worden, worauf er sich in einem Wagen nach Hause begeben habe.

Den vierten Geng habe der getödtete Wiedenhoff gemacht. Er habe sich aber, weil er selbst verwundet gewesen, um das was nach seiner Verwundung erfolgt, nicht bekümmert.

Es sey ihm unbekannt, warum gerade sechs Duelle verabredet, am wenigsten wisse er, daß diese Zahl auf die angeblich wieder erneuerten Landsmannschaften Bezug gehabt habe, indem er nach der im Jahr 1802. erfolgten Aufhebung der Kränzchen, in keine dergleichen Verbindung getreten sey. Er habe übrigens den Stud. Ha-

gen ersucht gehabt, ihn bei seinem Duell zu secundiren; indessen sey es nicht zum secundiren gekommen, weil die Leipziger die Secundanten verboten gehabt hätten. Inquisit ist so wie die übrigen erheblich gravirt, excl. des Coinquisiten Jacobi und des Coinculpaten Conrad von den I. C. Dr. Scheuffluth vertheidiget worden. Dieser hat zuvörderst ganz zwecklos aus der Denunciation des Prediger Bechthold die darin enthaltene Abhandlung über Duellegesetze gegen Studenten abgeschrieben, wovon hier, wo nicht über Gesetzgebung geurtheilt, sondern ein concreter Fall nach den Gesetzen entschieden werden soll, nur in so fern einiger Gebrauch zu machen ist, als der Reiz den ein Student wegen des auf Universitäten herrschenden Vorurtheils besonders zum Duell haben soll, darin geschildert wird. Sodann führt er aus, daß Inquisit und die übrigen Theilnehmer seines Verbrechens nicht für eigenes Interesse gefochten, und daß sie deshalb Schonung, und wie er sich auszudrücken für gut findet, sogar Verwunderung verdienen. Dann macht er bemerkbar, daß die Duelle bisher nie mit der gesetzlichen Strenge an Studenten gehandelt, auch bei dem Kistmacherschen Duelle Abolition und beim Conegerschen Duelle Aggratiation erfolgt sey, weshalb jene Akten auf

seinen Antrag beigefügt sind. Er bezweifelt sodann die Anwendbarkeit des §. 672. des XXsten Titels des IIten Theils des allgemeinen Landrechts aus den unten zu erwähnenden Gründen; beruft sich auf das freiwillige Gestellen des anfangs flüchtigen Inquisiten, auf sein angeblich offenes Bekenntniß und auf seine Reue, desgleichen auf den schon erlittenen Arrest, und trägt endlich dahin an:

ihm den letzten zur Strafe anzurechnen, und ihn mit aller weitem Strafe zu verschonen,

wogegen ihn das officium academicum zu zweijährigem Festungsarreste, Relegation und der Einziehung zum Militair bestraft wissen will.

Das vorhin extrahirte in gehöriger rechtlicher Form abgegebene Bekenntniß des Inquisiten, wird durch die geschehene Obduction, durch mehrere Nebenumstände und durch die im wesentlichen erfolgte Uebereinstimmung der sowohl in Preussischen Staaten, als auch der in Leipzig und Jena zur Verantwortung gezogenen Mitschuldigen, so überflüssig bestätigt, daß auch nicht die geringste Veranlassung übrig bleiben kann, seine Richtigkeit in Ansehung der den Inquisiten gravirenden Umstände zu bezweifeln. Darnach

ist ein sechsfaches Duell beabsichtigt und

ein vierfaches ausgeführt worden; ein Hallenser Student ist dabei getödtet, zwei Leipziger und ein Hallenser verwundet worden, Inquisit hat aber das dritte Duell selbst ausgeführt.

Inquisit scheint auch beim ersten Anblick der Sache Haupturheber dieses Verbrechens zu seyn, weil er der einzige von den Halleschen Duellanten war, welcher bei der ersten in Leipzig vorgefallenen Beleidigung gegenseitiger Studenten persönlich beleidigt wurde. Allein dieser Verdacht bestätigt sich nicht; die Mitschuldigen bezüchtigen den Inquisiten dessen nicht, vielmehr scheint die nächste Veranlassung in dem allgemeinen Ordens oder vielmehr Kränzchen Geiste der Schuldigen und in ihrer gemeinschaftlichen Thorheit zu liegen.

Inquisit Oppen ist daher nur simpler Coauctor delicti. Die causa facinoris war bei ihm, theils wie er selbst angiebt, die eigene Beleidigung die ihm vor einigen Jahren in Leipzig von dasigen Studenten widerfuhr, theils auch die Sucht für die vermeintliche allgemeine Ehre seiner Universität zu kämpfen.

Das Hallesche Urtel nimmt auch an, daß er senior eines Kränzchens gewesen und daß die dabei Statt gehabte, sogenannte Cartelverfassung ihn zu dem in Rede stehenden Verbrechen ver-

anlaßt habe, welches letztere Verhältniß aber Inquisit beharrlich leugnet, und dessen er nicht vollständig überführt ist. Inzwischen kömmt es in dem vorliegenden Fall nicht weiter auf die *causam facinoris* an, da *de facinore* selbst genugsam constirt, und die hier eintretende Strafe desselben ohne weitere Rücksicht auf die dazu vorhanden gewesene Veranlassung in dem Gesetz bestimmt ist. Es heist nemlich §. 672. im XXsten Titel des IIten Theils des allgemeinen Landrechts;

Ist niemand bei einem wirklich vor sich gegangenen Duelle getödtet worden; so werden beide Theile ihres Adels und ihrer Ehrenstellen verlustig und noch außerdem nach Bewandniß der Umstände mit zehn bis lebenswieriger Festungsstrafe belegt,

und die Anwendung dieses Gesetzes auf den vorliegenden Fall leidet keinen Zweifel, da weder örtliche noch für den Stand der Studenten besondere abweichende Duellgesetze existiren, vielmehr dasselbe in den akademischen Gesetzen vom 23sten Febr. 1796. ausdrücklich wiederholt ist. Zwar meint der Denfensor, daß die Studenten deshalb nicht nach diesem Gesetze gerichtet werden können.

a) weil sie keine Ehrenstellen bekleiden.

Kaum darf es aber erwähnt werden, daß der

klare Inhalt des §. auf alle Staatsbürger gehe und das die mit Ehrenstellen Begünstigten, darin nur als Species des Generis erwähnt seyen,

b) weil (nach seinem des Defensoris Dafürhalten) erst durch den §. 136. des ersten Anhanges zum A. L. R. die Duelle der Studenten den Gesetzen des A. L. R. unterworfen seyen.

Allein der Sinn dieses Anhanges geht hierbei offenbar dahin, den Studirenden nochmals einzuschärfen, das sie keine Ausnahme von den allgemeinen Gesetzen zu erwarten hätten. Eine neue Disposition in Ansehung der Studenten Duelle führt er nicht ein. Das A. L. R. wurde für alle Unterthanen gegeben, und alle müssen darnach beurtheilt werden, wenn nicht etwas besonders in Hinsicht gewisser Unterthanen verordnet worden ist.

Einl. §. 1.

Dies ist nun nicht der Fall; und wenn man der Argumentation des Defensoris beipflichten könnte, so würde man auf die Absurdität kommen, das die Duelle der Studenten gar nicht zu bestrafen seyn.

Inquisit hat sich nun zu dem in Rede stehenden Verbrechen mit mehreren verbunden, und deshalb muß er härter bestraft werden als wenn er dies Verbrechen einzeln begangen hätte;

§. 66. 1. a.

es würde mithin deshalb nicht der gelindeste Grad der vorhin erwähnten Strafe genommen werden können.

Außerdem ist Inculpat verdächtig in einer unerlaubten Verbindung gewesen zu seyn. Im Jahr 1801. wurden alle dergleichen Studenten Verbindungen in Halle von neuem aufgehoben, und den Theilnehmern Amnestie zugesagt, jedoch drohete für den Rücktritt das Hofrescript vom 26sten Januar 1802.

Conf. fol. 121. der Kränzchenakten de 1801. die im §. 12. No. 12. der alleg. akademischen Gesetze für solche Verbindungen geordnete Strafe der immerwährenden Relegation von allen Königl. Universitäten, an, und fügte hinzu; daß die Uebertreter auch aller akademischen Beneficien verlustig geachtet, ihren Cantonbehörden, als der ihnen zum Studiren ertheilten, bedingten Concession als unwürdig, desgleichen ihren vaterländischen Behörden als unwürdig vorgestellt zu werden angezeigt werden sollten. Inquisit war vor der Amnestie geständlich Vorsteher in einer solchen gesetzwidrigen Verbindung, die das Märksche Kränzchenhiefs. Nach der Aufhebung haben die Mitglieder dessen ungeachtet zusammen gehalten. Inquisit leugnet aber, daß dies in Form eines Kränzchen erfolgt sey, sondern giebt bloß zu,

dafs er mit seinen vormaligen Mitverbündeten in einem freundschaftlichen Verhältnisse gestanden habe. Es ist aber durch die Angaben des Mitschuldigen Gibson, beschuldiget, dafs das Kränzchen nach wie vor fortgedauert. Inzwischen weil die diesfälligen Beweise nur auf Angaben eines Mitschuldigen beruhen, so ergiebt sich, dafs kein vollständiger Beweis geführt sey und höchstens, welches jedoch kaum der Fall seyn dürfte, eine ausserordentliche Strafe erkannt werden dürfe. Dieserhalb mußte die Strafe des schwerern Verbrechens nach §. 57. verlängert werden.

Auf Verlust der Beneficien und Notification an die Canton und obrigkeitlichen Behörden, kann aber deshalb nicht erkannt werden, weil nur überhaupt hierbei von einer ausserordentlichen Strafe die Rede seyn konnte, Inquisit keine Beneficia genießt, und die Anstellung bei einer Behörde bei zehnjähriger Festungsstrafe von selbst wegfallen dürfte. Ueberdem ist die Hallesche Urteilsformel auf jeden Fall falsch, wenn es darin heist: Inculpat sey mit der Einziehung zum Militair zu bestrafen, da das Publicandum vom 26sten Januar 1803. nur sagt, dafs eine Anzeige an die Cantonbehörde zur verdienten Einziehung geschehen solle.

Das Hallesche Urtel will deshalb von der gesetzlichen Strafe des Duells abgehen

weil die mehresten Mitschuldigen behaupten, daß sie nur für die Ehre der Universität gefochten, persönliche Beleidigungen nicht rächen wollen und sogar, wie Inquisit Gibson sagt, verabredet hätten, die Sache so leicht als möglich zu nehmen und sie als eine freundschaftliche Ehrensache abzumachen.

Allein die Irrelevanz dieses Grundes leuchtet von selbst ein, da das Gesetz keinen Unterschied macht, ob jemand für sich selbst oder für einen andern duellirt.

Der jetzt erwähnte Inquisit gesteht auch ein; daß die ihm selbst persönlich wiederfahrne Beleidigung ihn zum Duell veranlaßt habe.

Endlich ist auch das Vorgeben; daß man die Sache so leicht als möglich nehmen wollen, unerheblich; denn wenn man auch einen solchen Vorsatz als erwiesen annehmen will; so folgt daraus zwar, daß man keine Absicht zu tödten gehabt habe, die im §. 671. besonders erwähnt wird. Nach diesem § soll aber Inquisit nicht gerichtet werden. Der auf ihn anzuwendende §. 672. aber gedenkt keiner besondern Absicht zu schaden, sondern es genügt ihm, daß jemand überhaupt einen Zweikampf eingegangen sey und sich mithin in eine Lage versetzt habe, in welcher, selbst bei unschädlicher Ab-

Absicht, das Leben zweier Menschen so sehr aufs Spiel gesetzt wird. Endlich hatte besonders dieser Inquisit, der, nachdem er in zwei vorhergehenden Duellen, Verwundungen der Mitschuldigen erfahren hatte, dennoch zum dritten Duell antrat, durchaus keinen Grund an der mit seinem Verbrechen verbundenen Gefahr zu zweifeln. Dagegen kann auch nur dieser und nicht etwa der §. 651.

ist der Zweikampf vor sich gegangen und ein Theil dabei getödtet worden, so soll der Ueberlebende nach Beschaffenheit seines Vorsatzes mit der Todesstrafe der Mörder oder Todtschläger belegt werden, angewendet werden.

Zwar ist in dem vierfachen Duell ein Mensch getödtet worden; allein dieser angeführte §. nimmt ausdrücklich auf den Vorsatz zu tödten Bezug; Inquisit hatte aber in keiner Art die Absicht, den Getödteten der von seiner Parthei war, zu schaden; sein Tod lag ganz außer seiner Absicht und kann ihm daher bei Berechnung der Strafe nicht imputirt werden.

Es kann daher nur bei der Strafe des §. 672. und aus den oben deducirten Gründen bei der verschärften Strafe desselben bleiben. — Allein auch diese Verschärfung, die überdem nicht erheblich seyn dürfte, muß cessiren, weil

1) dadurch dafs die Hallesche Universitäts Gerichte, die Akten der Commission in Leipzig übersandten, welche die Zurücksendung verzögerte, desgleichen durch Verabsäumung nothwendiger Förmlichkeiten, welche das im Julio c. ergangene Resolutum veranlafsten, der Arrest des Inquisiten ohne sein Verschulden um mehrere Monate verlängert wurde.

2) Hat er auch noch, ehe er überführt wurde, denn die Angaben der Mitschuldigen waren zu seiner Ueberführung nicht hinreichend, die That gestanden, und in einem solchen Falle verordnet §. 59. soll die sonst verwirkte Schärfung der Strafe gemildert werden,

und die Strafe des Inquisiten wird daher billig überhaupt nur auf 10 Jahr arbitriert. Die übrigen vom Defensor zur Milderung aufgestellten Gründe sind unerheblich. — Der grofse Reiz, den Inquisit in dem herrschenden Vorurtheil finden mochte, ist eines theils im vorliegenden Fall nicht so erheblich als er geschildert wird. Schon Jahre waren nach der dem Inquisiten zugefügten Beleidigung verflossen und es scheint vielmehr thörigte und bejammernswürdige Eitelkeit, sich als Vorsteher einer Universität zu zeigen, der grölste Reiz des Inquisiten gewesen zu

seyn. Andern Theils aber konnte dem Gesetzgeber dieser Reiz nicht unbekannt seyn, und eben weil der Reiz zum Duell groß ist, hat das Gesetz ein großes physisches Uebel warnend aufgestellt. — Hiernächst können auch die in den vorhin angeführten wegen der Tödtung des Kistenmacher und Crueger erfolgten Begnadigungen nichts releviren. Letztere sind durchaus nur ein Vorbehalt der Krone, und vom Richter ist nur Recht, nicht Gnade zu erwarten, und zwar um so weniger, da in dem in der Cruegerschen Sache unterm 8ten März 1798. ergangenen Begnadigungsrescripte ausdrücklich die Warnung hinzugefügt und auf der Universität Halle durch einen Anschlag bekannt gemacht ist,

dafs niemand sich schmeicheln dürfe in Zukunft eine ähnliche Begnadigung zu erhalten, dafs vielmehr die gegen Schlägereien und Duelle ergangene Gesetze auch auf dergleichen unter Studirenden vorfallenden Vergehungen Anwendung finden müßten, und dafs solche auch wider sie in unverhaften künftigen Fällen nach der größten Strenge in Anwendung gebracht werden würden.

Freilich scheint nun der bürgerlichen Existenz des Inquisiten ein großes Hinderniß im Wege zu liegen,

und das von ihm verwirkte Strafurtheil wird ihn und die Seinigen sehr schwer drücken; allein auf der andern Seite litten auch die Eltern des Wiedenhoff, Kistenmacher, Crüger und mehrerer getödteten, verwundeten, und ruinirten Schlachtopfer des unsinnigsten Vorurtheils nicht minder, und man kann es dem Gesetze nicht zum Vorwurfe machen, daß es Sicherungsmittel erwählt habe, die mit der Gefahr in der die gebildete Classe seiner Unterthanen durch Verbrechen dieser Art versetzt werden, in keinem Verhältnisse stehe.

Der zweite Inquisit George Gottfried Gibson 21 Jahr alt, ist aus Kolberg gebürtig, lutherischer Confession, und der Sohn eines Raschmacher. Er hat die Schule des Halleschen Waisenhauses frequentirt und seit 2 Jahren auf dortiger Universität die Gottesgelahrtheit studirt.

Er war schon früherhin Mitglied einer gesetzwidrigen Kränzchenverbindung, und kaum war ein Vierteljahr nach ihrer im Jahre 1802. erfolgten Auflösung und der dabei geschehenen Amnestie verfloßen; so traten mehrere Mitglieder derselben in einem förmlichen Kränzchen wieder zusammen, und Inquisit ward erst zum Subsenior einige Zeit nachher aber zum Senior gewählt. Der Zweck dieser Verbindung, sagt Inquisit, sey vorzüglich auf äußere Vertheidigung

gegangen, auch sey mit den übrigen Kränzchen die sogenannte Cartelverfassung wieder hergestellt worden. Von Hören sagen wisse er, daß seit dieser Zeit wieder sehr viele Duelle vorgefallen und auf dem Posthorne ausgeführt worden seyen; jedoch könne er nähere Beweismittel darüber nicht suppeditiren.

Anlangend das jetzt in Rede stehende Duell so hat Inquisit seiner Angabe zu Folge an den ersten in Leipzig vorgefallenen Streitigkeiten keinen Antheil genommen und will sie nur von Hören sagen kennen. Die nähere Veranlassung dazu giebt er im wesentlichen wie der erste Inquisit an mit dem Zusatze, daß die Seniores der Halleschen Kränzchen worunter auch er begriffen, das Duell in einem Convente beschlossen und wegen der dabei zu beobachtenden Folgeordnung unter sich gelooset hätten. Dem zu Folge habe er sich zuerst mit einem der Leipziger, den er den Namen nach nicht gekannt,

(nach der Aussage des v. Oertzen ist es ein gewisser Gerhard gewesen)

auf dem Posthorne am 13ten März huj. mit einem Degen duellirt, und demselben eine Wunde an der Hand beigebracht. Gleich, nachdem sein Duell ausgeführt, habe er sich nach Hause begeben. Inquisit giebt es zu, daß die Auswahl der

Hallenser Duellanten deshalb in der geschehenen Art erfolgt sey, weil diese Individuen zu den Häuption der Kränzchen gehört; er behauptet aber, daß in dem gehaltenen Convente verabredet sey, die Sache so leicht als möglich zu nehmen, keinen zu beschädigen und sich deshalb der Secundanten zu bedienen, zu welchem Zwecke er seiner seits den etc. Conrad gewählt gehabt, und nur die beharrliche Protestation der Leipziger habe das Secundiren verhindert.

Inquisit ist ebeufalls vom D. Scheuffluth vertheidigt; er hat einen gleichen Antrag auf den nemlichen Gründen gebauet und noch besonders in Ansehung dieses Inquisiten bemerkt, daß er großmüthigerweise, trotz seiner Ueberlegenheit, seinen Gegner geschont habe.

Die Universitäts Gerichte wollen gegen ihn, so wie gegen den vorigen Inquisiten erkennen.

Es ist dieser Inquisit mit dem vorigen ganz in pari reatu. Sein Verbrechen constirt ebenso gewiß, und es finden auf ihn die nämlichen Grundsätze, Strafen und Milderungsgründe Anwendung. Zwar ist er nicht selbst so wie der erste Inquisit in Leipzig persönlich beleidigt worden. Darauf kommt aber nach der vorangeführten Ausführung nichts an. Uebrigens ist er in so fern mehr gravirt als der vorige, als

er geständig, jener aber nur verdächtig ist, in eine Kränzchenverbindung getreten zu seyn; inzwischen hat er etwas länger in Arrest gesessen als der vorige Inquisit, und es kann bei einer so schweren Leibesstrafe als 10 jähriger Festungsarrest ist eine ins Kleine fallende Berechnung nicht angelegt werden.

3) Johann Heinrich Kahmann, 20 Jahr alt, lutherischer Confession und der Sohn eines 7 Hufen eigentümlich besitzenden Bauers zu Aderstädt bei Halberstadt, hat die Waisenhauschule bis Grosssecunda besucht, und studirt seit Michaelis 1800. auf der Universität zu Halle Theologie.

Auch dieser Inquisit hat sich nach der im Jahre 1802. erfolgten Amnestie in eine Kränzchenverbindung die Saxonia genannt, eingelassen und ist zuletzt Senior derselben gewesen. Er behauptet zwar, daß ihr Zweck Litterär gewesen; allein die von ihm selbst übergebenen Gesetze ergeben, daß sie ganz den Charakter der im §. 12. No. 12. der akademischen Gesetze verbotenen Kränchen hatte. Es waren Beamte, es ward an Eides Statt durch die Abgabe eines Ehrenwortes Verschwiegenheit gelobt. Die Mitglieder standen gegen den Vorsteher und Beamten in subordinirten Verhältnissen; es fanden Beiträge, Strafen, Statt und das Fechten war

planmäßig vorgeschrieben. Auch ergiebt die Schlufsformel,

*de moribus majorum et de jure tradito
plura disserere supervacuum videtur,*
dafs es bei der sonstigen Verfassung verbleiben sollen.

Was das Hauptverbrechen betrifft, so stimmen seine Angaben über die Veranlassung dazu, mit den Angaben der vorhin erwähnten Inquisiten, mit dem Unterschiede, dafs er sie nur von Hören sagen wissen will. Er hat inzwischen die Leipziger Studenten, die kurz vor den Duellen ihrentwegen nach Halle kamen, auf dem Löwen gesehen. Den Entschlufs zu den Duellen will er von dem getödteten Wiedenhoff erfahren haben und von ihm zur Theilnahme daran aufgefordert seyn. Er gesteht hiernächst übereinstimmend mit den Angaben sämtlicher übrigen Theilnehmer ein; dafs er sich am 12ten nach Reudeburg begeben und am 13ten März früh auf das Posthorn gegangen, dafs er dort einen Hieber vorgefunden und sich damit, mit einem ihm unbekannten Leipziger Studenten duellirt und diesem eine leichte Wunde in der Seite beigebracht habe. Zum Secundanten ersahe er sich den Stud. Hirsch aus, der inzwischen bei der Weigerung der Leipziger sich dieses Geschäftes nicht unterzogen hat. Das von

ihm ausgeführte Duell ist übrigens das zweite in der Folgeordnung gewesen.

Er behauptet, daß es den Hallensern bedenklich gewesen wäre, sich auf dem Posthorne in einer so großen Menge von Studenten zu schlagen und daß sie deshalb den Leipziguern Vorstellungen gemacht, das Duell ganz auszusetzen und sich mit ihnen auszugleichen, worauf denn aber die Leipziger erwiedert, „was sie denn dächten, sie wären keine Narren, daß sie vergeblich herüber gekommen.“ Ferner giebt er vor, daß er das Duell, welches er mit seinem Gegner ausgeführt, mehr als Spas als wie eine ernsthafte Affaire betrieben.

Auch er ist vom Dr. Scheuffluth aus gleichen Gründen vertheidigt worden, der einen gleichmäßigen Antrag formirt und in Ansehung seiner sich noch auf seine Reue und daß er noch die Mitschuldigen angezeigt habe, beruft.

Das Hallesche projectirte Urtel wendet auf ihn gleiche Grundsätze an und er ist auch mit den vorigen Inquisiten gleich strafbar. Es kommen ihm auch gleiche und nicht mehrere Milderungsgründe zu Statten; denn die Anzeige der Mitschuldigen schließt nach §. 38. des A. L. R. l. c. die gesetzliche Strafe nur denn aus, wenn erstere bis dahin noch unentdeckt waren, welches hier aber nicht der Fall ist. — Inqui-

sit ist daher wie die vorigen mit 10 jährigem Festungsarreste zu belegen.

4) J o h a n n H e i n r i c h D u n k e r, der Sohn eines Accise-Contrôleleur zu Minden, 20 Jahr alt, lutherischer Confession, ist auf der Schule zu Minden gewesen, und hat Michaelis 1800. die Universität Halle bezogen um Jura zu studiren, und seinen Unterhalt ohne Beneficien, von seinem Vater erhalten. Er war vor der im Jahre 1802. erfolgten Amnestie Mitglied des Westphälischen Kränzchens und giebt zu, daß er nach erfolgter Aufhebung desselben zwar mit den ehemaligen Mitgliedern desselben und andern von seinen Landsleuten im freundschaftlichen Umgange gestanden habe, leugnet aber, daß unter ihnen irgend ein verbindendes Verhältniß obgewaltet habe.

Er will von der Veranlassung zu den jetzt in Rede stehenden Duellen nichts gewisses; am wenigsten aus eigener Wissenschaft wissen, will vielmehr von den verabredeten Duellen erst durch W i e d e n h o f f benachrichtiget seyn. Dieser habe in ihm eine gewisse Eitelkeit rege gemacht, sich gleichfalls für die allgemeine Ehre der Universität zu schlagen. Er habe sich deshalb am 13ten März c. auf dem Posthorne eingefunden, einen Hieber dort vorgefunden, und Wiedenhoff habe ihm bekannt gemacht,

dafs er das 6te Duell ausführen solle. Hierzu sey er bereit gewesen; als aber das 4te Duell mit Wiedenhoffs gefährlicher Verwundung geendet, habe er sich seinerseits geweigert, sich mit dem für ihn bestimmten Leipziger Studenten zu schlagen.

Sein Defensor Dr. Scheufluth hat ausser seinen schon angeführten generellen vermeintlichen Milderungsgründen sich darauf bezogen, dafs Inculpat vom 13ten M. bis zum 4ten Jun. c. in Arrest gesessen, und dafs er aus eigener Bewegung von der Ausführung des intendirten Duells abgestanden und trägt auf völlige Freisprechung an.

Das Urtel des officii academici will ihn zum einjährigen Festungsarreste mit Relegation, Bemerkung in den Abgangszeugnissen und Bekanntmachung an seine vaterländische Behörde bestrafen.

Inculpat hat an der Verbindung jener mehrfachen Duelle Theilgenommen; er war Willens sich selbst zu duelliren und als er in procinctu war die That auszuführen, ist er aus eigener Bewegung davon abgestanden.

In diesem Conate liegt die Annahme einer Ausforderung und die Bereitwilligkeit zum Zweikampfe.

Wer aber die Ausforderung annimmt und

durch sein Betragen seine Bereitwilligkeit zum Zweikampfe zu erkennen giebt, soll nach Verhältniß der ihm zu Statten kommenden grössern oder geringern Entschuldigungsgründe, ein bis dreijährige Festungsstrafe leiden.

A. L. R. Th. II. Tit. XX. §. 669.

Bei der Jugend des Inculpaten und bei dem auf Universitäten sehr starken Vorurtheil in den sogenannten Ehrensachen, könnte man bei der geringsten Strafe einer einjährigen stehen bleiben, wenn nicht Inculpat durch die Verbindung, die er zur Ausführung dieses Verbrechens machte seine Strafbarkeit erhöht hätte, und deshalb seine Strafe billig auf $1\frac{1}{2}$ Jahr erhöht werden müßte; daß aber Inculpat zu den Herausfordernden gehöre, ist nicht erwiesen, vielmehr waren es die Leipziger Mitschuldigen, welche Satisfaction verlangten oder wie es heisst, sich aus dem Verschisse herausschlagen wollten.

Zwar scheint es der Sächsische Inquisit von Oertzen behaupten zu wollen, daß beide Partheien und darunter Inculpat sich gleichmäfsig zum Duell aufgefordert; allein diese Aussage des sich exculpierenden und auch variirenden Complicen kann gegen den Inculpaten nicht sonderlich beweisen.

Inculpat ist endlich auch verdächtig ungeachtet der im Jahre 1802. geschehenen Dissolu-

tion, dennoch wieder Mitglied und Beamter einer ähnlichen Verbindung geworden zu seyn. Er hat dies indessen geleugnet und der von ihm eingestandene Umgang mit ehemaligen Theilnehmern des Westphälischen Kränzchens, kann noch nicht für eine Erneuerung desselben gelten.

Zwar hat noch der Coinquisit Dunker behauptet, daß Inculpat von Seiten des westphälischen Kränzchen dem letzten Senioren Convente beigewohnt habe, indessen giebt er selbst vor, daß Wiedenhoff als Senior des Westphälischen Kränzchen erschienen, daß ihm die übrigen Beamten dieses angeblichen Kränzchen unbekannt seyen, und Inculpat hat nur so viel auf sich kommen lassen, daß er zufälligerweise bei Wiedenhoff gekommen und daselbst mehrere Theilnehmer des qu: Duells getroffen habe. Es bleibt möglich, daß er dort seyn konnte, ohne Mitglied des Kränzchens zu seyn und kann er, da er dessen nicht gehörig überführt ist, auch nicht nach dem Halleschen Urtheil dafür bestraft werden; und selbst zu einer außerordentlichen Bestrafung, ist der wider ihn streifende Verdacht nicht hinreichend.

Was übrigens die vom Defensore allegirten Milderungsgründe betrifft, so kann zuvörderst der von dem Inculpaten erlittene Arrest demsel-

ben nicht in Abrechnung kommen, da derselbe zur Ausmittlung der Wahrheit, besonders, da Inculpat leugnete, nötig war, sein Verbrechen auch zu denjenigen gehört, die eine Captur des Angeschuldigten erfordern. Der Umstand aber, daß er von der Ausführung des Verbrechens freiwillig abstand, ist bei Bestimmung der Strafe bereits berücksichtigt und nur ein Conatus ist es, der an dem Inculpaten geahndet wird.

Dieser Conatus ist jedoch nicht ein solcher bei dem ein Antrag zur Begnadigung nach §. 43. l. c. Statt haben dürfte.

In diesem §. heißt es:

wer aus eigener Bewegung von der Ausführung des Verbrechens absteht und dabei solche Anstalten trifft, daß die gesetzwidrige Wirkung gar nicht erfolgen kann, kann auf Begnadigung Anspruch machen.

Nun ist Inculpat zwar von der Ausführung desjenigen Zweikampfes, den er persönlich auszuführen gedachte, aus eigener Bewegung abgestanden, allein die zweite Bedingung fehlt; es hatte wirklich schon eine gesetzwidrige Wirkung der gemeinschaftlichen Duelle zu welchen er sich verbunden, Statt gehabt. Es kann daher von Seiten des Richters auf seine Begnadigung nicht angetragen werden.

5) Christoph August Gading, 20 Jahr

alt, lutherischer Confession und der Sohn eines bereits verstorbenen Kaufmann zu Trebbin. Er hat seit Ostern 1800. Jura studirt. Er war Mitglied und Beamter in dem im Jahr 1802. aufgehobenen Märkischen Kränzchen und gesteht zu, daß nach erfolgter Dissolution desselben die Mitglieder noch fernerhin freundschaftlich zusammen gekommen seyen. Die vorigen Beamten hätten freilich immernoch in einigem Ansehen gestanden und man habe ihn den Inculpaten, auch wohl Exsenior genannt. Sie hätten auch die Orange-farbe als Auszeichnung behalten; dessen ungeachtet leugnet er, daß eine engere Verbindung ein Kränzchen oder Orden unter ihnen Statt gehabt habe. Er will auch von einer Erneuerung der Cartelle durchaus nichts wissen.

In Hinsicht der in Rede stehenden Duelle will er von Oppen zur Theilnahme aufgefordert seyn. Er gesteht es ein, gewußt zu haben, daß 6 Duelle vor sich gehen sollen und leugnet nicht, sich auf das Posthorn mit einem Hieber in der Absicht, sich zu duelliren begeben zu haben. Er habe das 5te Duell ausführen sollen. Die beiden erstern habe er mit angesehen, während des 3ten und 4ten sey er unten in der Wirthsstube gewesen: Da sich aber das letztere so sehr unglücklich geendiget; so sey das von ihm beabsichtigte Duell gänzlich unterblieben.

Defensor und der Referent in Halle wollen den Inculpaten eben so als den vorigen behandeln; und seine Strafbarkeit in Ansehung der Duelle ist auch wirklich mit der des vorigen Inculpaten so gleich, daß man lediglich auf die bei jenen entwickelten Grundsätze Bezug nehmen kann. In Ansehung der Kränzchen ist er fast noch weniger verdächtig. Der Charakter einer solchen verbotenen Verbindung ist in den akademischen Gesetzen §. 13. in einem dauernden und bestimmten Zweck gesetzt: denn die Orden und Landsmannschaften sind darinn als Species einer dauernden Gesellschaft und einer Verbindung zu bestimmten Zwecken aufgeführt, und daß in eine solche Verbindung Inculpat getreten sey, ist nicht erwiesen; daher er auch nicht mit der diesfälligen gesetzlichen Strafe belegt werden kann.

6) Gottfried Heinrich Jacobi, 20 Jahr alt, reformirter Confession und der Sohn des Hofrath und Kreiseinnehmer Jacobi zu Hamm. Er hat zuvörderst das Gymnasium zu Hamm frequentirt, demnächst Ostern 1801. die Universität Halle bezogen, und daselbst bis Ostern 1802. die Rechte studirt. Bald nachden am 12ten März c. vorgefallenen in Rede stehenden Duellen verließ er die Universität Halle mit seinem

seinen bereits erhaltenen Zeugnissen: da indessen die Universitäts Gerichte, seine persönliche Einholung für nöthig erachteten, so fand er sich am 16ten April selbst in Halle ein, hat bis zum 19ten August in Arrest gesessen, und nur erst am 27ten Mäi c. ward ihm verstattet, die Stadt Halle zu verlassen.

Immittelst ist er zu Cleve von der jetzt Münsterschen Regierung examinirt, und hat nach dem abgehaltenen Examinationsprotokoll, die ihm vorgelegten Fragen mit ungemeiner Fertigkeit und Richtigkeit beantwortet und eine gründliche Kenntniß der Rechtswissenschaft und die Fähigkeit sich darüber lateinisch auszudrücken, an den Tag gelegt. Er hat auch in der selbst gefertigten Defension ein gutes Specimen geliefert und nach dem Rescripte vom 16ten September 1803. ist er hierauf bei der Regierung zu Münster als Auscultator angestellt ihm jedoch nachgelassen worden vor der Hand beim Stadtgericht zu Hamm zu arbeiten.

Inquisit hat bei seiner bei dem Landgericht zu Hamm und nachher in Halle erfolgten Vernehmung dahin Litem contestirt.

In dem ersten halben Jahre seines Aufenthalts zu Halle seyen Hallenser Studenten in Leipzig beleidigt worden und darauf in Halle die mehr erwähnte Bannerklärung erfolgt. Aus

eigener Wissenschaft wisse er hierüber nichts. Kurz nach Neujahr dieses Jahres, seyen einige Hallenser Studenten, er wisse nicht, welche? nach Leipzig gezogen, und diesen habe der Sächsische Inquisit v. Oertzen zu erkennen gegeben, daß doch die zwischen den beiden Universitäten obwaltende unangenehme Verhältnisse aufgehoben werden möchten. Diese hätten dies in Halle erzählt und dadurch wären denn einige Hallesche Studenten und unter diesen auch er, Inquisit, veranlaßt worden, nach Leipzig zu reiten, um mit dem v. Oertzen zu sprechen. Man habe sich aber über nichts vereinigen können. Einige Zeit nachher sey Oertzen mit noch andern Leipzigern nach Halle gekommen und auf dem Löwen eingekehrt. Dorthin sey er durch Puppel gerufen worden, und als er daselbst eingetroffen, hätten die Leipziger die Senioren der Landsmannschaften oder wie Inquisit sie auch nennt, die Repräsentanten der Studenten vorfordern lassen. Es hätten nämlich die Kränzchen oder Landsmannschaften, ohngeachtet sie im Jahr 1802. aufgehoben worden, dennoch heimlich fortgedauert und er selbst sey bis zwei Wochen vor seinem Abgange Senior des Westphälischen gewesen. Dann aber sey Wiedenhoff in seine Stelle gewählt worden. Letzterer sey nun mit mehrern gekommen, die Leip-

ziger hätten verlangt, daß vierzig sich wegen der ihnen durch die Bannerklärung gewordenen Beleidigung schlagen sollten. Die Senioren hätten hiernächst nach genommener Rücksprache mit ihren Landsleuten jene Leipziger abschläglich beschieden, vielmehr erklärt, die Leipziger müßten zuvörderst den Halleschen für die vor einigen Jahren den sechs Hallischen Studenten in Leipzig zugefügten Beleidigung Satisfaction geben, und deshalb sechs zum duelliren stellen um zuvörderst aus dem Verschisse zu kommen. Diesen Antrag hätten die Leipziger mit der Einschränkung angenommen, daß sie sich ohne Secundanten schlugen. Am 11ten März habe er von dem Leipziger Studenten von Firks einen ganz kurzen Brief erhalten, in welchem ihm derselbe gemeldet, daß am Sonnabend Abend als am 12ten März sechs Leipziger nach Reudeburg kommen würden, um sich zu schlagen, und daß man ihnen von Halle aus jemanden entsgeschicken möge, damit sie den Weg nicht verfehlten. Die Veranlassung, daß der Brief an ihn adressirt worden, sey die gewesen, weil der v. Firks außer ihm keine Bekannten in Halle gehabt habe. Diesen Brief habe er, Inquisit, nuumehr an Wiedenhoff als den damaligen Senior der Westphälischen Landsmannschaft gegeben. Wiedenhoff habe

darauf einen Senioren Convent halten lassen, wobei auch er gegenwärtig gewesen, und in diesem seyen diejenigen Halleschen Studenten, welche sich schlagen sollen, ernannt worden. Ein Student, dessen Name ihm entfallen, sey am 12ten den Leipziguern entgegen geritten um ihnen den Weg nach Reudeburg zu zeigen. Am 13ten habe er den Wiedenhoff auf das Posthorn begleitet, weil er ein specieller Jugendfreund desselben gewesen sey. Dort habe er die Leipziger und sämtliche übrige Interessenten vorgefunden, und es seyen die Duelle in der schon oben erwähnten Art vor sich gegangen. Die Leipziger hätten die Secundanten verboten, er, Inquisit, sey nie zum Secundanten bereitwillig gewesen, ungeachtet es ihm gelegentlich, er wisse nicht mehr von wem, angetragen worden.

Ungeachtet Wiedenhoffs unglücklicher Verwundung, so hätten die Leipziger dennoch die Fortsetzung der beiden noch übrigen Duelle verlangt; er habe sie aber eines andern beredet. Diesemnachst hätten die Leipziger noch verlangt; daß sich, nachdem sie den Hallensern Satisfaction gegeben, nunmehr 40 Hallenser mit ihnen schlagen möchten, damit auch sie für die ihnen durch die Bannerklärung gewordene Beschimpfung Satisfaction erhielten; auf seine Ge-

genvorstellungen, seyen sie indess von dieser Forderung abgestanden.

Bei seinen fernern Vernehmungen wiederholte Inquisit, daß er deshalb mit Oppen nach Leizig gereiset sey, um, wie die Streitigkeiten auszugleichen, sich mit dem v. Oertzen zu besprechen: bei der Specialinquisition ad art. 2. fügte er aber hinzu, daß es seine Absicht gewesen wäre, die Sache in Güte auszumachen und daß er den v. Oertzen sagen hören, daß sich die Leipziger nöthigenfalls wohl schlagen würden, wenn die Sache nicht gütlich beigelegt würde. Sodann rectificirte er seine Aussage ad art. 21. dahin, daß in Halle bei der Ueberkunft der Lepiziger am 6ten März kein Seniorenconvent zusammen berufen, sondern, daß man zufällig zusammen gekommen. v. Fircks habe gefragt, ob es wahr sey, daß die Hallenser die Leipziger in Verschiff erklärt und Wiedenhoff habe ja geantwortet.

Art. 5. spp. Art. 23.

Er habe nicht gehört, daß eine bestimmte Antwort gegeben worden und müsse Wiedenhoff für sich allein den Leipziguern zugesagt haben, wenigstens habe Wiedenhoff ihm, dem Inquisiten, dies erzählt

Art. 26.

Auch behauptet er bei der Specialinquisition

und auch bei seiner besondern zu den Kränzchenakten erfolgten Vernehmung; dafs nach geschehener Dissolution der Kränzchen im Jahr 1802. keine dergleichen Verbindung Statt gehabt habe, und dafs die Westphälinger blofs freundschaftlich zusammen gekommen und einige in Ansehen stehende Landsleute Senioren und Vorsteher genannt hätten.

Inquisit sucht in der von ihm selbst angefertigten Defension auszuführen, dafs er die Duelle nicht befördert, nicht secundiren wollen, am wenigsten Cartellträger gewesen, und bezieht sich auf den Reiz, den Studenten zu Verbrechen dieser Art haben, auf seine Jugend, auf den Umstand, dafs die mehrsten Duelle ungeahndet hingehen, auf seinen Fleifs, und bittet:

ihm die durch seine Zurückberufung von Hamm nach Halle verursachten Unannehmlichkeiten und Kosten zur Strafe anzurechnen. In Halle will man ihn so wie die beiden letztbenannten Inculpaten bestraft wissen.

Bei den Förmlichkeiten der Untersuchung mufs in Ansehung seiner bemerkt werden; dafs bei dem mit ihm abgehaltenen artikulirten Verhör keine dritte Gerichtsperson und kein Defensor gegenwärtig gewesen sind. Inzwischen wird die Nachholung dieses Mangels nicht nöthig, da nicht auf 10 Jahr erkannt werden kann.

Was die Sache selbst betrifft, so hat Inquisit nach der Angabe aller übrigen Mitschuldigen nicht selbst duellirt; nur der Theilnahme an diesem Verbrechen ist er verdächtig und um den Grad seiner Theilnahme zu bestimmen, ist es zweckmäfsig zuvörderst dasjenige Gesetz aufzustellen, das die Theilnahme an den Duellen anderer in Specie bestimmt. Es heifst nämlich §. 676. l. c.

Wer einen andern anreizet seine vermeintliche Genugthuung durch einen Zweikampf zu suchen; so wie derjenige welcher sich zur Begünstigung eines Duells als Secundant oder Cartelträger wissentlich brauchen läfst, hat, wenn jemand getödtet worden, 10jährige sonst aber 5jährige Festungsstrafe verwirkt.

Einer solchen Theilnahme hat sich Inquisit nicht schuldig gemacht. Ein Cartellträger ist in den Gesetzen nicht weiter definirt, und es mufs daher zur Bestimmung des Begriffes auf den des gemeinen Lebens zurück gegangen werden. Darnach, conf. Adelungs Wörterbuch, bedeutet Cartell, einen Ausforderungsbrief, und mithin Cartellträger, den, welcher diesen Ausforderungsbrief überbringt oder auch mündlich die Ausforderung des einen dem andern bekannt macht.

Nun hat Inquisit von dem Leipziger Stu-

dentem v. Fircks am 11ten März einen Brief des Inhalts,

dass die Leipziger am 12ten nach Reudenburg kommen würden, dass man ihnen jemanden entgegen schicken möge, der ihnen den Weg zeigen solle, und dass sie sich ohne Secundanten schlugen — —

erhalten und befördert. Dieser Brief setzt die Ausforderung und die Annahme des Duells als geschehen voraus; er selbst enthält keine Ausforderung, und da nach der Angabe des Inquisiten und des v. Oertzen die vorgefallenen Duelle dahin abzweckten; dass die Hallenser für die vor einigen Jahren in Leipzig erlittene Beleidigung Genugthuung erhielten, und wenn sich solchergestalt die Leipziger aus dem wider sie ausgesprochenen Banne herausgeschlagen hätten, alsdenn erst die Hallenser den Leipzigern den für die aus der Bannerklärung entsprungene Beschimpfung Genugthuung geben sollten: so ergiebt sich, dass die Hallenser eigentlich die Herausforderer waren; folglich konnte der Brief, den Inquisit von jenem Leipziger erhielt, keine Ausforderung enthalten.

Auch die Reise des Inquisiten mit Oppen nach Leipzig, ist für eine solche Ausforderung nicht zu achten. Auch Oppen sagt, obgleich seine Auslassung bei der Generaluntersuchung

der jacobischen Akten etwas anders ausgefallen war, endlich, daß man sich damals über nichts vereinigen können, und daß seine und des Inquisiten Jacobi Absicht eine gütliche Vereinigung gewesen sey.

v. Oertzen sagt der Jacobischen besondern Akten, daß damals nichts bestimmtes verabredet worden und wenn gleich nach des Inquisiten Angabe, v. Oertzen damals geäußert haben soll, daß die Leipziger sich allenfalls zum Duell verstehen würden, so ist dies gleichfalls keine bestimmte Ausforderung für deren Ueberbringung Inquisit als Cartellträger anzusehen wäre, wenn er auch wirklich überführt seyn sollte, diese Aeufserung des v. Oertzen in Halle wieder erzählt zu haben.

Hiernächst ist er von den Coinquisiten Gibson und Kahmann als für Wiedenhoff designirter Secundant angegeben worden. Dies leugnet er aber beharrlich, und bei dem articulirten Verhör sagt ersterer, daß er nicht wisse, auf welche Art Inquisit Jacobi bestellt worden, und schon früher sagt er, daß die Secundanten in einer bei Wiedenhoff gehaltenen Zusammenkunft gewählt worden, bei der er nicht gegenwärtig gewesen. Er giebt daher kein Factum an, das ihm eine eigene Wissenschaft verschafft hätte, und Vermuthungen und Schlüsse der Zeu-

gen und noch weniger der Mitschuldigen können einen Beweis wirken.

Der etc. Kahmann aber hat ad artic. 27. gradehin erklärt, daß er es bloß vermuthet, daß Inquisit Jacobi dem Wiedenhoff habe secundiren wollen, weil beide vertraute Freunde gewesen. — Es bleibt mithin nichts übrig was ihn des Vorsatzes, secundiren zu wollen, näher überführen könnte.

Zwar erwähnt das Hallische Urtel in dieser Hinsicht auch noch der Deposition des vernommenen Delius; allein diese enthält von der diesfälligen dem Jacobi gemachten Anschuldigung nichts, und das von dem dortigen Referenten allegirte, weiset auf die Vernehmung des Henke, und dieser behauptet daselbst, daß Jacobi dem Wiedenhoff wirklich secundirt; allein es ist ausgemittelt, daß keine Secundanten zugelassen worden und das ganze Protokoll ist schon deshalb verdächtig, weil daselbst behauptet wird, es seyen nur drei Duelle ausgeführt worden. Man kann deshalb und da es ohnehin sehr flüchtig und nur von einer Gerichtsperson aufgenommen ist, darauf nicht reflectiren.

Dagegen ist Inquisit nichts desto weniger Theilnehmer der in Rede stehenden Verbrechen. Er erhielt, wie oben erwähnt ist, von dem v. Fircks einen Brief, besorgte den ihm darin

gemachten Auftrag und erleichterte dadurch die Ueberkunft der Leipziger Studenten. Er war in Leipzig vorher mit dem Coinquisiten Oppen gewesen; und wenn man es auch für richtig annimmt, daß dort nichts bestimmtes verabredet worden, so gab doch dieser Besuch zu den weitern Verhandlungen mittelbare und entfernte Veranlassung.

Er war, als Leipziger Abgeordnete in Halle auf dem Löwen sich eingefunden hatten, gegenwärtig, hörte es, wie den Leipzigern bestimmt ihre Frage, ob sie wirklich im Bann erklärt worden, beantwortet wurde. Er begleitete endlich seinen Freund Wiedenhoff zum Duell und wohnte dem Verbrechen bei. —

Nun ist zwar nicht zu leugnen, daß diese Theilnahme zur Ausführung des Verbrechens nicht nothwendig gewesen; indessen muß sie doch nach dem Verhältnisse, wie sie das Verbrechen erleichtert oder befördert hat und nach Maafsgabe der Schwere des Verbrechens selbst, an dem Inquisiten geahndet werden,

A. L. R. §. 72. 1. c.

und diesem Verhältnisse ist eine sechsmonatliche Gefängnißstrafe, bei der Inquisit auch in seinem Amte conservirt wird, angemessen und um so weniger zu hart, da er nach §. 82. 1. c. blos

dafür, daß er das qu. Verbrechen nicht anzeigte, eine extraordinaire Strafe verdient hat.

Daß übrigens Inquisit von neuem in einer Kränzchenverbindung gewesen, dessen ist er nicht geständig oder überführt. Zwar sagte er bei seiner ersten Vernehmung zu Hamm; daß das Westphälische Kränzchen nach seiner im Jahre 1802. erfolgten Aufhebung dennoch fortgedauert und er sogar Senior desselben gewesen. Damals ward er aber nicht befragt, in welcher Art dasselbe fortgedauert habe. Nur erst in Halle ward er hierüber befragt und da hat er, wie der vorhin abgehandelte Inculpat Dunker behauptet, daß die Westphälinger zufälligen Umgang mit einander gehabt, und die angesehensten ihrer Landsleute Senioren und Vorsteher genannt hätten; von einem bestimmten und dauernden Zwecke (dem Criterio einer unerlaubten akademischen Verbindung §. 12. No. 12. der akademischen Gesetze) hat er aber nie das geringste eingekannt.

Er kann daher dafür nicht besonders bestraft werden.

Die Unannehmlichkeiten und die Kosten, die ihm durch die Untersuchung veranlaßt sind, waren nothwendig und können ihm bei der Bestrafung nicht in Anrechnung kommen. Seine Jugend, er war zur Zeit des Verbrechens über

19 Jahr alt, ist kein gesetzlicher Milderungsgrund; die Unzulänglichkeit der übrigen zur Vertheidigung angeführten Gründe, ergiebt sich aus dem was bei den vorigen Inculpaten gesagt ist.

7) Gottlieb Ludwig Hirsch, 19½ Jahr alt, lutherischer Confession und ein Sohn des Justizcommissarius und Director Hirsch zu Halle, studirt seit Ostern 1801. in Halle die Rechte. Er gesteht es ein, schon im Jahre 1801. Mitglied des Magdeburg - Halberstädtischen Kränzchens gewesen zu seyn. Nach der Auflösung desselben sey er dennoch schon im Sommer 1802. wieder zu diesem Kränzchen getreten, wobei ihm das Vorsteheramt übertragen worden. Der Zweck dieser Verbindung sey Beförderung des Fleißes und der sittlichen Aufführung gewesen und dem gemäß seyen auch die Gesetze entworfen worden, die jedoch nur Brouillon geblieben seyen.

In Hinsicht der in Rede stehenden Duellie gesteht er; daß Inquisit Kahmann ihn ersucht habe, ihm auf dem Posthorne am 13ten März bei seinem vorhabenden Duelle, das mit noch fünf andern daselbst ausgeführt werden solle, zu secundiren; zwar habe die Gegnerische Leipziger Parthei das Secundiren verboten; indessen möge er mitkommen, um wenn es zum Secundiren kommen sollte, dies Geschäft zu überneh-

men. Hiezu habe er sich verstanden, sey auf das Posthorn gegangen und habe daselbst den beiden ersten Duellen beigewohnt, zum Secundiren sey es aber nicht gekommen.

Inculpat der vom 21sten März c. bis zum 28sten Mai verhaftet war, hat sich der schriftlichen Vertheidigung begeben, bezieht sich auf seine Jugend, auf den herrschenden Ton, und richtet seinen Antrag dahin,

ihn väterlich zu behandeln.

Das officium academicum will ihn aber zu sechsmonatlichem Festungsarreste, dem Verluste aller Beneficien und mit Relegation bestrafen, auch dieß Erkenntniß in seinen Abgangszeugnissen bemerken und seiner vaterländischen Obrigkeit bekannt machen.

Inculpat hat nach seinem Geständnisse, das durch die Angaben des etc. Kahmann bestätigt wird, nicht allein von den vorhabenden Duellen gewußt und davon keine Anzeige gemacht, sondern sich bereitwillig gezeigt zu Secundiren und zu dem Ende sich auf das Posthorn begeben, wo er zweien Duellen beiwohnte. Zwar wußte er, daß die Leipziger Duellanten sich die Secundanten verboten hatten; allein er dachte es sich doch möglich, daß diese sich anders besinnen könnten, und auf diesen Fall war sein Conatus berechnet. Nur die Protestation

der Leipziger, mithin ein äußerer Zufall verhinderte die Ausführung. Hat der Thäter zu Vollziehung des Verbrechens von seiner Seite alles gethan, die zum Wesen der strafbaren Handlung erforderliche Wirkung aber ist durch einen bloßen Zufall verhindert worden; so hat er diejenige Strafe, welche der ordentlichen am nächsten kommt, verwirkt.

A. L. R. §, 40. l. c.

Die nächste Strafe nach dieser trifft den, welcher durch einen bloßen Zufall an der letzten zur Ausführung des Verbrechens erforderlichen Handlung gehindert worden,

§. 41. ibid.

und dieser §. findet auf den Inculpaten Anwendung und eine sechsmonatliche Gefängnisstrafe würde dem Conate des Inculpaten, der ordentlichen nach den obigen Ausführungen, wenigstens fünf Jahr betragenden Strafe, angemessen seyn.

Allein Inculpat ist auch geständig, in eine unerlaubte Verbindung getreten zu seyn. Sein Vorgeben, daß die bei den Akten befindlichen Gesetze dieser Verbindung nur Brouillon seyen, ändert die Sache nicht. Selbst nach seinem Geständnisse hatte die Gesellschaft einen bestimmten Zweck und war eine Fortsetzung des schon

zu seiner Zeit aufgehobenen Kränzchens oder Landsmannschaft.

Er würde daher nach §. 12. der akademischen Gesetze mit immerwährender Relegation von allen Universitäten zu bestrafen seyn; allein beim Zusammentreffen mehrerer Leibesstrafen soll die des schwersten verschärft oder verlängert werden.

A. L. R. §. 57. a. a. O.

Die für die Theilnahme an den qu. Duellen zu bestimmende sechsmonatliche Strafe scheint unstreitig die härtere zu seyn und da Relegationen zu den Leibes-Strafen gerechnet werden

Quistorp §. 79.

Feuerbach §. 149.

und das Gesetz nicht speciell verordnet hat, daß die Regel des §. 57. in diesem Falle cessiren solle; so verschärfet man die erstere Strafe billig um drei Monate, so daß Inculpat in allen mit neunmonatlicher Gefängniß-Strafe belegt wird.

Die von ihm allegirten Milderungsgründe erledigen sich schon aus den obigen Ausführungen.

8) Christian Friedrich Hagen, 20 Jahr alt, ist aus Trebbin in der Mittelmark gehörig, der Sohn eines Bäckermeister, und ist, um Theologie zu studiren, Michaelis 1800. auf die Universität

versität gekommen. Er gesteht es ein, daß Coinquisit Oppen ihm die am 13ten März auf dem Posthorne auszuführende Duelle entdeckt habe; hierbei habe er ihn zugleich gebeten, sich gleichfalls dort einzufinden um ihm zu secundiren. Da er zu gleicher Zeit gehört habe, daß die Leipziger die Secundanten verbeten, so habe er den Antrag um so unbedenklicher gehalten, weil er in der Meinung gestanden, daß es nicht zum Secundiren kommen werde. Unterdeß habe er es dem Oppen nicht abschlagen können und sey am 13ten auf das Posthorn gegangen. Zwei Duelle seyen bereits beendigt gewesen und nur dem des Oppen und des Wiedenhoff habe er beigewohnt. Zum Secundiren sey es aber nicht gekommen, indem die Leipziger die Secundanten beharrlich verweigert hätten.

Sein Defensor Dr. Scheufluth behauptet, daß Inculpat für die Uebernahme des Secundirens Bewunderung verdiene, daß ihm bloß ein Conatus zur Last falle, und trägt dahin an

ihm den vom 21sten März bis zum 28sten Mai erlittenen Arrest zur Strafe anzurechnen.

Inculpat hat sich in Ansehung der in Rede stehenden Duelle eines eben so strafbaren Conatus als der vorige zu Schulden kommen lassen.

Zwar sagt er, daß er es vorher vermuthet,

dafs es nicht zum Secundiren kommen würde; er war aber eventualiter dazu bereit und hatte sich zu dem Ende auf dem Posthorne eingefunden, und nur ein aufser ihm liegender Zufall verhinderte die letzte zur Ausführung seines Verbrechens nöthige Handlung. Er hat daher eben so wie der vorige für diesen Conatum eine sechsmonatliche Gefängnisstrafe verdient. Der während der Untersuchung erlittene zweimonatliche Arrest kann ihm nicht abgerechnet werden, da er zur Vermeidung von Collisionen nöthig war.

Aufserdem ist Inculpat verdächtig in einem Kränzchen gewesen zu seyn. Er war schon vor der letzten Dissolution derselben Mitglied des Märkschen. In den Märkschen Kränzchenakten sagt er, ich kann nicht leugnen, dafs ich solches nach wie vor geblieben bin. Allein im nämlichen Protokolle, dafs die Mitglieder nur in keinem förmlichen Bunde geblieben und dafs sie das Verhältnifs des Kränchens nicht organisirt hätten. Man habe ihn zwar nach, wie vor, für einen Vorsteher geachtet; allein er sey dazu nicht gewählt, so wie denn überhaupt keine neue Beamtenwahl Statt gehabt. Es seyen keine neue Gesetze gegeben, keine bestimmte Zusammenkunft gehalten worden und nur zuweilen sey man zum Commerschieren, welches in Trinken und Singen bestanden habe, zusammen

gekommen. Kein Cartell sey errichtet. Und in seiner ein paar Tage nachher erfolgten vollständigen Vernehmung sagt er ausdrücklich, daß das Märksche Kränzchen nicht bestanden, sondern die Gesellschaft seiner Landsleute nur der Freundschaft wegen zusammen gehalten und nur diejenigen, die sich eine besondere Achtung erworben, mit den Titeln der ehemaligen Beamten belegt habe.

Er ist daher keinesweges geständig einen Orden oder Landsmannschaft fortgesetzt zu haben. Auch die Depositionen der übrigen Märker, welche einer solchen Verbindung verdächtig waren, bestätigen dies und er kann daher bei ermangelndem hinlänglichen Beweise, mit keiner, selbst nicht einmal mit einer außerordentlichen Strafe dafür belegt werden.

9) Ferdinand Conrad 20 Jahr alt, lutherischer Confession und der Sohn des Kreisrichter Conrad zu Märkisch Friedland. Er hat $2\frac{1}{4}$ Jahr in Halle die Rechte studiert, ging Ostern d. J. ab, und ist jetzt Auscultator beim Hofgerichte zu Bromberg.

Dieser Inculpat hat sich geständlich wissend von den vorzunehmenden Duellen auf das Posthorn verfügt und den Duellen beigewohnt. Dies beruhet in seinem Geständnisse. Er leug-

net aber aum Secundanten bestimmt gewesen zu seyn.

Er ist durch den Cammergerichts Referendarium v. Uthmann vertheidiget worden, der in einer fleissig ausgearbeiteten Schrift auszuführen sich bemüht, das Inculpat nicht überführt sey, die Absicht secundiren zu wollen, gehabt zu haben, das eventualiter sein Conatus nur für einen solchen zu achten, der nicht in äussere Handlungen ausgebrochen, endlich eine lebhaftte Schilderung des für Studenten obwaltenden besondern Reizes zum Duelliren hinzufügt, und trägt dahin an,

den Inculpaten mit vierwöchentlichem Gefängniss und zwar auf der Hofvoigtey zu Bromberg zu belegen, damit er nicht in seiner Carriere gestört werde.

Inculpat soll nach den Aussagen des Kahmann und des Dunker bei der Conferenz mit den Leipziger Studenten auf dem Löwen gewesen seyn. Genau ist er hierüber nicht befragt worden; wenn es aber auch constirte, so würde daraus doch nur eine Mitwissenschaft gefolgert werden können, deren Inculpat ohnehin geständig ist.

Dagegen beschuldigt Gibson ihn auch in seinem Specialverhöre, das er denselben zum Secundiren veranlasst. In welcher Art er ihn nun

veranlaßt und Inculpat Conrad sich hierzu bereit erklärt habe, dies hat er nicht angegeben.

Auch ist die Angabe des Gibson hierbei nicht gleichförmig geblieben; Bl. 61. sagt er, man habe sämtliche Secundanten in einem Convente gewählt, und Bl. 87. sagt er, er sey bei diesem Convente nicht gegenwärtig gewesen. Es ist auch seine ad art. 30.

Haben Sie auch Secundantendienste verrichtet?
gegebene Antwort.

Nein, indem die Leipziger die Zulassung aller Secundanten verboten hatten wie Defensor richtig bemerkt hat, der Auslegung fähig, daß der Gedanke und der Entschluß zu secundiren, schon früher, ehe man noch auf's Posthorn gekommen, aufgegeben worden, als in welchem Falle der Conatus des jetzt in Rede stehenden Inculpaten nur sehr entfernt angenommen werden könnte.

Das vom Gibson gebrauchte Wort veranlassen, bleibt in jeder Hinsicht sehr unbestimmt:

ich glanze, sagt er, daß ein jeder Duellant, sich einen Secundanten gewählt hat, indem ich dies selbst für mich gethan habe und den Conrad dazu veranlaßte;

und es kann daraus nicht entnommen werden, daß Conrad dies Anerbieten zu Secundiren angenommen, daß er bei dem Vorsatze auch nach dem bekann gewordenen Entschlusse der Leipziger sich nicht mit Secundanten zu schlagen, dabei verblieben, und eventuell zu diesem Behuf sich auf dem Posthorne eingefunden habe. Alles dies müßte aber die Beschuldigung enthalten, wenn man Gewicht auf dieselbe legen wollte.

Das Hallesche Urtel erwähnt auch; daß Coinculpat Puppel versichert habe, daß dieser jetzt abzuhandelnde Inculpat secundiren sollen. Dies steht aber dort nicht geschrieben, sondern Puppel sagt bloß; daß er deshalb von Seiten seiner Landsleute nicht officiell zutreten können, weil bei den Duellen schon zwei, nämlich Gibson als Senior, und Conrad als Secretär engagirt gewesen, ohne daß er sich bestimmter ausgedrückt hätte, in welcher Art sie bei den Duellen engagirt gewesen, und es leuchtet deutlich ein, daß aus dieser Angabe noch vielweniger das desiderirte hergeleitet werden könne. Da Inculpat Conrad nun beharrlich leugnet, daß er sich je zum Secundiren bereit erklärt habe und keine bestimmte Anschuldigung deshalb wider ihn vorhanden ist; so folgt, daß ihm nur die Wissenschaft und nicht Entdeckung

der in Rede stehenden Verbrechen zur Last fällt; wofür er nach der öfters gerechtfertigten Auslegung des §. 82. nicht eine bloße willkührliche, wie Defensor meint, sondern eine extraordinaire Strafe verdient hat.

Inculpat ist aber auch wegen einer Verbindung in einem Kränzchen verdächtig gehalten worden. Er war vor der letzten Dissolution der Kränzchen, Mitglied des Pommerschen und nur zum gegenseitigen Vergnügen will er mit einem Theile seiner Landsleute wöchentlich zweimal in einem öffentlichen Hause zusammen gekommen seyn, ohne in irgend einer fixirten Verbindung gestanden zu haben. Er wird aber von Gibson und mehreren Pommern bestimmt beschuldigt, Mitglied und sogar Beamter eines dergleichen fixirten Kränzchens gewesen zu seyn, und diese Beschuldigung wirkt wider ihn, der schon ehemals in einem Kränzchen war, und da es dieselbe Verbindung ist, in der Gibson selbst war und die er daher genau kennen mußte, eine dringende Anzeige, welche ihn zu einer extraordinairten Strafe reif macht. Für beide Vergehen wird er deshalb billig mit viermonatlichem Gefängnisse bestraft.

10) Friedrich Emanuel Theodor Puppel 19 Jahr alt, und aus Stolpe in Hinterpommern gebürtig, woselbst sein Vater Kaufmann

ist, der ihn mit Hülfe eines von der Stadtobrig-
keit zu Stolpe conferirten Stipendii unterhalten
hat, und seit Michaelis 1801. Jura studiren
lässet.

Inculpat gesteht es, dafs, als die Leipziger
Deputirten, sich in Halle auf dem Löwen zur
Verabredung der in Rede stehenden Duelle ein-
gefunden, er von einem Landsmann, dessen
Name ihm entfallen, dorthin gerufen und er
den dortigen Unterredungen beigewohnt. Ei-
ner besondern Theilnahme an diesen Unterre-
dungen ist er nicht geständig. Ferner leugnet
er nicht, dafs er auf Gibsons Geheifs den
Leipziger Duellanten am 12ten März entgegen
geritten, um ihnen den Weg nach Reudeburg zu
zeigen, dafs er sie aber nicht angetroffen, und
endlich, dafs er von Neugierde angetrieben, sich
am 13ten auf das Posthorn begeben und den
Duellen als Zuschauer beigewohnt habe.

Inculpat, der acht Tage arretirt gewesen,
hat der schriftlichen Vertheidigung entsagt und
auf ein billiges Urtheil provocirt.

Das officium academicum will gegen ihn
wie gegen den vorigen Inculpaten erkennen.

Inculpat ist nach dem vorstehenden Be-
kenntnifs nicht allein Mitwisser des in Rede ste-
henden Verbrechens, sondern er hat, wenn man
auch annehmen will, dafs er bei der Zusam-

menkunft auf dem Löwen die Ausübung desselben nicht besonders befördert habe, dazu in so fern Hülfe geleistet, daß er sich dazu verstand, den Leipziger Duellanten in der Absicht ihnen den Weg zu zeigen, entgegen zu reiten. Freilich ist auch diese Hülfsleistung nur versuchte; denn Inculpat traf die einzuholenden Leipziger nicht an, und es kann auch nicht bestritten werden, daß diese Hülfsleistung sehr entfernt gewesen wäre; aber dennoch hat er sich immer einer Theilnahme und nicht bloß einer Mitwissenschaft zu Schulden kommen lassen und ist daher strafbarer als der vorige.

Endlich gesteht er, zu der Verbindung der Pommeraner und Westpreußen getreten zu seyn, die ohne Erlaubniß der Obrigkeit sich nach der ofterwähnten Amnestie gebildet hatte, und für beide Verbrechen hat er daher nach den oben entwickelten Grundsätzen eine sechsmonatliche Gefängnißstrafe sehr wohl verdient.

11) Der Stud. medic. Henke der ad generalia nicht befragt ist, gesteht ein, daß er von Wiedenhoff ersucht, den Duellen beigewohnt habe, um nöthigenfalls medicinische Hülfe zu leisten.

Er ist sechs Tage arretirt gewesen und hat sich der Defension begeben. In Halle will man ihn zu vierwöchentlichem Gefängnisse verurtheilen.

Dem Inculpaten fällt die nicht geschehene Anzeige des Verbrechens, von dem er vor dessen Ausführung unterrichtet ward, zur Last. Auch hat er durch die zugesagte medicinische Hülfe die Duelle sogar befördert, indem die Duellanten nun desto sicherer das Verbrechen wagen konnten. Er würde für dies Vergehen, welches von dem Fall, wenn er nach verübtem Verbrechen zur medicinischen Hülfe herbeigerufen worden wäre, zu distinguiren ist, nach den oben entwickelten Grundsätzen, eine dreimonatliche Gefängnisstrafe verwirkt haben, wenn er nicht durch sein offenes Bekenntniß noch unentdeckte Mitschuldige bekannt gemacht und dadurch zur nähern Eruirung des qu. Verbrechens Gelegenheit gegeben hätte. Deshalb muß er nach §. 58. des A. L. R. l. c. mit einer gelindern als der gesetzlichen Strafe belegt werden, und eine achtwöchentliche Gefängnisstrafe erscheint daher für ihn angemessen.

12) Johann Gottlieb Schweitzer, der ein Sohn eines Kaufmanns in Danzig ist, und Medicin studirt, hat sich gleichfalls um medicinische Hülfe zu leisten dazu verstanden, den Duellen beizuwohnen.

Sein Defensor Dr. Schenfluth glaubt; daß er nach §. 136. des Anhanges zum A. L. R. frei gesprochen werden müsse und das officium

academicum, das ihn drei Tage in Arrest gehalten, will ihn mit dem vorigen gleichmäfsig bestrafen.

Er ist auch mit demselben ganz in pari reatu. Auch ihm kommen die nämlichen Milderungsgründe zu statten, indem er gleichfalls zur Leistung medicinischer Hülfe sich bei den Duellen einfand und noch unentdeckte Mitschuldige anzeigte. Er ist deshalb mit einer gleichen achtwöchentlichen Gefängnisstrafe zu belegen. Die von dem Defensore angezogene Gesezstelle trifft den hier nicht vorhandenen Fall, da ein Arzt nach dem Duelle von demselben Wissenschaft erhalten.

13) Carl George Heinrich Westphal, 18Jahr alt und ein Sohn des Kirchen-Inspector Westphal zu Halle. Er studirt seit $1\frac{1}{2}$ Jahr auf dasiger Universität Medicin. Auch dieser Inculpat hat den Duellen theils aus Neugierde, theils um medicinische Hülfe zu leisten, beigewohnt; und das officium academicum will gegen ihn wie gegen die beiden vorigen Inculpaten erkennen.

Ihm kommt indess nicht zu Statten, dafs er unbekannte Mitschuldige entdeckt habe; er ist auch geständlich Mitglied des Sächsischen Kränzchens, dessen Natur oben bei Kahmann gezeigt ist. Er hat die Gesetze dieser Verbindung

bei seiner Reception gelesen und kann es nicht darauf ankommen wenn er behaupten will, daß ihm von unerlaubten Zwecken dieser Verbindung nichts bekannt gewesen. Nur sein offenes Bekenntniß kömmt ihm zu Statten und kann Veranlassung geben, seine Bestrafung für beide Vergehen nach Anleitung der oben entwickelten principien auf sechsmonatliches Gefängniß zu arbitriren.

14) Ferdinand Ludwig Delius, ein Sohn des Commissionsraths und Justizbeamten Delius zu Reineberg bei Minden, 20 Jahr alt und der Arzneiwissenschaft beflissen, hat gleichfalls geständlich den in Rede stehenden Duellen um medizinische Hülfe zu leisten, beigewohnt.

Das officium academicum will ihn gleichfalls zu vierwöchentlicher Gefängnißstrafe verurtheilen und sein Defensor Dr. Scheufluth trägt auch in Hinsicht seiner auf Freisprechung an.

Ihm fällt eine gleiche Mitwissenschaft und nicht geschehene Anzeige der abgehandelten Verbrechen zur Last und dabei kommt ihm weder die Anzeige der unentdeckten Mitschuldigen, noch ein offenes Bekenntniß (denn er hat lange mit der Wahrheit zurückgehalten) zu Statten und bloß die gute Absicht, Hülfe bei etwanigen Verwundungen zu leisten, gereicht ihm einigermaassen zur Entschuldigung.

Außerdem hat Inculpat zugestanden; daß er im Jahr 1802. in das Westphälische Kränzchen getreten sey. Als er aber Bl. 5. der Westphälischen Kränzchen Akten über diesen Umstand näher vernommen wurde, gab er vor, daß diese Verbindung ungeschlossen gewesen und seines Wissens bloß darinn bestanden, daß mehrere seiner Landsleute in einem öffentlichen Garten zusammen gekoinnen und zusammen gegessen, getrunken und gesungen hätten. Er ist auch nicht überführt, an einer engern Verbindung wissentlich Theil genommen zu haben und kann deshalb nur für jene Mitwissenschaft der oft erwähnten Duelle bestraft werden, wofür er eine dreimonatliche Gefängniß - Strafe wohl verdient hat.

15) Hans Lamos van Ewegen ein Sohn eines Kaufmanns in Evers in Ostfriesland und der seit zwei Jahren in Halle Theologie studirt. In Halle will man ihn zu vier Wochen Gefängniß verurtheilen. Er ward nämlich von Gibson beschuldigt, daß er gleichfalls den Duellen auf dem Posthorne beigewohnt habe, welches er leugnet. Bei der Confrontation erklärte aber Gibson, daß er sich vielleicht geirrt haben könne und sich nicht mehr der Gegenwart des van Ewegen erinnere.

Inzwischen beschuldigen ihn auch Conrad

in seiner in Westpreussen erfolgten Vernehmung und Jacobi (ad art. 41. seines Specialverhörs) das er bei den Duellen zugegen gewesen. Beide haben aber, da sie nicht in Halle waren, mit dem Inculpaten nicht confrontirt werden können.

Da Inculpat sonst noch nicht anderweitig berüchtigt ist, so kann diese Anschuldigung nur für ein indicium remotum gelten,

Quistorp §. 615.

auf dessen Grunde Inculpat ab instantia frei gesprochen werden muß.

Endlich nimmt das in Halle entworfene Urtheil an, das er von neuem in eine Kränzchenverbindung getreten; allein dies hat er nicht eingestanden, sondern Bl. 19. der Westphälischen Kränzchenakten geleugnet. Er ist auch dessen nicht überführt, und er hat weiter nichts wider sich, als die Angabe des Dunker, das er sich zum freundschaftlichen Umgange mit mehrern Westphälern öfters zusammen gefunden; das heisst aber nicht, das er in einen Orden oder in eine Landsmannschaft getreten. Seine Freisprechung ergiebt sich daher auch hierbei. Von den Kosten kann ihn auch nur ein billiges Verhältniss von 5 Thl. treffen.

Alle übrigen Inculpaten aber müssen als eine Folge ihres Vergehens, die Kosten pro rata,

eventualiter in solidum tragen. Die subsidiarische Verbindlichkeit der Gerichtsobrigkeiten aber, ist in dem Edikte vom 11ten Aug. 1783. begründet.

Endlich muß bemerkt werden, daß nach der Deposition des Gibson Bl. 7. der Pommerschen Kränzchenakten weit mehrere Duelle in Halle vorgefallen seyn sollen; allein die diesfällige Angaben gründeten sich auf Hören sagen, von dem kein Auctor angegeben werden konnte. Es hat deshalb darüber weder weiter inquiret, noch erkannt werden können. Aus diesen Gründen hat überall, wie geschehen, erkannt werden müssen.

Publ. den 11ten Februar 1804.

II. b.

Auf die von dem Justizamte Giebichenstein gegen die Nordmannschen Eheleute und den Zacharias Schmidt geführte Criminaluntersuchung

erkennt die Criminal-Deputation des Kammergerichts vermöge Allerhöchsten Auftrages den verhandelten Akten gemäß hiedurch für Recht:

dafs

- 1) der Gastwirth Johann August Nordmann
 - 2) dessen Ehefrau Catharina Elisabeth geborne Bärschmann
 - 3) der Gastwirth Zacharias Schmidt,
- jeder mit sechsmonatlicher Zuchthaustrafe salva fama zu belegen und für schuldig zu achten, die Kosten dieser Untersuchung, pro rata eventualiter in solidum zu tragen auch subsidiarisch für die
- Ko-

Kosten der von den Halleschen Universitäts Gerichten wider Oppen et Comp. geführten Untersuchung zu haften. Sollten sie nicht des Vermögens seyn, so haftet wegen der Kosten die die Untersuchung gegen diese drei Inculpaten veranlaßt hat, das Justizamt Giebichenstein für die Kosten.

V. R. W.

Geschichtserzählung und Gründe.

Am 13ten März 1803. ist auf dem Wirthshause, das Posthorn genannt, unter der Jurisdiction des Amtes Giebichenstein zwischen mehreren Leipziger und Halleschen Studenten, ein vierfaches Duell ausgeführt, bei welchem der Hallesche Student Wiedenhoff getödtet worden ist. Die Universitäts Gerichte haben die unter ihrer Jurisdiction befindlichen Theilnehmer, das Justizamt Giebichenstein aber die Nordmannschen Eheleute, welche Eigenthümer des sogenannten Posthorns sind, desgleichen den auf Preussischem Territorio arretirten Gastwirth Zacharias Schmidt aus dem Sächsischen Reudenburg zur Untersuchung gezogen und der Criminal-Depu-

tation des Kammergerichts ist e speciali delegatione die Aburtelung beider Sachen aufgetragen worden, die aber, da in verschiedenen Akten bei verschiedenen Gerichten die beiden erwähnten Untersuchungen geführt sind, nur in besondern Erkenntnissen füglich erfolgen kann.

1) Der Johann August Nordmann 45 Jahr alt, welcher um Michaelis 1802. das Posthorn für 1000 Thl. kaufte, sich von der Gastwirthschaft nährt und verheirathet ist, hat nach einigem Leugnen zur Sache folgendes Bekenntnifs abgelegt.

Schon um Weihnachten 1802. sey der Coinculpat Zacharias Schmidt zu ihm gekommen und habe ihm und seiner Ehefrau zu verstehen gegeben, daß zuweilen Studenten ein Wirthshaus brauchten um ihre Sachen auszumachen, es wäre aber nur immer ein Spafs und habe nichts zu bedeuten; er werde auch immer dabei seyn; ohne sein Beiseyn sollten sie es keinem erlauben; wenn er aber da wäre, so könnten sie sich darauf verlassen, daß die Sache nichts zu sagen habe.

Auf vieles Zureden und nach anfänglichem Weigern habe er sich endlich dazu verstanden seinen Saal herzugeben und Schmidt sey zu dreienmalen mit Studenten gekommen und hätten auf seinem Saale Zusammenkünfte gehalten

von denen er weiter keine Notiz genommen; Schmidt habe ihm dann jedesmal für den Gebrauch des Saales 2 Thl. gegeben. Am 12ten März 1803. sey er abermals zu ihm gekommen, und habe ihn ersucht doch wieder eine solche Studentensache gegen eine gleiche Remuneration zuzulassen, und weil Schmidt hinzugefügt, es sey nur Spafs, habe er sich endlich nach vorgängigem Weigern, zur Einwilligung bereit finden lassen. Schmidt habe übrigens mit der Hand gefuchelt, um ein Duell zu bezeichnen, und hinzugefügt, es würden am Abend Hieber kommen, er möchte sie aufheben.

Des Abends hätten sich demnächst wirklich zwei Studenten in einem einspännigen Cabriolet bei ihm eingefunden und ihm fünf bis sechs Hieber übergeben, welche er in dem Saale aufbewahrt habe.

Am 13ten habe sich Schmidt mit vielen Studenten eingefunden, welche während er unten zu thun gehabt und nicht oben gekommen, durch einander gelaufen wären. Jedoch habe er Degengeklirre gehört und gesehen und bald darauf sey ein Rumor entstanden; man habe ihn geheifsen, oben einzuheitzen; er habe auch bald vernommen, dafs jemand verwundet sey, und schleunig habe sich die Versammlung entfernt.

Inculpat führte zu seiner Entschuldigung

an, daß er erst seit 5 Jahren im Preussischen wohne, die Studentengewohnheiten nicht genau kenne und daher um so eher habe verleitet werden können dem Schmidt zu glauben, daß die Sache nur Spafs sey und nichts auf sich habe. — Hiernächst ist derselbe vom Syndicus Keferstein schriftlich vertheidiget, welcher ganz aktenwidrig ausführen will, daß Inculpat von den bei ihm vorgefallenen Duellen nichts gewußt habe; auch behauptet gedachter Defensor, daß außer den Duellanten, Cartellträgern und Secundanten, keine Beförderer der in Rede stehenden Art von Verbrechen bestraft werden könnten, und richtet seinen Antrag

auf völlige Freisprechung des Inculpaten.

Inculpat hat übrigens vom 13ten März bis 22sten April im Arrest gesessen.

Die Förmlichkeiten der Untersuchung sind berichtet.

In der Sache selbst, so leidet es gar keinen Zweifel, daß Inculpat davon unterrichtet worden, daß die vom Zacharias Schmidt bestellte Zusammenkunft eine Schlägerei auf den Degen beabsichtige. Er sagt es selbst in dem vorhin extrahirten Bekenntnisse, daß Schmidt mit der Hand gefuchelt um ein Duell anzuzeigen, und außerdem sagt er bei der Confrontation, daß er es beschwören könne, daß Schmidt

ihm und seiner Ehefrauen auf die angegebene Art zugeredet und sie verleitet habe, die Duelle bei sich zu dulden.

Er hat es also nicht behauptet, davon überhaupt nichts gewußt zu haben. Nur das behauptet er, daß er die Sache für Spas gehalten, welche nichts auf sich habe. —

Allein auch dieses Vorgeben ist der sich ereigneten Thatsache zuwider.

Inculpat nahm die Hieber den Tag zuvor in Empfang und hörte Degengeklirre. Ein solcher Degen ist nun aber gar nicht zum Spaas geeignet, wozu allenfalls Rappiere abgezweckt haben könnten. Es ist auch ganz irrelevant, wenn der Prediger Bechthold zu Mözlich in einem Atteste behauptet, daß Inculpat und seine Ehefrau nicht zu den hellsten Köpfen gehörten, daß sie leicht die Folgen von der Ueberredung eines listigen Menschen, welcher ihre Ehrlichkeit zu mißbrauchen suche, übersehen könnten, überdem beide Eheleute gar keinen deutlichen Begriff von dem hätten, was eigentlich ein Duell sey. Denn dieser etc. Bechthold ist zuvörderst der nämliche, der in dieser Sache als Defensor der in Halle arretirten Studenten und als Denunciant auftrat, mithin eine Parthei in dieser Sache ergriffen hat. Sodann ist nicht nöthig, daß man ein heller Kopf seyn müsse, um

imputationsfähig zu seyn; es genügt dazu *sensus communis*, der bei dem Inculpaten hinlänglich angetroffen wird. Eben so ist es auch nicht nöthig, daß Inculpat deutliche Begriffe von einem Duell habe. Es würden zu seiner Bestrafung auch klare Begriffe hinreichend gewesen seyn. Er hat aber deutliche Begriffe durch den Anblick der Degen davon erwerben können, und der von ihm selbst angegebene Umstand, daß er sich anfänglich geweigert in das Anerbieten des etc. Schmidt zu willigen, ergiebt hinlänglich, daß ihm das Strafbare seiner Handlung nicht unbekannt gewesen. — Dies besteht nämlich darin,

daß er von einem Verbrechen wodurch das Leben und die Gesundheit anderer gefährdet wurde, vor dessen Ausführung Kenntniß erhielt und davon bei der Obrigkeit keine Anzeige leistete, sondern vielmehr aus gewinnsüchtigen Absichten durch Hergabung eines Saals dessen Ausführung beförderte.

Schon für die unterlassene Anzeige hat Inculpat nach §. 82. des XXten Titels des IIten Theils des allgemeinen Landrechts eine außerordentliche Strafe verdient. — Seine Hülfsleistung war nicht nothwendig, denn die Duell konnten auch an andern Orten selbst unter freiem Himmel

erfolgen; er ist daher nur ein entfernter Theilnehmer der in Rede stehenden Verbrechen; allein auch eine solche Theilnahme soll nach §. 71. l. c. nach dem Verhältnisse, wie sie das Verbrechen befördert oder erleichtert hat und nach Maassgabe der Schwere des Verbrechens selbst geahndet werden.

Bei Bestimmung des Strafmaasses ist hienach dem richterlichen arbitrio ein grosser Spielraum gelassen, und es kommt bei dem vorliegenden Falle in Consideration,

1) dafs Inculpat nach seinem eigenen Geständnisse sehr verdächtig ist in dem Zeitraume von Weihnachten 1802. bis 13ten März 1803. noch drei andere Duelle in seinem Hause verstatet zu haben. — Allein hierbei steht das corpus delicti durchaus nicht fest; man weifs nicht, wer jene Zusammenkünfte, wie Inculpat sie nennt, gehalten; und ob wlrklich Duelle, denn Inculpat war bei den Zusammenkünften nicht gegenwärtig, vorgefallen sind; Schmidt insbesondere hat dies beharrlich in Abrede gestellt.

Es kann mithin dieser Umstand nicht sonderlich in Computum kommen. Dagegen hat auf der andern Seite

2) Inculpat dadurch, dafs er den Studiosum Henke, welcher bei den Duellen gegenwärtig gewesen, benannte, die erste Veranlassung gege-

ben; dafs man den Urhebern der qu. Duelle auf die Spur kam. Es verordnet aber §. 58. ibid. dafs wer die noch unentdeckten Mitschuldigen anzeigt mit einer gelindern als der gesetzlichen Strafe belegt werden solle, und auf dies Gesetz mufs daher bei Bestimmung des Arbitrii Rücksicht genommen werden.

Hiernach aber ist eine sechsmonatliche Zuchthausstrafe dem Vergehen selbst und der Art der Theilnahme angemessen.

Dafs Inculpat, wie sein Defensor bescheinigt hat, sich sonst gut aufführte, und dafs er erst 5 Jahr im Preussischen ist, kann diese Strafe nicht ändern. Dafs übrigens bei der Theorie von Duellen §. 676. blofs derer erwähnt ist, die jemanden zum Duell anreizen, Cartellträger und Secundanten sind, kann nicht, wie Defensor meint, die Anwendung der generellen Principien von Theilnehmern hindern. Der gedachte §. erwähnt blofs einige Arten der Theilnehmer ohne den allgemeinen Grundsätzen Abbruch zu thun.

2) Die Ehefrau des erstern Inculpaten, Catharina Elisabeth, geborne Bärschmann 48 Jahr alt und seit 11 Jahren mit dem abgehandelten Inculpaten verheirathet, hat mit ihrem Ehemanne ganz gleichlautend litem contestirt. Sie hat nicht blofs die Handlungen ihres Ehemannes nicht

verhindert, sondern sie nahm an den Verabredungen mit Zacharias Schmidt unmittelbar Theil und war es, wie sie sagt, die hauptsächlich mit ihm disputirte. Sie fügt hinzu, daß Schmidt bei dem letzten Duell den Tag zuvor besonders heinlich gethan habe; daß er anfänglich nur verblümt von Ausfuchteln, Fuchteleyen und Spafs gesprochen; und als sie deutlicher, das was vorgehen solle, zu wissen begehrt, habe er mit der Hand Wendungen in der Luft gemacht und hinzugefügt, es ist so ein bischen Spafs mit der Klinge. Was es aber nun mit diesem Spafse mit der Klinge eigentlich für eine Bewandnifs gehabt, dies habe sie nicht erfahren. Die Aeufserungen des Schmidt waren so wie sie Inculpatin selbst erzählt, so deutlich, daß derselben das Vorhaben der Duelle nicht unbekannt seyn konnte. Sie ist daher mit ihrem Ehemanne in pari reatu und da ihr auch der nehmliche Milderungsgrund zu Statte kommt, mit der nehmlichen Strafe zu belegen.

3) Zacharias Schmidt, über 46 Jahr alt und ansässiger Gast- und Schenkewirth zu Reudenburg, Sächsischen Antheils, hat nach unzähligen Leugnen und vielen Widersprüchen endlich folgendes Bekenntnifs abgelegt.

Am 12ten März sey er Vormittag in Halle gewesen und habe seinen Schwager, den Rathskeller-

wirth Heinemann besucht. Hier habe ihn ein Student, der nachher getödtete Wiedenhoff, heraufrufen lassen und ihn gefragt,

was er denn hier mache und wohin er wolle.

Er habe hierauf der Wahrheit gemäß erwiedert, daß ihm ein Knecht davon gelaufen, daß derselbe auf dem Posthorne seyn solle und er dorthin reiten wolle, um ihn aufzusuchen. Hierauf habe ihn Wiedenhoff ersucht, er möge auf dem Posthorne bestellen, daß am morgenden Tage Studenten aufs Posthorn kommen würden, um den abgehenden Jacobi zu begleiten; und diesen Auftrag habe Wiedenhoff noch am Nachmittage, bei seinem, des Inculpaten, Wegreiten wiederholt. Er sey hierauf geradesweges auf das Posthorn geritten, habe dort Caffee und Brantwein getrunken und die Bestellung des Wiedenhoff ausgerichtet; da er aber seinen Knecht dort nicht gesehen, dessen nicht weiter erwähnt.

Am nämlichen Tage des Abends seyen fünf Wagen mit Leipziger und Jenenser Studenten zu ihm in seinen Gasthof nach Reudeburg gekommen, hätten in einem Hintergebäude logirt, zu Abend gegessen und wären sogar von ihm, dem Inculpaten, bedient worden. Sie hätten sich in einer ihm unbekannten Sprache unterredet.

Sonntags den 13ten März früh zwischen 7 und 8 Uhr seyen mehrere der fremden Studenten fortgegangen. Dies sey ihm, dem Inculpaten, aufgefallen und er sey ihnen nachgeritten. Da sie sich nach dem Posthorne zu geschlagen, habe auch er sich dorthin begeben. Er habe daselbst mehrere Studenten getroffen und noch andere über das Feld herkommen sehen. Er habe hierauf sein Pferd vor der Thür angebunden, sey auch einige Schritte in die Stube des Wirthshauses gegangen, aber gleich wiederum ohne mit jemanden zu sprechen, umgekehrt. Er habe sich überhaupt keine 15 Minuten daselbst aufgehalten, sondern, nachdem er seine Nothdurft verrichtet, nach Reudenburg zurück begeben. Am 13ten Nachmittags seyen die Jenenser und Leipziger Studenten, nachdem sie für Futter, Wohnung und Zehrung 46 Thl. bezahlt, abgereiset. Um diese Zeit sey Nordmann, eben als die Fremden in Abfahren begriffen gewesen, mit der Nachricht zu ihm gekommen, daß bei ihm ein Verwundeter Student liege.

Auch habe er von Nordmanns am Dienstage als den 15ten März ein unleserliches Schreiben wegen des verwundeten Studenten erhalten. Er habe sich gegen den Boten ganz fremde gestellt und den Brief zerrissen.

Inculpat hat vom 16ten März bis zum 25sten April in Arrest gesessen.

Er ist vom Dr. Scheufluth vertheidigt, der die wider den Inculpaten vorhandenen Anzeigen nicht für hinreichend hält und auf dessen völlige Freisprechung anträgt.

Inculpat ist auf Preussischem Territorio von dem Justizamte Giebichenstein aufgegriffen worden und er hat im Preussischen delinquirt. Nach §. 1 und 3. des Edikts vom 21sten Juli 1787. ist daher das Justizamt Giebichenstein zur Führung der Untersuchung berechtigt. Dies ist auch gemeinen Rechts.

Meister princ. §. 98. seqq.

Böhmer elem. jur. crimin. Sect. I. §. 67. seqq.

Wider die Förmlichkeiten lässet sich daher so wenig in dieser als in einer andern Hinsicht etwas erinnern. Zwar hat das inquirende Gericht ganz gesetzwidrig dem Inculpaten mit körperlicher Züchtigung gedrohet; dies absr hat auf ihn keinen Eindruck und in seinem Bekenntnisse keine wesentliche Veränderung hervorgebracht.

In der Sache selbst, so macht schon das extrahirte Bekenntniss des Inculpaten denselben höchst verdächtig. — Unwahrscheinlich ist es, dass Wiedenhoff es ahnden konnte, er wolle

nach dem Posthorn reiten; unwahrscheinlich ist es, daß ihm ein Knecht entlaufen von dem niemand weiß, daß er in der Absicht um ihn zu suchen nach dem Posthorn geritten und doch daselbst des Knechts nicht erwähnt; — unwahrscheinlich, daß er bei der Anwesenheit so vieler Theilnehmer der Duelle, von dem Vorhaben nichts gemerkt haben solle, und daß er sich endlich ohne Absicht in das Zimmer des Posthorns zur Zeit der Duelle begeben.

Zugleich ergiebt sich aus diesem Bekenntnisse sein Umgang mit den Verbrechern selbst und die Gegenwart an dem Orte des Verbrechens, in dem Augenblicke als es verübt wurde.

Beide Umstände, sind nach

der C. C. C. art. 25. §. 2 und 4.

Meister §. 57.

Böhmer ad C. C. C. §. cit.

Meister prakt. Bemerk. Gött. 1796. Th. I.

No. 27. P. 226.

genugsame Anzeigen.

Allein aufser diesen, wird er

a) wie bei Aburtelung der Nordmannschen Eheleute angeführt ist, von diesen beschuldigt, daß er sie verleitet die Duelle bei sich zu verstaten, und daß er dazu viele rednerische Künste angewandt. Es kann auch denselben nichts an ihrer Strafbarkeit mildern, daß sie sich ver-

leiten lassen, und haben sie daher kein Interesse bei dieser dem Inculpaten gemachten Anschuldigung.

b) Eben so haben die Coinculpaten Gebrüdere v. Fircks behauptet, daß Inculpat für seine Bemühungen bei dem Duelle 12 Thl. erhalten; und es läßt sich ebenfalls kein Interesse denken, das diese Inculpaten bei einer Anschuldigung haben konnten.

c) Sagt auch Coinculpat Jacobi, daß ihm der getödtete Wiedenhoff erzählt, Inculpat Schmidt habe versichert, daß er für den Ort wo die Duelle gehalten werden sollten, sorgen wolle.

d) Auch sind nach der Deposition mehrerer Hallischen Inculpaten Hallische Studenten am 12ten des Abends bei dem Inculpaten gewesen.

e) Bekundet der Zeuge Feldmann, daß ihn die verehelichte Nordmann am 15ten März mit einem Briefe an den Inculpaten Schmidt gesandt habe, der dahin gelautet,

er heiße Schmidt, sey aber ein Unglückschmidt für sie und ihre Familie, sie wollte wünschen, daß sie ihn nie gesehen. Er habe sie versichert, daß die Sache mit den Studenten nichts auf sich hätte, aber nun wäre das Unglück da. Sie wäre die

über ihn ach und weh schreiende Nordmannin.

Einen solchen Brief konnte aber die verhehlchte Nordmann nicht füglich schreiben, wenn ihre Anschuldigung unwahr wäre.

f) Hat nach der Aussage des Zolleinnehmer Frenzel der Knecht des Inculpaten für eine Kutsche worin wahrscheinlich Studenten gewesen, am 13ten des Morgens früh das Zollgeld bezahlt, welches gleichfalls auf eine nähere Verbindung des Inculpaten mit den Hauptverbrechern hinzielt.

g) Hat Inculpat sich der größten Widersprüche und eines beharrlichen Leugnens zu Schulden kommen lassen, ehe er das extrahirte Bekenntnifs abgelegt hat.

h) Ist er auch ein Mensch zu dem man sich des Debauchirens junger Leute wohl versehen mag; denn abgesehen davon, dafs die Inculpaten Kahmann, Gibson bekunden, dafs Inculpat sich notorisch öfter zu dergleichen Bestellungen gebrauchen lasse, so bezeugt auch der Gastwirth Genthe; dafs er ihm einen ganz ähnlichen Antrag gemacht, und die im Jahre 1801. wegen Aufhebung der Kränzchen von den Universitäts Gerichten zu Halle verhandelten Akten ergeben; dafs er wegen Debauchirens der Stu-

dentem von seiner persönlichen Gerichtsobrigkeit zur Untersuchung gezogen worden.

Alle diese Anzeigen, von denen die Beschuldigung der *Correorum* nach

Meister §. 56.

Art 31. C. C. C.

Hommel de nominatione socii,

schon allein ein *indicium proximum* verursacht, beweisen gegen den Inculpaten mehr als zur Hälfte, daß er,

nicht allein von den vorhabenden Duellen gewußt, sondern auch sie in der Art befördert habe, daß er für sie einen Ort bestellet.

Nach §. 67. des A. L. R. l. c. soll der, wer sich eines andern zur Ausführung eines Verbrechens bedient, eben so gestraft werden, wie derjenige der ein solches Verbrechen unmittelbar verübt hat. — Inculpat ist daher mit den Nordmannschen Eheleuten in *pari reatu*; er hat dasselbe Verbrechen begangen und also dieselbe Strafe verwirkt. —

Zwar ist in Ansehung seiner der Beweis nicht völlig geführt; ihm kommt aber auch nicht, wie jenen, der erhebliche Milderungsgrund, daß er unentdeckte Mitschuldige angezeigt, zu Statten, und er wird daher billig gleichfalls

falls zu einer sechsmonatlichen Zuchthausstrafe verurtheilt.

Alle drei Inculpaten müssen die Kosten dieser Untersuchung pro rata, eventualiter in solidum tragen.

Auch sind sie eventualiter wegen der Kosten, die durch die von den Hallischen Universitäts Gerichten geführte Untersuchung veranlaßt worden, solidarisch verpflichtet,

Quistorp §. 91.

A. L. R. Th. I. Tit. VI. §. 20.

denn sie sind socii jener Verbrecher, und es ist bloß zufällig, daß besondere Akten wider sie verhandelt und erkannt worden.

Aus diesen Gründen hat daher überall, wie geschehen, erkannt werden müssen.

Publ. den 17ten Febr. 1804.

II. c.

*Weitere Vertheidigung des Stadtgerichts-
Auscultator Gottlob Ludwig Hirsch
wegen des Verdachts eines intendirten
Secundirens bei dem neuerlich auf dem
Posthorne vorgefallenen Duell und we-
gen des Verdachts, Mitglied eines ver-
botenen Kränzchens gewesen zu seyn.*

Aus der in Actis hinlänglich aufgestellten Ge-
schichtserzählung über die Ursach, den Fortgang
und die Folgen des am 13ten März a. pr. in
dem, eine Stunde von hier belegenen Wirths-
hause das Posthorn genannt, zwischen einigen
Leipziger und einigen hiesigen Studenten vorge-
fallenen Duells, erhellen folgende, selbst in dem
publicirten Urtel als richtig angenommene Re-
sultate als unbestritten wahr, nämlich,

- 1) daß nicht die jetzt sich auf den Universi-
täten Halle und Leipzig befundenen Studen-
ten mit einander einen Streit gehabt haben,

sondern dafs dieser schon vor mehrern Jahren unter ihnen entstanden und damals nicht gehoben worden ist;

- 2) dafs sich also von dieser Zeit an die Studenten beider Universitäten von einander entfernt gehalten, und also alle Gemeinschaft mit einander aufgehoben. Wenn nun gleich hierbei wohl nicht zu läugnen seyn würde, dafs die damaligen Hallischen Studenten zuerst die Gemeinschaft mit den Leipziger Studenten aufgehoben haben, und damals die Veranlasser der bis zuletzt bestandenen Entfernung von einander gewesen seyn mögen; so ist doch

- 3) so viel ausgemittelt und auch selbst in der Sentenz als feststehend angenommen worden,

dafs unter den jetzigen Duellanten keine persönliche Feindschaft gegen einander obgewaltet habe.

Es war also das ganze Duell eine blofse Formalität, wozu aber auch nicht einmal die hiesigen Studenten die Veranlasser waren: denn die Akten besagen,

- 4) dafs die Leipziger Studenten die Forderer waren, die Halleschen aber die Geforderten. Beide Theile hatten also wohl nicht die Absicht sich auf eine ernstliche Art zu behan-

deln, sondern der leider! noch immer auf Universitäten herrschenden Allgewalt: Ehre! nachzugeben und sich dem Scheine nach zu schlagen und dann wieder freundschaftlich mit einander zu leben. Daß dieses der Fall war, bezeugen

- 5) ebenfalls die Akten: denn die Theilnehmer an diesem Duell sind so freundschaftlich mit einander umgegangen, daß die Hallenser denen von Leipzig nach Reudeburg entgegen gereist sind, und sämmtlich mit einander daselbst den Abend vor dem Duelle freundschaftlich verlebt haben.

Ich muß hierbei zwar gestehen, daß es von Seiten der Hallischen Studenten gesetzwidrig gehandelt sey, daß sie als Geforderte das Duell annahmen; allein ohne die über diesen Punkt so oft und unter so mancherlei Gestalt gesagten Entschuldigungen auszuschreiben und zu wiederholen, will ich mir nur erlauben folgende beiden Punkte anzuführen:

- a) noch hat mir keiner von meinen philosophischen Lehrern die Gränze der wahren und falschen Ehre auseinander setzen können, und mein eigenes Nachdenken darüber hat mir kein anderes Resultat darüber gegeben, als daß diese Gränze in den Verhältnissen eines jeden Individui liege, denn eine an-

dere Ehre hat der Edelmann, eine andere der Bauer, wieder eine andere der seine erste Selbstständigkeit fühlende Student, und abermals eine andere der thätige Staatsbeamte von der höhern bis zur niedern Classe.

Ein jeder beurtheilt also die Moralität der Handlung, die Ehre eines dritten betreffend, immer nur nach seinen davon habenden Grundsätzen, und so wird immer die eine Menschenclasse die Ehrenhandlungen einer andern Classe unrichtig beurtheilen, da er sich nur nach seinen und nicht nach den Verhältnissen eines Dritten beurtheilt.

Wenn nun gleich der ein Urtheil sprechende Richter bloß die Gesetze vor Augen haben muß, wenn er sich auch nach seiner Privatmeinung in die ihn oft selbst betroffene Lage in seinen Jugendjahren setzt; so sind doch die strengsten Criminalgesetze nicht von der Härte, daß sie wörtlich genommen und angewendet seyn wollen, sondern sie verlangen ausdrücklich, daß jeder Verbrecher nach seiner Lage und nach seinen Verhältnissen beurtheilt, und daß nur hiernach die Strafe in geschärftem aber gemildertem Grade angenommen werden solle.

Wenn nun gleich die Handlung der Hallischen Studenten darinnen immer gesetzwidrig

bleibt, daß sie einen ihnen von Menschen, die von ihnen nicht beleidigt worden sind, und von denen sie auch nicht beleidigt worden, angetragenen Duell angenommen haben; so ist doch diese Annahme aus der vorstehenden Darstellung der Verhältnisse sehr zu entschuldigen. Kommt nun aber

- b) hierzu noch das einem jeden unter einem Oberhaupte lebenden Volke angebohrne National-Ehrgefühl; so verdienen feurige Jünglinge, in welchen jede Nerve zuckt, wenn es die Ehre ihrer Nation der sie Kräfte und ihr Leben schon gewidmet haben, gilt, große Nachsicht, wenn sie glauben, daß ihr, und dadurch auch der Ruhm ihrer Nation durch Ausländer compromittirt werden könnte.

Wenn nun aus diesen Gründen schon die handelnden Personen bei dem Duell selbst Nachsicht verdienen, um wie viel mehr verdienen also auch die Zuschauer des Duells, die dazu nicht im geringsten gewirkt, noch dabei thätig gewesen sind, Entschuldigung und Schonung.

Ich glaube dies ganz auf mich anwenden zu können; denn ich habe von dem was vorhero geschehen ist, nichts gewußt, bis ich endlich, von einem meiner Freunde, dem noch in Arrest sitzenden Studios: Kahmann die Lage der

Sache erfuhr, und von ihm gebethen wurde, als Freund mit an den Ort des Duells zu gehen. Ich fand hierbei um so weniger Bedenken, da er selbst die ganze Sache für eine bloße Formalität hielt, mir aber dies um so wahrscheinlicher war, da nicht einmal Secundanten dabei genommen wurden, welches doch sonst bei ernstlichen Duellen zu geschehen pflegt.

Ich ging zu dem Ende ganz unbefangen nach dem Posthorn, um bloß die Bitten eines Freundes zu erfüllen, und die ersten Duelle, wobei mein Freund interessirt war, wurden auch hiernach abgemacht; daß aber nachher das Unglück einer gefährlichen Verwundung des Wiedenhoff erfolgt ist, scheint nach dem Urtheil der gegenwärtig gewesenen mehr Zufall als Vorsatz gewesen zu seyn, da der Wiedenhoff mit dem linken, sein Gegner aber mit dem rechten Arme gefochten, und durch diese Ungewohnheit der tödtliche Hieb des Leipziger Studenten gefallen zu seyn scheint.

Das publicirte Urtheil hat nun zwar die Moralität meiner Handlung mit mehr Penetration beurtheilt und unter die Gesetze gepaßt, als solches die projectirte auf gänzliche Vertilgung eines Staatsbürgers abzweckende Sentenz der hiesigen Universitäts Gerichte gethan hat;

allein dennoch finde ich die mir durch diese Sentenz bestimmte Strafe zu hart.

Ich bin nach derselben in neunmonatlichen Arrest, ohne dafs einmal bestimmt ist, ob mir der bereits erlittene zehnwöchentliche Arrest zu Gute gerechnet werden soll, aus den Gründen verurtheilt worden, weil ich

- 1) den vorhabenden Duell gewußt und davon keine Anzeige gemacht,
- 2) weil mein Conatus zu secundiren daraus zu berechnen sey, dafs ich mich auf das Posthorn verfügt habe um zu secundiren, welches aber durch einen bloßen Zufall nicht zu Stande gekommen sey, und
- 3) weil ich geständlich in eine unerlaubte Verbindung gerreten sey.

Ich glaube aber, dafs mir die zuerkannte Strafe aus folgenden Gründen zu hart ist, und dafs ich durch den erlittenen Arrest schon übermäfsig bestraft worden bin. Denn

ad 1. Ist es wahr, dafs ich den Duell, jedoch erst nach völlig vollendeter Verabredung, vor dessen Vollziehung erfahren habe; ich will auch zugeben, dafs wenn ich solchen sogleich nach erlangter Wissenschaft angezeigt hätte, dieser Duell verhindert worden wäre; allein ich glaube nicht, dafs mir

dennoch ein delictum omissionis imputirt werden könne. Denn

a) ich hatte nicht obligationem perfectam die mir zur Wissenschaft gekommene Duellsache zu denunciiren, folglich können auch positive Gesetze meine unterlassne Denunciation nicht rügen.

b) Wenn mir nun auch Religion und reine Moral sagt:

Verhindere ein Uebel, das deinen Nebenmenschen treffen kann.

so sagt mir doch meine Vernunft, die doch die erste und größte Gabe Gottes ist,

denke an deine Selbsterhaltung!

Denn welcher vernünftige Mensch wird sich wohl reissenden Thieren entgegenstücken, die einen Fliehenden verfolgen, und sich zerreißen lassen, um dem Fliehenden Zeit zu verschaffen in Sicherheit zu kommen, die er wahrscheinlich doch nicht gefunden hätte. Dies ist hier der Fall, denn wenn ich nun

c) den vorhabenden Duell denunciirt hätte; so würde ich nicht bloß Haß und Verfolgung von den denunciirten Theilnehmern am Duell, ingleichen von allen Studenten auf mich geladen haben,

und ihre Rache aushalten müssen, sondern ich würde zeitlebens in ihren Augen und selbst in den Augen eines jeden andern rechtlichen Mannes als Verräther verachtet worden und Zeit meines Lebens ein ausgestoßener Mensch geblieben seyn. Was würde auch

d) eine solche Denunciation für eine andere Wirkung gehabt haben, als einen temporellen Aufschub des vorhabenden, und jetzt nur verhinderten Duellles, der wahrscheinlich weit schlimmere Folgen gehabt haben würde, als der gegenwärtige, weil ich dadurch nicht bloß den Haß und die Verachtung der Leipziger, sondern auch mehrerer anderer Universitäten auf die hiesige gewälzt hätte, die doch am Ende wenn nicht durch die gegenwärtigen Duellanten, doch durch andere, nicht anders als durch Duelle wieder abgewälzt geworden seyn würde.

Mir wird nun ferner

ad 2. ein Conatus zum secundiren Schuld geben; allein die Sentenz selbst behauptet nicht, daß ich dessen überwiesen sey, sondern nur, daß derselbe

zu berechnen
wäre.

Schon an sich selbst liegt in dieser angenommenen Berechnung nach meinem Dafürhalten eine rechtliche Irrung; denn nach keinen Grundsätzen, sie mögen vom philosophischen und natürlichen, oder aber vom positiven Criminalrechte hergenommen werden, kann ein Verbrechen berechnet und präsumirt werden, da nur dann jemand bestraft werden kann, wenn sein Verbrechen *sole meridiano clarius* dargestellt worden; eine *Praesumptio juris* aber hat in peinlichen Fällen nicht statt, nam *quilibet praesumitur bonus donec probetur contrarium*. Meine Handlungen aber während meiner ganzen akademischen Laufbahn, sind nicht von der Art; dafs man sich der That zu mir versehen, und dafs also hieraus wider mich ein Verdacht erwachsen könnte.

Solchemnach läfst sich der mir zur Last gelegte *Conatus* nicht berechnen und als wahr annehmen. Denn nach der Meinung der bewehrtesten Rechtslehrer ist nur dann *Conatus* vorhanden,

Si quis ulterius ad factum aliquod exterius ipsam actuale delicti perperationem respiciens progreditur.

Stryck Us. Mod. ad D. lib. XLVII. Tit. 1.
§. 7.

Krefs Comment ad C. C. C. Art. CLXXVIII.

Hiermit stimmt auch Böhmer in

Med. ad C. C. C. ad Art. CLXXVIII. §. 1.

überein, wenn er sagt:

Conatus absolvitur praeparatione et applicatione mediorum, ad Consummandum crimen certum, directorum.

Hieraus folgt, daß ein Conatus zum Secundiren nur dann wider mich statt haben könne, wenn ich dazu mit allen erforderlichen Werkzeugen versehen bereit gewesen, und an der Vollendung durch einen Zufall verhindert worden wäre.

Die Sentenz gründet den angenommenen Conatum darauf,

1) daß ich zwar gewußt, daß die Leipziger Duellanten sich die Secundanten verboten hätten, daß ich mir es aber dennoch als möglich gedacht habe, daß sich diese anders besinnen könnten, und also nach dem Posthorne gegangen wäre;

2) daß ich also von meiner Seite alles gethan habe, was zur Vollziehung des Verbrechens erforderlich gewesen wäre, daß aber die Wirkung durch einen bloßen Zufall verhindert worden sey.

Aus diesen Punkten aber läßt sich durchaus kein

Conatus zum Secundiren abstrahiren: denn gesetzt;

ad 1. ich hätte es mir möglich gedacht, daß noch Secundanten zugelassen werden könnten, so wäre doch dieses nur ein mere internum quid gewesen, was durch keine Strafgesetze gerügt wird, noch gerügt werden kann. Aus dem Herausgehen nach dem Posthorne läßt sich diese angenommene Vermuthungshypothese aber auch nicht auf die entfernteste Art folgern. Denn es ist einem jeden der auf Universitäten gewesen ist, bekannt, daß beim Duelle immer einige Bekannte als Zuschauer gegenwärtig sind, und in keiner andern Qualität bin auch ich, nach dem Posthorne gegangen. Dies ergiebt sich daraus deutlich, daß

- a) mir der Kahmann gesagt, daß nicht secundirt werden solle.
- b) Daß ich für mich allein nach dem Duellplatz gegangen bin, da doch bestimmte Secundanten mit ihren Duellanten zusammen bleiben.
- c) Daß ich endlich in einem ganz gewöhnlichen Morgenanzuge dahin gegangen bin und keine zum Secundiren erforderliche Kleidung und Apparat als große Stiefeln, großen Huth, Schlaghandschuh und Rap-

piere mitgenommen noch dergleichen auf dem Duellplatze vorgefunden habe.

Hieraus folgt deutlich, daß ich nicht in der Absicht um zu Secundiren, sondern bloß als Zuschauer nach dem Posthorne gegangen bin, und daß auch dies nicht aus Beifall oder aus Vergnügen an Duellen, sondern aus Pflichten der Freundschaft geschehen sey. Ich habe also ad 2. gar nichts gethan, was zur Vollziehung des Verbrechens des Secundirens erforderlich ist, sondern just das Gegentheil. Es ist hierbei überhaupt ein dem in der Sentenz selbst dargestellten facto widersprechende Behauptung angenommen, wenn es heißt;

daß das wirkliche Secundiren durch einen bloßen Zufall verhindert worden wäre.

Denn es war vor dem Duelle, unter den Duellanten abgesprochen, daß nicht secundirt werden solle. Da dies also als Regel fest stand; so wäre es alsdenn nur ein Zufall gewesen, wenn es dennoch zum Secundiren gekommen wäre. Es passen folglich die hierbei allegirten Gesetze nicht auf mich.

Was nun noch den mir weiter zur Last gelegten Punkt betrifft; als ob ich Mitglied eines ver-

bothenen Kränzchens gewesen wäre, so kann mich dieser Vorwurf unmöglich treffen.

Ich habe bei allen meinen Verhören nie die Wahrheit verheimlicht, sondern alles frei und offen gesagt. Ich habe also gestanden, daß ich im Jahre 1801. Mitglied eines Magdeburgschen Kränzchens gewesen bin. Nie aber ist mir in Sinn gekommen, zu behaupten, daß nach dem Verbote dieses Kränzchens, das nämliche Kränzchen schon im Sommer 1802. wieder etabliret worden wäre, wohl aber habe ich behauptet, daß eine Gelehrsamkeit zum Zweck habende Verbindung unter meinen Landsleuten bestanden habe, wo wir uns durch examiniren und wöchentliche Ausarbeitungen zu vervollkommen suchten, welche aber mit jenem verbothenen Kränzchen nicht in Combination stand, obgleich die Mitglieder dieser Gesellschaft sämmtlich auch Mitglieder jenes hernach verbothenen Kränzchens waren. Nachdem jenes eigentliche Kränzchen verbothen wurde, wünschte ich mit mehreren meiner Bekannten die Fortsetzung unserer gelehrten Gesellschaft. Ich selbst machte, dazu aufgefordert, einen Generalplan, nach welchem diese gelehrte Gesellschaft sich nicht bloß auf die juristische Facultät einschränken, sondern auch auf andere Facultäten ausgedehnt werden sollte; auch sollten nicht bloß

Magdeburger, sondern auch Studenten aus andern Provinzen dazu admittiret werden. Dies Projekt wurde einigemahl abgeschrieben, um es circuliren zu lassen. Man wurde darüber nicht einig; da einer und der andere Grundsätze aus dem verbotenen Kränzchen darin aufgenommen haben wollte, und da ich und meine Freunde, solches bloß auf den Zweck unsers Daseyns auf der Universität eingeschränkt verlangten, und dabei die gute Absicht hatten, dadurch die Ideen eines verbotenen Kränzchens ganz zu verdrängen: so kam bei den widersprechenden Meinungen mein und meiner Freunde Plan nicht zu Stande, wohl aber ist mir ein Brouillon zum Lesen zugestellt worden, worin Grundsätze aus dem verbotenen Kränzchen mit angehängt waren; und da ich und meine Freunde diese nicht billigten, so ist auch wirklich unter meinen Landsleuten noch keine von beiderlei Verbindungen zu Stande gekommen.

Ich weiß nun zwar nicht ob das Brouillon, was bei den Akten ist, das von mir entworfene oder eines mit fremden Bemerkungen ist, aber so viel kann ich mit Gewißheit versichern, daß ich hierbei die Wahrheit behaupte.

Daß überhaupt auf Universitäten mein Zweck kein anderer gewesen ist, als mich zu einem künftigen brauchbaren Staatsbürger zu bilden, beweist

beweist der Erfolg. Denn meine Zeugnisse von allen meinen akademischen Lehrern sind für mich schmeichelhaft, und auch die Univeritäts Gerichte konnten dem von ihnen auszustellenden Sittenzeugnisse nur das beifügen, daß ich beim letztern Duell gewesen und verdächtig wäre, Mitglied eines Kränzchens gewesen zu seyn.

Mein Examen als Auscultator rechtfertigte auch die Zeugnisse meiner Lehrer, und der darüber abgestattete Bericht war so vortheilhaft, daß mich die Magdeburgsche Landes-Regierung bei den hiesigen Stadtgerichten als Auscultator verpflichten ließ, welches ein sicherer Beweis ist, daß ich meine Zeit auf der Universität nicht zwecklos verwendet habe.

Aus dieser Ausführung der Sache erhellet also so viel, daß ich mir nur das einzige vorzuwerfen habe, daß ich vorwitzig war und Zuschauer eines Duells wurde, wohingegen alle meine wirklichen Handlungen zu moralisch guten abgezweckten, und ich glaube, schon dadurch zuviel gelitten zu haben, daß ich zehn Wochen lang in dem elendesten Gefängnisse, wofür es der Director der hiesigen Universität, der Geheime Justizrath S c h m a l z bei seiner Visitation derselben erkannte, geschmachtet habe, und lebe in der Hoffnung

dafs mir das bereits erlittene schwere Gefängniß, für meinen Vorwitz als eine übermäßige Strafe werde angerechnet werden.
Halle, den 5ten März 1804.

G. L. Hirsch.

U l t e r i o r D e f e n s i o
für die Studiosos

- a) Johann Heinrich Kahmann,
- b) Georg Gottfried Gibson,
- c) Otto Oppen und
- d) Hencke,

pcto duelli.

Da es sich durch vielfache Erfahrung bestätigt, dafs je civilisirter ein Stat ist, desto menschlichere, und den Verbrechen angemessenere Gesetze darinn gegeben werden, der Preussische Staat aber zu den civilisirtesten gehört; so kann es keinem Zweifel unterworfen seyn, dafs die Preussischen Gesetze die menschlichsten und zweckmässigsten Strafen auf begangene Verbrechen bestimmen.

Diese Wahrheit anzufechten, ist wohl noch keinem Preussischen Juristen, am wenigsten dem unterschriebenen Defensor eingefallen, und es ist

derselbe vielmehr der Meinung, daß die in Preussischen Landen auf consumirte Verbrechen, in specie auf vollbrachte Duelle, im Allgemeinen verordneten Strafen zweckmäfsig sind.

Die Gesetze, welche diese Strafen bestimmen, können aber sehr leicht unrichtig applicirt, und es kann dem anscheinlichen Verbrecher eine Strafe zuerkannt werden, welche derselbe nach dem Willen des Gesetzgebers nicht verdient hat, indem dieser bei Ertheilung des Gesetzes zwar verschiedene Fälle vor Augen hatte, verschiedene Strafen darnach festsetzte, aber zugleich dem Richter überliefs, in einem concreten Falle die passende Strafe zu erwählen, und der Richter dann bei der Wahl der Strafen blofs darum irrt weil er den concreten Fall nicht aus dem Gesichtspunkte betrachtet, aus welchem der Gesetzgeber selbigen betrachtet wissen will.

Hierdurch muß oft ein Mensch ein Uebel ertragen, was mit seinem Vergehen, und der Art und Weise, wie dies vollbracht wurde, in gar keinem Verhältnisse steht, woran aber nicht das Gesetz, sondern einzig und allein die unrichtige Application der verschiedenen Gesetze Schuld ist.

Dies dürfte in vorliegender Duellsache auch der Fall seyn, und es können und wollen daher

die rubricirten Complicen sich bei dem ertheilten Erkenntnisse der Hochlöblichen Criminal-Deputation des Hochpreiflichen Kammergerichts zu Berlin, nicht beruhigen, sondern haben dagegen das Remedium ulterioris defensionis ergriffen, und, da sie ihre Hauptbeschwerde darin setzen,

dafs ihnen überhaupt noch Strafe zuerkannt, und sie nicht vielmehr in Rücksicht, des bereits erlittenen schweren Arrestes völlig damit verschont worden;

so soll in gegenwärtiger Schrift versucht werden, kurz und bündig zu zeigen,

dafs den Beschwerden meiner unglücklichen Defendenden abzuhelpen seyn wird.

Zuvörderst halte ich die in voriger Defensions-Schrift entwickelten Vertheidigungsgründe immer noch für richtig, und bei Beurtheilung der Strafbarkeit sämmtlicher hier implicirter Personen ist es schlechterdings nothwendig, dafs der Richter diese Gründe auf das Genaueste erwäget, aber selbige nicht so geradezu verwirft, und für irrelevant erklärt, wie der vorige Herr Referent gethan. — Denn, da die Zeiten vorüber sind, wo man nach den dürren Worten der Gesetze einzig und allein ging, ohne *rationem legum* gehörig zu untersuchen, und die Moralität des *facti* hienach zu bestimmen, — ja, da jeder Rich-

ter jetzt weiß, daß er in criminalibus ganz besonders rationem legis vor Augen haben, und alle Veranlassungen auf das Gewissenhafteste betrachten muß, welche einen Menschen zu delinquiren bewogen, um diesem gemäß seine Strafbarkeit berechnen zu können; so ist nicht abzusehen, warum man so grausam seyn will, dieses nicht bei den tiefgebeugten Jünglingen zu thun, welche bei dem besten Herzen, bloß durch thörigte jugendliche Uebereilung und zu große Anlockung verleitet, an einer That näher oder entfernter Theil nahmen, welche im Allgemeinen als verpönt zu betrachten ist, da man doch bei den größten Bösewichtern, im eigentlichen Verstande, den kleinsten Umstand, der zur Milderung ihrer Strafe etwas beitragen kann, gründlich erwägt. —

Gewiß, würde der vorige hohe Herr Referent die unglücklichen Jünglinge schonender behandelt haben, wenn er nicht durch den Entwurf des Urthels, welches ein Mitglied der hiesigen Universitäts Gerichte fabricirte, irre geleitet wäre. Zwar hat der Herr Referent in seinen Entscheidungsgründen selbst mehrfach gezeigt, wie widerrechtlich nach dem Entwurfe des Urthels qu. entschieden ist; aber ohnstreitig, ohne, daß, er es gemerkt, hat sich durch Lesung dieses Entwurfs bei ihm ein ganz unrich-

tiger Gesichtspunkt gebildet, aus welchen er die Complicen betrachtete; und, obgleich er fühlte, welche ungereimten Grundsätze jenes erkennende Mitglied der hiesigen Universitäts Gerichte hat; so war es doch, da Mensch immer Mensch bleibt, unmöglich, daß der Herr Referent mit der Unbefangenheit die bei der Duellsache implicirten Studenten ansehen konnte, mit welcher es ohne den unglücklichen Entwurf, geschehen wäre, ja, der Herr Urtelsfasser mußte immer glauben, daß diejenigen Jünglinge, deren Glück und Unglück jetzt auf der Waagschale liegt, entweder Bösewichter, oder doch nicht so gute brave Menschen, als sie wirklich sind, wären, weil ein hiesiger Syndicus, als deren Vorgesetzter sie so unglimpflich beurtheilt.

Es ergeht daher an den künftigen hohen Herrn Referenten die allerunterthänigste Bitte, den qu. Entwurf nicht im geringsten zu berücksichtigen, sondern die in der vorigen Schutzschrift ausführlich entwickelten Vertheidigungs- und Milderungsgründe, menschenfreundlich zu benutzen, und darnach die irre geleiteten Jünglinge zu beurtheilen,

welchemnächst auch meine Defendenden an einem glücklichen Erfolg ihrer Sache nicht zweifeln dürfen.

In der festen Ueberzeugung, daß diesem allerunterthänigsten Gesuche deferirt werden wird, nimmt Defensor überhaupt auf die vorige Schutzschrift Bezug, und stellt, zur Widerlegung der Entscheidungsgründe, als Supplement des zur Exculpation der Complicen bereits Entwickelten, folgendes auf:

Soviel die Eingangs genannten Kahmann, Gibson und Oppen

betrifft; so sind selbige zu einem zehnjährigen Festungsarreste verurtheilt, mithin mit einer Strafe belegt worden, welche sie für immer unglücklich macht, und eben daher als zu hart nicht in Ausübung gebracht werden darf.

Der Hauptzweck einer Arreststrafe, kann nur seyn, entweder den Verbrecher zu bessern, oder ihn seinen Mitbürgern unschädlich zu machen, und ein Nebenzweck derselben ist, durch Bestrafung des Uebertreters der Gesetze, Andere von ähnlichen Vergehungen abzuhalten.

Soviel den Hauptzweck anbelangt; so kann hier lediglich nur Besserung der drei Complicen beabsichtigt werden, weil von keinem Verbrechen die Rede ist, welches lebenswierigen Arrest zur Folge hat, und nur durch diesen ein Mensch seinen Mitbürgern unschädlich gemacht werden kann. Sobald man von Besserung eines Menschen spricht, darf man nie in abstracto,

sondern man muß stets in concreto reden; denn ein Mensch wird leichter gebessert, als der Andere. Hat man ein Subjekt, welches weder gute Erziehung genossen, noch Bildung erlangt hat; so fällt dessen Besserung gewiß schwerer, als bei einem wohlerzogenen und gebildeten Subjekt, und wenn man an der Besserung eines bejahrten an Verbrechen gewöhnten Verbrechers zweifeln muß; so kann man sich bei einem aus jugendlichem Leichtsinn zum erstenmale irre geleiteten und ein Strafgesetz übertreten habenden Jünglinge den besten Erfolg von dessen Besserung versprechen.

Je leichter sich nun ein Zweck erreichen läßt, desto leichtere Mittel braucht man auch dazu anzuwenden. — Je schwerer aber die Erreichung des Zwecks fällt, desto schwerer müssen auch die Mittel seyn.

Der Zweck der jetzt hier in Rede seyenden Strafe ist hauptsächlich Besserung, wie bereits oben gedacht worden, und, sobald diese sich auf eine leichte Art erlangen läßt, hat man nicht nöthig, zu einer harten, sondern nur zu einer leichten Strafe, als Mittel dazu, seine Zuflucht zu nehmen.

Die drei Defendenden sind wohl erzogene gebildete, an keine Verbrechen gewöhnte, sondern aus jugendlichem Leichtsinn, unrichtigem

Ehrgefühl und großen Anreizungen irre geleitete Jünglinge, bei welchen nach den obigen Grundsätzen, sich Besserung sehr leicht versprechen läßt; und eben daher muß der Richter eine leichte Strafe, als vollkommen hinreichendes Mittel, selbige zu bessern, wählen; indem der Gesetzgeber bei Abfassung der Strafgesetze ohnstreitig eben berührte Grundsätze vor Augen gehabt hat, des Richters Pflicht aber ist, sich ganz den Fall so zu denken, wie der Gesetzgeber sich ihn dachte.

Als eine leichte Strafe kann und wird kein Mensch aber zehnjährige Festungsstrafe ansehen, und es folgt hieraus schon, daß diese Strafe in vorliegendem Fall ein unrechtes Mittel ist, den Zweck zu erreichen, welcher durch Bestrafung der drei Inquisiten lediglich erreicht werden soll.

Hiezu kommt, daß unsere Gesetzgebung nicht verlangt, Menschen eines einmaligen Fehltritts halber auf ewig unglücklich zu machen, und dem Staate Subjekte zu rauben, welche ihm auf tausendfache Art nützlich werden können.

Die drei Inquisiten sind studirende Jünglinge, stehen jetzt in der Periode, wo sie sich Kenntnisse erwerben sollen, um dereinst dem Staate zu nutzen, und werden geradezu auf

ewig unglücklich gemacht, geradezu dem Staate, als nützliche Subjekte, für immer geraubt, sobald eine so harte Strafe an ihnen vollzogen werden würde, indem durch den zehnjährigen Arrest ihre beste Jugendjahre fruchtlos verschwinden, und sie nicht im Stande sind, je den erlittenen Verlust nachzuholen.

Alles dies zeigt die Unanwendbarkeit der erkannten Strafe, und Defenfor glaubt, wie er in voriger Schutzschrift gezeigt, Recht zu haben, wenn er behauptet, daß die im Allgemeinen auf Duelle verordneten Strafen auf Studenten Duelle eben der für Studenten und den Staat zu nachtheiligen Folgen halber, nicht passen, der Richter also erstere in solchen Fällen nicht appliciren kann, zumalen der Gesetzgeber bis dahin, wo nach dem vollbrachten Duell qu. das neuere Gesetz im Anh. zum A. L. R. erschien, die gewöhnlichen Strafen nicht expresse auf Studenten Duelle gesetzt hatte, und eine Folge davon ist, daß der Landesherr bis dahin die Gröfse der Strafe, dem Gutbefinden und der Willkühr des Richters überliefs, weil dieser in einem concreten Fall am besten beurtheilen kann, wie die Besserung des Studenten am leichtesten, ohne denselben unglücklich zu machen, und dadurch dem Staate ein nützliches Mitglied zu rauben, zu erlangen sey.

Einen Belag der Wahrheit dieser Darstellung geben die Kistenmacherschen und Krügerschen Akten, wo keinesweges, obgleich Menschen das Leben verlohren, Poena ordinaria, sondern nur eine äußerst gelinde Strafe stattfand. —

Beide Fälle waren auf hiesiger Universität bekannt, und die Inquisiten konnten daher bei Vollziehung ihres Duells keinesweges glauben, daß je bei ihnen poena ordinaria, welche im Allgemeinen auf Duelle steht, applicirt werden könne, mithin muß ihnen dieses, da sie nicht gegen die im A. L. R. bestimmten, so sehr harten Gesetze handeln wollten, nicht bloß die nach allgemeinen Gesetzen verordnete Strafe mildern, sondern es kann diese gar nicht applicirt werden, und lediglich eine leichte willkührliche Strafe eintreten.

Der Herr Referent will sich zwar auf die Kistenmacherschen und Krügerschen Duelle nicht einlassen, weil 1798. in Halle angeschlagen worden,

daß niemand sich schmeicheln dürfe, in Zukunft eine ähnliche Begnadigung zu erhalten, daß vielmehr die gegen Schlägereien und Duelle ergangenen Gesetze auch auf dergleichen unter Studenten vorfallende Vergehungen Anwendung finden müßten,

und dafs solche auch wieder sie in unverhofften künftigen Fällen nach der größten Strenge in Anwendung gebracht werden würden; —

allein, dieser öffentliche Anschlag kann den Inquisiten nicht schaden, weil sie erst einige Jahre später die hiesige Universität bezogen, wo nichts mehr von dem Inhalte des Anschlages zu ihrer Wissenschaft kam, wohl aber von den Kistenmacherschen und Krügerschen Duellen immer noch, so wie von der milden Bestrafung der Thäter, gesprochen wurde, und hierdurch bei ihnen der feste Gedanke der mindern Strafbarkeit der Studenten - Duelle sich erzeugen mußte. —

Betrachtet man nun den oft berührten Nebenzweck der Strafe, dafs nemlich dadurch Andere von ähnlichen Vergehungen abgehalten werden sollen; so ist ebenfalls die zehnjährige Festungsstrafe zu Erreichung dieses Nebenzwecks bei den Inquisiten ganz unpassend, ob sie gleich in andern Fällen bei Nichtstudenten adäquat seyn kann.

Denn auf Universitäten ist ein immerwährender Zu- und Abgang von Studenten, welche zwei höchstens drei Jahr sich daselbst aufhalten, dann aber Weggehen, ohne sich weiter um die Universität zu bekümmern. Dies ist auch bei

den Zeitgenossen der Inquisiten der Fall, und, da Erstere einzig und allein durch die Bestrafung der Letztern von den qu. Vergehungen abgehalten werden sollen; so leuchtet es augenblicklich ein, daß es einer zehnjährigen Festungsstrafe nicht bedarf, um den qu. Nebenzweck zu erreichen, indem, wenn die jetzigen allhier studierenden Subjekte abgegangen sind, kein Mensch weiter von den Inquisiten Notiz nimmt, und diese also ganz zwecklos nachher auf der Festung schmachten müssen. —

Da es nun lediglich darauf ankommt, die inquisitischen Zeitgenossen von Duellen abzuhalten so kann Defensor nicht unbemerkt lassen, daß dieser Zweck schon vollkommen erreicht wird, weil sie durch den so schweren Arrest, welchen Inquisiten erduldet haben, und dadurch, daß Wiedenhoff sein Leben verlor, hinlänglich von den nachtheiligen Folgen eines Duells belehrt und davon dergestalt abgeschreckt sind, daß es ihnen nie einfallen kann, ein gleiches Unternehmen zu beginnen.

Wenn nun vorstehende Darstellungen sattem beweisen, daß die erkannte Strafe ganz zwecklos ist, und lediglich zum Schaden der Inquisiten und des Staats gereicht, der Gesetzgeber aber durch Strafen nur Nutzen beabsichtigt, und der Richter diesem gemäß die Strafen

zu wählen hat; so ist es klar, daß der Richter nur eine willkührliche Strafe bestimmen kann, wodurch die Inquisiten gebessert, Andere abgeschreckt werden, und weder Ersteren noch dem Staate ein erheblicher Nachtheil erwächst.

Eine willkührliche Strafe darf nun nach dem

A. L. R. Th. II. Tit. XX. §. 35.

einen sechswöchentlichen Arrest nicht übersteigen, und hienach würden Inquisiten zu behandeln seyn, wenn nicht die Akten, zu Folge der Erörterungen in voriger Defensionsschrift bewiesen, daß sie durch den erlittenen Arrest hinlänglich gebessert sind, indem solches deutlich ihre zu erkennen gegebene Reue zeigt, Andere aber nach den obigen Aufstellungen hinlänglich durch die Vorstellung der unglücklichen Lage der Inquisiten von Duellen abgehalten werden. —

Alles, was demnach die etwa zu bestimmende Strafe bezwecken sollte, ist bereits erreicht, und wenn daher der so schwere Arrest, wo Ein Tag härter als 14tägige Festungsstrafe, nach

Fol. 37. Vol. III. act.

ist, den Inquisiten zur Strafe angerechnet wird, und man sie mit fernerer Strafe verschont; so erleidet auch der Staat keinen Schaden, sondern

hat Nutzen, weil dann die unglücklichen Jünglinge ihre Studien wieder betreiben und sich zu nützlichen Bürgern bilden können. —

Dies haben auch wohl meine unglücklichen Defendenden verdient, da sie überall durch innige Reue und offenherziges Geständniß gezeigt haben, daß sie unter die Klasse der Uebelthäter nicht gehören, sondern nur aus jugendlicher Unüberlegtheit, und durch den Drang der Verhältnisse hingezogen, wider die Gesetze handelten, mithin dieses einzigen Fehltritts halber Verzeihung erhoffen können.

Unerklärbar ist es, warum der Herr Referent den Reiz, welchen die Inquisiten zu delinquiren hatten, von so geringer Erheblichkeit hält, daß darauf weiter nicht zu attendiren sey.

Aktenmäßig ist es, daß die Leipziger Studenten zu dem unglücklichen Duell qu. nicht nur die erste Gelegenheit gaben, sondern es auch wirklich bestellten, und Wiedenhoff demnächst die hiesigen Studenten zu Vollziehung desselben bewog.

Dieser Wiedenhoff war daher abseiten der Halleschen Studenten der einzige, welcher die übrigen irre leitete, und er hat leider als Urheber hart gebüßt; sollte man nun die übrigen Verleiteten nicht schonen? —

Die Inquisiten hatten allerdings, um nicht bei dem Allgemeinen in der vorigen Defension geschilderten, unter Studenten herrschenden Vorurtheil, durch Entledigung des Duells, der allgemeinen so sehr drückenden Verachtung und der ewigen Spöttereien ihrer Commilitionen sich zu exponiren, stehen zu bleiben die dringendste Veranlassung, den größten Reiz, das ihnen jetzt so hart imputirte Verbrechen zu begehen. Da aber nach dem

A. L. R. Th. II. Tit. XX. §. 23.

jemandem eine begangene strafbare Handlung destomehr zugerechnet werden soll, je mehr Bewegungsgründe er hatte, selbige zu unterlassen;

so muß auch analogisch jemandem eine solche Handlung desto weniger zugerechnet werden, je mehr Bewegungsgründe er zu deren Begehung hatte.

Hienach kann den Inquisiten eben des zu großen Reizes zu Begehung ihrer Handlung halber, selbige nicht zugerechnet werden, und es folgt daraus, daß allerdings, obgleich der Herr Referent solches nicht annehmen will, auf den Reiz, welchen die Inquisiten zu dem Duell hatten, der aufmerksamste Blick zu richten ist, weil dadurch die Imputation wegfällt, und ohne Imputation sich Strafe nicht denken läßt. —

Es

Es ist ferner ausgemittelt, daß die Halle-
schen Studenten die Sache so leicht, als mög-
lich, nehmen, ihre Gegner schonen, und deshalb
Secundanten haben wollten, die Leipziger Stu-
denten aber solches verinderten, und dadurch
den so unglücklichen Ausgang mit Wieden-
hoff bewirkten.

Die Inquisiten beabsichtigten also gar kei-
nen Schaden, und, wenn sie Secundanten gehabt
hätten, würde auch nicht der geringste Schaden
entstanden seyn.

Diesen Umstand hält der Herr Referent wie-
derum widerrechtlich für unerheblich, da
nach dem

A. L. R. Th. II. Tit. XX. §. 25.

ein Verbrechen desto schärfer geahndet werden
soll, je größer und unvermeidlicher der Scha-
den, oder die Gefahr ist, welche aus dem Ver-
brechen entstehet;

mithin analogisch ein Verbrechen desto we-
niger zu ahnden ist, je geringer der Scha-
den, oder die Gefahr ist, welche daraus ent-
springen kann.

Nach dem Willen der Inquisiten sollte die Sache
so leicht als möglich, und mehr zum Scherz,
oder als eine freundschaftliche Ehrensache be-
handelt werden; — an Schadenszufügung und
eigentliche Gefahr war nicht zu denken, und

es kann nach dem Sinne des eben gedachten Gesetzes also ihr scheinbares Verbrechen nicht bestraft werden, da nur der Eigensinn der Leipziger Studenten Gefahr dabei hervorbrachte, weil sie die Mittel, Gefahr zu vermeiden, nämlich die Secundanten, verschmähten. —

Auf die Absicht, welche ein Verbrecher bei Begehung einer strafbaren Handlung hatte, muß, wie bekannt, der Criminalist hauptsächlich sehen, um darnach bestimmen zu können, ob vorsätzlich gegen ein Strafgesetz gehandelt wurde, weil nach dem

A. L. R. c. l. §, 31.

poena ordinaria nur denjenigen trifft, welcher vorsätzlich das Verbrechen beging.

Irrig ist es daher, wenn der Herr Referent annimmt, daß der Vorsatz der Inquisiten, nicht zu schaden, nur dann zu berücksichtigen wäre, wenn sie nach dem

A. L. R. c. l. §. 661.

bestraft werden sollten, indem nach diesem §. bei erfolgter Tödtung des einen Duellanten der Ueberlebende nach der Beschaffenheit seines Vorsatzes mit der Todesstrafe der Mörder oder Todtschläger zu belegen sey; — bei den Inquisiten aber, da sie nach dem

§. 672.

bestraft würden, auf ihre Absicht, nicht zu scha-

den, nicht reflectirt werden könne, weil dieser §. keiner besondern Absicht zu schaden, erwähne, sondern es ihm genüge, daß überhaupt jemand einen Zweikampf eingegangen sey.

Denn diese beiden §. §. stehen in dem genauesten Zusammenhange, und unterscheiden sich blos dadurch, daß der § 671 davon spricht, wenn ein Duellant getödtet worden, der §. 672. aber zum Gegenstand hat, wenn niemand bei dem Duelle das Leben verloren hat.

Man sieht demnach klar und deutlich, der Gesetzgeber hat sich in beiden Fällen gedacht, daß die Duellanten bei dem Duelle den Verlust des Lebens ihres Gegners bezielten, und er bestimmt im §. 671. die Strafe, wenn ein Duellant seine Absicht, dem Andern das Leben zu nehmen, erreicht hat, nach den Grundsätzen des Mords oder Todtschlags, je nachdem diese böse Absicht des Ueberlebenden verschieden war; — im §. 672. aber bestimmt er die Strafe der Duellanten, wenn keiner die Absicht, seinem Gegner das Leben zu rauben, erreicht hat. —

Der Gesetzgeber setzt wohlbedächtig nach Bewandniss der Umstände eine zehnjährige bis lebenswierige Festungsstrafe fest, und es leuchtet ein, daß in diesem 672sten §. der Ausdruck

nach Beschaffenheit der Umstände sich auf den §. 671, bezieht, mithin so viel heißt:

dafs, wenn jemand getödtet worden, die Duellanten, je nachdem sie, wenn einer dabei wirklich das Leben verloren hätte, ihrer Absicht nach, als Todtschläger oder Mörder zu bestrafen gewesen wären, der Verschiedenheit ihrer nicht erreichten Absicht nach, mit zehnjähriger oder lebenswieriger Festungsstrafe belegt werden sollen.

Wenn demnach in diesen beiden §. §. lediglich von der erreichten oder nicht erreichten Absicht einem Andern das Leben zu nehmen, gesprochen, und darin in beiden Fällen eine sehr harte Strafe bestimmt wird, die Inquisiten aber weder den Vorsatz, dem Gegner das Leben zu rauben, noch überhaupt die Absicht, demselben zu schaden, hatten, sie selbst auch theils gar keinen, theils nur einen geringen Schaden, ohne ihr Verschulden und weil die Gegner, wie oben gezeigt, solches nicht besser haben wollten, anrichteten; so folgt hieraus, dafs die in den §. §. 671 und 672. enthaltenen Bestimmungen auf ihre Handlung, nicht applicirt werden können und dürfen, weil sie kein solches Verbrechen begingen, welches der Gesetzgeber bei Abfassung

dieser Gesetze sich dachte, sondern es muß, wie oben bereits erörtert, die zweckmäßige Strafe der Inquisiten der Willkühr eines milden Richters überlassen werden, wobei denn alles das zu erwägen ist, was Defensor eben erörtert hat, und das Resultat davon kann lediglich dieses seyn:

Inquisiten haben aus zu großer Veranlassung, aus zu großem Reiz sich irre leiten lassen, eine Handlung zu begehen, welche darum im Allgemeinen für strafbar angesehen wird, weil gewöhnlich die Absicht damit verbunden ist, dem Gegner das Leben zu rauben, oder ihm einen erheblichen Schaden an seiner Gesundheit zuzufügen, welche Handlung aber im gegenwärtigen concreten Falle, wo die Begeher derselben keine der gewöhnlichen Absichten hatten, auch weder jemandem das Leben raubten, noch ihm einen erheblichen Nachtheil an seiner Gesundheit zufügten, ihre Strafbarkeit in so weit verliert, daß nur nöthig ist, ein Mittel anzuwenden, um so wohl die Thäter, als andere von dergleichen Handlungen, welche zufällig gefährlich werden können, künftig abzuhalten, ohne aber die Inquisiten unglücklich zu machen. Dies Mittel ist eine willkührliche Strafe, welche einen

sechswöchentlichen Arrest nicht übersteigen darf; und da Inquisiten weit länger bereits den schwersten Arrest erduldet haben; so ist dieser als Strafe anzurechnen, indem er hinreichend ist, den Inquisiten und Andern die nachtheiligen Folgen einer solchen Handlung zu zeigen, und jeden von Begehung derselben in Zukunft abzuschrecken.

Sollte nun, woran nicht zu zweifeln ist, der künftige erleuchtete Herr Referent, sämmtlichen wahren und gesetzlichen vorenthaltenen Entwicklungen zu Folge eben dieses Resultat finden; so können meine bemitleidungswürdigen Defendenden überzeugt seyn, daß diesem Resultate gemäß, die Entscheidung ausfallen werde, und alsdann wird man sagen können, der Richter hat zweckmäßig entschieden, so wie es der Wille des Gesetzgebers war, welcher verschiedene Strafen auf ein Verbrechen setzte, aber wie im Eingange dieser Schrift angeführt wurde — dem Richter die Wahl überliefs, nach den concurrirenden Umständen die wirklich zweckmäßigste der Strafen zu bestimmen, und dadurch dasjenige zu erreichen, was eigentlich durch Strafe erreicht werden soll und muß.

So viel nun den rubricirten Stud. medic. Henke betrifft, welcher seiner gerechten Sache gewiß nicht einmal für nothwendig gehalten

hat, sich in erster Instanz vertheidigen zu lassen; so findet sich derselbe um so mehr durch das ertheilte Erkenntniß gravirt, als es ihm eine achtwöchentliche Gefängnisstrafe zu erkennt, und er nicht vielmehr wie billig und recht war, völlig mit aller fernern Strafe verschont worden ist. Er hofft daher seinen Wunsch durch das künftige Urtel befriediget zu sehen, und Defensor überzeugt sich, sein Client werde sich nicht täuschen.

Da er, als Arzt bei dem vorgefallenen Duell erschien; so bezieht sich Defensor überhaupt auf das, was in der vorigen Defension zur Vertheidigung der Stud. medic. Schweitzer und Delius gesagt worden ist, imgleichen auf die ganz richtigen Vertheidigungsgründe, welche Inculpat selbst für sich anführt, und giebt als Ergänzung dazu folgendes an:

Der Herr Referent hält den Inculpaten darum für straffällig,

- 1) weil er das Duell, von welchem er vor dessen Ausführung unterrichtet gewesen, nicht angezeigt, und
- 2) weil er durch die zugesagte medicinische Hülfe die Duelle sogar befördert habe, indem die Duellanten um desto sicherer das Verbrechen hätten wagen können, weshalb er denn eigentlich dreimonatliche Gefäng-

nifsstrafe verdient habe, welche aber, der ihm zu statten kommenden Milderungsur-sachen halber, auf achtwöchentlichen Arrest zu moderiren sey.

So viel den Grund

ad 1. betrifft, so ist oben erörtert worden, daß ausdrücklich die Duellanten die Absicht hatten, niemandem einen erheblichen Schaden zuzufügen, und dies wufste auch Inculpat Hencke,

Nach dem

A. L. R. Th. II. Tit. XX. §. 80.

ist nur blos dann eine Verbindlichkeit zur Anzeige eines Verbrechens vorhanden, wenn dasselbe vor seiner Vollziehung zu unserer Wissenschaft gelangt,

wenn durch dies Verbrechen die Sicherheit des Staats, oder Leben, Gesundheit, Ehre oder Vermögen eines Menschen einer erheblichen Gefahr ausgesetzt wird;

Alle diese Fälle waren nach der Absicht der Duellanten nicht vorhanden, da niemandem ein erheblicher Nachtheil erregt werden sollte; mithin ist die Folge hiervon, daß Inculpat keinesweges zur Entdekung des Duells nach den Gesetzen verbunden war, und dies um so weniger, als er mit seiner eigenen Gefahr diese

Entdeckung unternommen haben würde, weil, wie Inculpat anführt, Wiedenhoff ihn zur Beiwohnung beim Duell veranlafste, und dieser bei seinem Ungestüm und Heftigkeit sich gewifs an dem Inculpaten gerächt hätte.

Selbsterhaltung aber ist dem Menschen die erste Pflicht, und man kann daher dem Inculpaten die Nichtentdeckung des Verbrechens nicht zurechnen.

Anlangend den Grund

ad 2. so ist es eine gewaltige Irrung des Herrn Referenten, wenn er dem Inculpaten Beförderung des Duells Schuld giebt.

Beförderer konnte er blos seyn, wenn er auf irgend eine Art dazu beigetragen hätte, dafs das Duell begangen werden konnte! — Dies war aber nicht der Fall, sondern das Duell selbst lag aufser seinem Wirkungskreise, und ward ohne seine Beihülfe begangen; mithin ist es durchaus falsch, zu sagen, er hätte das Duell befördert. Dadurch, dafs er ärztliche Hülfe eventualiter, wenn sie wider Vermuthungen und Willen nöthig werden sollte, versprach, wirkte er nicht zur Existenz des Duells selbst, sondern er wollte nur die nachherigen schädlichen Folgen vermindern, welche das Duell hervorbringen könnte, und verdient hiedurch Lob, aber keine Strafe.

Irrig ist es ferner, dafs die Duellanten desto

sicherer durch die zugesagte Hülfsleistung das Verbrechen begangen hätten; indem dieses auf jeden Fall, wenn Inculpat auch nicht concurrirt hätte, begangen worden wäre, weil eines Theils die Duellanten sich keinen Schaden thun wollten, andern Theils aber der Arzt den Duellanten keinesweges sichern kann, sondern dessen Beschädigung lediglich von einem unglücklichen Hiebe dependirt.

Inculpat ist folglich von allem Reatu frei, und die Vorschriften, welche der Herr Referent auf ihn anwendet, sind ganz unzulässig, vielmehr erscheint seine Unschuld klar und deutlich.

Berücksichtigt man demnächst noch, daß er durch sein freies offenes Geständniß und Entdeckung der Mitschuldigen die Inquirenten in den Stand setzte, den ganzen Vorfall aufzuklären, folglich, daß er den größten Nutzen durch seine Beiwohnung beim qu. Duell nachher gestiftet hat, weil solches sonst unausgemittelt geblieben wäre; so verdient er Dank des Richters, und, wenn wider alle Vermuthung irgend ein Jurist ihn in gewisser Rücksicht für einigermaßen strafbar finden könnte; so würde doch derselbe zugestehen müssen, daß der erlittene sechstägige Arrest, welcher bei der in den Akten ausgemittelten schlechten Beschaffenheit der hiesigen Gefängnisse härter, als an andern Orten eine

eine vierteljährige Gefängnißstrafe ist, dem Inculpaten zur Strafe anzurechnen sey, und Defensor richtet daher mit völliger Ueberzeugung, daß der erleuchtete Herr Referent als ein milder Richter überall die rubricirten bedauernswerthen reuvollen und schon hinlänglich gelitten habenden Defendenden behandeln werde, seinen allerunterthänigsten Antrag dahin:

Selbige von aller fernern Strafe zu absolviren.

D. J. Scheufluth.

II. e.

Vertheidigungsschrift des Studiosus der Rechte Friedrich Emanuel Theodor Puppel gegen das über ihn gefällte Erkenntniß erster Instanz in Betreff seiner Mitwissenschaft und angeblichen Theilnahme an den den 13ten März 1803. auf dem Posthorn bei Halle zwischen Leipziger und Hallenser Studenten vorgefallenen Duellen.

Das hiesige akademische Gericht wurde durch eine vom Herrn Ober Bergrath Reil geschehene Anzeige veranlaßt, eine Untersuchung über die am 13ten März 1803. auf dem Posthorn bei Halle vorgefallenen Duelle zu verhängen. Einige Tage nach deren Eröffnung wurde auch ich, als einer Theilnahme verdächtig, eingezogen. Ich gestand meine Mitwissenschaft ohne

erst überführt zu seyn, wurde aber dennoch bis zur Endigung der Untersuchung, beinahe fünf Wochen, in den elendesten Gefängnissen auf dem hiesigen Rathhause festgehalten. Mir unbekannt gebliebene Gründe verzögerten die Schließung der Akten und die Fällung der Sentenz, bis dieselbe auf höhern Befehl einem Hochpreiflichen Kammergericht übertragen wurde. Um den Ausgang zu beschleunigen, und da mir mein Vergehen nach der Lage der Akten nur als höchst gering, und unbedeutend erscheinen mußte, begab ich mich einer besondern Vertheidigung. Jetzt, beinahe ein Jahr nach dem Anfange der Untersuchung, wurde die Sentenz eröffnet, und ihr Inhalt für mich war sechsmonatliche Gefängnißstrafe. Das traf mich äusserst schmerzlich. Ich sehe dadurch meinen guten Vater erschöpft, der mich bisher von seinem spärlichen Vermögen ernährte, meine akademische Laufbahn unterbrochen, und mir eine höchst traurige Zukunft vorbereitet. Die Rücksicht auf eine weitere Vertheidigung ist jetzt das Einzige, was mich noch aufrecht erhält, und ich ergreife sie mit Vertrauen, und Zuversicht auf die Gerechtigkeit, und dabei auf die Milde des höhern Richters. Als Anfänger, und vielleicht durch mein eigenes Interesse bei der Sache geblendet, bin ich zu weit von der Anna-

fsung entfernt, mir die Fähigkeit zuzutrauen, meine Gründe dem Richter mit eben der Wahrheit, und Stärke vorzutragen, in der sie mir erscheinen und dazu kann ich nur mit Aengstlichkeit meine Ueberzeugung dem Urtheil von Männern entgegensetzen, vor denen ich die ehrfurchtsvollste Achtung hege, und die ich vielleicht bald das Glück habe, meine Lehrer zu nennen. Aber es kommt auf mein eigenes Wohl und Wehe an, und meine Belehrung durch diese Würdigen würde vielleicht durch mein Schweigen nur noch weiter hinausgeschoben. Dies nöthigt mich, mich diesem für mich so traurigen und zugleich schweren Geschäfte zu unterziehen. Nach meinen nur noch schwachen Kräften, worauf Rücksicht zu nehmen ich meine Richter dringend bitte, will ich die Moralität meiner Handlung, und die in der Sentenz darauf festgesetzte Strafe nach der Wahrheit, und meiner Ueberzeugung darzustellen mich bemühen, und mich dem Urtheil der höhern Instanz mit Vertrauen unterwerfen.

Zuvörderst bitte ich ehrfurchtsvoll die Urtheilsfasser der zweiten Instanz, mir die Milde und Nachsicht wiederfahren zu lassen, deren sich viele meiner Coinculpaten, von denen viele mehr, keiner aber weniger gravirt ist, als ich,

nach dem Urtheile der ersten Instanz im Verhältniß zu mir, zu erfreuen haben.

Wird mir das gerechte Gesuch gewährt, so bin ich der Erfüllung meiner Schlussbitte vollkommen gewiß. Dies wird sich am deutlichsten, und einfachsten aus der Vergleichung meines Vergehens mit dem Auscultator Jacobi ergeben, so wie der darüber gefällten Sentenzen. Man hat bei ihm manches als unerwiesen angenommen, obgleich nicht nur sein eigenes Geständniss, sondern auch die triftigsten Vermuthungen das Gegentheil begründen; bei mir hingegen dasselbe als juristisch wahr, ob ich es gleich, da es ungegründete Beschuldigungen waren, läugnen mußte, und viel geringere, und ganz nichtige Vermuthungen für das Daseyn vorhanden sind.

Bei ihm wird die größte Theilnahme entschuldigt, bei mir die ungleich unbedeutendere Handlung, bei der man die Prädikate einer Theilnahme wohl nicht leicht auffinden kann, sehr herausgehoben.

Die ihm zustehenden Milderungsgründe sind mit Sorgfalt hervorgesucht, die meinigen, so deutlich sie in den Gesetzen stehen, übergangen. Man verzeihe es mir, wenn ich dies Verfahren für unerklärbar halte. Die Wahrheit meiner

Behauptung gründet sich, mit meiner Ueberzeugung, unwiderleglich auf folgendes:

Wir sind beide zu einer gleichen, nämlich sechsmonatlichen Gefängnißstrafe verurtheilt, und doch sind

- 1) nicht nur unsere Vergehungen in Ansehung des Duells höchst ungleich; sondern es findet auch
- 2) in Ansehung der übrigen uns Schuld gegebenen Gesetzwidrigkeiten die größte Verschiedenheit Statt; auch kommen mir
- 3) Milderungsgründe zu Statten, die dem etc. Jacobi: durchaus abgehen.

Die Richtigkeit dieser drei Punkte ist mit Leichtigkeit aus den Akten zu ersehen. Es sey mir erlaubt mit dem Beweise derselben zugleich den für die Nichtexistenz, oder Moralität einiger meiner Handlungen zu verbinden, die man als die vorzüglichsten Gründe meiner Strafbarkeit aufgestellt hat.

ad 1. Der etc. Jacobi hat bei seiner Vernehmung in Hamm zugestanden, daß er zuerst mit den Leipziguern über die Streitigkeiten der beiden Universitäten verhandelt habe, und es bedarf nur eines flüchtigen Blicks, um zu bemerken, daß er noch bis zu dem wirklichen Akt des Duells thätiger Theil-

Theilnehmer und Beförderer desselben gewesen ist, indem

- a) er noch wenige Wochen vor seinem Abgange, seinem eigenen Geständnisse nach, Senior des Westphälischen Kränzchens gewesen, und, wie er selbst aussagt, die Senioren des Kränzchens sich der Duellsache ausschließlich angenommen haben,
- b) von dem v. Fircks, der, wenn er ihn nicht als einen der vorzüglichsten Theilnehmer gekannt, wahrlich nicht an ihn geschrieben haben würde, die Notification, dafs die Leipziger Studenten sich zum Duell einfinden würden, erhalten, und dem Wiedenhoff, als seinem Nachfolger im Senio-rate eingehändigt hat,
- c) bei dem darauf gehaltenen Convent der Theilnehmer, worin die Schläger bestimmt worden, zugegen gewesen, und endlich dem Duell selbst beigewohnt hat.

Sollte nun auch der Begriff eines Cartellträgers, den der Urthelsfasser aus Adelungs Lexicon bestimmt, nicht auf den etc. Jacobi anzuwenden seyn, so ist doch eine anderweitige wesentliche Theilnahme desselben unläugbar.

Mir hingegen kann in Absicht des Duells weiter nichts zur Last gelegt werden, als dafs ich

- a) um dasselbe gewußt habe, worüber ich mich weiter unten auslassen will, und
- b) den Leipziger Studenten entgegen geritten bin.
- Mehr imputirt mir auch der Urtheilsverfasser nicht; nur macht mich der zweite Punkt in seinen Augen zu einem sehr sträflichen Theilnehmer. Dies muß nothwendig geschehen seyn, wenn er gleich selbst das Gegentheil versichert; denn woher sonst das große Maas meiner Strafe, da die übrigen mir zugerechneten Vergehungen dasselbe bei weitem nicht erfüllen konnten? Ich glaube aber mit völligem Recht behaupten zu können, daß dies Entgegenreiten keine Theilnahme an dem Duell in sich enthalte. Denn Ein Theilnehmer ist derjenige, der Hindernisse aus dem Wege räumt, die die Ausführung eines Verbrechens entweder unmöglich gemacht, oder erschwert hätten. Keins dieser Merkmale paßt auf meine Handlung. Die Leipziger Studenten hatten in dem an etc. Jacobi geschickten Briefe verlangt, man möchte ihnen von Halle jemanden bis zum ersten Chausséeause, eine halbe Meile weit, entgegen schicken. Hier auf ist nicht geantwortet worden; es hat also die Erfüllung ihrer Bitte keinen Bestimmungsgrund zur Reise für sie enthalten können.

Ihre etwanige Furcht sich zu verirren, war aber auch ganz ungegründet, da eine Chaussée von Leipzig nach Halle führt, und von hier nach Reudeburg ein sehr gebahnter, nicht im mindesten biestrer Weg. Dies hat auch der Erfolg bestätigt. Sie kamen zur bestimmten Zeit in Reudeburg an, ohne dafs ich sie getroffen hätte. Nicht also um ihnen ihre Reise zu erleichtern, denn dies war unmöglich, sondern um ihnen keinen Anlaß zum Unwillen über uns zu geben, und dadurch die Gemüther beim Duelliren zu erbittern, entschloß ich mich auf Ansuchen des etc. Gibson ihre Bitte zu erfüllen. Reudeburg war überdem nicht der zum Duelliren bestimmte Ort; (das Posthorn, wo dies vollzogen wurde liegt noch beinah eine Meile weit davon entfernt,) sondern nur der Ort ihrer Uebernachtung.

Wo findet sich hier eine Theilnahme, wo will hier die strengste Beurtheilung auch nur die entfernteste Mitwirkung zum Duell aufspüren? Mein Auge sieht es nicht. Meine Handlung konnte vielmehr wohlthätig wirken, und großem Uebel vorbeugen, Dieser Gedanke war wenigstens mein Bestimmungsgrund dazu. Ich weiß wohl, dafs eine Sache gewöhnlich zwei Seiten hat. Bei meinem Richter konnte die mir nach-

theilige Ansicht von meiner Handlung die Oberhand haben. Nach der hohen, und achtungsvollen Vorstellung aber, die ich von ihm habe, erregt dieser Gedanke auch nicht die mindeste Furcht in mir, er werde meinen Gründen sein Ohr verschließen. Auch bedarf es bei ihm gewiss keiner Erinnerung an den im Criminalrecht so allgemein geltenden Grundsatz: *Mitior praefenda sententia*, der hier um so eher Anwendung finden muß, da nur in dem für mich nachtheiligsten Fall gleiche Gründe der Wahrscheinlichkeit für und wider mich vorhanden seyn können.

Doch ich will auch auf das Mögliche Rücksicht, und eventuell annehmen, daß mir dies Entgegenreiten im schlimmsten Fall wirklich für eine Theilnahme am Duell ausgelegt würde, so wäre es doch gewiss die kleinste, die schwächste, die bedeutungsloseste, die sich nur in irgend einem Fall ersinnen läßt, und die besonders auch dadurch in ein Nichts herabsinken muß, daß sie nur attentirt war. Es wäre lediglich ein hochtönender Name, und nur dadurch bekäme die Handlung ein Gewicht, das ihr bei näherer Würdigung nicht zusteht. Dies Vergehen schwindet also nach dem Ausgeführten.

ad a. Ich habe um das bevorstehende Duell gewußt, und es der Obrigkeit anzuzeigen un-

terlassen. Diesen Vorwurf kann ich nicht von mir ablehnen; aber die darauf zu bestimmende Strafe kann unmöglich hart ausfallen; denn das

A. L. R. Th. II. Tit. XX. §. 82.

bestimmt auf die unterlassene Anzeige eines Verbrechens, wodurch das Leben, und die Gesundheit eines Menschen in Gefahr kommt nur eine arbiträre Strafe nach Verhältniß der Bosheit und Fahrlässigkeit; aber auch dies Gesetz paßt nicht auf mich, da das ganze Duell nur eine Formalität seyn sollte, wobei kein Mensch gefährdet war, und nur ein unglückliches Ohngefähr machte den Ausgang so traurig. Indefs den ganzen Thatbestand angenommen; so heißt es im

§. 35. I. c.

wenn die Gesetze eine willkührliche Strafe verordnen, so darf dieselbe nicht über Gefängniß von sechs Wochen, oder 50 Thl. Geldbusse ausgedehnt werden.

Die höchste Strafe, die mir wegen dieses, bloß als ausgemittelt angenommenen Punkts wegen werden könnte, wäre also sechs Wochen Gefängniß mit Anrechnung der Zeit, die ich schon darin verschmachtet habe. Warum sollte ich aber gerade diesen höchsten Grad leiden? Bos-

heit fand bei mir nicht Statt, und die Fahrlässigkeit wird doch so sehr durch die Umstände entschuldigt, in denen ich mich befand. Bosheit ist im Criminalrecht die Absicht dem Gesetz entgegen zu handeln. Dieser Absicht bin ich mir hierbei nie bewußt gewesen, und sie ist auch gewiß aus keiner meiner Handlungen abzunehmen. Nur Fahrlässigkeit haftet also auf mir, und dadurch muß der Grad der Strafe nach dem Gesetz selbst sehr herabsinken. Und wie verzeihlich, wie leicht zu entschuldigen war diese nicht bei einem Menschen in meinem Alter, bei dem zwei vollkommene Gesetze collidirten. Gehorche dem Staatsgesetz, und; mache keinen Menschen unglücklich. Diese Menschen waren überdem durch so manche angenehme Bande an mich geknüpft, ich nannte sie zum Theil meine Freunde.

Diese mußte ich verrathen, ins Unglück stürzen, und dadurch meinem Bewußtseyn, das ich bis dahin rein, und fleckenlos erhielt, eine unauslöschliche Makel aufdrücken. Dies Uebel traf mich unfehlbar, gewiß, und es war groß. Abscheu und Verachtung meiner selbst waren unausbleibliche Folgen davon; und wie hätte ich die trüben vorwurfsvollen Blicke der Leidenden ertragen können, und die scheue Miene jedes Menschen, der meine niedrige Handlung erfuhr?

Auf Zutrauen und Anhänglichkeit meiner Nebenmenschen waren meine Ansprüche verloren. Doch auch den Räuber und Mörder kann ich meinen Freund nennen, und warm, und innig für ihn sprechen. — Diese Menschen waren mir durchgehends von einer moralisch guten Seite bekannt, und nur falsch geleiteter Ehrentrieb, dessen Mißleitung aber ihre alleinige eigene Schuld wahrlich nicht war, vermochten sie zu der unglücklichen Handlung. — Das entgegenstehende Uebel war die Ahndung des Gesetzes, damals sich mir nur als gering, als ungewiß darstellend. Kein Ausweg blieb mir übrig. Ich wählte weil ich mußte. — Das Gesetz hoffte ich ohne zu große Aufopferung versöhnen zu können: mein Gewissen wusch keine Reue, keine Thräne rein. Warum soll ich nun den Zufall, die Nothwendigkeit so hart büßen, die mich in die üble Lage versetzten, wählen zu müssen? Handelte ich auch bei dieser Wahl nicht, wie das Gesetz will, so habe ich doch gewiß das Gefühl der meisten Menschen für mich.

Das angeführte Gesetz kann aber auch aus dem schon angegebenen Grunde nicht in seinem ganzen Umfange auf mich Anwendung finden, weil es mir nicht in den Sinn kommen konnte, daß Menschenleben, oder Gesundheit in Gefahr sey. Die Möglichkeit, wenigstens Wahrschein-

lichkeit eines solchen Falles fiel weg, da sich die Duellanten gar nicht persönlich hekannt waren, und der Augenschein widerlegte den Gedanken an eine gegenseitige Erbitterung; denn froh und heiter sassen die den Abend zuvor im trauligen Zirkel, die den folgenden Morgen den Zweikampf mit einander vollziehen sollten. Man sah das Duell als eine ohne Gefahr abzumachende Ehrensache an, ohne Haß und Feindschaft; man wollte nur den freilich sehr schädlichen Studentengebrauch beobachten, und ich glaubte aus diesen Gründen auch von dieser Seite mir keinen Vorwurf machen zu können. — Daher darf ich hier also darauf rechnen, daß nach den Gesetzen, und der Anlage des Falls nur eine sehr gemäfsigte Strafe möglich ist. Ich glaube durch die aufgestellte Thatsachen, und Gründe den ersten Punkt, nämlich die ungemeine Ungleichheit meiner, und des etc. Jacobi Vergehungen in Beziehung auf das Duell völlig befriedigend dargethan zu haben. Jacobi ist nach dem Ausgeführten, wenn nicht eigentlicher Cartellträger, doch der thätigste Theilnehmer. Ich bloß Mitwisser. Hiernach wäre es aber durchaus inconsequent, uns mit einer gleichen Strafe zu belegen. Ja es ist, dies um so gesetzwidriger, da nach dem

A. L. R. Th. II. Tit. XX. §. 71 und 72.

bei den Theilnehmern eines Verbrechens die Bestrafung nach dem Grade und der Gröfse der Theilnahme so deutlich vorgeschrieben ist.

Indefs, meine übrigen Vergehungen könnten im Verhältnisse zu denen des etc. Jacobi meine Strafbarkeit zu dem Grade der Gleichheit mit der seinigen erhöhen. Die Unmöglichkeit dieses Falles wird sich aber sehr einfach aus der Vergleichung unserer Handlungen, oder des gegen uns vorhandenen Verdachts ergeben. Daher ad 2. Der etc. Jacobi hat bei seiner Vernehmung in Hamm nicht nur zugestanden in einer unerlaubten Kränzchenverbindung, die unerachtet der 1801. geschehenen Aufhebung heimlich fortgedauert, sondern auch bis einige Wochen vor seinem Abgange, Senior derselben gewesen zu seyn. Diese Aussage hat er nachher, nach der Sentenz völlig rechtfertigend, zurückgenommen und der Urtheilsfasser setzt bei ihrer Fällung voraus, dafs er in keiner Kränzchenverbindung gewesen und weder als Senior, noch als simples Mitglied daran Theil genommen habe. Bei mir hingegen nimmt die Sentenz erster Instanz an, dafs ich mich in einer Kränzchenverbindung befunden habe, ob ich dies gleich, der Wahrheit gemäß

geläugnet, und auch aus den Akten darüber nichts constirt. Die Verbindung, zu der ich mich bekannte, war kein Kränzchen, weder dem Wesen, noch dem Namen nach. Ihr Zweck war weit edler, wie aus den darüber geführten Pommerschen Kränzchenakten erhellet. Der Coinculpat Gibson scheint darüber zwar anderer Meinung zu seyn; uns übrigen Mitgliedern ist aber von den von ihm angegebenen Zwecken nie etwas bekannt gewesen. Die Unwahrheit seiner Aussage ist um so gewisser, da ihm kein einziges der übrigen Mitglieder beistimmt, vielmehr alle übrigen ihm einstimmig widersprechen, und *propriam turpitudinem confitenti non creditur*. — Es existiren der Verbindungen, wie die unsrige nach meiner Kenntniß davon war, mehrere in Halle, die sich des Schutzes, und der besondern Begünstigung des academischen Senats erfreuen. Unser Vergehen wäre also bloß die unterlassne Einholung der Approbation dieser Behörde gewesen, welches dieselbe an den übrigen Mitgliedern mit einem Verweise bestraft hat. Unmöglich wird man mich hierbei allein auf eine so unangenehme Art auszeichnen, da ich mit allen nur in *pari reatu* bin — Ich unterwerfe der höhern Instanz die Prüfung, ob Jacobi durch sein freiwilliges Geständniß nicht einen ungleich größern Verdacht

gegen sich erregt hat, als irgend auf mich wegen dieses Punkts gebracht werden kann.

Es bleibt mir nun noch der dritte Punkt meiner Parallele, die aufzustellenden Milderungsgründe übrig. Deshalb

ad 3. Mir kommt als Milderungsgrund

a) nach ausdrücklicher Vorschrift des

A. L. R. Th. II. Tit. XX. §. 59.

zu Statten, daß ich mein Vergehen, noch ehe ich desselben überführt worden, gestanden habe. In einem solchen Fall soll nach der angeführten Gesetzstelle die geringste Strafe, die das Gesetz droht, erkannt werden.

Für mein Vergehen giebt es keine bestimmte Strafe; nothwendiger Weise muß aber der Richter auf diese Bestimmung bei Anlegung des Maassstabes meiner Strafbarkeit große Rücksicht nehmen, und die nur mögliche sechswöchentliche Gefängnisstrafe findet ausser dem wegfallenden dolus, und der sehr zu entschuldigenden Fahrlässigkeit auch hieran einen wichtigen Milderungsgrund.

Dies scheint mir bei der Belegung mit einer so harten Strafe nicht berücksichtigt zu seyn.

b) Habe ich welches der Urtheilsfasser der ersten Instanz nicht wufste, eine fünföchentliche sehr harte Gefängnisstrafe erduldet, die ich doch bloß als Folge meines Verge-

hens als Strafe ansehen kann. Das Gesetz verband mit seiner Uebertretung Erduldung eines Uebels. Ist diese Drohung executirt, und ihm sein Ansehen erhalten; so verlangt es nichts mehr. Wenn das Uebel erduldet wurde, vor oder nach der gefällten Sentenz, ist ihm gewiss gleichgültig.

Von den Milderungsgründen des etc. Jacobi ist mir nur bekannt, daß die erste Sentenz auf seine Kenntnisse, und vorzüglich auf seine Fertigkeit in der lateinischen Sprache besondere Rücksicht genommen zu haben scheint. Ich übergebe aber hierbei dem höhern Richter einige Zeugnisse meiner akademischen Lehrer, und überlasse es ihm stillschweigend zu beurtheilen, ob dieselben nicht eben so vortheilhaft für mich sprechen, wie die von etc. Jacobi beigebrachten. In den Examinatorien, und Disputatorien, denen ich beiwohnte, wurde größtentheil lateinisch gesprochen.

Also auch in diesem Punkt wäre mir eine vortheilhaftere Lage, wie die des etc. Jacobi nicht abzusprechen. Was mag nun wohl den Richter erster Instanz bestimmt haben, mich mit demselben für gleich strafbar zu halten? dies Dunkel erhellet mir bis jetzt nichts.

Da ich nun in dem Ausgeführten befriedigend dargethan zu haben glaube, daß sogar je-

des Schattenbild einer Theilnahme an dem Duell, und jeder Verdacht in einer Kränzchenverbindung gewesen zu seyn, bei mir wegfällt, der überdem, zugleich mit dem Schein, und der etwanigen Wahrscheinlichkeit eines gesetzwidrigen Lebenswandels, und des Unfleisses durch die hier anliegenden Zeugnisse abgewendet wird und folglich von dem mir Angeschuldigten nichts weiter, als die Mitwissenschaft um das Duell mir zu imputiren ist — die deshalb aufzulegende Strafe aber nach

A. L. R. Th. II. Tit. XX. §, 59.

sowohl als auch

§. 18.

und bei der so sehr zu entschädigenden Fahrlässigkeit, die mir allein zugerechnet werden kann, sehr herabsinkt; so glaube ich, so mächtig der Abstand gegen die erste Sentenz ist, doch hinreichende Gründe zu haben, zu bitten:

dafs mir der fünfwöchentliche erlittene Gefängnisarrest als Strafe meines Vergehens angerechnet, und also das gesprochene Urtheil geändert werde.

Nicht etwa eine verschiedene Ausführung von Rechtsgründen, welche freilich immer unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden können, sondern eine ganz verschiedene Darstellung der aktenmäfsigen Thatsachen ist die Ur-

sache der weiten Entfernung zwischen meinem Resultat, und dem des Erkenntnisses erster Instanz. Ich bin mir eines ehrlichen Auszuges bewußt; ich glaube nichts übergangen zu seyn, und das ist es hauptsächlich worauf ich die Zuversicht meiner Bitte gründe.

Mit dieser rechtlichen Ausführung verbinde ich nun das schon oben angezogene Gesuch, mir die Nachsicht werden zu lassen, die mehreren meiner Coinculpaten nicht absolut, sondern nur im Verhältniß zu mir wurde. Ich mußte dieserhalb zeigen, daß eine ungleiche Vertheilung dieser Nachsicht Statt gefunden, und dies wird die Art rechtfertigen, in der ich meine Vertheidigung abgefaßt habe. Es könnte scheinen, ich habe meinen Mitschuldigen hierdurch schaden wollen; aber diese mögliche Verläumdung muß schweigen, da es klar ist, daß ich ihre Strafe keinesweges für zu gelinde halte, sondern die Meinige nur zu hart an sich und im Verhältniß zu der ihrigen, und ich viel zu bescheiden, und weit entfernt, bin, selbst meines eigenen Interesse wegen, den Richter erster Instanz deshalb gar tadeln zu wollen; ich bitte den höhern Richter vielmehr selbst um die Beurtheilung nach den Grundsätzen, die dem ersten Richter seine Milde gegen Jacobi im Verhältniß zu mir eingaben. Die Rechtmäßigkeit

dieser Bitte möge der Billigkeitssinn des Richters zweiter Instanz beurtheilen.

Noch bitte ich zuletzt den Richter dringend zu bedenken, daß ich nicht aus bösen Herzen, sondern höchstens aus Unbesonnenheit fehlte. — Und deshalb steht ein großer Theil meines künftigen Glücks auf dem Spiel; dafür soll ich noch sechs Monat dulden, und losgerissen von meinen Studien, das Vermögen meines dürftigen Vaters verzehren, den jetzt schon meine Unterhaltung so sehr drückt, und der in mir die Stütze seines Alters hoffte. Mein schon schwächlicher Körper, und mein Geist würden durch diese lange Einsperrung ganz niedergedrückt werden. Ich habe dem Staate meine Kräfte geweiht, ihm zu dienen, meine Vervollkommnung gesucht; ihm kann unmöglich daran liegen, mich unbrauchbar für sich zu machen. Wenn mein Fall es verlangte, wenn die Gesetze es nicht anders erlaubten; dann würde ich standhaft, und ohne Murren mein Unglück ertragen, und dem Staate auch hiedurch zu zeigen suchen, daß ich ihm ganz angehöre. Doch jetzt kann ich ihm auf eine bessere Art dienen; das Gesetz ist befriedigt, und also nicht mehr genöthigt mich in meinem Bestreben, zum nützlichen Bürger mich zu bilden, zu hemmen.

II. f.

Weitere Vertheidigungsschrift des Studios der Rechte Johann Heinrich Dunker in Untersuchungssachen der zwischen Leipziger und hiesigen Studenten am 13ten März 1803. vorgefallenen Duelle —

Hoffnung ist des Lebens Amme! —

Durch die in auswärts rubrizirter Sache ergangene Sentenz der Criminal-Deputation des Kammergerichts bin ich zu einer halbjährigen Festungstrafe und zur Tragung der durch die Untersuchung aufgegangenen Kosten pro rata verurtheilt.

Ich konnte mich bei diesen Urtheil unmöglich beruhigen, weil ich viel zu sehr dadurch gravirt bin, indem man die Sache in Rücksicht
auf

auf mich aus oftmaligen falschen Gesichtspunkten betrachtet hat, und ergriff daher das Mittel der weiteren Vertheidigung mit dem festen, auf meinem Bewußtseyn und der Lage der Akten gegründeten Ueberzeugung, daß die folgende Sentenz mich von einem Schicksal befreien werde, welches ich nicht verdient habe. Ich habe es unternommen, meine fernere Vertheidigung selbst zu machen, bin aber weit davon entfernt zu glauben, als würde sie darum vollkommen; nein! ich bin nur zu sehr überzeugt, wie sehr sie die Mängel vom Gegentheil an sich trägt, daß ein geschickter und geübter Jurist manches Wort des Rechts mehr, gründlicher und scharfsichtiger würde gesagt haben, aber auch davon bin ich eben so sehr überzeugt, daß mein künftiger Richter mich das nicht wird fühlen lassen, vielmehr da ergänzen wird, wo ich fehlte, da nachsichtig verbessern wird, wo ich mich irrte.

Oft giebt ein einziges eigenes Wörtchen, gesprochen aus dem Innern des Herzens und des Gewissens eine höhere Ueberzeugung unserer schuldlosen und um deshalb verzeihenswerthen Absicht, als eine noch so lange zierlich gekünstelte Phrase Anderer; vielleicht habe auch ich das Glück! Verfehle ich das Mittel, so bitte ich es mir um der Absicht willen allernädigst zu verzeihen. —

Mein Antheil an jenen Duellen ist sehr gering, und zwar folgender:

Ich hatte durch etwas Uebung beim hiesigen Fechtmeister einige Fertigkeit im Fechten erlangt, und dieses mag wahrscheinlich Wiedenhoffen bewogen haben mich zum vorhabenden Plane auszuerschen. Er stellte mir die Duelle mit den Leipziger Studenten auf eine Art vor, daß ich solche für gar keine Duelle halten konnte; er sagte mir, daß es ein bloßes Formale seyn solle, und von beiden Seiten auch so verabredet worden sey; er benutzte so manche meiner Schwächen — und welcher Mensch könnte sich davon freisprechen?! — und beschwatzte mich endlich um den Entschluß: daß ich bereit sey, aber nur unter den mir dargelegten Umständen, ein solches Duell vorzunehmen. Ich konnte, aufrichtig gesagt, das Ganze nach seiner Auseinandersetzung für nichts weiter als ein Theaterstückchen halten, welches ich damals, wenn gleich nicht an sich, doch um der vor trefflichen Absicht willen, tausende junger Männer zu versöhnen und steten Neckereien und Unannehmlichkeiten unter ihnen vorzubeugen — billigte. Ein großer Schade für mich ist der Tod W i e d e n h o f f s, da nur er im Stande war, alle diese so wichtigen Umstände bezeugen zu können; indessen verlie-

ren sie darum nichts von ihrer Glaubwürdigkeit, da alle Verhandlungen in der ganzen Sache in Rücksicht auf mich mit diesen Umständen im genauesten Verein stehen und es offenbar am Tage liegt, daß wenn sie nicht so wären, ich auch durchaus überall würde anders gehandelt haben, oder vielmehr anders hätte handeln müssen. Auch der Umstand bringt diese Sache zur Gewißheit, daß ich den Vorsatz hatte einige Tage nach jenem Duell die Universität zu verlassen, und zu den Meinigen zurück zu kehren. Kann man sich wohl als möglich denken, daß ich in dieser Lage so frecher Mörder meines eigenen Glücks hätte seyn können, und mich in ein ernsthaftes wahres Duell einlassen können? Ich glaube nicht. Alle Liebe zu meinen Eltern, Geschwistern, Anverwandten, Freunden, alle Liebe zu mir selbst und meinem ganzen Lebensglück hätte ich mit einem solchen Vorsatz ja zugleich aufgeben müssen. Sollte das ein Mensch wohl je auf einmal können?

Weiter hatte ich nun gar keine Gemeinschaft in der Sache, noch weniger mit dem ganzen Plane, mit der Verabredung der Zeit, des Orts, der Waffen u. s. w. kurz — ich bekümmerte mich um gar nichts, wie die Akten dies alles auch überall durchaus bewahrheiten, und blieb so ganz bei den Ideen, die Wiedenhoff

in mir von der Sache erzeugt hatte. Am Tage des Duells, am 13ten März v. J. ging ich auf das Posthorn, wo ich schon alles versammelt fand, da die Hallischen Studenten schon Tages zuvor weggegangen waren. Auch bei diesem an sich kleinem Umstande wird man es nicht verkennen, wie sehr er für die Vermuthung spricht, daß ich keinen Antheil an der eigentlichen Gemeinschaft der Sache habe, da es doch mit der größten Wahrscheinlichkeit zu vermuthen ist, daß ich im entgegengesetzten Fall mich an die Menge schon Tages zuvor würde angeschlossen haben. Als ich nun auf dem Posthorn war und mit Wiedenhoff über die Sache noch etwas sprach, so machte er mir zugleich bekannt, daß ich das sechste sogenannte Duell ausführen sollte; vermuthlich darum das sechste, weil ich ihm einigemal vorher sehr ernstlich erklärt hatte, daß ich mich auf keinen Fall zu einem der erstern verstehen würde, um auf jeden Fall zu sehen, ob auch alles so wäre, wie er es mir vorgestellt hatte. Man schritt hierauf zur Sache selbst. — Ich sah bald, daß die Ausführung derselben, nicht den Ideen entsprach, die mir Wiedenhoff gemacht hatte, und erklärte ihm schon jetzt dasjenige, was ich nachher laut that. Er gab sich alle Mühe mich zu beruhigen, wenigstens bis dahin, daß sein Duell

geendigt sey, weil sich schon das weitere näher finden, vielleicht manches ändern liefse. Da ich schon jetzt den festen Vorsatz gefaßt hatte mich auf keinen Fall zu schlagen: so war ich still. Was konnte es helfen etwas weiter zu sagen? In Rücksicht auf mich stand mein Vorhaben fest, und was die Andern anbetraf, so lag mir die Ohnmöglichkeit vor Augen sie von ihren zum Theil angefangenen und geendigten Handlungen abzuhalten. Aber nach Beendigung des so unglücklichen Wiedenhoffschen Duells stand ich nicht länger an meinem Vorsatz durchaus laut werden zu lassen. Von Seiten der Leipziger Studenten machte man Schwierigkeiten; indessen erklärte ich mich noch einmal ganz bestimmt darüber gegen meinen Gegner, der schon anfang sich zu entkleiden, und war hierauf sogleich der Erste, der sich entfernte.

Hätte ich irgend Lust und Hang gehabt, mich so überhaupt als ins besondere in vorliegendem Fall in ein wahres Duell einzulassen: so würde ich gewiß nicht, so wie ich wirklich gehandelt, gehandelt haben. Wenn je eine Ursach ein Duell rechtfertigen kann, so wäre ich gewiß damals in solchen Umständen gewesen. Man denke sich nur in meine damalige Lage, und man wird's mir nicht absprechen können, wie sehr ich grade hier Herr meiner Leidenschaften

und meines schon einmal gefassten Entschlusses blieb. Ein Mensch, der durch so manche Handlung eine innige Freundschaft für ihn rechtfertigte, lag hier von fast unmenschlicher Hand verwundet in seinem Blute, und sein Blick, den schon der Tod umschwebte, forderte Rache von mir; sein und die übrigen Gegner standen da auf der andern Seite mit Hohnlächeln im Gesicht und verlangten fast übermüthig laut die weitem Duell und lachten spöttisch bei der Aeußerung meines Vorsatzes, und versuchten ihren Witz. Wie wenig Menschen würden wohl in solchen Fällen Herr ihrer Leidenschaften geblieben seyn! Alles stürmte ja fast darauf los um sie zu reizen, um sie in Flammen zu setzen. Fast jeder hat gewiss dergleichen, wenn auch nur im Kleinen, an sich erfahren, weiß wie viel Kampf solche Minuten kosten, um zu widerstehen, und wird mich um so eher zu beurtheilen im Stande seyn; so wie überhaupt dies alles ja auch durchaus psychologisch gegründet ist.

Die Sentenz stellt über meine Strafbarkeit Anfangs folgende Grundsätze auf:

- 1) hätte ich an der Verbindung jener mehrfachen Duell Theil genommen, und
- 2) sey ich Willens gewesen, mich selbst zu duelliren, und als ich in procinctu gewesen

die That auszuführen, sey ich aus eigener Bewegung davon abgestanden. Sie beurtheilt mich, weil in diesem conatu die Annahme einer Ausforderung liege nach dem

§. 669. Tit. XX. P. II. des A. L. R.

so, daß sie mich zu einer ein und einhalbjährigen Festungstrafe verdammt.

Auch an einer andern Stelle erinnert sie: daß es ein bloßer conatus sey, der bei mir bestraft würde.

Mein Defensor hatte in meiner ersten Vertheidigungsschrift darauf angetragen, daß ich völlig absolvirt werden möge. Sein Antrag beruhete auf den Inhalt des

§. 43. l. c.

nach welchem derjenige,

der aus eigener Bewegung von der Ausführung eines Verbrechens absteht und dabei solche Anstalten trifft, daß die gesetzwidrige Wirkung gar nicht erfolgen kann, auf Begnadigung Anspruch machen kann.

Die Sentenz gesteht mir hierauf nachher zu:

daß ich zwar von der Ausführung desjenigen Zweikampfs den ich persönlich hätte auszuführen gedacht, aus eigener Bewegung abgestanden wäre,

gründet aber meine Straffälligkeit und die Verwerfung des Antrages meines Defensors nun wieder allein darauf:

dafs ich die in jenem §. noch ferner enthaltene zweite Bedingung nicht erfüllt habe.

Indem die Sentenz nun hierauf finaliter meine Straffälligkeit gründet und mir die Erfüllung der erstern Bedingung zugestanden hat, fällt zugleich der oben ad 2. gedachte Grundsatz weg und steht in der Sentenz wenigstens überflüssig da. In Hinsicht desselben bin ich also nicht gestraft und ich habe nicht nöthig darüber etwas weiter zu sagen, indem dieser Punkt klar wäre. Ueber den andern erlaube ich mir einige allerunterthänigste Bemerkungen.

Der mehrerwähnte §. setzt als Erfordernifs der Begnadigung voraus — und dies ist dessen zweite Bedingung —

dafs man solche Anstalten treffe, damit die gesetzwidrigen Wirkungen nicht erfolgen können.

Dies Erfordernifs soll nach dem Inhalt der Sentenz bei mir fehlen, indem

wirklich schon eine gesetzwidrige Wirkung des gemeinschaftlichen Duells, zu welchem ich mich verbunden, statt gehabt hatte.

Ich glaube nicht, dafs diese Folge gradezu gemacht werden kann, und dafs man mich der eigentlichen Verbindung an jenen Duellen ei-

gentlich beschuldigen kann. Man wolle nur die ganze Lage der Sache in Rücksicht auf mich erwägen. Auch ohne meine Person wären die Duelle gewiß nicht unterblieben. Unter so vielen concurrirenden Personen würde man wohl auch ein anderes Subjekt gefunden haben. Und was habe ich dann wohl eigentlich für Gemeinschaft in der Sache? Ich sprach bloß mit Wiedenhoff in der oben erwähnten Art über die Sache und mit keinem andern. Er sprach mit mir davon auf eine so unschuldige Art, daß ich gar den erschrecklichen Erfolg nicht vermuthen, nicht auf die entfernteste Art, ahnen konnte. Wodurch ließe sich von meiner Seite irgend ein Interesse an der ganzen Sache vermuthen? Ich habe ja keiner Unterhandlung, deren doch viele nothwendigerweise statt gehabt haben müssen, beigewohnt. Wenn dies aber alles auch nicht wäre, so glaube ich überhaupt, daß jener §. die gesetzwidrige Wirkung nicht meint, die man hier und auf die Art daraus folgern will. In Hinsicht auf diesen Fall und auf mich versteht er gewiß nichts anders darunter als etwa:

daß ich die ganze Sache auf irgend eine Art hintertreiben sollen, entweder durch Zureden, durch Drohungen der Denunciation oder durch Realisirung derselben.

Mehr glaube ich nicht, daß sich der Gesetzgeber

dabei gedacht hat und darin hat legen wollen. Wohin würde es auch führen wenn es anders wäre? Sind jenes nun wirklich die wahren Mittel um die gesetzwidrigen Wirkungen nach dem mehrbesagten §. zu verhüten, so muß ich mich auch gegen diese rechtfertigen. Vor den angefangenen Duellen konnte ich die Sache nicht denunciiren. Man wolle sich erinnern, daß ich sie nach meinen damaligen Kenntnissen von der Sache für gar keine Duelle halten konnte. Erst bei Anfang dieser Handlung hätte ich an weitere Vorbeugungsmittel denken können, da ich erst jetzt sah, daß ich das nicht fand, was ich erwartete. Was hätte ich aber nun thun können? Jede Vorstellung des Unrechts der Sache, jede Bitte hätte ihren Zweck verfehlt, zum wenigstens hätte man mich als einen Feigen verlacht. Ohnedem waren so viele Menschen zugegen, lauter junge Leute und Studenten von drei Universitäten, wer würde mir gefolgt seyn? Hätte ich gar gedrohet die Sache anzuzeigen, so würde man mich nicht haben gehen lassen. Wollte ich endlich dies in der Stille wirklich thun, so war der nächste Ort, wo dies möglich war, das wenigstens eine viertel Stunde entfernt liegende Dorf Metzlich. Ehe ich dort hinkam, ehe von dort jemand zum Posthorn geschickt werden konnte, wäre alles vorbei gewesen.

Sollte überhaupt die in der Sentenz gemachte Folgerung richtig seyn, so hätte sie auch bei mehrern Inquisiten gemacht werden und diesen, eine der meinen gleiche Strafe zuerkannt werden müssen da sie doch nicht nur eben so als ich, sondern noch weit mehr Theilnahme, Gemeinschaft und Verbindung mit der Sache hatten.

Mein künftiger weiser Richter wird, dessen halte ich mich überzeugt, diese wenigen Bemerkungen, wenn auch nur unvollkommen dargestellt und auseinandergesetzt, schon hinlänglich finden, um diesen Punkten seine hohe Aufmerksamkeit zu schenken und mit gerechter Waage wägen, und diesennach wird er gewiß den Antrag meines vorigen Defensors

mich von aller Strafe zu befreien, und meiner jetzigen gleichen allerunterthänigsten Bitte allergnädigst deferiren. Viertelhalb Jahr lebte ich jetzt als Student hier in Halle und habe mich die ganze Zeit so betragen, daß keine Klage über mich vorgefallen ist. Dreist darf und kann ich mich auf das Zeugniß meiner Vorgesetzten, meiner Lehrer, der ganzen Stadt berufen. Auch in Rücksicht des Fleißes habe ich mir keine Vorwürfe zu machen, wie die abschriftlichen Zeugnisse beweisen, deren Original ich Sr. Magnifenz dem Hrn. Prorector vorgezeigt

habe. — Ist je ein Mensch Abschweifungen ausgesetzt, so ist es gewiss der Student während seiner akademischen Laufbahn, wo ihn in jedem Augenblick von allen Seiten Verführung und Gelegenheit winkt. Er ist hier in den Jahren, in denen fast jede Leidenschaft am stärksten flammt, in denen er sich weit leichter über manches Verhältniß wegsetzt und in denen er weit unfähiger und gewöhnlich auch weit ungeneigter ist, gegen sich selbst zu kämpfen. Dies ist vorzüglich auch der Fall mit den Ideen und Denkungsarten von Ehre und Duellen. Obgleich es ausgemacht ist, wie sehr diese nur Vorurtheil sind, so ist ja auch eben so bekannt, wie ein Student auch wider seine Neigung, auch selbst wider die laute Stimme seiner Vernunft auf Universitäten, so wie sie jetzt sind, hingerissen werden kann. Er kann um so weniger widerstehen, je mehr so gar der fast ganze ältere Theil des Publikums noch dergleichen billigt, je mehr sie diese ihre Denkungsart auch gegen Studenten laut werden lassen, je mehr auch bei andern Corporationen z. B. den Offizieren, diese Vorurtheile herrschen und im Entdeckungsfall glimpflich behandelt werden — je mehr er täglich sieht, wie viel Duelle ungeahndet hingehen und wie wenig Mühe man sich giebt sie zu verhüten und zu entdecken. Sollte man nicht

bis dahin wenigstens, daß allen diesen abgeholfen wäre, den Contravenienten, das unglückliche Opfer des fast allgemeinen Vorurtheils und der Verführung, glimpflicher behandeln und nicht die Strenge der Gesetze fühlen lassen, die nicht selten das Unglück seines ganzen Lebens im Gefolge führen? Man siehet so manchen vortrefflichen und braven Mann auf den höhern und höchsten Posten im Staate stehen, den sein Fürst schätzt und seine Untergebene und das Publikum verehren; man weiß, daß er auch nicht die Kraft hatte, sich zu seiner Zeit dem Vorurtheile zu entkämpfen, man hört ihn noch jetzt mit Interesse davon sprechen! müssen bei diesen Beispielen, die der Student vor Augen hat, sich nicht ihm mancherlei Gedanken aufdringen? muß er darin nicht noch mehr Aufforderung zur Begehung solcher Gesetzwidrigkeiten und in der vielleicht leisen Hoffnung finden, jene Männer werden Dich, wenn Dich die Gerechtigkeit ereilen sollte, wenn auch wohl nicht schützen — doch wenigstens nicht zu streng behandeln, da sie ja doch auch eigentlich ihr eigenes Urtheil hören, dem sie ein bloß zufälliges Glück entzog?!

In der ganzen Zeit, daß ich Student war, habe ich jeder Versuchung widerstanden, und mich so überhaupt als insbesondere in dieser

Hinsicht nie eine Gesetzwidrigkeit zu Schulden kommen lassen. Ich war nie ein Freund oder Beförderer von Duellen; ich freue mich vielmehr hier laut sagen zu können, daß ich gewiss manches verhütet habe, wenigstens habe ich, wenn ich von irgend einer Uneinigkeit, von einem Zwist oder einer Beleidigung unter Studenten hörte, die ich kannte, alles mögliche aufgeboten um sie gütlich zu versöhnen. Es glückte mir stets und das schöne Bewußtseyn belohnt mich, vielleicht Manchem die Ruhe und das Glück seines Lebens gesichert zu haben. Ich könnte viele solcher Fälle nachhaft machen, wenn dergleichen Zeugnisse von meines gleichen nicht partheiisch scheinen könnten. Es ist mir sogar geglückt manche Zwistigkeiten unter Studenten und Personen, die nicht Studenten waren, Offizieren, und beide Theile zu versöhnen. Ich weiß zwar nicht, wohin sie ohne Versuchung die Sache geführt haben würde; wenn sie indess auch, abgesehen von einem nicht ohnmöglichen Duell, nur Klagen vor Gericht zur Folge gehabt hätten — und das würde doch das wenigste gewesen seyn — so würde auch dies viele Unannehmlichkeiten für beide Theile gehabt haben; das mindeste wäre fortgesetzter persönlicher Haß und Verfolgung gewesen, der sich ja so leicht auf die Menge fortpflanzt

und so wieder das hätte hervorbringen können, dem ich so unablässig vorbeugte. Dafs dies alles gegründet, darüber beziehe ich mich auf das Zeugniß des Hauptmann Bürscher und von Dryalsky, vom hiesigen Regimente, die darüber vernommen werden können.

Darf ich mir nicht also um so mehr die Hoffnung machen, meine in dieser Schrift gethane Bitte durch die künftige Sentenz erfüllt zu sehen, da doch so klar daraus hervorgehet: dafs ich nie Duelle gesucht, mich nie als Freund derselben gezeigt, manchem gewifs vorgebeugt und mich nur unter den von Wiedenhoff mir verführerisch vorgestellten falschen Umständen, und weil ich darnach gar kein wahres — ernstes Duell voraussehen konnte, aus der blofs reinen lautern Absicht verstand, vielleicht tausend unangenehmen und noch weit gehässigeren Vorfällen unter tausenden von jungen Leuten vorzubeugen, und sogleich meinen Vorsatz änderte, wie ich sah, dafs ich hintergangen war? Sicher darf ich das von meinem Richter hoffen. Wir alle sind Menschen und unvollkommen, wie viel mehr ich, ein junger Mensch der sich erst bildet, erst nach einer höhern Stufe von Vollkommenheit strebt. Und hätte ich nun wirklich auch anders handeln sollen, war ich wirklich strafbar? habe ich denn schon nicht ge-

nug, und über genug gelitten? Ein ganzes viertel Jahr lebte ich im abscheulichsten Kerker, eingeschlossen zwischen Menschen der niedrigsten Gattung, die die verachtetsten Verbrechen begangen, umgeben von allen ihrem physischen und moralischen Unrath. Ein viertel Jahr kämpfte ich in diesen entsetzlichen Kerker mit allem Abscheu und Ekel — erweckenden Ungeziefer. Ich hatte ganz vorzüglich das Loos in den schlechtesten Behältern zu sitzen, und mußte in der ganzen Zeit meiner Gefangenschaft so manche Annehmlichkeit, die die Andern genossen, entbehren. So saß ich z. B. stets ohne Gesellschaft; die übrigen befanden sich doch wenigstens zwei und zwei zusammen und konnten in ihrer gegenseitigen Unterhaltung eine große Erleichterung etc. finden. Meine Behälter waren so ekelhaft, so abscheulich, daß die traurigste Beschreibung sie nicht erreichen, meinen Zustand nicht gehörig schildern kann, indem man dergleichen selbst leiden muß, um zu wissen, was ich gelitten habe. Ein solches viertel Jahr in dem Zustande verlebt von einem Menschen, der Erziehung und Gefühl hat, ist wahrlich schon die härteste Strafe, die man sich denken kann.

Der Geist, das Herz, der Körper alles wird gleich stark angegriffen und im Uebermaasse der
 Lei-

Leiden wird man der Verzweiflung nahe gebracht. Die Wahrheit dieser Bemerkungen von meinem Kerker bestätigt die, vom Geheimen Rath Schmalz als durchaus richtig gemachte, Schilderung. Jeder Mensch, der sich meinen Zustand nur nach diesen wenigen Worten denkt, muß ihn sehr hart und niederschlagend für mich finden, und mit mir einig seyn, daß schon er allein jede Strafe, die mich treffen kann, übersteigt; auch selbst Vorgesetzte von mir, die Gewogenheit genug hatten zu mir zu kommen und zollten meinem damaligen Zustande und meiner Lage eine mitleidige — gefühlvolle Thräne, und der Schauder der sich in ihrem Gesicht machte, überzeugte mich von deren Aufrichtigkeit. Ich weiß es recht gut und überzeuge mich sehr gern davon, daß die Untersuchung der Sache meine gefängliche Einziehung nothwendig machte; aber wo schreibt ein Gesetz eine Gefangenschaft dieser Art, wenn sie noch nicht Strafe seyn soll, vor? Sie soll in diesen Fall doch bloß Sicherheit auf die Person geben und muß alles verbannen, was über diese hinausgeht. In diesem Zustande liefs man mich vom 18ten März pr. bis zum 4ten Juli. Man hätte mich so fort nach geendigter Untersuchung aus der Gefangenschaft loslassen müssen, aber dennoch that man dies nicht eher, obgleich der

ganze Grund derselben ganz weggefallen war. Nach drei Wochen war die Untersuchung zu Ende; was hatte ich verschuldet, daß man mich noch neun Wochen länger im Kerker schmachten liefs? Diese sind mir offenbar von meinem Leben entwandt! Diese überflüssige Gefangenschaft, die mir rechtmäßig bei der Beurtheilung meiner Straffälligkeit und bei Bestimmung der Strafe selbst, in Anschlag kommen muß, würden allein zwar schon Strafe genug für mich seyn, es kommen aber noch andere Umstände hinzu, die sie noch mehr vermehren, und noch jetzt mit jedem Tage verstärken. Schon oben erwähnte ich, daß ich am vorigen Ostern, gleich nach jenen Vorfällen, Willens gewesen die Universität zu verlassen. Der über mich aber während der ganzen Zeit verhängte, noch immer fortdaurende Stadtarrest ist Schuld daran, daß ich noch hier bleiben muß. Ein ganzes Jahr büße ich dadurch zum mindesten ein: denn um so viel bin ich meinem Ziele entrückt, meiner weitem Carriere entzogen. Wie ausserordentlich leide ich hiedurch und durch den Aufwand der Kosten, die mein längerer unnöthiger Aufenthalt nun nöthig macht.

Wahrlich! wer dies alles bedenkt und gegen meine Schuld in Anschlag bringt, der wird mir gestehen, daß ich genugsam gestraft bin. Und

ich sollte noch anderthalb Jahr wieder aller Freiheit beraubt werden? nicht nur diese Zeit über meinem Glücke geraubt seyn, sondern um ihrer Willen auch während der ganzen folgenden Zeit mein Glück untergraben sehen? Das wird, das kann mein künftiger Richter nicht, wenn er nur irgend meiner Lage in der ganzen Sache einige Aufmerksamkeit schenken, wann er nicht ein menschliches gefühlvolles Herz, des Richters schönste Zier! ganz verleugnen will. — Ich wage es also nochmals in Gefolge aller vorgestellten Umstände, allerunterthänigst zu bitten:

Dem Antrage meines vorigen Defensors, mich plenarie zu absolviren allergnädigst zu deferiren; oder mir wenigstens das erlittene so harte Gefängniß, meinen bald einjährigen Stadtarrest und die während dieses Aufenthalts gehabt vielen Kosten, als Strafe anzurechnen. —

Ein liebender Vater wird mir dadurch erhalten, dem mein Schicksaal das Herz zerreißt, an dessen mir so theuerm Leben der grimmigste Schmerz nagt; die von Angst und Betrübniß gedrückte Brust einer zärtlichen Mutter wird erleichtert; die Thränen im Auge liebender Geschwister werden getrocknet werden, ich selbst werde mir wieder gegeben, und der Verzweiflung aus den Armen gerissen. Nie kann ich

eine solche Gnade vergessen, durch unablässiges Bestreben, durch lebenslängliches Bemühen und Treue im künftigen Kreise des Staats würde ich sie zu verdienen, mich bestreben.

Halle, am 31sten März 1804.

allerunterthänigster Diener

J. H. Dunker.

II. g.

*Vertheidigung und Straf-Milderungsge-
such für den achtzehnjährigen Jüngling
Carl Georg Heinrich Westphal,
welcher Medizin studirt.*

Dieser Jüngling ist den 5ten November 1784.
geboren und war mithin am 13ten März nur
achtzehn Jahr alt. Seit Michaelis 1801. studiert
er Medizin auf der hiesigen Akademie und durch
die beigefügten vortheilhaften Zeugnisse seiner
Lehrer wird man berechtigt von ihm die gegrün-
dete Hoffnung zu schöpfen, daß er als ein nütz-
liches und sehr brauchbares Mitglied des Staats
sich in der Folge zeigen werde. Seine Thätig-
keit, Lernbegierde und überhaupt seine See-
lenkräfte geben die schönsten Erwartungen von
seiner künftigen Ausbildung zu einem geschick-

ten Arzte; und in der That wäre es zu bedauern, wenn dieser hoffnungsvolle Jüngling durch äussere Umstände verhindert werden sollte, seine angefangene gelehrte Laufbahn zu vollenden.

Um sich in dem Fache der Litteratur, welches er zu seinem Studiren gewählt hat, gehörig auszubilden, wählte er sich einige an Fleiss und Geschicklichkeit mit ihm gleich Gesinnte aus, um mit vereinten Kräften desto schneller Fortschritte in den medizinischen Wissenschaften zu thun. Die gewählten Freunde waren in einer Art von gesellschaftlicher Verbindung, welche vielleicht auch andere Gegenstände, als die der Wissenschaft umfasste; allein davon nahm er wenig Kunde. Er kannte zwar die äussere Form dieser Gesellschaft, und dass sie Vorsteher, Sekretär und besondere Farbezeichen hatte; alles dieses war ihm aber nur äussere Schaale. Er hielt sich an die Auserwählten, um mit diesen sich seine Wissenschaft ganz zu weihen. Einer aus dieser Gesellschaft ersuchte ihn am 11ten März 1803. einen Beweis seiner erlernten Kenntnisse zu geben, und am 13ten desselben Monats einem Zweikampf beizuwohnen, um, wenn es nöthig sey, bei dieser Gelegenheit ärztliche Hülfe zu leisten. Geschmeichelt durch das Zutrauen, welches man in seine Geschicklichkeit

setzte, — angefeuert durch den natürlichen Trieb seines guten Herzens, Hülfbedürftigen Hülfe zu leisten, — unbekannt mit den gesetzlichen Verfügungen, Vorschriften und Verhältnissen, nahm er die Einladung an und ging ganz unbefangen am 13ten März v. J. mit noch einigen Bekannten früh um 7 Uhr an den Ort, wo der Kampfplatz seyn sollte. Hier im Gasthofe, das Posthorn genannt, traf er mehrere Studenten an, wovon er viele nicht kannte. Einige unternahmen einen Zweikampf. Es schien aber mehr Scherz als Ernst zu seyn und niemand ward dabei verwundet. Unser junge Westphal glaubte keine Gelegenheit zu finden seine Kenntnisse brauchen zu können; er wollte seine ihm kostbare Zeit nicht unnöthig verschwenden — war durch die ihm als einem fleissigen jungen gelehrten Studirenden ganz sonderbaren Begegnisse ganz ausser Fassung gesetzt, befand sich sehr übel — verlies daher den Kampfplatz sehr bald und kehrte nach seinem Studierzimmer zurück. Nach seiner Entfernung kämpften zwei heftig Streitende zusammen und ein Student, mit Namen Wiedenhoff, erhielt eine so gefährliche Wunde, daß er in der Nacht vom 14ten zum 15ten März verschied.

Dies ist die getreue und aktenmäßige Darstellung desjenigen Verbrechens, weshalb der

Studiosus Westphal mit sechsmonatlicher Gefängnisstrafe belegt werden soll. Er ist deshalb durch das am 11ten Februar d. J. eröffnete Urtheil in diese, für ihn in seinen Verhältnissen sehr drückende, und seine ganze Laufbahn zerstörende Strafe genommen worden, weil er das vorher gewufte Duell nicht angezeigt und in eine Art verbothener Gesellschaft oder Landsmannschaft sich begeben hat. Nach der Vorschrift des Landrechts

Th. II. Tit. XX. §. 80. 81.

ist zwar jeder schuldig, ein Verbrechen, wodurch das Leben oder die Gesundheit eines Menschen einer erheblichen Gefahr ausgesetzt wird, durch Anzeige bei der Obrigkeit zu hindern, und wenn er solches unterläßt, soll er wegen seiner Fahrlässigkeit bestraft werden. Allein bei einem jungen Studierenden kann man wohl nicht voraussetzen, daß er mit Ueberzeugung wissen könnte, diese Vorschrift finde in Ansehung der Studentenduelle Anwendung. Sehr oft fallen dergleichen Zwistigkeiten vor, welche ohne irgend eine Beschädigung abgehen oder beigelegt werden. Nur höchst selten, und gewöhnlich ohne directe Intention, trägt es sich zu, daß ein Student in einem Duell gefährlich verwundet wird. Der junge unerfahrene Mensch urtheilt nach dem, was am häufigsten geschieht,

und nicht was geschehen könnte. Das Naturgesetz befiehlt nicht, vorzunehmende Verbrechen anzuzeigen, nur die Moral rath, alles Böse zu vermeiden und zu verhindern. Es muß daher einer mit den positiven Gesetzen bekannt seyn, wenn er wissen soll, daß auf Unterlassung einer Anzeige, eine Strafe gesetzt ist. Diese Bekanntschaft mit den Gesetzen kann aber bei einem Jünglinge, welcher sich in das Fach und große Feld der Arzneikunde wagt, wohl nicht vorausgesetzt, oder von ihm gefordert werden. Die Strenge der Strafgesetze soll nur den treffen, welcher solche zu wissen schuldig und im Stande gewesen ist.

A. L. R. Th. II. Tit. XX. §. 10.

Der Stand oder vielmehr die Verhältnisse eines Studenten bringen es nicht unmittelbar mit sich, alle Strafgesetze zu wissen, auch würde es als eine moralische Unmöglichkeit angesehen werden können, alle Strafgesetze zu wissen. Aus diesem Gesichtspunkte betrachtet, verdient der junge mit Welthändeln ganz unbekannte Jüngling unstreitig Nachsicht.

Es ist wohl nicht zu läugnen, daß der jetzige Defendendus als Student wissen konnte und mußte, daß er als Student sich in keine Ordensverbindungen einlassen dürfe. Allein wenn man erwägt, daß ein junger feuriger

Mann, welcher blos den Wissenschaften lebt, sich durch die Maske, daß litterarische Gegenstände in einer Gesellschaft abgehandelt und erörtert werden sollen, leicht verleiten lassen kann, in eine Verbindung sich zu versetzen, welche andere vielleicht gleichgültige, aber nicht durchaus lobenswerthe Nebenzwecke in sich vereinigt, so verdient ein solcher junger Mensch billige Nachsicht; indem er in der That nicht die Absicht gehabt hat, in strafbare Ordensverbindungen, sondern nur in eine erlaubte litterarische Gesellschaft zu treten. Auch ist die Gesellschaft, in welche er sich begeben, nicht unter dem Namen eines verbotenen Ordens bekannt, sondern führt den eines Kränzchens. Dieser Name ist so unschuldig, daß dadurch die gewissenhaftesten Männer getäuscht werden könnten. Uebrigens kann diesem Kränzchen als Kränzchen, nichts nachtheiliges für die bürgerliche Gesellschaft beigemessen werden; es scheint mehr eine Spielerei als eine Ordensverbindng zu seyn. Es ist auch bis jetzt niemand wegen Mithaltung dieses Kränzchens bestraft worden; daher es hart seyn würde, den jungen Westphal allein als Opfer für die übrigen, welche ihn eigentlich verleitet haben, so hart zu bestrafen. Nach dieser Ansicht der Sache, fehlt es wirklich an einem

Bestimmungsgrunde, warum und wie der Stndiosus Westphal zu bestrafen sey.

Besonders kommt hierbei in Betrachtung der grofse Grundsatz, welcher in der Einleitung zum Landrecht §. 22. festgesetzt worden:

dafs die Minderung der in einer ältern Verordnung festgesetzten Strafe auch demjenigen Uebertreter zu Statten kommen soll, an welchem diese Strafe zur Zeit der Publication des neuen Gesetzes noch nicht vollzogen worden.

Dieser Grundsatz ist ganz allgemein und leidet keine Einschränkung. Durch eine Cabinetsverordnung vom 28sten April 1803. ist die bisher bestandene Vorschrift:

dafs nämlich die Aerzte und Wundärzte, wenn sie die medizinische oder chirurgische Behandlung eines im Duell verwundeten Menschen übernehmen, davon ohne Vorzug der competenten Behörde ex officio Anzeige thun sollen,

gänzlich aufgehoben, vielmehr sollen die Aerzte so lange ein gewissenhaftes Stillschweigen beobachten, bis die Obrigkeit ihre Vernehmung nöthig findet.

Hiernach war der Mediciner Westphal verpflichtet in Ansehung des ihm offenbarten Duells, wobei er ärztliche Hülfe zu leisten aufgefordert

worden war, ein gewissenhaftes Stillschweigen zu beobachten. Wenigstens kann er nunmehr deshalb, da die Strafe aufgehoben worden, nicht besonders bestraft werden, indem jenes neuere Gesetz lange vor Publication der jetzigen Sentenz, wornach er in eine Strafe condemnirt worden,*) die nun aufgehoben ist, promulgirt worden. Unter den Worten Aerzte und Wundärzte sind unstreitig alle diejenigen zu verstehen, welche in diesen Wissenschaften unterwiesen sind und solche betreiben, zu welcher Classe auch junge Aerzte gehören, wenn sie gleich noch nicht das förmliche Patent darüber erhalten haben. Dieses neuere Gesetz paßt daher ganz eigentlich auf den gegenwärtigen Fall. Diesemnach würde der Defendendus wegen des beobachteten Stillschweigens in Ansehung der ihm bekannt gewordenen Duelle, um ärztliche Hülfe dabei zu leisten, von aller Strafe frei zu sprechen seyn.

Wegen der gesellschaftlichen oder Kränzchenverbindung ist kein simples Mitglied derselben (ein solches auch der junge Westphal nrr gewesen ist,) in irgend eine Strafe, am wenigsten in eine Gefängnißstrafe genommen worden.

*) Weil er von einem künftig zu begehenden Duell keine Anzeige machte, nicht aber weil er ein begangenes Duell nicht anzeigte.

Mehrere hiesigen Orts gebohrne, als die Studiosi Schober und Türk, welche diese Gesellschaft eben so unschuldig als Westphal ansehen, sind gänzlich straflos geblieben, mithin ist kein Grund vorhanden, warum der junge Westphal, der Einzige seyn sollte, welcher mit einer so harten, sein ganzes zeitliches Glück zerstörenden, halbjährigen Gefängnisstrafe zu belegen sey.

Die mit ihm in gleichen Verhältnissen stehende Studiosi Schweitzer und Henke, welche ebenfalls beide Medicin studieren, sind nur zur achtwöchentlichen Gefängnisstrafe condemnirt; der Studiosus Medecinae Delius aber, welcher nicht so offenherzig als Westphal war, so wie dies die dem ersten Urtheil beigefügten Gründe besagen, soll nur mit drei Monat Gefängnis bestraft werden. Westphal hat nicht mehr als die oben genannten unterlassen oder gegen die Gesetze verstossen, und soll doch härter, ja weit härter bestraft werden?

Aus den Akten ist kein Grund zu entnehmen warum dem Westphal diese harte Strafe aufgelegt werden soll. Er wurde zuletzt vernommen, gestand alles, was er wufste offenherzig, und man hat ihm keine einzige Zurückhaltung der Wahrheit beimessen können. Der dem Studiosus Schweitzer und Henke angerechnete Milderungsgrund, daß sie noch unentdeckte

Mitschuldige genannt haben, konnte dem jungen Westphal darum nicht zu Statten kommen, weil alle Mitschuldige bereits, indem er zuletzt vernommen wurde, entdeckt waren.

Die Gerechtigkeit, sagt Eberhardt in Synonymik Th. III. S. 258. sehr vortreflich, muß in ihrer Ausübung durch die Billigkeit gemäfsigt werden, oder welches einerlei ist, durch die Menschenliebe eingeschränkt werden, wenn der Mensch, der der Gegenstand und das Opfer derselben ist, nicht unter dem Gefühle ihrer Härte sich soll zu beklagen haben.

Die Gesetze der Billigkeit schreiben jedem vor, wie er den Gebrauch seiner Rechte durch seine Pflichten mäfsigen, einschränken und bestimmen muß. Der Richter muß bei der Zurechnung eines Verbrechens, bei den Graden der Verschuldung, die er annimmt, die Gesetze der natürlichen Gerechtigkeit beobachten, wenn er billig verfahren will. Einen jungen Menschen einer Fahrlässigkeit wegen mitten aus seinen Studien herausreißen, denselben ein ganzes halbes Jahr einkerkern, seine Gesundheit dadurch zerstören und sein künftiges Glück untergraben, scheint unbillig und hart zu seyn.

Der bedrängte neun Kinder reiche Vater des jungen Unbesonnenen, dessen in Thränen zer-

fließende Mutter und acht zum Theil noch un-
erzogene Geschwister, deren Stütze er seyn soll,
vereinigen ihre flehenden Bitten mit mir,

die dem Studiosus Westphal zuerkannte
sechsmönatliche Gefängnisstrafe demselben
gänzlich zu erlassen, oder sie doch zu min-
dern, und so zu modificiren, daß er die zu
erleidende Gefängnisstrafe in den Zeiten,
wo keine öffentliche Vorlesungen gehalten
werden, absitzen dürfe.

Keferstein.

und die in der That nicht anders als eine
 bloße Vertheidigungsschrift zu sein soll.
 Es ist daher nicht zu verwundern, wenn
 die in der That nicht anders als eine
 bloße Vertheidigungsschrift zu sein soll.
 Es ist daher nicht zu verwundern, wenn
 die in der That nicht anders als eine
 bloße Vertheidigungsschrift zu sein soll.
 Es ist daher nicht zu verwundern, wenn
 die in der That nicht anders als eine
 bloße Vertheidigungsschrift zu sein soll.

II. h.

*Anderweite Vertheidigungsschrift für den
 Gastwirth Zacharias Schmidt zu
 Reudeburg wegen beschuldigter Beför-
 derung eines Duells.*

Der vorgenannte Inculpat hat sich darum ge-
 nöthiget gesehen, gegen das am 17ten Februar
 c. publicirte Erkenntniss einer hochlöblichen
 Criminal-Deputation des hochpreisslichen Kam-
 mergerichts zu Berlin das Remedium ulterioris
 Defensionis zu interponiren,

1) weil er darnach zu sechsmonatlicher
 Zuchthausstrafe salva fama, auch Mittra-
 gung der Untersuchungskosten verurtheilt
 und

2) weil

2) weil er nicht vielmehr unter Befreiung von allen und jeden Kosten pure absolvirt worden ist.

Der Zweck gegenwärtiger Schrift ist nun zu bewirken, daß in dem jetzt zu erwartenden zweiten Erkenntnisse diesen Beschwerden abgeholfen und dem Wunsche des Inculpaten deferirt werden möge. Da indess in der vorigen Defensionsschrift bereits alles, was nur als ein Indicium gegen den Inculpaten erscheinen dürfte, hinlänglich erörtert ist, auch aus diesen Erörterungen die Unschuld des Inculpaten vollkommen folgt; so nimmt Defensor um so mehr darauf Bezug, als zu Folge der der Sententiae a qua annectirten Entscheidungsgründe dem Inculpaten lediglich der sogenannten Indiciorum halber eine so harte Strafe auferlegt werden soll, und die Entscheidungsgründe durch die bereits gedachten Vertheidigungsgründe in voriger Defension unbezweifelt dargestellt widerlegt werden, daß der künftige erleuchtete Herr Referent sogleich die Irrthümer des vorigen Herrn Urteilers finden kann.

Defensor bittet daher zuvörderst allerunterthänigst,

daß alles, was bereits von der Unwichtigkeit sämmtlicher, sich bloß aus den Aussa-

gen der Coinculpaten herschreibenden, und darum völlig unstatthaften Indiciorum, imgleichen alles, was sowohl im Allgemeinen darüber, wie ein Mensch durch die Concurrenz von Umständen bei aller Unschuld in den Verdacht, wider Strafgesetze gehandelt zu haben, kommen kann, als auch insbesondere, wie dies wirklich bei dem Inculpaten der Fall ist, gesagt worden, genau, reiflich und mit mehr Schonung gegen den Inculpaten, als geschehen, erwogen werde:

und Defensor stellt sodann in der gewissen Erwartung eines gutes Ausgangs der Sache seines unglücklichen Defendenden zu desto mehrerer Widerlegung der vorigen Enkenntnißgründe kürzlich folgendes auf:

Der Herr Urthelsfasser hat den Nordmannschen Eheleuten eine sechsmonatliche Zuchthausstrafe salva fama zuerkannt und stützt sich auf den §. 67. des A. L. R. Th. II. Tit. XX.

wornach derjenige, welcher sich eines andern zur Ausführung eines Verbrechens bedient, eben so bestraft werden soll, als derjenige, welcher ein solches Verbrechen selbst und unmittelbar begangen hat.

Er glaubt, daß Inculpat die Nordmannschen Eheleute zu Duldung des in ihrem Gasthose zum Posthorn vorgefallenen Studentenduells ver-

leitet habe, mithin mit denselben in pari reatu sey, auch dasselbe verbrochen hätte, was jene verbrochen haben, und condemnirt daher den Inculpaten zu der nämlichen Strafe.

Allein dies ist höchst unrichtig, und es geschieht dem Inculpaten offenbar zu viel.

Denn, wie in der vorigen Defension gründlich gezeigt wurde, der Inculpat hat schlechterdings die Nordmannschen Eheleute zu einem Verbrechen nicht verleitet, und kann folglich nicht mit diesen gleichförmig bestraft werden.

Der Herr Referent sagt überdem selbst, daß in Hinsicht des Inculpaten der Beweis nicht vollständig geführt sey, und es ist daher desto mehr im Entscheiden gefehlt worden, als niemand bei ermangelndem vollständigem Beweise mit der poena ordinaria, sondern höchstensfalls nur mit einer poena extraordinaria, welche stets gelinder als die erstere seyn muß, bestraft werden darf.

Könnte man also wirklich, wie doch mehr bemerktermassen nicht angeht, annehmen, daß gegen den Inculpaten probatio semiplena minor, simplex oder major existire, als habe er die Nordmanns ad delinquendum inducirt, und diese hätten deshalb sechsmonatliche Zucht-
hausstrafe verwirkt; so müßte doch diese Strafe als poena ordinaria angesehen, und

Inculpat mit einer gelindern, als poena ordinaria, belegt werden, weil Probatio plena sogar nach der Meinung des strengen Herrn Referenten nicht da ist.

Dieser wahre Satz bedarf keiner nähern Erörterung und Defensor führt blos an,

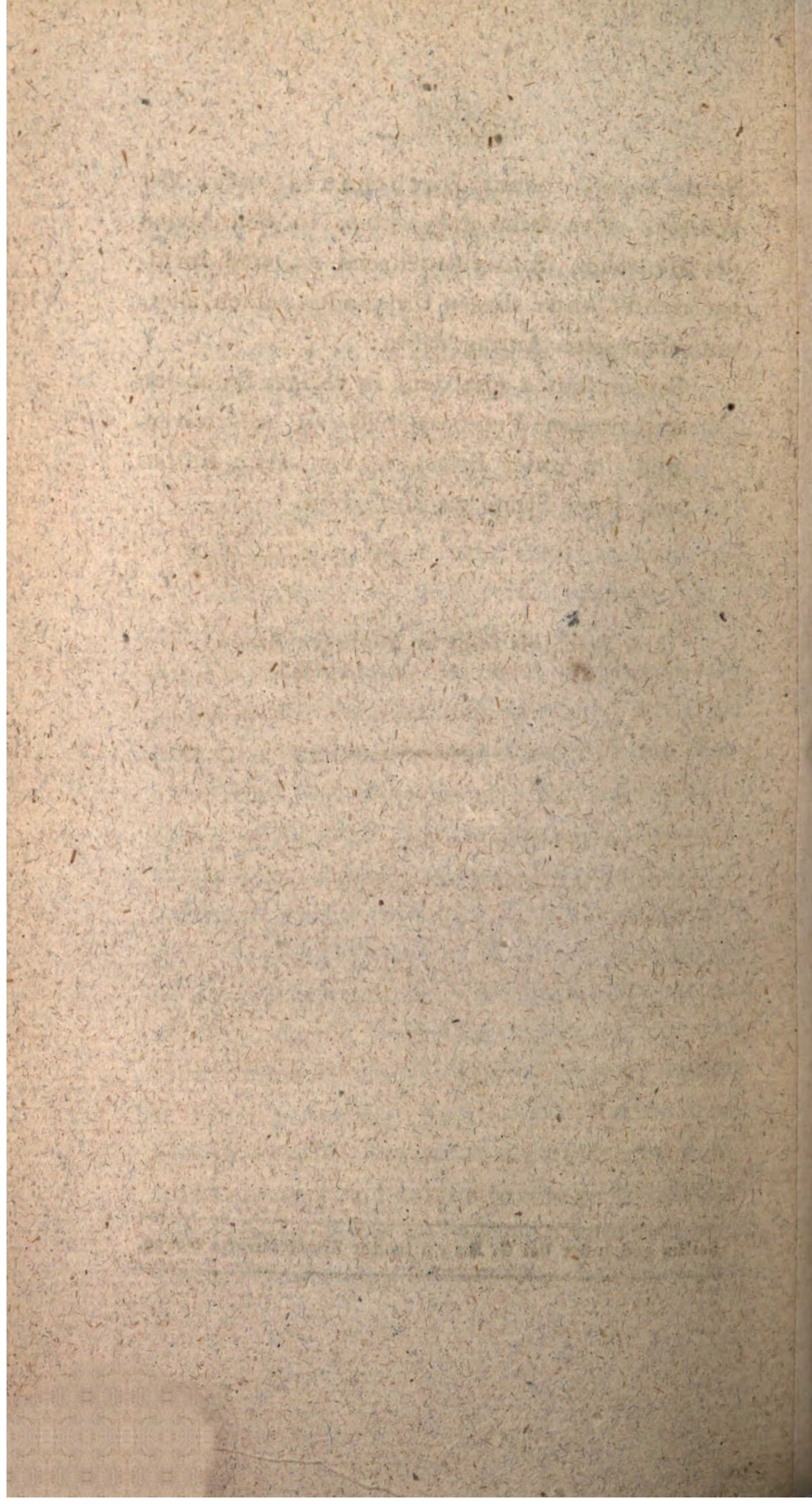
dass der Herr Urthelsfasser wiederum irrig behauptet, Inculpat könne nicht gelinder als Nordmanns bestraft werden, weil ihm nicht, wie diesen, die Anzeige noch unentdeckter Mitschuldigen zu Statten komme; — indem man es dem Inculpaten Schmidt nicht zur Last legen kann, wenn es bei seiner Unschuld in der Unmöglichkeit beruhte, die Complicen zu entdecken, da er diese gar nicht kannte. Wenn nun diese richtige Darstellung zeigt, dass Inculpat sogar bei dem unrichtigerweise für vollständig angenommenen Beweise die so harte, nach dem reatu der Nordmannschen Eheleute gemodelte Strafe, nicht verdient hat; so ist es einleuchtend, dass die Decision desto falscher ist; da die Vertheidigungsgründe die völlige Unschuld des Inculpaten lehren, weshalb es desto grausamer wäre einen Unschuldigen, welcher durch den fünfwochentlichen Arrest schon genug hat erdulden müssen, mit einer so schrecklichen Strafe zu belegen, wodurch seine ganze Wirthschaft ruinirt wird, und sein guter

Name leidet, indem Zuchthausstrafe, der Wörter, *salva fama* ungeachtet, in den Augen der Menschen immer entehrend ist, und Inculpat richtet unter diesen Umständen seinen allerunterthänigsten Antrag dahin:

Sententiam a qua dem in voriger Defension enthaltenen *Petito* gemäß zu reformiren, und ihn unter Befreiung von allen Kosten von jeder Strafe zu absolviren.

D. J. Scheufluth.

(Der Beschluss folgt im künftigen Bande.)



Neue Verlagsbücher.

Ausarbeitungen, praktisch - juristische, herausgegeben von Stengel und fortgesetzt von Paalzow
4ter Band. gr. 8. Berlin 1 thl. 6 gr.

Biographien, kurze, 60 berühmter Römer, zum
Gebrauch für die Jugend, 8. Berlin 14 gr.

Handlungen der freien und angenommenen Maurer:
Brüder der großen Bundes-Loge der Freimaurer zu
Berlin, oder das Gesetzmäßige, verbesserte und voll:
kommene Logen-Buch. 8. Berlin 1 thl. 12 gr.

Magazin der Rechtsgelehrsamkeit in den Preussischen
Staaten herausgegeben von Paalzow 7r Band. gr. 8.
Berlin 1 thl. 8 gr.

Paalzow Beiträge zur juristischen Praktik 2r Band gr.
8. Berlin 1 thl. 6 gr.

Reise, meine, nach Strahlow, Treptow und Rummels:
burg, 8. Berlin 2 gr.

Signatstern, der, oder die enthülten 7 Grade der my:
stischen Maurerey, oder Ritter des Lichts 3ter Theil.
8. Berlin 1 thl. 12 gr.

Winkelmanns alte Denkmäbler der Kunst. 1r u. 2r Thl.
gr. 8. Berlin, 2te Aufl. mit 209 großen Kupf., nebst
18 eingedruckten Kupfern 29 thl. 12 gr.

Auch soll die Pränumerations : Frist bis Ostern 1805.
von 18 thl. in Golde den Liebhabern zur Anschaffung
zu statten kommen.

Paalzow, Christian L.

Beiträge zur juristischen Praxis

Bd.: 2

Berlin (1804)

Decis. 110 c-3/4

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10397255-5